

5. JUGOSLAWISCH-DEUTSCH-  
ÖSTERREICHISCHE KONFLIKT-  
GESCHICHTE 1918-1941

### **Die Gründung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen und der Kampf um viele neue Grenzen**

„Staaten entstehen und vergehen nicht durch Zufall. Geschichtliche Notwendigkeit schafft, wandelt und zerstört sie. Auch Jugoslawien ist keine zufällige Schöpfung des Versailler Friedensvertrages. Es ist durch geschichtliche Notwendigkeit entstanden und es wird sich kraft derselben geschichtlichen Notwendigkeit weiterentwickeln.“ – So lautete das einleitende Statement des Chefs des Zentralpressebureaus des jugoslawischen Ministerpräsidiums, Milan Marjanović, für die Sonderbeilage der Wiener *Neuen Freien Presse* zum Thema „Königreich Jugoslawien“ vom 5. Dezember 1930.<sup>1064</sup>

Milan Marjanović war nicht nur Spitzenbeamter der Belgrader Regierung und Propagator eines zentralistischen Jugoslawismus, sondern er hatte als kroatischer Publizist, Schriftsteller und Politiker bereits einen aufregenden Lebensweg hinter sich. 1879 in Kastav bei Fiume (Rijeka) geboren, wurde er 1897 wegen Beteiligung an antimagyarischen Demonstrationen in Zagreb aus dem Karlstädter Gymnasium ausgeschlossen und konnte 1898/99 einen zweijährigen Handelskurs in Prag absolvieren. Somit gehörte er zur Generation des kroatischen Bauernführers Stjepan Radić, die nach 1895 zum Schulbesuch bzw. Studium nach Prag gekommen war. Nach Kroatien zurückgekehrt, arbeitete er an verschiedenen Zeitschriften mit, vor allem am *Novi list* [Neues Blatt] von Frano Supilo, dem bekanntesten dalmatinischen Publizisten für eine kroatisch-serbische Zusammenarbeit. Bereits 1912 ging Marjanović nach Belgrad und erhielt eine Stelle im königlichen Pressebüro. Schon im Herbst 1913 kehrte er wieder nach Agram zurück und publizierte die bedeutende Analyse *Savremena Hrvatska* [Zeitgenössisches Kroatien]. Bald nach Kriegsbeginn wurde er wegen des Verdachtes proserbischer Ansichten interniert und bis Jänner 1915 eingesperrt. Im April 1915 floh Marjanović nach Italien, beteiligte sich an der Gründung des Südslawischen Ausschusses unter Ante Trumbić und gab in London das *Southern Slav Bulletin* heraus. Als Gesandter des Südslawischen Ausschusses bereiste er während des Krieges die USA und Südamerika und war Anfang 1919 journalistisches Mitglied der jugoslawischen Delegation bei der Friedenskonferenz in Paris. Nach Agram zurückgekehrt, war er wieder redaktionell und schriftstellerisch tätig, sorgte für die Verbreitung der Arbeiten des Bildhauers Ivan Meštrović und trat Anfang 1929 neuerlich in Belgrader Dienste.<sup>1065</sup>

<sup>1064</sup> Milan MARJANOVIĆ, Bedeutung und Grundlagen des jugoslawischen Staates, in: Neue Freie Presse, Sonderbeilage „Königreich Jugoslawien. Wirtschaft, Verwaltung und kulturelle Verhältnisse.“ 5. Dezember 1930, 40.

<sup>1065</sup> Mate UJEVIĆ, Milan Marjanović, in: Enciklopedija Jugoslavije 6 (Zagreb 1965) 20; Andrew BARUCH WACHTEL, Making a Nation, Breaking a Nation. Literature and Cultural Politics in Yugoslavia (Stanford 1998) 55-64, 86f., 109-127, wies darauf hin, dass die berühmtesten kroatischen Künstler, wie Ivan Meštrović und der Schriftsteller Miroslav Krleža, in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine jugoslawische Kultur zu kreieren versuchten.

Marjanović stellte also den Prototyp des südslawischen Intellektuellen dar, der sich aus einer Widerstandshaltung gegen Österreich-Ungarn schon vor 1914 Serbien und dann während des Weltkrieges in der Emigration Jugoslawien zugewandt hatte. Daher entspricht seine Argumentation für den jugoslawischen Staat der einer ganzen Generation von serbischen, kroatischen und slowenischen Intellektuellen, die ursprünglich Staatsangehörige Österreichs oder Ungarns gewesen sind. Wie argumentierte also Marjanović für die „geschichtliche Notwendigkeit“ des jugoslawischen Staates?

- Die habsburgische Monarchie sei nicht in erster Linie an den Fehlern ihrer Staatsmänner zugrunde gegangen, sondern am Schwinden ihrer geschichtlichen Aufgabe mit dem Rückzug der Osmanen aus Europa. Mit dem Siegeszug der demokratischen und nationalen Idee im Verlaufe des 19. Jahrhunderts habe sich die Dynamik der Kräfte immer mehr zugunsten der Zusammenfassung der Völker in nationalem Sinn entwickelt.
- Der südslawische Gedanke, der von den Dichtern des alten Ragusa schon im 16. Jahrhundert vertreten worden sei, aber auch bei Schriftstellern aus anderen südslawischen Ländern Eingang gefunden habe, sei nun im 19. Jahrhundert besonders durch den kroatischen Illyrismus, den Strossmayer'schen Jugoslawismus und die Befreiung Serbiens aus osmanischer Herrschaft gefördert worden. „Der Pulsschlag ging in Richtung der Sammlung, in Richtung des Jugoslawentums, ohne Rücksicht darauf, wie die Sammlung in irgendeinem Zeitraum hieß oder sich kundgab.“
- Mit Beginn des 20. Jahrhunderts habe die Idee der jugoslawischen Einheit rasch und leicht die politischen Grenzen überschritten und hätten die Staatspolitik des Königreiches Serbien sowie das nationale Streben der Kroaten, Serben und Slowenen in der österreichisch-ungarischen Monarchie zusammengefunden. Die Annexionskrise und die im Zusammenhang damit inszenierten Prozesse – der Agramer Hochverratsprozess und der Friedjung-Prozess – hätten auch in den breiten Massen und besonders in der Jugend den jugoslawischen Nationalismus erweckt; die Balkankriege aber hätten dem jugoslawischen Gedanken Selbstvertrauen gegeben und seine Angriffslust gestärkt. Mit der endgültigen Lösung der osmanischen Frage auf dem europäischen Festland sei aber „virtuell auch die Frage der habsburgischen Monarchie liquidiert“ worden.
- Die jugoslawische Idee sei nicht nur Ausdruck der ethnischen Einheit der Südslawen, „sondern auch eine kulturelle, soziale und ökonomische Notwendigkeit“. Eine gefestigte jugoslawische Idee bedeute auch „die Entbalkanisierung des Balkans“, wobei Marjanović unter „Balkanismus“ Zersplitterung, Zerstrittenheit, Rückständigkeit „samt allen Leidenschaften und Unruhen“ verstand. Denn: „Nie und nimmer kann der Balkan ruhig sein, arbeitsam, fortschrittlich und schöpferisch, solange er in kleine Einheiten zersplittert ist.“ Daher: „Ein starker, geordneter und homogener jugoslawischer Staat liegt nicht nur im Interesse des Friedens, sondern auch im Interesse der Zivilisation und Kultur auf dem Balkan und demnach auch im Interesse Europas.“<sup>1066</sup>

<sup>1066</sup> MARJANOVIĆ, Bedeutung, 40.

Für Marjanović war daher der jugoslawische Staat „nicht nur geschichtlich gerechtfertigt, sondern auch notwendig“. Alle bis zum Jahre 1930 aufgetretenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien keine Zeichen des Verfalls, sondern bedeuteten „bloß Unreife und Krankheit, Jugend und Unerfahrenheit“. Und je länger der Friede dauere, desto mehr werde die positive Seite der Einheit zur Geltung kommen, desto sichtbarer würden die kulturelle Sendung und der wirtschaftliche Wert dieser neuen Einheit hervortreten, die berufen sei, „der Mittler zwischen Ost- und West-, Nord- und Südeuropa zu sein“. – Mit solchen Prognosen hatte sich Marjanović freilich weit von einer realpolitischen Einschätzung der innen- und außenpolitischen Rolle des Königreiches Jugoslawien entfernt.<sup>1067</sup>

Der 1950 in Zagreb geborene serbische Journalist Nenad Popović, der 1990 als Cheflektor eines großen Verlages entlassen wurde und danach in seiner Heimatstadt den bedeutenden Verlag Durieux aufbaute, sieht heute Jugoslawien als „ein siebenzig Jahre dauerndes Intermezzo“. Seit Jahrhunderten habe es große kulturelle und zivilisatorische Unterschiede zwischen den südslawischen Völkern gegeben, da die Serben und Makedonier zur byzantinisch-orthodoxen Welt gehörten, die Kroaten hingegen zum „Westchristentum“ mit der Literatur des klassischen Humanismus, des Barocks, des „Petrarcismus“, die mit der italienischen oder anderen Barockliteraturen völlig synchron gelaufen sei. Andererseits sei Miroslav Krleža mit seinen Erzählungen über den Ersten Weltkrieg – etwa *Der kroatische Gott Mars* – der Autor des Protestes gegen die pannonisch-habsburgische Welt geworden. Die bosnischen Kroaten hingegen lebten in mehreren Kulturkreisen und hätten daher einen größeren Wortschatz. Literatur und Sprache transportierten eben diese unterschiedlichen Kultureinflüsse, und diese kulturellen Unterschiede seien auch nicht als Nationalismen abzutun.<sup>1068</sup>

Die prinzipiellen Differenzen über Staatsideologie und Staatssystem reichten bis in die Tage des Weltkrieges zurück. In der Deklaration von Korfu vom 20. Juli 1917, die Pašić als serbischer Ministerpräsident und Trumbić als Vorsitzender des Jugoslawischen Ausschusses unterschrieben hatten, war die völlige Gleichberechtigung der Serben, Kroaten und Slowenen auf dem gesamten Territorium des Königreiches festgelegt worden. Als aber bei Kriegsende Trumbić vergeblich die internationale Anerkennung des Jugoslawischen Ausschusses zu erreichen versuchte und Pašić Serbien aufgrund seiner militärischen Erfolge das alleinige Vertretungsrecht der Südslawen gegenüber dem Ausland zumaß, kam es zum Konflikt. Korošec sollte als Vorsitzender des neu gebildeten Agramer Nationalrates der Slowenen, Kroaten und Serben vermitteln, erreichte aber keine Anerkennung des „Staates der Slowenen, Kroaten und Serben“ (*Država Slovenaca, Hrvata i*

<sup>1067</sup> Vgl. Ferdo Šišić, *Jugoslovenska misao. Istorija ideje jugoslovenskog narodnog ujedinjenja i oslobođenja* (Beograd 1937).

<sup>1068</sup> „Jugoslawien war ein siebenzig Jahre dauerndes Intermezzo“. Der kroatische Verleger Nenad Popović über Perspektiven der Kultur im zerfallenen Vielvölkerstaat, in: NZZ, 16. Juni 2008, 25.

*Srba*) als verbündete Nation. Immerhin setzte er mit französischer Unterstützung auf einer Konferenz mit Pašić zwischen 6. und 9. November 1918 in Genf die Anerkennung des Agramer Nationalrates als offizielle Vertretung der Südslawen Österreich-Ungarns seitens der serbischen Regierung durch und einigte sich mit Pašić auf die Einsetzung einer gemeinsamen zwölfköpfigen Regierung. Der Stellvertreter Pašić' in der serbischen Regierung, Stojan Protić, verweigerte aber mit Unterstützung des Regenten Aleksandar der Genfer Deklaration seine Anerkennung, und Korošec musste unverrichteter Dinge heimkehren. Auch seine Gespräche mit Clemenceau, Pichon, House und Beneš in Paris waren hinsichtlich einer Reduzierung der italienischen Forderungen erfolglos verlaufen.<sup>1069</sup>

Auf Grund der am 3. November 1918 in der Villa Giusti bei Padua unterzeichneten Waffenstillstandsbedingungen übernahm die Entente nicht nur die österreichisch-ungarische Kriegsflotte, die Flottenchef Kontreadmiral Miklós Horthy bereits am 31. Oktober auf kaiserlichen Befehl dem Agramer Nationalrat übergeben hatte, sondern erhielt auch das Recht der Besetzung österreichisch-ungarischen Gebietes in Südtirol und im Küstenland. Daher rückten italienische Einheiten bis knapp vor Laibach vor und besetzten Fiume (Rijeka), Zara (Zadar) und Sebenico (Šibenik). Da sich südslawische Proteste bei der italienischen Regierung und bei US-Präsident Wilson als nutzlos erwiesen, beschloss der südslawische Nationalrat am 21. November 1918, seine Truppen dem Kommando serbischer Offiziere zu unterstellen, die natürlich als Entente-Offiziere galten.<sup>1070</sup>

Bei dieser Lage vertraute der Fürstbischof von Laibach, Anton Bonaventura Jeglič, bereits am 22. November 1918 seinem Tagebuch an:

„[...] Und wer wird die Volksmassen zähmen, die sich immer mehr für den Bolschewismus einnehmen lassen; besonders weil wir weder in Kroatien noch in Slowenien eine Armee haben; zumindest gibt es keine Disziplin, und die mobilisierten Soldaten kehren nach eigenem Willen rasch in ihre Häuser zurück. Es muss eine Monarchie kommen, mit Aleksandar an der Spitze.“<sup>1071</sup>

Prinzregent Aleksandar wie Protić hatten mittlerweile erkannt, dass im Agramer Nationalrat nicht die abwesenden Korošec und Trumbić – der gar nicht Mitglied war – das Wort führen konnten, sondern zunehmend der kroatische Serbe Svetozar Pribićević, einer der beiden Vizepräsidenten, der seit den Tagen des

<sup>1069</sup> Šišić, Dokumenti, 94-99, 236-241; Bogdan KRIZMAN, Raspad Austro-Ugarske i stvaranje jugoslavenske države (Zagreb 1977) 40-60, 67-98; Miha KREK, Anton Korošec, in: Svobodna Slovenija (1960), HIA, Cvetković papers, box 1.

<sup>1070</sup> Hughesdespesche k.u.k. Marinesektion an Flottenkommando, Hafenamiralate Pola und Golf von Cattaro, Seebezirkskommanden Triest, Fiume und Sebenico, 30. Oktober 1918, 20 h, in: ÖStA, KA, KM/MS, PK 1918, IX-4/8 (6511); vgl. PLASCHKA – HASELSTEINER – SUPPAN, Inne-re Front II, 235-239; Ferdo Šišić, Dokumenti o postanku Kraljevine Srba, Hrvata i Slovenaca (Zagreb 1920); Leo VALIANI, La dissoluzione dell' Austria-Ungheria (Milano 1966); VODOPIVEC, Von den Anfängen, 311-314.

<sup>1071</sup> Dnevnik Škofa A. B. Jegliča, 22. November 1918, Arhiv CK Zveze komunistov Slovenija, Ljubljana.

Agramer Hochverratsprozesses 1908/09 ein scharfer Gegner Österreich-Ungarns und glühender Verfechter einer jugoslawischen Vereinigung war. In der Atmosphäre sozialrevolutionärer Spannungen in Kroatien-Slawonien („Grüne Kader“ attackierten Gutshöfe) und der Bedrohung Krains, Istriens und Dalmatiens seitens vorrückender italienischer Truppen gelang es Pribičević, eine 28-köpfige Delegation des Agramer Nationalrates zu bilden, die am 27. November zur Verkündung der Vereinigung nach Belgrad fuhr. Weder der bedeutendste slowenische noch der bedeutendste kroatische Politiker gehörten der Delegation an: Korošec kam erst am 2. Dezember aus dem Ausland nach Laibach zurück, Stjepan Radić war bei der entscheidenden Abstimmung im Agramer Nationalrat am 24. November 1918 in der Minderheit geblieben. Am 25. November erklärte eine „Große Volksversammlung der Serben, Bunjewatzen und der übrigen Slawen in der Batschka, im Banat und in der Baranya“ (*Velika narodna skupština Srba, Bunjevaca i ostalih Slovena u Bačkoj, Banatu i Baraniji*) ihre Vereinigung mit dem Königreich Serbien; und am 26. November 1918 erklärte die Nationalversammlung in Podgorica die Absetzung der montenegrinischen Königs Nikola I. und die Vereinigung mit Serbien unter der Dynastie Karađorđević. Daher verlas am 1. Dezember in Belgrad der kroatische Rechtsanwalt Ante Pavelić, der andere Vizepräsident des Agramer Nationalrates und nicht der spätere *Poglavnik* (!), die Adresse an den Regenten Aleksandar: Das *Narodno Vijeće* übertrug die Regierungsmacht auf dem gesamten Territorium des Staates der Slowenen, Kroaten und Serben auf König Peter bzw. auf den Regenten Aleksandar und wünschte die Einrichtung einer gemeinsamen parlamentarischen Regierung und einer gemeinsamen Volksvertretung. Der Prinzregent akzeptierte diese Adresse und verkündete im Namen seines Vaters die Vereinigung Serbiens mit den Ländern des unabhängigen Staates der Slowenen, Kroaten und Serben zum vereinigten „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ (*Kraljevstvo Srba, Hrvata i Slovenaca*):

„I am convinced that by this act I am fulfilling my duty as ruler, for I am thereby only at last carrying out that for which the best sons of our blood, of all three religions, all three names, on both sides of the Danube, Sava and Drina, began to work even during the reign of my grandfather of blessed memory Prince Aleksandar I and of Prince Michael, that which corresponds to the desires and views of my people, and so in the name of His Majesty King Petar I, I proclaim the unification of Serbia with the lands of the independent state of Slovenes, Croats and Serbs in a single Kingdom of the Serbs, Croats and Slovenes.“<sup>1072</sup>

<sup>1072</sup> Šišić, Dokumenti, 280-283; Dragoslav JANKOVIĆ – Bogdan KRIZMAN (Hgg.), *Gradja o stvaranju jugoslovenske države, I.I.-20.XII.1918*, Bd. II (Beograd 1964) 434f., 646, 673-676; PETRANOVIĆ – ZEČEVIĆ, *Jugoslavija 1918/1988*, 107f., 113, 125-127, 135-138; Brigit FARLEY, Aleksandar Karađorđević and the royal dictatorship in Yugoslavia, in: Bernd J. Fischer (ed.), *Balkan strongmen. Dictators and Authoritarian Rulers of Southeast Europe* (West Lafayette, Indiana 2007) 50-86, hier 65. Auch die katholische Bischofskonferenz begrüßte am 29. November 1918 die Vereinigung aller Slowenen, Kroaten und Serben in einem unabhängigen Staat. Freilich erhoffte sie die Anerkennung der Rechte der katholischen Kirche und ein Zusammenleben „in christlicher Liebe“ mit allen in Jugoslawien anerkannten Glaubensgemeinschaften, vor allem mit Hierarchie und Kirchenvolk der serbisch-orthodoxen Kirche. – Šišić, Dokumenti, 262f.

Dieser staatsrechtliche Akt ließ freilich viele Fragen offen: Wie stand es um die Gleichberechtigung der Völker? Welche demokratischen Einrichtungen waren vorgesehen? War der neue Staat als Föderation gedacht? – Viele vorbereitete Programme und Beschlüsse flossen in die Deklaration des 1. Dezember 1918 nicht ein. Dennoch erfolgten der Austausch der Adressen und die Proklamation des Regenten durch die legitimen Vertreter der Serben, Kroaten und Slowenen. Die Bildung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen entsprach daher durchaus dem Mehrheitswillen der politischen Führungsgruppen der drei Nationen und stellte die erste gemeinsame Staatsbildung in ihrer bisherigen Geschichte dar. Freilich: Die Serben, Kroaten und Slowenen wussten voneinander ziemlich wenig – wofür Zeitungen und Schulbücher bis 1918 beredtes Zeugnis ablegen<sup>1073</sup> –, noch entfernter standen Bosnier, Herzegowiner, Montenegriner und Makedonier, gar nicht zu sprechen von den neuen nationalen Minderheiten der Deutschen, Magyaren, Albaner, Türken, Rumänen, Bulgaren, Slowaken, Rusinen, Tschechen, Polen, Russen, Juden und Roma. Ihre jahrhundertelange politische, wirtschaftliche, soziale, rechtliche, kulturelle und zivilisatorische Entwicklung war zum größeren Teil völlig unterschiedlich gewesen – beeinflusst von Wien und Budapest, Venedig und Rom, Byzanz und Istanbul, Moskau und Paris.<sup>1074</sup>

Trotz dieser traditionsbedingten Differenzen einigten sich die Vertreter der serbischen Regierung und des Agrarer Nationalrates ziemlich rasch auf die Bildung einer ersten gemeinsamen Regierung: Pašić sollte Regierungschef werden, Korošec stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, Trumbić Außenminister, Pribićević Innenminister und der bosnische Muslim Mehmed Spaho Minister für Forstwesen und Bergbau. Zwar waren noch einige kroatische und slowenische Minister für die Wirtschafts- und Sozialressorts vorgesehen, das Finanz-, Unterrichts-, Eisenbahn-, Bauten-, Gesundheits- sowie nicht zuletzt das Heeres- und Marineministerium sollten allerdings mit Serben besetzt werden. Prinzregent Aleksandar akzeptierte diese Regierungsliste mit Ausnahme von Pašić, zu dem er – wie es offiziell hieß – sein Vertrauen verloren hatte. Daher übernahm ein anderer Spitzenvertreter der serbischen Radikalen Partei, Stojan Protić, die Führung der ersten jugoslawischen Regierung, die am 20. Dezember 1918 angelobt wurde. In der Regierung waren zwar Repräsentanten der stärksten jugoslawischen Parteien vertreten, das Regierungsprogramm – proklamiert durch ein Manifest des Regenten – war freilich von Beginn an zentralistisch angelegt. So sollten auf dem Gebiet des gesamten Königreiches alle jene Freiheiten und Rechte gelten, die schon bisher nach der Verfassung des Königreiches Serbien Gültigkeit hatten. Das serbische Heer wurde im März 1919 der Kern des Heeres des Königreiches SHS mit etwa 140.000 Mann; übernommen wurden auch 2500 ehemalige österreichisch-ungarische Offiziere (vorwiegend südslawischer Herkunft) sowie 500

<sup>1073</sup> Vgl. Charles JELAVICH, *South Slav Education: Was There Yugoslavism?*, in: Naimark and Case, *Yugoslavia*, 93-115.

<sup>1074</sup> Vgl. *Narodna enciklopedija srpsko-hrvatsko-slovenačka*, 4 Bde. (Zagreb 1929).

montenegrinische Offiziere; außerdem sollten die Siege des serbischen Heeres die nötige Anerkennung finden.<sup>1075</sup>

Die führenden serbischen Parteien, die Radikalen und die Demokraten, verlangten bereits im Dezember 1918 die Einrichtung einer Provisorischen Nationalversammlung nach der serbischen Verfassung. Dieses erste jugoslawische Parlament, das am 1. März 1919 gebildet wurde, setzte sich aus 84 Abgeordneten aus Serbien, 66 aus Kroatien (inklusive Istrien, Fiume und Međumurje), 42 aus Bosnien und der Herzegowina, 32 aus Slowenien, je 24 aus der Vojvodina und Makedonien und je 12 aus Dalmatien und Montenegro, insgesamt also 296 Abgeordneten, zusammen. Hauptaufgabe dieses Parlaments war die Ausarbeitung eines Wahlgesetzes für die Wahl zur Konstituante. Wahlberechtigt waren alle männlichen Staatsbürger Serbiens und Montenegros mit vollendetem 21. Lebensjahr, ferner alle Männer, die vor dem 1. Dezember 1918 die ungarische Staatsbürgerschaft in Kroatien und Slawonien oder die österreichische in Slowenien und Dalmatien oder das Heimatrecht in Bosnien-Herzegowina besessen hatten oder eine österreichische, ungarische oder bulgarische Staatsbürgerschaft in allen anderen Gemeinden, die Teil des Königreiches SHS geworden waren. Da die Fristen für das Optionsrecht nach den Friedensverträgen von Saint-Germain, Neuilly und Trianon noch nicht abgelaufen waren, blieben die deutschen, magyarischen, rumänischen und bulgarischen Minderheiten vom Wahlrecht vorerst ausgeschlossen, andererseits durften die nach Jugoslawien geflüchteten „weißen“ Russen und Ukrainer wählen.<sup>1076</sup>

Für die Wahlen zur jugoslawischen Konstituante am 28. November 1920 waren daher von etwa 12 Mio. Einwohnern nur 2,408.623 männliche Personen (mit Ausnahme der Militärpersonen) wahlberechtigt, von denen 1,607.265 zur ersten gesamtjugoslawischen Wahl gingen, wobei die Wahlbeteiligung in Serbien mit 56,33 % am niedrigsten, in Slowenien mit 73,5 % am höchsten war. Dennoch brachte die Wahl einen klaren Erfolg der serbischen Parteien, da die Demokraten 19,7 % und 92 Mandate gewannen, die Radikalen 17,7 % und 91 Mandate und der serbische Bund der Landwirte 9,5 % und 39 Mandate, von denen allerdings 8 Mandate auf die slowenische Selbständige Bauernpartei entfielen. Stimmenmäßig drittstärkste Partei wurde die Kroatische Bauernpartei (14,4 % und 50 Mandate), gefolgt von der Kommunistischen Partei mit 12,4 %, aber 58 Mandaten – ein Ergebnis der Wahlkreiseinteilung in Einer-Wahlkreise. Neben diesen vier Großparteien rangierten als Mittelparteien die Jugoslawische Muslimische Organisation (6,9 % und 24 Mandate), die Slowenische Volkspartei (3,7 % und 14 Mandate), die Kroatische Volkspartei gemeinsam mit den katholischen Bunjevci und Šokci (3,3 % und 13 Mandate), die Sozialdemokratische Partei Jugoslawiens (2,9 % und 10 Mandate), die türkisch-albanische Cemiyet/Džemijet (1,9 % und 8 Mandate) und die Kroatische

<sup>1075</sup> Gilbert IN DER MAUR, *Der Weg zur Nation. Jugoslawiens Innenpolitik 1918-1938* (Berlin – Wien – Zürich 1938) 8-10; PETRANOVIĆ – ZEČEVIĆ, *Jugoslavija 1918/1988*, 152-154.

<sup>1076</sup> PETRANOVIĆ – ZEČEVIĆ, *Jugoslavija 1918/1988*, 152-154.

Landwirterpartei (2,4 % und 7 Mandate); einige wenige Mandate errangen noch die Kroatische Gemeinschaft, die (serbische) Republikanische Partei, die Kroatische Rechtspartei, die (slowenische) Soziale Volkspartei, die (serbische) Liberale Partei und Außenminister Trumbić. Die serbischen Parteien errangen also mit 218 von insgesamt 419 Mandaten eine absolute Mehrheit, die kroatischen Parteien kamen nur auf 77, die slowenischen Parteien lediglich auf 24 Mandate.<sup>1077</sup>

Die Innenpolitik Jugoslawiens wurde daher in den Anfangsjahren durch die Zusammenarbeit von Demokratischer und Radikaler Partei mit dem Hof und der überwiegend serbischen Generalität im Sinne eines ideologischen Unitarismus und eines administrativen Zentralismus gesteuert. Diese Zusammenarbeit zeigte sich am deutlichsten bei der von den meisten kroatischen und slowenischen Abgeordneten boykottierten Beschlussfassung über die Vidovdan-Verfassung am 28. Juni 1921 und bei der Verwaltungsgliederung des neuen Staates am 26. April 1922. Die zentralistische Verfassung hob vor allem die Stellung des Königs bei der Gesetzgebung und ihrer Vollziehung hervor und ermöglichte eine politische Hegemonie des serbischen Bürgertums, welche sich in erster Linie auf den Staatsapparat und die Armee stützte. Widerstand gegen die Vidovdan-Verfassung erhob sich vor allem in der Kroatischen Bauernpartei und in der Slowenischen Volkspartei, so dass sich etwa der Laibacher Fürstbischof Jeglič weigerte, auf Wunsch der Regierung zur Feier des Verfassungsbeschlusses Glocken läuten und Messen lesen zu lassen. Obwohl die Verfassung eine Vereinheitlichung der sieben Rechtsgebiete (Serbien, Vojvodina, Kroatien-Slawonien, Krain-Untersteiermark, Dalmatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro) vorsah, dauerte der Anpassungsprozess praktisch bis zum Zweiten Weltkrieg. Rascher vereinheitlicht wurde die Staatsverwaltung, da nach französischem Vorbild mit dem Gesetz vom 26. Juni 1922 über die Einteilung des Landes in 33 *oblasti* Slowenien in zwei, Kroatien-Slawonien in vier, Dalmatien in zwei, Bosnien-Herzegowina in sechs, Makedonien in drei und Serbien gar in 13 Verwaltungskreise untergliedert wurden und nur Montenegro, Kosovo und Teile der Vojvodina je eine Einheit bildeten. Die Kreisvorsteher, die *veliki župani* (Obergespane), waren gleichzeitig die politischen Vertreter der Regierung, sodass mit diesem Departement-System eine vertikale Zentralisierung erreicht wurde.<sup>1078</sup>

<sup>1077</sup> Narodna skupština Kraljevine SHS, Statistička pregled izbora narodnih poslanika za Ustavotvornu Skupštinu Kraljevine Srba, Hrvata i Slovenaca, izvršenih na dan 28. novembra 1920. god. (Beograd 1921); SUNDHAUSSEN, Geschichte Serbiens, 252-254.

<sup>1078</sup> Branislav GLIGORIJEVIĆ, Parlament i političke stranke u Jugoslaviji (1919-1929) (Beograd 1979) 110. Für die Vidovdan-Verfassung stimmten insgesamt 223 Abgeordnete (89 Demokraten, 87 Radikale, 23 JMO, 11 Cemiyet, 10 slowenische Bauernpartei, 3 serbische Bauernpartei), dagegen 35 (21 serbische Bauernpartei, 7 Sozialdemokraten, 3 Republikaner, 2 nationale Sozialisten, Trumbić, Ivanić); 158 waren abwesend: 58 Kommunisten, 52 Kroatische Bauernpartei, 14 Slowenische Volkspartei, 13 Kroatische Volkspartei, 11 kroatischer Nationaler Klub, 5 serbische Bauernpartei, 2 Kroatische Rechtspartei, je 1 JMO, Liberale Partei und Cemiyet. Präsident Ivan Ribar durfte nicht mitstimmen.

Ebenso wesentlich wie die innenpolitische Konsolidierung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen war seine außenpolitische Anerkennung. Hierbei schritten die USA bereits am 7. Februar 1919 voran, während sich Großbritannien und Frankreich bis Anfang Juni 1919 Zeit ließen und in Paris lieber mit der Delegation des Königreiches Serbien verhandelten. Auch die völkerrechtliche Anerkennung vieler anderer Staaten erfolgte – abgesehen von der Tschechoslowakei, Griechenland, Schweiz und Norwegen – erst mit der Unterzeichnung der Friedensverträge von Versailles, Saint-Germain, Neuilly und Trianon. Bis zur völkerrechtlichen Anerkennung des Königreiches SHS galten daher nur die Serben als zur Siegerseite gehörend, während Kroaten und Slowenen von den italienischen Delegierten als ehemalige Kriegsgegner behandelt wurden. Dennoch hatte die erste SHS-Regierung bereits am 22. Dezember 1918 eine gemischte Delegation für die Friedenskonferenz nominiert: den bisherigen serbischen Ministerpräsidenten Pašić als Delegationsleiter; den kroatischen Rechtsanwalt und neuen jugoslawischen Außenminister Trumbić; den königlich-serbischen Gesandten in Paris, Milenko Vesnić; den slowenischen Professor des Staatsrechts und ehemaligen österreichischen Minister ohne Portefeuille, Ivan Žolger; den bereits pensionierten königlich-serbischen Gesandten Matija Bošković; den kroatischen Rechtsanwalt und ehemaligen österreichischen Reichsratsabgeordneten Josip Smodlaka und den slowenischen Rechtsanwalt und ebenfalls ehemaligen österreichischen Reichsratsabgeordneten Otokar Rybář. Pašić, Trumbić, Vesnić und Žolger sollten die offiziellen Delegierten des Königreiches SHS, Bošković, Smodlaka und Rybář gleichberechtigt bei Erstellung von Vorschlägen und in der Fassung von Beschlüssen sein. Allerdings war es der jugoslawischen Delegation nicht gelungen, im Jänner 1919 mit einem ausgearbeiteten und allgemein abgestimmten Konzept nach Paris zu kommen. Dennoch versicherte Korošec den Belgrader Kritikern: „Wir Slowenen haben keine Zeit, an separatistische Tendenzen zu denken [...]. Unsere erste Aufgabe sehen wir darin, unsere Territorien zu retten und den ganzen Staat zu konsolidieren.“<sup>1079</sup>

Dem Königreich SHS standen auf der Friedenskonferenz Verhandlungen über die Grenzregelung mit allen sieben Nachbarstaaten bevor – mit Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Albanien, Italien und Österreich. Der nationalen Vielfalt entsprechend, war zu erwarten, dass jede südslawische Nation andere territoriale Ziele verfolgte:

- Die Serben beanspruchten südungarische Gebiete in der Baranya, Batschka und im Banat (auch im Gegensatz zu Rumänien!), westbulgarische und ostmakedonische Gebiete an der Grenze zu Bulgarien, südmakedonische Gebiete in Richtung Saloniki, schließlich ost- und nordalbanische Gebiete; in der letzten Forderung trafen sie sich mit den Montenegrinern, die vor allem den Besitz von Skutari anvisierten.

<sup>1079</sup> MITROVIĆ, Jugoslavija, 6-38, 61-66; VODOPIVEC, Von den Anfängen, 316; vgl. IVO J. LEDERER, Yugoslavia at the Paris Peace Conference (New Haven and London 1963).

- Die Kroaten forderten das österreichische Dalmatien mit den vorgelagerten Inseln, Istrien und die Quarnero-(Kvarner-)Inseln, womit sie, wie die Slowenen mit ihrer Forderung nach dem nördlichen Istrien, Triest und Görz, in den bereits erwähnten fundamentalen Gegensatz zu Italien gerieten.
- Die Slowenen verlangten von Österreich die Abtretung der Untersteiermark und Unterkärntens mit Klagenfurt und Villach.
- Schließlich hatten Slowenen und Kroaten auch territoriale Forderungen an Ungarn: die Slowenen hinsichtlich des offenen Übermurgebietes (Prekmurje), die Kroaten hinsichtlich des überwiegend kroatischen Zwischenmurgebietes (Međimurje).

Betrachtet man die jugoslawischen Grenzziehungsforderungen nach dem in der Deklaration von Korfu beanspruchten ethnischen Prinzip – „Gebiete, auf denen unser dreinamiges Volk in geschlossener und zusammenhängender Masse wohnt“ – , so bezogen sie nun eine Reihe von Gebieten mit ein, die eindeutige magyarisches, deutsche, rumänische, bulgarische, albanische oder italienische Mehrheiten aufwiesen:

- die südöstliche Baranya (Baranja) zählte 1910 je etwa 35 % Deutsche und Magyaren und nur etwa 25 % Südslawen<sup>1080</sup>;
- das Komitat Bács-Bodrog und die Munizipalstädte Baja, Maria-Theresiopel (Szabadka, Subotica), Neusatz (Újvidék, Novi Sad) und Zombor (Sombor) hatten 1910 gemeinsam einen Nationalitätenanteil von 44,7 % Magyaren, 23,5 % Deutschen, 17,8 % Serben, etwa 8 % Bunjevci und Šokci, 3,7 % Slowaken, 1,3 % Rusini und 0,2 % Kroaten<sup>1081</sup>;
- das nordwestliche, mittlere und südöstliche Banat mit regionalen magyarisches, deutschen oder rumänischen Mehrheiten<sup>1082</sup>;
- Caribrod, Bosilegrad und Strumica mit deutlichen bulgarischen Mehrheiten;
- das nördliche Albanien und Skutari (Shkodër) mit deutlichen albanischen Mehrheiten;
- die Westküste Istriens zwischen Pola (Pula) und Capodistria (Koper) mit regionalen italienischen Mehrheiten<sup>1083</sup>;

<sup>1080</sup> Auch nach der jugoslawischen Volkszählung von 1921 lebten in den beiden Bezirken Batina und Darda neben 16.638 Magyaren und 16.253 Deutschen nur 15.604 Serben, Kroaten, Bunjevci und Šokci. – Definitivni rezultati popisa stanovništva 1921 (Sarajevo 1932).

<sup>1081</sup> In der jugoslawischen Bačka wurden nach der jugoslawischen Volkszählung 1921 35,5 % Magyaren, 33,5 % Serben, Kroaten, Bunjevci und Šokci, 23,6 % Deutsche, 4,2 % Slowaken und 1,5 % Rusini gezählt.

<sup>1082</sup> Im jugoslawischen Banat wurden nach der jugoslawischen Volkszählung 1921 42,7 % Serben und Kroaten, 22,5 % Deutsche, 17,5 % Magyaren, 12,1 % Rumänen, sowie 3,1 % Tschechen und Slowaken gezählt.

<sup>1083</sup> Nach der österreichischen Volkszählung 1910 lebten im gesamten Küstenland, also in Görz-Gradisca, Triest und Istrien, 356.000 Italiener, 267.000 Slowenen und 170.000 Kroaten. – SUPPAN, Adria, 296. Nach der italienischen Volkszählung 1921 lebten im ehemaligen österreichischen Küstenland 467.308 Italiener sowie 349.206 Slowenen und Kroaten, d. h. etwa 100.000 Südslawen sollen ihre Nationalität gewechselt haben. – Zgodovina Slovencev, 705.

- die Stadt Triest (Trieste, Trst) und die Stadt Fiume (Rijeka) mit italienischen Mehrheiten<sup>1084</sup>;
- den Südwestteil von Görz-Gradisca mit der Stadt Görz (Gorizia, Gorica) mit italienischer Mehrheit<sup>1085</sup>;
- das Klagenfurter Becken mit Klagenfurt und Villach mit deutscher Mehrheit<sup>1086</sup>;
- das Abtaller Becken sowie die Städte Marburg (Maribor), Cilli (Celje) und Pettau (Ptuj) in der Untersteiermark mit deutschen Mehrheiten<sup>1087</sup>.

Obwohl Prinzregent Aleksandar am 6. Jänner 1919 noch einmal betont hatte, dass die jugoslawische Friedensdelegation „nur die ethnographischen Grenzen unseres Volkes“ verlangen sollte, und die Delegierten über eine strategische Karte des serbischen Generals Petar Pešić in heftige Diskussionen gerieten, präsentierten Pašić, Trumbić, Vesnić und Žolger am 18. Februar 1919 vor dem Obersten Rat eine ganze Reihe weitergehender territorialer Forderungen, die etwa die mehrheitlich deutsch-österreichischen Städte Villach, Klagenfurt, Völkermarkt, Marburg, Pettau, Cilli und Radkersburg, die mehrheitlich magyarischen Städte Szentgotthárd, Mohács, Zombor, Szabadka, Szeged und Arad, die mehrheitlich deutschen Städte des Banats wie Temeschwar, Werschetz (Vršac) und Weißkirchen (Bela Crkva), die bulgarischen Städte Vidin, Caribrod (Dimitrovgrad), Kjustendil und Strumica, die albanische Stadt Skutari und die mehrheitlich italienischen Städte Pola, Triest und Görz einbezogen. Im jugoslawischen Memorandum über die territorialen Forderungen, das zwischen dem 18. Februar und dem 3. März 1919 der Friedenskonferenz übergeben wurde, argumentierten die jugoslawischen Delegierten und Experten – unter ihnen der renommierte Geograph Jovan Cvijić und die bekannten Historiker Jovan Radonić, Stanoje Stanojević und Ferdo Šišić – nun keineswegs ausschließlich mit ethnographischen Begründungen, sondern führten auch historische, wirtschaftliche und strategische Argumente an. So verwiesen sie auf die Italianisierung im Küstenland, die Germanisierung in Kärnten und der Steiermark und die Magyarisierung in Südungarn, versuchten die Häfen von Triest und Fiume als unverzichtbar für die slowenische bzw. kroatische

<sup>1084</sup> Die Stadt Triest zählte 1910 62,3 % Italiener, 29,8 % Slowenen, 6,2 % Deutsche und 1,3 % Serben; das *corpus separatum* der ungarischen Krone, Fiume, zählte 1910 48,6 % Italiener, 26,0 % Kroaten, 13 % Magyaren, sowie je 4,7 % Deutsche und Slowenen.

<sup>1085</sup> Die gesamte gefürstete Grafschaft Görz-Gradisca zählte 1910 61,8 % Slowenen, 36,1 % Italiener und 1,8 % Deutsche.

<sup>1086</sup> In den Südkärntner Gerichtsbezirken Hermagor (Šmohor), Tarvis (Trbiž), Arnoldstein (Podklošter), Villach (Beljak), Rosegg (Rožek), Ferlach (Borovlje), Klagenfurt Stadt (Celovec mesto), Klagenfurt (Celovec), Völkermarkt (Velikovec), Eberndorf (Dobrla Ves), Eisenkappel (Železna Kapla), Bleiburg (Pliberk) und St. Paul (Sveti Pavel) lebten 1910 nach der Umgangssprache 60,6 % Deutsche und 36,7 % Slowenen. – SUPPAN, Jugoslawien, 495.

<sup>1087</sup> In den untersteirischen Gerichtsbezirken Windischgraz (Slovenji Gradec), Mahrenberg (Radlje ob Dravi), Marburg (Maribor), Marburg Stadt (Maribor mesto), Mureck (Murek), Radkersburg (Radgona), St. Leonhard in Windischbüheln (Sveti Lenart v Slovenskih Goricah), Pettau (Ptuj), Pettau Stadt (Ptuj mesto) und Oberradkersburg (Gornja Radgona) lebten 1910 nach der Umgangssprache 61,9 % Slowenen und 35,1 % Deutsche. – SUPPAN, Jugoslawien, 495.

Wirtschaft darzustellen, hoben die Bedeutung des Banats und der Batschka als Kornkammern für ganz Jugoslawien hervor und verlangten strategische Grenzen gegenüber Bulgarien und Albanien an der Struma und am Drin, um sich gegen künftige bulgarische und albanische Einfälle ins Vardar-Tal und nach Montenegro schützen zu können.<sup>1088</sup>

Stellt man den territorialen Forderungen der jugoslawischen Friedensdelegation jene der Nachbarstaaten gegenüber, so wird deutlich, dass, abgesehen von der serbisch-griechischen Grenze aus dem Jahre 1913, alle anderen Grenzziehungen des neuen jugoslawischen Staates auf der Friedenskonferenz offen waren und in den Territorialkommissionen sowie vor dem Obersten Rat das Schicksal ganzer Regionen entschieden werden musste. Die Hauptdifferenzen betrafen das Klagenfurter und das Marburger Becken, die Baranya, die Batschka und den Banat, das Gebiet von Vidin und das Strumatal, Nordalbanien mit Skutari, Zara (Zadar) und die dalmatinischen Inseln, Fiume, die Quarnero-Inseln, Istrien, Triest sowie Görz-Gradisca. Hierbei gab es Kompromisse gegenüber Österreich, Rumänien, Bulgarien und Albanien, einen weitgehenden jugoslawischen Erfolg gegenüber Ungarn und eine weitgehende jugoslawische Niederlage gegenüber Italien:

- Das Klagenfurter Becken blieb nach einem Plebiszit am 10. Oktober 1920 bei Österreich, das Marburger Becken fiel ohne Plebiszit an Jugoslawien.
- Das mehrheitlich slowenische Prekmurje, das überwiegend kroatische Međimurje, die ethnisch völlig gemischte südöstliche Baranya und die ethnisch ebenfalls gemischte Batschka – mit magyarischer Mehrheit im Norden und Osten, deutscher Mehrheit im Westen und südslawischer Mehrheit im Südosten – mussten von Ungarn an das Königreich SHS abgetreten werden.<sup>1089</sup>
- Der von der Entente in einem geheimen Vertrag aus dem Jahre 1916 Rumänien versprochene Banat wurde relativ ausgewogen zwischen Rumänien und Jugoslawien geteilt, freilich ohne Berücksichtigung der deutschen Siedlungsschwerpunkte um Temeschwar und der magyarischen Mehrheit im nordwestlichen Banat.
- Gegenüber Bulgarien konnten nur relativ geringe Grenzveränderungen bei Negotin, Caribrod, Bosilegrad und Strumica durchgesetzt werden, obwohl auch diese dem ethnographischen Prinzip widersprachen.

<sup>1088</sup> Memorandum Presented to the Peace Conference in Paris, Concerning the Claims of the Kingdom of the Serbians, Croats and Slovenes (Paris 1919); Bogdan KRIZMAN – Bogumil HRABAK (Hgg.), *Zapisnici sa sednica Delegacije Kraljevine SHS na Mirovnoj Konferenciji u Parizu 1919-1920* (Beograd 1960) 52-54; MITROVIĆ, *Jugoslavija*, 67-69.

<sup>1089</sup> Gemeinsam mit Rumänien und der Tschechoslowakei hatte Jugoslawien den Vorschlag der ungarischen Friedensdelegation abgelehnt, in den umstrittenen Gebieten Plebiszite abzuhalten. Noch Ende April 1920 glaubte der ungarische Außenminister Pál Graf Teleki, die Batschka bis zum Franz-Josephs-Kanal und den ganzen Banat verlangen zu können. Der Friedensvertrag von Trianon teilte aber dann fast eine halbe Million Magyaren dem Königreich SHS zu. – JUHÁSZ, *Hungarian Foreign Policy*, 41-50; vgl. MÁRIA ORMOS, *From Padua to the Trianon 1918-1920* (Boulder, Col. 1990); IGNÁC ROMSICS, *Der Friedensvertrag von Trianon* (Herne 2005).

- Hinsichtlich der Abgrenzung gegenüber Albanien stimmte die jugoslawische Delegation erst 1920 der Beibehaltung der albanischen Grenzen von 1913 zu, als feststand, dass auch Italien und Griechenland keine „Kompensationen“ bekämen.
- Zwar konnte Italien nicht sämtliche Zusagen des Londoner Vertrages durchsetzen, dennoch war sein Kriegsgewinn an der östlichen Adriaküste beträchtlich: das gesamte Gebiet von Görz-Gradisca, Triest und Istrien, Teile der krainischen Bezirke Adelsberg (Postojna) und Loitsch (Logatec), die Quarnero-Inseln Cherso (Cres) und Lussino (Lošinj), die Stadt Zara (Zadar) und die dalmatinischen Inseln Lagosta (Lastovo) und Pelagosa (Palagruža). Schließlich wurde 1924 auch der Großteil des Freistaates Fiume (Rijeka) von Italien inkorporiert.<sup>1090</sup>

Während die jugoslawische Friedensdelegation die Friedensverträge mit Österreich und Bulgarien erst am 5. Dezember 1919 unterschrieb, da Serbien von den Minderheitenschutzbestimmungen ausgeklammert bleiben wollte, nahm sie an der Unterzeichnung des Vertrages von Trianon am 4. Juni 1920 unmittelbar teil. Ein Vertrag zwischen den alliierten und assoziierten Mächten einerseits und vier Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie andererseits – Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien –, unterzeichnet am 10. August 1920 in Sèvres, fasste die neuen Grenzziehungen nach den Friedensverträgen zusammen und bestätigte die Souveränität der neuen Staaten auf den ihnen zugesprochenen Territorien.<sup>1091</sup>

Die Grenzen Italiens und Albaniens blieben jedoch von diesem Vertrag unberührt. Entschied hinsichtlich Albaniens die Botschafterkonferenz der Großmächte, so wurde die italienisch-jugoslawische Abgrenzung der bilateralen Übereinkunft überlassen. Schon im Februar 1919 hatte der italienische Ministerpräsident Orlando durchgesetzt, dass die Regelung der Adriafrage nicht einer Territorialkommission überantwortet werde, sondern in der alleinigen Kompetenz des Rates der Zehn – nach dem 24. März 1919 nur mehr des Rates der Vier – verblieb. Als Präsident Wilson im April 1919 den Kompromissvorschlag versuchte, den Ostteil von Görz-Gradisca und Istrien an Jugoslawien anzuschließen und Fiume zum Freistaat – wie Danzig – zu machen, verließ Orlando für einige Wochen die Friedenskonferenz; nun versuchte die französische Diplomatie Italien entgegenzukommen. Als der Dichter Gabriele d’Annunzio am 12. September 1919 mit etwa 1000 Sardinien-Grenadiern in Fiume einmarschierte, verschlechterte sich die Verhandlungsposition Jugoslawiens neuerlich. Nach bewaffneten Zwischenfällen in Spalato, Zara, Fiume und Triest verlangte die neue italienische Regierung unter Giovanni Giolitti mit Außenminister Carlo Graf Sforza die Grenze in

<sup>1090</sup> Vgl. FERDO ŠIŠIĆ, *Jadransko pitanje na konferenciji mira (Zagreb 1920)*; SARAH WAMBAUGH, *Plebiscites since the World War*, 2 vols. (Washington 1933); RENÉ ALBRECHT-CARRIÉ, *Italy at the Paris Peace Conference* (New York 1938); MITROVIĆ, *Jugoslavija*, 202-206; CATTARUZZA, *L’Italia*, 117-128.

<sup>1091</sup> JEAN BAPTISTE DUROSELLE, *Histoire diplomatique de 1919 à nos jours* (Paris 1974).

Istrien am Schneeberg (Monte Nevoso, Snežnik), Fiume als unabhängigen Staat mit territorialer Verbindung zu Italien sowie die Quarnero-Inseln Cherso und Lussino, war aber bereit, ganz Dalmatien – mit Ausnahme von Zara – Jugoslawien zu überlassen. Nach dem Misserfolg bei der Kärntner Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 geriet das Königreich SHS weiter unter Druck, zumal keine weitere Unterstützung aus Paris oder London zu erwarten war. Daher fuhren Ministerpräsident Vesnić und Außenminister Trumbić nach Rapallo, handelten noch den Verbleib der istrischen Gemeinde Kastav (Castua) bei Jugoslawien aus und unterzeichneten am 12. November 1920 den Vertrag von Rapallo. Parallel zu diesem Vertrag schlossen die beiden Königreiche eine antihabsburgische Konvention, in der sie sich verpflichteten, alle politischen Maßnahmen gegen einen Restaurationsversuch der Habsburger in Österreich oder in Ungarn zu ergreifen.<sup>1092</sup>

Während kroatische Politiker und kroatische Zeitungen vor allem den Verlust von Fiume (Rijeka) beklagten, das nach dem Londoner Vertrag nicht an Italien versprochen worden war, beschäftigte sich Außenminister Trumbić in seinem Bericht vor der *Skupština* nicht nur mit der Adriafrage, sondern begrüßte, dass Deutschland, „der Hauptschuldige an diesem Weltkrieg“, sich nicht durch Angliederung Österreichs vergrößern und in Richtung Adria und Donau ausbreiten dürfe. Sehr deutlich rechnete der ehemalige Reichsratsabgeordnete und politische Emigrant auch mit der Habsburgermonarchie ab:

„[...] Für mich ist es von unschätzbare Bedeutung, dass die österreichisch-ungarische Monarchie im internationalen Leben verschwunden ist und dass von der Spitze dieser Monarchie eine fatale Dynastie verschwunden ist, die unserem Volk soviel Übles angetan hat. Diese Monarchie mit der habsburgischen Dynastie und ihr Bestand waren ein unüberbrückbares Hindernis für die Verwirklichung unserer Einigung [...].<sup>1093</sup>

Dieses Ablenkungsmanöver half Trumbić jedoch wenig. Die „Gebietsverluste“ Jugoslawiens in Rapallo, die etwa eine halbe Million Slowenen und Kroaten zu Minderheiten im Königreich Italien machten, forderten zu großen Protestversammlungen in Ljubljana, Zagreb und Split heraus. Der Dalmatiner Trumbić musste am 22. November demissionieren; Pašić übernahm am 1. Jänner 1921 nicht nur die jugoslawische Ministerpräsidentenschaft sondern auch das Außenressort.

Während die italienische Armee im Küstenland und die serbische Armee in Südungarn ohne besondere Gegenwehr die Grenzziehungen zu ihren Gunsten beeinflussen konnten, kam es um die neue Grenzziehung zu Österreich in Unterkärnten und in der Untersteiermark zu militärischen Auseinandersetzungen. Der Grenzkonflikt zwischen der Republik Deutsch-Österreich und dem Königreich

<sup>1092</sup> Vgl. Vojislav M. JOVANOVIĆ, *Rapallski ugovor 12. novembra 1920*. Zbirka dokumenata (Zagreb 1950); Ferdinando GERRA, *L'impressa di Fiume* (Milano 1975); Renzo DE FELICE, *D'Annunzio politico 1918-1938* (Bari 1978); Hans GUMBRECHT, Friedrich KITTLER, Bernhard SIEGERT (Hgg.), *Der Dichter als Kommandant. D'Annunzio erobert Fiume* (München 1996).

<sup>1093</sup> *Stenografske beleške Privremenog Narodnog Predstavništva Srba, Hrvata i Slovenaca* (Beograd 1919/20).

der Serben, Kroaten und Slowenen belastete das zwischenstaatliche und binationale Verhältnis nicht nur zwischen November 1918 und Oktober 1920, sondern setzte sich in den zwanziger und dreißiger Jahren fort, wurde zwar 1941 bis 1945 von NS-Okkupation, Besatzungsregime, Widerstand und Vertreibung überlagert, kehrte aber nach 1945 erneut in die nationale und internationale Diskussion zurück, die erst mit dem österreichischen Staatsvertrag von 1955 einen völkerrechtlichen Abschluss fand.<sup>1094</sup>

Sowohl die Maideklaration als auch die Deklaration von Korfu, sowohl Memoranden der serbischen Regierung an die Entente als auch Erklärungen des am 6. Oktober 1918 in Agram konstituierten „Nationalrates der Slowenen, Kroaten und Serben“ hatten ziemlich übereinstimmend das „gesamte ethnographische Territorium“ der südslawischen Völker für den neuen gemeinsamen Staat gefordert. Das bedeutete immer auch die Forderung nach den slowenisch besiedelten Gebieten der Steiermark und Kärntens, freilich ebenso die Einbeziehung von deutschen Mehrheitsgebieten wie Stadt und Umgebung von Villach und Klagenfurt sowie Eibiswald, Arnfels, Spielfeld, Mureck und Radkersburg in der Steiermark. Demgegenüber ließ der deutsch-österreichische Staatsrat die Provisorische Nationalversammlung am 22. November 1918 ein Gesetz und eine Staatserklärung über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebiets von Deutsch-Österreich beschließen, die nicht nur die „Gebietshoheit über das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen innerhalb der bisher im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ beanspruchten, sondern auch „die in den Siedlungsgebieten anderer Nationen eingeschlossenen, allein oder überwiegend von Deutschen bewohnten oder verwalteten Sprachinseln, Städte, Gemeinden und Ortschaften“. In Übereinstimmung mit den Landtagen in Graz und Klagenfurt verlangte daher das Wiener Parlament in der Untersteiermark die Einbeziehung des Laufes der Drau und in Kärnten die Karawankengrenze. Somit waren also hinsichtlich der künftigen staatlichen Zugehörigkeit nicht weniger als elf steirische und dreizehn Kärntner Gerichtsbezirke mit insgesamt 470.000 Einwohnern umstritten. Nach der letzten österreichischen Volkszählung von 1910 hatten in diesen Gerichtsbezirken zwischen Hermagor und Pettau 229.000 Slowenen und 218.000 Deutsche, darüber hinaus einige Tausend Italiener im Westen und Magyaren im Osten gelebt.<sup>1095</sup>

Der Kommandant des k.u.k. Landsturm-Bezirkskommandos Nr. 26 in Marburg, der slowenische Major Rudolf Maister, hatte bereits am 1. November 1918, also noch vor dem Waffenstillstand, die militärische Macht in Marburg und Umgebung an sich gerissen und ein „steirisches Grenzkommando“ aufgebaut. Die steiermärkische Landesregierung unterließ militärische Gegenmaßnahmen, da sie die Unterbrechung der Nahrungsmittelzufuhr aus der Untersteiermark befürchtete. Der mittlerweile von der slowenischen Nationalregierung zum General

<sup>1094</sup> Vgl. ausführlich in: SUPPAN, Jugoslawien, 602-656.

<sup>1095</sup> Bogo GRAFENAUER, Slovenska Koroška v diplomatski igri leta 1919, in: Koroški plebiscit (Ljubljana 1970) 275-378, Karten; SUPPAN, Jugoslawien, 487-495.

beförderte Maister ließ hingegen „aus national-politischen Gründen streikende deutsche Eisenbahner und Postbedienstete“ durch südslawische ersetzen. Parallel dazu ersetzte die slowenische Justizverwaltung deutsche Gerichtspräsidenten und -vorsteher durch „südslawische Funktionäre“. Der Regierungskommissär für Kärnten, Fran Smodej, verlangte Klagenfurt und Villach für das Königreich SHS. Aber der südslawische Vormarsch in Unterkärnten ging langsamer voran, und als es Anfang Dezember 1918 zur südslawischen Besetzung der Stadt Völkermarkt kam, fasste die Provisorische Kärntner Landesversammlung am 5. Dezember 1918 in vertraulicher Sitzung einhellig den Beschluss, zwar den Ententetruppen keinen Widerstand entgegenzusetzen, dagegen „dem Eindringen jugoslawischer Truppen entgegenzutreten“. Schon am 15. Dezember wurden fünfzehn Kilometer östlich von Klagenfurt sieben Offiziere und 280 Mann südslawischer Provenienz – zum Teil in serbischen Uniformen, aber ohne Befehl aus Belgrad (!) – gefangen genommen. Das Wiener Staatsamt des Äußern, das die Kärntner Führung vor bewaffnetem Widerstand gewarnt hatte, telegraphierte dennoch über Bern an die Westmächte, „dass die südslawischen Truppen keineswegs zum Schutze der Sicherheit und Ordnung eingerückt“ seien. Vielmehr wollten die Südslawen zur „Befriedigung imperialistischer Machtgelüste vollendete Tatsachen“ schaffen und bei den Ententeregierungen den „Anschein eines Rechtes“ wachrufen.<sup>1096</sup>

Der beiderseitige militärische Aufmarsch war von Gewaltmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung begleitet. Die slowenischen Kommandanten ließen deutsche Bürgermeister, Lehrer und Beamte verhaften, die deutschen Kommandanten slowenische Pfarrer. Im Mießtal war es aber auch zur Plünderung deutscher Kaufläden und Gasthäuser durch überwiegend slowenische Arbeiter und Bauern gekommen, gegen die slowenische Truppen des Cillier Infanterieregiments eingeschritten waren. Der Vorsitzende der slowenischen Landesregierung, Janko Brejc, ersuchte während seines Aufenthalts in Belgrad, Anfang Dezember 1918, den Prinzregenten und das Kriegsministerium, bis Weihnachten zwei Bataillone serbischer Truppen nach Kärnten zu entsenden. Aber einige Laibacher Regierungsmitglieder wollten sich nicht mit der Bürde der Versorgung der Klagenfurter Bevölkerung belasten und rieten von einer Besetzung der Kärntner Landeshauptstadt ab. Andererseits ergriff die Deutsch-Kärntner Seite unter der politischen Führung von Landesverweser Arthur Lemisch und unter dem militärischen Kommando des Landesbefehlshabers Oberstleutnant Ludwig Hülgerth nach den Weihnachtstagen 1918 die Offensive. Offiziere und Mannschaften der ehemaligen Kärntner Regimenter, Volkswehrebataillone, „Alarmkompanien“ und „Ortswehren“ – zusammen etwa 2500 deutsche und slowenische Kärntner – griffen im Gail-, Drau- und

<sup>1096</sup> Martin WUTTE, Kärntens Freiheitskampf (Klagenfurt 31985) 88-94, 120-122; Fran Smodej, Promemoria koroških Slovencev za mirovni kongres, 11 December 1918, in: Andrej RAHTEN, The Paris Peace Conference and the Slovenes, in: *Slovinci v očeh Imperija. The Slovenes in the Eyes of the Empire* (Ljubljana 2007) 285-305, hier 289f.; ADÖ 1/30, 31, 32, 37, 56, 57, 69, 72, 83, 99, 100.

Lavanttal an und eroberten bis 8. Jänner 1919 etwa die Hälfte des südslawisch besetzten Kärntner Unterlandes zurück.<sup>1097</sup>

Dieser „Abwehrkampf“ der zum Teil unmittelbar Betroffenen wurde letzten Endes vorentscheidend für die künftige Grenzziehung, da die Kunde von diesen Ereignissen bis an das Ohr des amerikanischen Präsidenten Wilson drang. Zwar einigten sich die Klagenfurter und Laibacher Regierung auf Waffenstillstandsgespräche in Graz, aber diese drohten bereits am 17. Jänner zu scheitern. In diesem kritischen Moment schalteten sich zwei amerikanische Offiziere, Oberstleutnant Sherman Miles und Leutnant LeRoy King, – auf Ersuchen der steiermärkischen und Kärntner Landesregierung und mit Billigung ihres Vorgesetzten Professor Coolidge – in die Grazer Verhandlungen ein. Als Mitglieder der 18-köpfigen „Field Mission“ des Harvard-Professors Archibald Cary Coolidge, der als enger Vertrauter Wilsons die politischen Verhältnisse in der ehemaligen Habsburgermonarchie studieren sollte, waren sie von Coolidge zu offiziellen Erkundungen nach Agram und Laibach entsandt worden und machten nun in Graz folgenden Vermittlungsvorschlag: Um neuerliche nutzlose Kämpfe zu verhindern, sollte eine amerikanische Delegation das umstrittene Gebiet bereisen und nach den Wünschen der Bevölkerung „hinsichtlich ihrer künftigen Staatsangehörigkeit“ den Vorschlag einer „administrativen Demarkationslinie“ machen. Tatsächlich unterzeichneten beide Parteien den Vermittlungsvorschlag, obwohl weder Miles noch Coolidge eine Vollmacht für eine solche Vermittlung besaßen.<sup>1098</sup>

Inzwischen hatte sich aber die nationalpolitische Stimmung in der Untersteiermark verschärft, denn General Maister, der offensichtlich Widerstandsaktionen befürchtete, ließ zu Jahresbeginn unter den Marburger Bürgern Geiseln ausheben. Das Wiener Staatsamt des Äußern drohte der Laibacher Nationalregierung mit „Retorsionsmaßnahmen“. Auch Oberstleutnant Miles, der am 20. Jänner 1919 eine Erkundungsfahrt nach Radkersburg und Marburg unternahm, wusste keine klare Abgrenzungslinie zwischen deutscher und slowenischer Steiermark zu ziehen. Marburg hielt er zwar für eine deutsche Sprachinsel inmitten der slowenischen Bevölkerung, aber selbst bei Einzelpersonen fälle es schwer, die Nationalität festzustellen, da die meisten zweisprachig seien. Dennoch brach Miles am 27. Jänner 1919 mit seiner Mission – bestehend aus Professor Robert Kerner, dem Geographen Major Martin und Leutnant King – in Begleitung von Fregattenkapitän Albert Peter-Pirkham und Generalkommissär Fran Smodej, den Vertretern

<sup>1097</sup> WUTTE, Freiheitskampf, 99-135; Lojze UDE, Vojaški boji na Koroškem v letu 1918/1918, in: Janko Pleterski – Lojze Ude – Tone Zorn (Hgg.) Koroški plebiscit, Razprave in članki (Ljubljana 1970) 131-214.

<sup>1098</sup> FRUS, The Paris Peace Conference 1919, XII, 468-475; Archibald Cary COOLIDGE, Life and Letters, ed. by Harold Jefferson Coolidge and Robert Howard Lord (Boston – New York 1932) 198-201; Claudia KROMER, Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Frage Kärnten 1918-1920 (Klagenfurt 1970) 66; ADÖ 1/139; Tamara PEČAR, Die Stellung der Slowenischen Landesregierung zum Land Kärnten (Klagenfurt/Celovec etc. 2010) 253-268; SUPPAN, Jugoslawien, 504-523; RAHTEN, Slovenes, 290f.; GIGLER, Coolidge-Mission, 40f.

der beiden Streitparteien, von Graz nach Marburg auf, wo er von General Maister empfangen wurde. Während der slowenische General dem amerikanischen Oberstleutnant im Rathaus die slowenischen Forderungen hinsichtlich Kärntens erläuterte, fand draußen eine große deutsch-österreichische Demonstration mit Tausenden Teilnehmern statt. Die Menge umringte einen südslawischen Offizier und schlug ihn nieder, worauf die von Maister postierten jugoslawischen Truppen ohne Kommando das Feuer eröffneten, acht Menschen erschossen und zwanzig verwundeten. Es waren die ersten Toten der Grenzkämpfe in der Untersteiermark.<sup>1099</sup>

Nach diesem Marburger „Blutsonntag“ versuchten steirische Heimwehrgruppen slowenische Garnisonen entlang der Bahnlinie Spielfeld–Radkersburg am linken Ufer der Mur anzugreifen. Gerade die Rückeroberung der schon am 1. Dezember 1918 von südslawischen Truppen besetzten Kleinstadt Radkersburg scheiterte jedoch, sodass die steiermärkische Landesregierung in das Marburger Abkommen vom 13. Februar 1919 einwilligen musste, das eine Demarkationslinie „mindestens 6 km nördlich der Sprachgrenze“ festlegte. Jetzt fiel das überwiegend deutschsprachige Abstaller Feld am rechten Ufer der Mur unter südslawische Verwaltung und blieb dies auch nach dem Friedensvertrag, während eine internationale Räumungskommission am 26. Juli 1920 die Rückgabe Radkersburgs an Österreich durchsetzte.<sup>1100</sup>

Mehr Glück als die Marburger und Abstaller Deutschen hatten die Unterkärntner Deutschen. Die Miles-Mission bereiste zwischen dem 28. Jänner und 6. Februar 1919 eine ganze Reihe von Kleinstädten, Märkten und Dörfern im ethnisch und sprachlich gemischten Unterkärnten, sprach mit weltlichen und geistlichen Honoratioren, Bauern und Arbeitern, Marktbesuchern und Schulkindern. Schon am 7. Februar erstattete die Mission ersten Bericht an Coolidge, wobei Miles, Martin und King in ihrem Mehrheitsbericht feststellten, „dass das ganze (Klagenfurter) Becken mit Ausnahme der Gemeinde Seeland eine geographische und wirtschaftliche Einheit bilde und dass es Österreich zugeteilt werden solle, weil die Mehrheit der Bevölkerung, selbst die slowenischer Nationalität, es so wünsche“. Lediglich Professor Kerner schlug in einem eigenen Bericht die Draugrenze vor, konsequenterweise auch in der Untersteiermark einschließlich von Marburg. Coolidge aber schloss sich mit wenigen Änderungen dem Mehrheitsbericht an und entsandte Miles zur persönlichen Berichterstattung nach Paris. Aber die jugoslawische Regierung und ihre Friedensdelegation protestierten gegen eine Veröffentlichung, der französische Außenminister, Stéphane Pichon, sprach von „actions of

<sup>1099</sup> ADÖ 1/144, 162; Siegfried BEER – Eduard G. STAUDINGER, Grenzziehung per Analogie. Die Miles-Mission in der Steiermark im Jänner 1919. Eine Dokumentation, in: Stefan Karner – Gerald Schöpfer (Hgg.), *Als Mitteleuropa zerbrach* (Graz 1990) 133-152, Dok. 4 und 6; Report Miles to Coolidge, Klagenfurt, 29th January 1919, in: GIGLER, *Coolidge-Mission*, 125-129.

<sup>1100</sup> ADÖ 1/151, 162; Joseph F. DESPUT, Die neuen Grenzen, in: *Die Steiermark. Brücke und Bollwerk* (Graz 1986) 443-471.

a certain Mister Coolidge“, sodass der Rat der Zehn die Kärntner Grenzfrage der „Kommission für das Studium der Gebietsfragen Rumäniens und Jugoslawiens“ zuwies.<sup>1101</sup>

Nach zum Teil heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der jugoslawischen Friedensdelegation über das Ausmaß der Gebietsforderungen gegenüber Italien, Österreich, Ungarn, Bulgarien und Albanien präsentierte am 18. Februar 1919 die jugoslawische Delegation ein umfassendes Memorandum vor dem Rat der Zehn am Quai d'Orsay. Insgesamt stellten die jugoslawischen Grenzziehungsvorschläge die Summe der serbischen, kroatischen und slowenischen Maximalforderungen dar. Gegenüber Österreich wurden das Kanaltal, das untere Gailtal, der größere Teil des Klagenfurter Beckens mit Villach und Klagenfurt, das unterste Lavanttal, das steirische Drautal, das Abstaller Feld und das Radkersburger Gebiet beansprucht. Begründet wurde dieser Anspruch mit der „Germanisierung“ der Slowenen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, mit der Notwendigkeit einer „guten strategischen Grenze“ gegenüber „Deutschland“ (sic!) und wirtschaftlichen Zusammenhängen zwischen den Gebieten nördlich und südlich der Karawanken.<sup>1102</sup>

Die alliierte Territorialkommission unter dem Vorsitz des späteren französischen Außenministers André Tardieu beriet vom 22. März 1919 an über die Grenzziehung zwischen Jugoslawien und Österreich. Sehr rasch zeichnete sich ab, dass der französische und der britische Delegierte Marburg und Umgebung an Jugoslawien anschließen wollten, während der italienische Delegierte zu Deutsch-Österreich hielt. Der Amerikaner Charles Seymour plädierte hingegen unmissverständlich für die Belassung des Klagenfurter Beckens bei Österreich, und zwar sowohl aus wirtschaftlichen Gründen als auch infolge des militärischen Widerstandes der deutsch- und slowenischsprachigen Unterkärntner, den „man wie eine Volksabstimmung auslegen kann“. Tatsächlich schlug die Territorialkommission in ihrem Rapport vom 6. April 1919 an den Obersten Rat eine Befragung der Bevölkerung des Klagenfurter Beckens vor und stellte den Antrag, das Marburger Gebiet Jugoslawien zuzuteilen, denn das ländliche slowenische Element habe hier trotz der von der österreichischen Verwaltung im Sinne der alldeutschen Ziele verfolgten Assimilationspolitik seine nationalen Aspirationen unversehrt erhalten.<sup>1103</sup>

<sup>1101</sup> WUTTE, *Freiheitskampf*, 146-160; KROMER, *Die Vereinigten Staaten*, 61-63; SUPPAN, *Jugoslawien*, 523-534; RAHTEN, *Slovenes*, 296; GIGLER, *Coolidge-Mission*, 43f., 103-108, 120-125. Miles, Martin und King fassten in ihrem Bericht vom 12. Februar 1919 an Coolidge zusammen: „[...] there are many Slovenes who do not wish to join Yugoslavia [...] – we strongly recommend that the final frontier between Austria and Yugoslavia in the province of Carinthia be drawn along the watershed of the Karawanken mountains.“ Kerner hingegen empfahl: „Thus the Drau-Mur-line would appear to answer the demands for a good boundary.“ Demnach wären Arnoldstein, Ferlach und Bleiburg an Jugoslawien gefallen, das Zentrum der Stadt Marburg aber bei Österreich geblieben.

<sup>1102</sup> MITROVIĆ, *Jugoslavija*, 130-145; KRIZMAN – HRABAK, *Zapisnici*, 30f., 36f., 53; SUPPAN, *Jugoslawien*, 534-545.

<sup>1103</sup> *Documents Diplomatiques Français sur l'histoire du bassin des Carpates 1918-1932*, vol. I, 374-384; WUTTE, *Freiheitskampf*, 422-427.

Obwohl es nach dem Bruch des Waffenstillstands durch die südslawische Seite seit dem 29. April 1919 zu schweren Kämpfen in Südost-Kärnten kam, die innerhalb einer Woche zu einem Vorstoß von Kärntner Truppen bis an die steirische Landesgrenze im Mießtal führten, stimmten am 12. Mai Clemenceau, Wilson, Lloyd George und Orlando im Obersten Rat für ein Plebiszit in Unterkärnten, während sich der italienische Außenminister Sonnino mit dem Wunsch nach einem weiteren Plebiszit im Gebiet von Marburg nicht durchsetzen konnte. Jetzt versuchte die jugoslawische Friedensdelegation eine Teilung des Klagenfurter Beckens ohne Plebiszit herbeizuführen, und zwar entlang der „Grünen Linie“ Wörther See–Glan–Gurk–Drau. Aber Präsident Wilson hielt im Rat der Vier am Plebiszitvorschlag fest, wobei er sich auf den Miles-Bericht berief, den er offensichtlich genau gelesen hatte. Daran konnte schließlich auch ein jugoslawischer Großangriff auf Unterkärnten nichts mehr ändern, der am 28. Mai 1919 begann und unter dem Kommando eines serbischen Generals innerhalb einer Woche zur Besetzung von Völkermarkt, Klagenfurt und Velden am Wörther See führte.<sup>1104</sup>

Als am 5. Juni 1919 eine slowenische Delegation unter Führung des Laibacher Fürstbischofs Jeglič, des Vorsitzenden der slowenischen Landesregierung, Janko Brejc, und des ehemaligen k.u.k. Diplomaten Ivan Švegel beim amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson in Paris vorsprach, versuchten die slowenischen Repräsentanten mit folgender durchaus einseitiger sozialhistorischer Argumentation das Kärntner Plebiszit zu verhindern:

„Es war [...] ganz unmöglich, in unserem Volke neben den hilflosen Bauern eine selbständig auftretende und führende Intelligenzklasse heranzuziehen. [...] Bureaucratie, Armee und Industrie haben ausschließlich im Interesse der Germanisierung gearbeitet, und unter ihrem Schutze hatte sich [...] eine dem Volke feindlich gesinnte Gesellschaftsklasse von Großgrundbesitzern, Ärzten und Advokaten, Notaren, Geschäftsleuten, Hoteliers etc. gebildet, die heute an Ort und Stelle ist, die ihren Einfluss bis in die letzten Dörfer ausübt und auf das Plebiszit vermutlich einen so entscheidenden verfälschenden Einfluss haben würde.[...]“<sup>1105</sup>

Aber schon am 31. Mai hatte die Friedenskonferenz auf Initiative Wilsons sowohl der Belgrader als auch der Wiener Regierung die Räumung der vorgesehenen Plebiszitzone befohlen, und am 25. Juni 1919 teilte die Friedenskonferenz der Regierung in Belgrad und der jugoslawischen Delegation ihre endgültige Entscheidung mit, dass in Unterkärnten ein Plebiszit in zwei Zonen abgehalten werde.<sup>1106</sup>

<sup>1104</sup> David HUNTER MILLER, *My Diary at the Peace Conference of Paris. With Documents* (New York 1927) vol. XVI, 264-270; Nina ALMOND – Ralph H. LUTZ, *The Treaty of Saint-Germain. Documentary History of its Territorial and Political Clauses* (Stanford – London – Oxford 1935) 364-381. Der französische Marschall Ferdinand Foch hatte die jugoslawischen Delegierten noch aufgefordert: „Whatever you have occupied shall remain in your possession.“ Aber Wilson hob nicht zuletzt die Notwendigkeit der Erhaltung der wirtschaftlichen Einheit des Klagenfurter Beckens hervor, womit ursprünglich auch die Slowenen argumentiert hatten. – RAHTEN, *Slovenes*, 296-303.

<sup>1105</sup> Bericht Švegel [in deutscher Sprache!], 12.6.1919, Arhiv JAZU, ostavština Trumbića, fasc. 71/17; vgl. SUPPAN, *Jugoslawien*, 557.

<sup>1106</sup> MANTOUX, *Délibérations II*, 218f.; SUPPAN, *Jugoslawien*, 553-558.

Seit November 1918 waren unter der auf dem Lande mehrheitlich slowenischen, in den Kleinstädten und Märkten aber mehrheitlich deutschen Bevölkerung Unterkärntens einige Stimmungsschwankungen zu beobachten. Das Vorücken südslawischen Militärs im November und Dezember 1918 hatte auch zu Beschlagnahmungen und Verhaftungen geführt, die unter der gesamten Bevölkerung Verbitterung auslösten und Anlass waren für die entschlossenen militärischen Gegenstöße an der Jahreswende 1918/19. Nach dem Bericht des Konsuls Max Hoffinger vom Wiener Außenamt war es auch beim militärischen Vorstoß der Kärntner Truppen Anfang Mai 1919 zu Raub und Plünderung seitens der österreichischen Volkswehr, ja sogar zur Schändung von Frauen und zur Entweihung von Kirchen gekommen. Die gegen Österreich umgeschlagene Stimmung in Südost-Kärnten war nach Ansicht des Konsuls nur durch sofortige großzügige Entschädigungen aufzufangen, und zwar sowohl in Form von Lebensmittelaushilfen als auch durch Geld. Die serbischen Truppen wussten diesen Stimmungsumschwung nicht zu nutzen, sondern besetzten ihrerseits Klagenfurt am 6. Juni 1919. Nach einem neuerlichen Waffenstillstand lautete die Bilanz der halbjährigen Auseinandersetzung: 201 Kärntner und 13 Kärntnerinnen, dazu weitere 52 in Kärnten nicht heimatberechtigte Männer hatten den Tod gefunden; auf jugoslawischer Seite waren 154 Mann gefallen, darunter neun Kärntner (überwiegend Mießtaler) und fünfzehn Serben; die meisten der Gefallenen waren Slowenen aus Krain, der Untersteiermark und dem Küstenland. Die Kärntner Landesregierung schätzte die materiellen Schäden auf 57 Millionen Kronen, die jugoslawische Regierung auf 30 Millionen Kronen, von denen allerdings nur 18 Millionen den jugoslawischen Truppen, 12 Millionen aber den Kärntner Truppen angelastet wurden.<sup>1107</sup>

Andererseits war der slowenischen Landesregierung schon Ende August 1919 klar, dass ihre psychologische Ausgangslage für die Volksabstimmung keineswegs günstig war. Auf einer sogenannten „Kärntner Enquête“ am 28. und 29. August 1919 in Laibach wurde festgestellt, dass derzeitige Stimmen aus Kärnten keineswegs einen günstigen Ausgang der Volksabstimmung versprechen. Und der Vorsitzende Brejc erwähnte „die Tatsache, dass unser eigenes Militär sich in sehr vielen Fällen auch der slowenischen Bevölkerung gegenüber so verhalten hat, als befände es sich in Feindesland. Raubüberfälle und Diebstähle an slowenischem Besitz sind leider recht zahlreich. [...] Wenn wir noch den Einfluss der feindlichen Propaganda hinzuzählen, ist es verständlich, dass die Stimmung der Bevölkerung in Kärnten, die uns als Befreier erwartet hat, uns und unserer Sache gegenüber sehr abgekühlt ist.“ Dagegen helfe nur ein breites Spektrum konkreter wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischer Maßnahmen, von der Zuteilung industrieller Artikel und der Abhaltung wöchentlicher Bauernmärkte, über die Einrichtung besserer Verkehrsverbindungen und einer besseren ärztlichen Versorgung der Bevölkerung, bis zur Bereitstellung von Schulplätzen an Laibacher Mittelschulen und der Gewährung von Stipendien an etwa 4000 unterstützungsbedürftige

<sup>1107</sup> ADÖ 1/122, 238; SUPPAN, Jugoslawien, 575-586; WUTTE, Freiheitskampf, 283f.

Schüler. Allerdings wurde diese vermutlich erfolgversprechende Strategie nicht konsequent umgesetzt, sondern ab Herbst 1919 das Schwergewicht auf verstärkte Propagandaarbeit gelegt.<sup>1108</sup>

Tatsächlich sahen sich die maßgeblichen slowenischen Politiker, Militärs und Beamten von der Deutsch-Kärntner Propaganda in die Defensive gedrängt, wenn diese die antiserbische und antiorthodoxe Kriegspropaganda weitertrug, auf die jugoslawische „Militärmonarchie“ losging, ja sogar die Beständigkeit des jugoslawischen Staates in Frage stellte. Dagegen halfen auch keine antisemitischen und sexistischen Untergriffe, wenn die slowenische Propaganda in Flugzetteln nicht nur vor der „Wiener Judenwirtschaft“ warnte und behauptete: „Der Bauer ist Fürst in Jugoslawien, in Deutsch-Österreich sind es die Juden und Barone“ oder die zivilrechtliche Verankerung der Ehe in Österreich angriff, die Frauen angeblich zu „Dirnen“ mache, „die man kauft und dann wegwirft“. Und die jugoslawische Sozialdemokratie versuchte vergeblich, mit klassenkämpferischen Tönen die deutsch-österreichische Sozialdemokratie zu überholen: „Die Sozialdemokratische Partei ist republikanisch und wird es auch bleiben, aber für eine solche Republik, wie sie Deutschösterreich darstellt, bedanken wir uns. Die Sozialdemokratische Partei strebt nach einer sozialistischen Republik. Deutschösterreich aber repräsentiert eine bürgerliche Republik, in der dieselben Grafen und Barone regieren, wie im alten Österreich.“<sup>1109</sup>

Als der Anwalt Janko Brejc – nun ohne Regierungsfunktion – Anfang Dezember 1919 wieder durch das Abstimmungsgebiet fuhr, konstatierte er mangelnde und unpünktliche Versorgung, Mangel an Industrieprodukten, Misstrauen in die Beständigkeit des südslawischen Staates, eine geradezu armselige slowenische Verwaltung und eine starke österreichische Agitation, die sich auf die Serben, den Absolutismus, den Militarismus, den Antikatholizismus und die wirtschaftliche Armut konzentrierte. Darüber hinaus dürften drei Maßnahmen der slowenischen Verwaltung den Ausgang der Volksabstimmung wesentlich zuungunsten Jugoslawiens beeinflusst haben: die Amtsenthebungen von weit über hundert Lehrern, Beamten und Eisenbahnbediensteten und die Entziehung der Konzession bei Dutzenden von Gastwirten; die Flucht von über 2000 Menschen aus der Abstimmungszone I nach Mittel- und Oberkärnten, unter ihnen viele Haus- und Grundbesitzer, Kaufleute, Beamte, Lehrer, Eisenbahner, Ärzte, Förster, Forstgehilfen und Arbeiter; schließlich die Beschlagnahme und Sequestrierung Dutzender Großgrundbesitzungen, Industrieunternehmungen und Handelsfirmen, darunter

<sup>1108</sup> Brief Brejc an MP Protić, 6. September 1919; Anketa. Ukrepi za izvedbo plebiscita na Koroškem [Enquête. Die Maßnahmen zur Ausführung des Plebiszits in Kärnten], INV, Fasz. 30/7 und Fasz. 144, zitiert nach: PEČAR, Slowenische Landesregierung, 385-393.

<sup>1109</sup> Vgl. das Flugblatt „Deset plebiscitnih zapovedi za Slovence“ (Die zehn Abstimmungsgebote für Slowenen): „6. Du sollst nicht Unkeuschheit treiben mit der Dirne Österreich!“; PEČAR, Slowenische Landesregierung, 580-596, 611-632; Wilhelm DEUER, Abwehrkampf und Volksabstimmung als geistige Herausforderung. Voraussetzungen, Wege und Ziele der Propaganda, in: Der 10. Oktober 1920 (Klagenfurt 1920) 108-125.

der Fideikommission von Graf Thurn-Valsassina, Baron Helldorf, Fürst Orsini-Rosenberg, Fürst Liechtenstein, Fürst Thurn und Taxis, Graf Goess und Ludwig Wittgenstein, sowie der Bleiberger Bergwerksunion und der Holzverwertungsgesellschaft „Drauland“. Auch der „Deutsche Schulverein“ und die „Südmark“ fielen unter diese Maßnahmen.<sup>1110</sup>

Die Kärntner Landesregierung und der Nationalpolitische Ausschuss der Provisorischen Landesversammlung entwickelten mit einer neu eingerichteten Landesagitationsleitung unter Oberleutnant Hans Steinacher, einem evangelischen Lehrer, nicht nur eine bessere Propaganda in deutscher und slowenischer Sprache, sondern organisierten unter Mithilfe der Wiener Regierung auch konkretere „Fürsorgeaktionen“ für die notleidende Bevölkerung im Abstimmungsgebiet, vorerst freilich nur für die Zone II. Dazu gehörten Lieferungen von Mehl, Zucker, Fett, Kondensmilch, Bohnen, Reis, Öl, Petroleum, Kerzen, Schmieröl, Druschbenzin, Schmiedekohle und Koks. Wesentlich war auch die rechtzeitige Bereitstellung solcher Güter für die Zone I, da die slowenische Verwaltung dieses Gebiet hermetisch abgeriegelt hatte. Als sich am 6. August 1920 die Demarkationslinie wieder öffnete, eilte die Bevölkerung der Zone I nach Klagenfurt und stürmte vor allem die Manufakturgeschäfte und Eisenhandlungen.<sup>1111</sup>

Die Öffnung der Demarkationslinie zwischen den beiden Abstimmungs-zonen war von der im März 1920 gebildeten Interalliierten Plebiszitkommission erzwungen worden. Ihr Vorsitzender, der britische Oberst Capel Peck, hatte die Freigabe des Personenverkehrs und des Handels, die Ermöglichung der Rückkehr für Ausgewiesene und Flüchtlinge und die Aufhebung der Sequestrierungen verlangt. Nachdem der Friedensvertrag von Saint-Germain am 16. Juli 1920 in Kraft getreten war, traf die Plebiszitkommission in Klagenfurt ein und begann mit der mühevollen Durchsetzung dieser Maßnahmen, wobei die jugoslawische bzw. slowenische Seite vor allem die Öffnung der Demarkationslinie hinauszuschieben suchte.<sup>1112</sup>

In der Propaganda des „Kärntner Heimatdienstes“ wurden nicht die Kärntner Slowenen, nicht einmal die Slowenen in Krain und in der Untersteiermark angegriffen, sondern die jugoslawische „Militärmonarchie“ mit ihrem orthodoxen Königshaus, die Brutalität der jugoslawischen Truppen, die schlechte Sozialgesetzgebung und der kulturell-zivilisatorische Rückstand des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen. Versprach die österreichische Propaganda den slowenischen Bauern im Abstimmungsgebiet bessere Absatzmärkte und die Respektierung „ihrer sprachlichen und nationalen Eigenart jetzt und alle Zeit“, so erinnerte die jugoslawische Propaganda an die angeblich jahrhundertalte deutsche Unterdrückung und appellierte an die Gemeinsamkeit der Muttersprache. Da bei

<sup>1110</sup> PEČAR, Slowenische Landesregierung, 409-412.

<sup>1111</sup> WUTTE, Freiheitskampf, 331-370.

<sup>1112</sup> WAMBAUGH, Plebiscites, vol. 2, 126-130; Wilhelm NEUMANN, Abwehrkampf und Volksabstimmung in Kärnten 1918-1920 (Klagenfurt <sup>2</sup>1985) 73-128.

der letzten Wahl in der Zone I, bei der Reichsratswahl 1911, für die Slowenische Volkspartei 44 Prozent, für die Deutsch-Freiheitlichen 39 Prozent und für die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten 17 Prozent der Wähler gestimmt hatten, kam dieser Partei eine gewisse Schlüsselrolle zu. Tatsächlich gelang es ihr, den überwiegenden Teil der mehrheitlich slowenischen Industriearbeiter auf der österreichischen Seite zu halten.<sup>1113</sup>

Am 10. Oktober 1920 nahmen fast 96 Prozent der über 39.000 abstimmungsberechtigten Unterkärntner am Plebiszit teil, das von der interalliierten Kommission in ziemlicher Ruhe und in korrekter Form durchgeführt werden konnte. Obwohl es in zwei Distrikten eine knappe Mehrheit für Jugoslawien gab, fiel das Gesamtergebnis mit 22.025 Stimmen für Österreich (59,04 %) gegenüber 15.279 Stimmen für Jugoslawien (40,96 %) doch eindeutig aus. Je etwa 11.000 Deutsche und Slowenen dürften für Österreich, nur gut 15.000 Slowenen für Jugoslawien gestimmt haben. Da dieses Ergebnis in Politik und Öffentlichkeit Sloweniens als nationale Katastrophe aufgefasst wurde, gab es kurzzeitig militärische und diplomatische Versuche, die Räumung der Plebiszitzone zu verhindern. Aber die Botschafterkonferenz in Paris erkannte das Ergebnis des Kärntner Plebiszits an, und die Plebiszitkommission übergab am 18. November 1920 die Zone I wieder der Souveränität der Republik Österreich. Der Versuch der jugoslawischen Regierung Pašić Ende März 1921 –, sechs Tage nach der Volksabstimmung in Oberschlesien – doch noch eine Teilung des Kärntner Abstimmungsgebietes entlang der Drau zu erreichen, wurde von der Botschafterkonferenz am 2. Juni 1921 endgültig abgewiesen.<sup>1114</sup>

### **Die nationale, konfessionelle, soziale und wirtschaftliche Struktur Jugoslawiens 1921-1931**

Mit der Gründung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen lebten die südslawischen Völker – mit Ausnahme der Bulgaren – erstmals in ihrer Geschichte in ihrer überwiegenden Mehrheit zusammen. Die Vereinigung stärkte

<sup>1113</sup> PLETESKI, Elemente, 12-74.

<sup>1114</sup> WUTTE, Freiheitskampf, 392-398; WAMBOUGH, Plebiscites, vol. 2, 159-162; SUPPAN, Jugoslawien, 638-656. Staatskanzler Renner bedankte sich am 19. Oktober 1920 beim US-Chargé d’Affaires in Wien: „Following the plebiscite in the first zone of the region of Klagenfurt, which gave so favorable a result for Austria, the Government of the Republic fulfills a duty of gratitude in recalling the task accomplished by the American Mission, presided over by Professor Coolidge. [...] It is no doubt in consequence of the impartial reports to that Mission, based for the greater part on local information, that the Interallied Powers granted the population of Southern Carinthia the advantage of deciding its own future.

Thanks to the impartiality, zeal and broad-minded counsels of this eminent man, placed at the head of the said Mission of study, there triumphed a principle, which according to the intentions of the United States, should have served as a basis for the reconstruction of all our frontiers. [...]“ – COOLIDGE, Life, 215f.

einerseits ihre Abwehrbereitschaft gegen die Großmächte und die Aspirationen der benachbarten Staaten, andererseits waren nun Bevölkerungen unterschiedlicher wirtschaftlicher, sozialer, wie kultureller Entwicklungsstandards zusammengeschlossen, die einander nicht besonders gut kannten. Nach der Vielzahl der Ethnien und Konfessionen stellte das neue Königreich SHS am ehesten einen Nachfolgestaat der Habsburgermonarchie dar. Betrachtet man allerdings auch die unterschiedlichen Rechtsräume und Kulturzonen, so präsentierte sich der südslawische Staat noch viel bunter. So hatte bis 1918 österreichisches Recht in der Untersteiermark, Krain und Dalmatien gegolten, ungarisches Recht in Südungarn (Banat, Batschka, Baranya), in Međimurje und Prekmurje, kroatisches Recht in Kroatien-Slawonien, österreichisch-ungarisches Recht in Bosnien-Herzegowina, serbisches Recht in Kern-Serbien, sowie im Sandžak von Novi Pazar, im Kosovo und in Makedonien – Gebiete, in denen allerdings bis 1912 noch osmanisches Recht angewendet worden war – und montenegrinisches Recht in Montenegro. Die Kulturzonen deckten sich zum Großteil mit diesen Rechtsräumen, beinhalteten aber – wie im Falle von Dalmatien – auch ältere venezianische und ragusanische, oder – wie im Falle von Bosnien-Herzegowina – auch ältere osmanische Traditionen.<sup>1115</sup>

Im Spätwinter 1919 registrierte der von Professor Coolidge nach Agram und Belgrad entsandte 2nd Lieutenant der US Field Artillery, LeRoy King, auffallende Unterschiede zwischen Agram und Belgrad:

„Agram is full to overflowing, many people having come here to escape from the Italian occupation zone in Croatia, Dalmatia and even Slovenia. There is order everywhere; the cafés and streets are full; the good and plenty; and much cheaper than in Belgrade or Vienna. The difference between the civilized atmosphere of Agram and Belgrade (which is like a dilapidated caserne) is very striking.“<sup>1116</sup>

Diese Feststellung darf nicht verwundern, wenn man weiß, dass der Krieg Agram verschont hatte, während Belgrad 1914, 1915 und 1918 direkt heimgesucht worden war. Leutnant King stellte aber noch andere Unterschiede fest: „The Serbs are soldier-peasants; the Croats are passive intellectuals in tendency.“ Und die kroatischen Bauern protestierten bereits gegen Akte des „Militarismus“ der serbischen Armee.<sup>1117</sup>

Leutnant King, der von Jänner bis April 1919 nahezu vier Monate im neuen Königreich SHS verbrachte, versuchte sogar völkerpsychologische Vergleiche, die durchaus gute Beobachtungen mit einer Reihe erstaunlicher Stereotypen vermischten:

<sup>1115</sup> Vgl. Constantin JIREČEK, *Geschichte der Serben*, 2 Bde. (Geschichte der europäischen Staaten 38, Gotha 1911/18); Antun DABINOVIĆ, *Hrvatska državna i pravna povijest* (Zagreb 1940); Heinrich Felix SCHMID, *Dalmatinische Stadtbücher*, in: *Zgodovinski časopis* 6/7 (1952/53) 330-390; Sergij VILFAN, *Rechtsgeschichte der Slowenen bis zum Jahre 1941* (Graz 1968).

<sup>1116</sup> Report King to Coolidge, Agram, March 6, 1919, in: GIGLER, *Coolidge-Mission*, 135-137.

<sup>1117</sup> Report King to Coolidge, Agram, March 7, 1919, in: GIGLER, *Coolidge-Mission*, 138-140.

„[...] It is on the field of battle that the civilized westerner meets the Serb on equal terms. The arts of peace, (and what more lofty art can civilized peace produce than the construction of a free and democratic state) have not been Serbian specialities in the past. The Serbs are the one south Slav people who have really held off their external oppressors and gained their freedom as a political organism by their own continuous and determined fighting.“

„Neither the Slovenes nor the Croats have won their freedom; it has been given to them; [...] They feel this themselves, and often try to establish an historical struggle for themselves out of the fact that they have been suppressed. One can be suppressed very easily without struggling not to be. They make the futile argument that they helped the cause of the Allies in the last stages of the war by betraying their imperial masters. What they did was simply to turn on those masters when the latter were beaten already by the Allies.“ [...] <sup>1118</sup>

„The Slovenes are superior to the Croats, and their peasants show a higher percentage of literacy owing to the influence of the Roman Church, which in Slovenia is seen at its best. [...] The Slovenes have intelligently rejected and, loathe the Austrian policy; and are ashamed that they were ever associated with such a poisonous incubus, even though it was not their fault.“

„The Croats are opportunists, show the childlike indirectness and superficiality of the Slav, corrupted by a sinister residuum left by Magyar contact, which one finds constantly under their plausible surface. Many of the more intelligent have the sheepish admiration for the Habsburgs that a reformed criminal has for the master burglar.“

„The Serbs, of course, are essential as they are the only element of real strength that exists in Yugoslavia today. Serbia's strength is military and does very well while the foundations are being laid. Military orders take the place of legislation and courts; but what is going to happen when the Serbs demobilize their army, tuck in their shirts again, and start making laws, administering civil justice, developing mines and forests and water power, sending ambassadors abroad, founding universities, and organizing the thousand and one instruments of a normal civilized state? [...] The Croats and Slovenes know much more about this sort of thing than the Serbians, and although they have never created any of them for themselves, they are used to railroads, books, and hotels.“

„I have tried very hard to like the Yugoslavs; [...] but I am forced to admit that they are an inferior, or at least retarded, people, and are very far from being like the average western civilized man. [...] I think that the Yugoslavs will be able to make some kind of a state and in time may get in working, but I do not think it can, for a long time at least, be a truly western democracy. [...] I believe that the Yugoslav union will be permanent if not interfered with by its exterior enemies; and that there is not much danger of disruption within the country.“ <sup>1119</sup>

Die Bevölkerung des am 1. Dezember 1918 gegründeten Königreiches SHS erlitt im Ersten Weltkrieg prozentuell wesentlich höhere Verluste als die Bevölkerung der Tschechoslowakei, aber auch als diejenige Österreichs und Ungarns. Allein das Königreich Serbien beklagte mindestens 540.000 Militär- und Ziviltote, d. h. 12 % seiner Bevölkerung von 1914; damit stand Serbien mit dem Königreich Montenegro, das 39.000 Militär- und Ziviltote zählte, pro Kopf der Bevölkerung an der Spitze der europäischen Verlustskala. Auch Bosnien und die

<sup>1118</sup> Nach einem Bericht des British Intelligence Service sollen 1915 in Serbien die übelsten Grausamkeiten von zwei kroatischen Regimentern begangen worden sein.

<sup>1119</sup> Report King to Coolidge, Ragusa, April 19, 1919, in: GIGLER, Coolidge-Mission, 224-226.

Herzegowina hatten etwa 42.000 Personen oder 2,2 % verloren, während sich die Totenverluste in Slowenien, Kroatien-Slawonien, Dalmatien und der Vojvodina vor allem auf Militärtote bezogen und bis zur Volkszählung 1921 zumindest wieder ausgeglichen werden konnten.<sup>1120</sup>

Die Bevölkerung des Königreiches SHS bzw. Jugoslawien wurde nicht nach der Nationalität gezählt, wie in der Tschechoslowakei, sondern nach der Muttersprache, wie im alten Ungarn. Die dahinterstehende politische Absicht der Belgrader Regierung ist leicht zu erkennen, da unter der Rubrik „Serbo-Kroatisch“ alle Serben, Kroaten, bosnisch-herzegowinischen Muslime und Montenegriner sowie die katholischen Bunjevci und Šokci zusammengefasst werden konnten und damit nicht nur ein serbo-kroatisches „Staatsvolk“ von nahezu 75 % der Einwohner dokumentiert, sondern auch absolute oder relative Mehrheiten in national umstrittenen Regionen – wie etwa in der Vojvodina – ausgewiesen werden konnten. Ähnliche vereinnahmende Absichten bewogen das Statistische Hauptamt in Belgrad sogar, die Makedonier und Bulgaren den „Serbo-Kroatisch“ Sprechenden zuzuschlagen, was weder sprachwissenschaftlich noch nach dem ethnischen Zugehörigkeitsgefühl zu vertreten war.<sup>1121</sup>

Trotz dieser Vereinigungstendenzen blieben in serbischen Zeitungen Ängste gegenüber dem „Österreichertum“ bestehen, nun gegenüber den jugoslawischen „Österreichern“:

„Unsere Freiheit ist nicht geschaffen worden durch Verhandlungen mit dem Feind. Korošec, Laginja, Radić, Korkut und deren Helfer sind Österreich treu geblieben, auch nach dessen Niederlage auf dem Schlachtfeld. [...] Sie vertreten auch heute noch Österreich einfach deswegen, weil Österreich, welches sie erzogen hat, noch immer in ihren Gehirnen und in ihren Seelen ruht und in ihnen ruhen wird, solange sie leben. Was soll man also tun? Die Sache ist klar. Unser Heer und der gesunde Teil unseres Volkes hat das materielle und politische Österreich gestürzt. Dieser gesunde Teil unseres Volkes muss auch jenes Österreich stürzen, das in den Gehirnen und Seelen unserer Österreicher geblieben ist. [...] Der Kampf, der heute gegen Korošec, Laginja, Radić und Korkut geführt wird, ist ein Kampf gegen den österreichischen Geist. Das ist der zweite und entscheidende Krieg gegen Österreich, den wir gewinnen werden.“<sup>1122</sup>

Die Abwanderung deutscher und magyarischer Beamter und Angestellter aus Slowenien, Kroatien-Slawonien, Dalmatien, Bosnien-Herzegowina und der Vojvodina, türkischer Landeseinwohner aus Bosnien-Herzegowina, dem Sandžak, dem Kosovo und Makedonien sowie die Auswanderung nach Übersee – von Südslawen wie von Minderheitenangehörigen – zwischen November 1918 und den Anfängen der 1920er Jahre störte die jugoslawische Bevölkerungsbilanz nur we-

<sup>1120</sup> MITROVIĆ, Serbia's Great War, 102-113, 152, 165.

<sup>1121</sup> Vgl. srpskohrvatski/hrvatskosrpski, hrvatski ili srpski jezik, in: Enciklopedija Jugoslavije 6 (Zagreb 1990) 48-94; Radoslav KATIČIĆ, L'évolution de la langue littéraire sur le territoire linguistique serbo-croate, in: Revue des études slaves (1985) 4.

<sup>1122</sup> B. BOŽANOV, Drugi rat s Austrijom, in: Jugoslovenski Pijemont, 20. Jänner 1921, zitiert nach: IVANIŠEVIĆ, Belgrad und Zagreb, 345. Dieser Artikel bestätigte die frühere psychologische Analyse des US-Leutnants King.

nig. Auf Grund des hohen Geburtenüberschusses stieg die Bevölkerungszahl des Königreiches SHS von knapp 12 Millionen im Jahre 1921 auf knapp 14 Millionen im Jahre 1931 und auf knapp 16 Millionen im März 1941. Zwar lagen die dichter besiedelten Gebiete überwiegend nördlich der Kulpa-Save-Donau-Linie (von den südlichen Gebieten zählte nur Kern-Serbien dazu), der Geburtenüberschuss war aber nun besonders in den südlichen Landesteilen hoch. Zwar verzeichneten die beiden Großstädte Belgrad und Agram einen starken Bevölkerungszustrom, insgesamt hielt sich aber die Landflucht – mangels Arbeitsplätzen und Wohnmöglichkeiten – noch in Grenzen.<sup>1123</sup>

Für die Bevölkerungsentwicklung der Nationalitäten in der Vojvodina und im östlichen Slawonien war wesentlicher, dass in den Jahren 1918 bis 1924 zwischen 40.000 und 55.000 Angehörige der magyarischen Mittelschicht – darunter viele Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes (einschließlich von Bahn und Post) sowie Freiberufler – die Region verließen und nach Ungarn abwanderten. Zu ihnen gehörten nicht nur Magyaren, sondern auch magyarisierte Schwaben, Juden, Bunjevci und Šokci sowie einige Serben. Da das neue Königreich SHS von seinen öffentlich Bediensteten ausreichende Kenntnisse der serbo-kroatischen Staatssprache verlangte, rückten in diese Positionen in erster Linie Serben nach, die den beruflichen Anforderungen mangels entsprechender Ausbildung nicht immer entsprachen. Aber die „Serbisierung“ der Batschka, des westlichen Banats und Syrmiens gehörte durchaus zu den wichtigsten Zielen der von Belgrad gesteuerten Nationalitätenpolitik. So vertrat das jugoslawische Innenministerium auch den Standpunkt, dass die Behörden die Emigration der Minderheiten nach Übersee fördern sollten, was nach dem Ersten Weltkrieg vor allem die Donauschwaben in Anspruch nahmen. Neben der Nationalisierung der Verwaltung und des Schulwesens sollte auch die Ansiedlung von serbischen und montenegrinischen Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg – einschließlich ehemaliger „Freiwilliger“ (*dobrovoljci*) – zur Veränderung der Nationalitätenstruktur beitragen. Im Verlauf der Bodenreform wurden im Banat 8384 „Freiwilligenfamilien“ angesiedelt, in der Batschka 6175, in Syrmien 4290 und in der Baranja 235; insgesamt erhielten sie knapp 50.000 ha Land zugeteilt. Dennoch veränderten diese Verschiebungen der Nationalitäten noch nicht grundsätzlich die Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse in den Gemeinden, wenn auch die Zahl der Serben in den größeren Städten deutlich zunahm. Und immerhin erhöhte sich der Prozentsatz der Südslawen auf dem Gebiet der heutigen Vojvodina von 40,0 % im Jahre 1910 auf 44,2 % im Jahre 1931, während der Prozentsatz der Magyaren im selben Zeitraum von 27,7 % auf 22,3 % und jener der Deutschen von 21,6 % auf 20,9 % zurückging.<sup>1124</sup>

<sup>1123</sup> Jugoslavija – stanovništvo, in: Enciklopedija Jugoslavije 6 (Zagreb 1990) 228 f. Für die Volkszählung 1931 schätzte die Ethnologin Vera Stein Erlich ein Geschlechterverhältnis von einem Mehr an 150.000 weiblichen Personen. – ERLICH, Jugoslavenska porodica, 33.

<sup>1124</sup> Marie-Janine CALIC – Susanne PAZMANDI, Migration, Urbanisierung und Assimilation in der Vojvodina und der Slowakei im Vergleich, in: Gerhard Seewann (Hg.), Minderheitenfragen in Südosteu-

**Tabelle 7: Die Bevölkerung Jugoslawiens nach der Muttersprache 1921 und 1931**

Muttersprache	1921		1931	
	absolut	in %	absolut	in %
Serbo-Kroatisch <sup>a)</sup>	8,911.509	74,4	10,730.823	77,0
davon: Serben	4,580.000	38,2	5,600.000	40,2
Kroaten <sup>b)</sup>	2,840.000	23,7	3,200.000	23,1
Muslime	750.000	6,3	950.000	6,9
Montenegriner	160.000	1,3	220.000	1,6
Makedonier	440.000	3,7	640.000	4,5
Bulgaren	140.000	1,2	120.000	0,7
Slowenisch	1,019.997	8,5	1,135.410	8,1
Deutsch	505.790	4,2	499.969	3,6
Ungarisch	467.658	3,9	468.185	3,4
Albanisch	439.657	3,7	505.259	3,6
Rumänisch <sup>c)</sup>	231.068	1,9	137.879	1,0
Türkisch	150.322	1,3	132.924	1,0
Slowakisch	115.532	1,0	76.411	0,5
Tschechisch			52.909	0,4
Russisch	20.568	0,2	36.333	0,3
Ukrainisch <sup>d)</sup>	25.615	0,2	27.681	0,2
Romani	–		70.424	0,5
Italienisch	12.553	0,1	9.370	0,1
Jiddisch/Ladino	–		18.044	0,1
Andere <sup>e)</sup>	84.642	0,7	32.417	0,2
Gesamtbevölkerung:	11,984.911	100,0	13,934.038	100,0

<sup>a)</sup> Die Differenzierung der Serbo-Kroatisch Sprechenden kann für beide Volkszählungen nur annäherungsweise nach konfessioneller und regionaler Zugehörigkeit vorgenommen werden. Dabei wird im Wesentlichen den Berechnungen von Ivo Banac zugestimmt, der freilich die vorläufigen Daten der Volkszählung 1921 – ohne Berücksichtigung des jugoslawisch-rumänischen Gebietstausches im Banat – verwendete. Abweichungen gab es auch bei der Zahl der Serben in Serbien von 1913 (2,570.000) sowie der katholischen Bunjevci und Šokci in der Batschka und Baranja (102.000). Auch die Zuordnung der Juden (Ashkenasim und Sephardim) und Roma musste offen bleiben, ebenso Einzelfälle von katholischen Serben (in Dubrovnik).

<sup>b)</sup> Den Kroaten sind 1921 ca. 100.000, 1931 ca. 130.000 katholische Bunjevci und Šokci hinzugerechnet.

<sup>c)</sup> Unter den Rumänisch Sprechenden sind auch etwa 10.000 Aromunen (Cincari) mitgezählt.

<sup>d)</sup> Die Ukrainisch Sprechenden teilten sich in „Ukrainer“ und aus der Ostslowakei eingewanderte „Rusini“.

<sup>e)</sup> Unter „Andere“ sind vor allem Polen, Juden und Griechen zusammengefasst.

**Quellen:** Definitivni rezultati popisa stanovništva od 31 jan. 1921 god. Résultats définitifs du recensement de la population du 31 janvier 1921 (Sarajevo 1932); Definitivni rezultati popisa stanovništva od 31 marta 1931. god., vol. 2: Stanovništvo prema vjeri. Résultats définitifs du recensement de la population du 31 mars 1931, vol. 2: Population de fait par confessions (Beograd 1938); Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession, nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931, hg. von der Publikationsstelle Wien (Wien 1943); IVO BANAC, The National Question in Yugoslavia. Origins, History, Politics (Ithaca and London 1984) 49-58.

Parallel zu dieser Abwanderung nach Ungarn sollen nach Angaben der deutschen Minderheit in Slowenien an die 30.000 überwiegend deutschsprachige Personen teils gezwungen, teils freiwillig nach Österreich abgewandert sein – unter ihnen die meisten deutschsprachigen Staats-, Landes- und Gemeindebediensteten aus dem Küstenland, Krain, der Untersteiermark und Bosnien-Herzegowina. Wie die Staatsangehörigen des Königreichs Ungarn im Friedensvertrag von Trianon das Recht bekamen, für Ungarn zu optieren, so erhielten die Staatsangehörigen des alten Österreich im Friedensvertrag von Saint-Germain das Recht, für die neue Republik zu optieren. Allerdings war nur im Einzelfall zu entscheiden, ob die Abwanderung unter Zwang oder freiwillig erfolgt ist. Jedenfalls veränderte diese Abwanderung die Mehrheitsverhältnisse in den untersteirischen Städten und Märkten zugunsten der Slowenen – vor allem in Marburg (Maribor), Cilli (Celje) und Pettau (Ptuj).<sup>1125</sup>

Obwohl das Statistische Hauptamt des Königreiches Jugoslawien die ersten Tabellen zur Volkszählung vom 31. März 1931 bereits im Juni 1931 veröffentlichte – darunter die anwesende Einwohnerschaft nach *Banovine*, die Teilung nach männlicher und weiblicher Bevölkerung, die Zahl der Haushalte, die Einwohnerdichte pro km<sup>2</sup> und die Zuwächse zwischen 1921 und 1931 –, dauerte es bis 1938, dass ein Band mit der konfessionellen Gliederung der jugoslawischen Bevölkerung nach den einzelnen Orten erschien. Nach der deutschen Besetzung Belgrads im April 1941 stellte sich heraus, dass auch ein Band über die sprachliche Gliederung bereits fertiggestellt, seine Veröffentlichung aber offensichtlich zurückgehalten worden war. Die absolute Zunahme der Bevölkerung mit serbo-kroatischer und slowenischer Muttersprache konnte dafür ebensowenig ein Motiv gewesen sein, wie die Stagnation bei den Deutschen und Magyaren. Unangenehm für die Belgrader Statistiker dürfte der Anstieg der albanischen Minderheit von 439.657 auf 505.259 Personen gewesen sein, womit die Albaner die zahlenmäßig stärkste Minderheit in Jugoslawien wurden. Ebenso unangenehm für die Belgrader Außenpolitik war der Rückgang der Rumänen von 231.068 auf 137.879, der vor allem die Timok-Rumänen betraf. Von den unter Kriegseinwirkung verlorengegangenen Materialien konnten von deutschen Stellen lediglich Tabellen mit der Kombination von Muttersprache und Konfession ausgewertet werden, die immerhin wertvolle Aufschlüsse über die Serbo-Kroatisch Sprechenden liefern.<sup>1126</sup>

---

ropa (München 1992) 211-235, hier 217; Zoran JANJETOVIĆ, *Deca careva, pastorčad kraljeva. Nacionalne manjine u Jugoslaviji 1918-1941* (Beograd 2005) 74, 125; Vladan JOJKIĆ, *Nacionalizacija Bačke i Banata* (Novi Sad 1931); Enikő A. SAJTI, *Hungarians in the Vojvodina 1918-1947* (New York 2003) 168. Bereits nach dem 25. November 1918 verlangten die serbischen Nationalauschüsse von den ungarischen Beamten, Lehrern und Eisenbahnern den Eid auf den neuen Staat.

<sup>1125</sup> SUPPAN, *Jugoslawien*, 665; JANJETOVIĆ, *Deca careva*, 119f.

<sup>1126</sup> Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession, nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931, hg. von der Publikationsstelle Wien (Wien 1943).

Die jugoslawischen „Staatsvölker“ – Serben, Kroaten, Slowenen, Serbo-Kroatisch sprechende bosnische Muslime, Bunjevci, Šokci, Montenegriner und Makedonier – machten in der Volkszählung 1921 82,9 % der Gesamtbevölkerung aus und erhöhten ihren Anteil bis zur Volkszählung 1931 auf 85,1 %. Ausschlaggebend dafür war vor allem der Anstieg des serbischen Anteils von 38,2 % auf 40,2 % – während etwa die Anteile der Kroaten und Slowenen leicht zurückgingen. Steigende Tendenz zeigten außerdem die bosnischen Muslime, die Montenegriner und die Makedonier. Von den „nationalen Minderheiten“ konnten nur die Albaner und die Rusini/Ukrainer ihren Anteil halten, während die russische Emigration weiteren Zuzug erhielt. Da jedoch die Mehrzahl dieser Minderheiten – die Magyaren, Rumänen, Bulgaren, Albaner und Deutschen – an den Grenzen zu ihren konnationalen Staaten lebten, wurden sie von den „Staatsvölkern“ als außenpolitische Sicherheitsrisiken eingestuft. Dies galt allerdings weniger für die in der Vojvodina und im östlichen Slawonien lebenden „Donauschwaben“.

Trotz aller nationaler, konfessioneller und sozialer Fragmentierungen gab es in einer Reihe größerer jugoslawischer Städte ein durchaus buntes Bild. So beschreibt etwa der serbische Schriftsteller Bora Ćosić seine Kindheit in Belgrad:

„Belgrad war Ende der dreissiger Jahre des 20. Jahrhunderts voll von verschiedenen Nationalitäten. Die Juden hatten ihre Läden und Fabriken, die Tschechen reparierten Uhren und stimmten Klaviere, die Ungarn kümmerten sich um die Wasserleitung. Die ordentlichen Deutschen um den Strom im Elektrizitätswerk, die Russen arbeiteten in den Druckereien und in geodätischen Büros. Es gab Rumänen, Griechen, Slowenen. Letzere fuhren oft Rad und stiegen sonntags auf den nahe gelegenen Berg [Avala, Anm. Suppan].

Mit ihnen lebte man normal zusammen, nur mit den Kosovo-Albanern ging es irgendwie nicht, sie wurden mit Schimpfnamen bedacht, allmählich bildete sich eine Mauer zwischen der serbischen Mehrheit und diesen Menschen, einem notwendigen ‚Übel‘ bei Arbeiten auf dem Bau und beim Sägen von Holz. [...] Sie waren bescheiden, ein wenig schüchtern, meistens freundlich. Trotzdem verhielt sich meine Mutter ihnen gegenüber irgendwie reserviert, ich erinnere mich nicht, irgendwann mit einem albanischen Knaben befreundet gewesen zu sein, ich denke, in unseren Schulen gab es sie nicht. Dennoch gingen wir gern in die Konditoreien, die oft von solchen Menschen betrieben wurden; ich fragte meine Mutter, ob es die gleichen Leute seien wie die, die vor unseren Häusern Holz sägten, sie sagte: wahrscheinlich schon!<sup>1127</sup>

Vielfältig war auch die konfessionelle Struktur der jugoslawischen Bevölkerung, wobei die meisten europäischen Konfessionen vertreten waren. Für die Staats- und Gesellschaftspolitik wichtig waren einerseits die Zahlenverhältnisse, andererseits die konfessionell bestimmten Zugehörigkeiten zu bestimmten Kulturkreisen. Die Orthodoxie umfasste bei der ersten Volkszählung 1921 46,7 % der Staatsbevölkerung, wozu die meisten Serben, Montenegriner, Makedonier, Rumänen, Bulgaren und Russen sowie eine Minderheit an Roma gehörten. Römisch-katholisch – insgesamt 39,3 % – waren die meisten Kroaten und Slowenen, die Mehrzahl der Deutschen, Magyaren, Tschechen, Slowaken sowie eine Minderheit an Roma und Al-

<sup>1127</sup> Bora Ćosić, Die armen Leute aus dem Süden, in: Neue Zürcher Zeitung, 5./6. Jänner 2008, 25.

banern. Die evangelischen Christen A. B. und H. B. verteilten sich auf Deutsche, Slowaken, Magyaren und Slowenen (in Prekmurje). Griechisch-katholisch waren die meisten Ukrainer und eine kleine Minderheit an Serben. Die drittstärkste Konfession mit 11,3 % der Staatsbevölkerung stellten die Muslime: die Serbo-Kroatisch sprechenden Muslime in Bosnien-Herzegowina, die sich heute „Bosniaken“ (*Bošnjaci*) nennen, die Sandžak-Muslime, die meisten Albaner, die meisten Türken und etwa die Hälfte der Roma. Schließlich waren auch die Juden sprachlich und kulturell differenziert: die 39.010 Ahskenasim in den nördlichen Gebieten sprachen Serbo-Kroatisch, Jiddisch, Ungarisch und/oder Deutsch, die 26.168 Sephardim in den südlichen Gebieten Serbo-Kroatisch und/oder Spaniolisch.

Nicht nur die nationale Frage, auch die konfessionelle Frage konnte das Land spalten. Nach längeren Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl – aus der Zeit vor 1914 bestanden Verträge für die österreichische Reichshälfte, die ungarische Reichshälfte, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien – wurde noch zu Lebzeiten König Aleksandars Übereinstimmung erzielt und am 25. Juli 1935 vom jugoslawischen Minister für Kultusangelegenheiten, Ljudevit Auer, und Kardinal-Staatssekretär Eugenio Pacelli ein Konkordat unterzeichnet. Nach der vertraglichen Regelung mit der serbisch-orthodoxen Kirche 1929, der Islamischen Glaubensgemeinschaft 1931 und den Evangelischen Kirchen A. B. und H. B. 1933 wurde nun auch eine Neuorganisation der römisch-katholischen Kirche in Jugoslawien vorgenommen: Neben den Erzbistümern in Agram, Belgrad, Sarajevo und Bar wurde ein neues in Split geschaffen; zu den bisherigen acht Bistümern kamen zwei neue in der Vojvodina. Die Bischofsernennungen wurden dem Heiligen Stuhl vorbehalten, der jugoslawische Staat verzichtete auf weitere Agrarreformen gegen Kirchengüter. Der Vatikan anerkannte auch weiterhin die *Glajoljica* als kirchenslawische Schrift im Kroatischen Küstenland und stimmte einem politischen Betätigungsverbot für katholische Priester zu, was der Agramer Erzbischof Anton Bauer schon vor den Parlamentswahlen 1935 ausdrücklich angeordnet hatte.<sup>1128</sup>

Das 1920 errichtete orthodoxe Patriarchat und der Großteil des orthodoxen Episkopats und der orthodoxen Priester unterstützten den (schein)jugoslawischen Kurs der Königsdiktatur und versuchte Sava-Kult, Kosovo-Mythos, russisch-inspirierte Slavophilie, Antimodernismus, Antiwestlertum und Antikatholizismus zusammenzufassen. Der serbische Bischof Nikolaj Velimirović pries in einer Ansprache 1935 sogar Hitlers Bestrebungen zur Schaffung einer „deutschen Nationalkirche“ und verglich ihn hinsichtlich seiner Bedeutung mit dem Heiligen Sava.<sup>1129</sup>

Obwohl die Bestimmungen des Konkordats die Rechte der römisch-katholischen Kirche – die eben keine Landeskirche wie die anderen war – umfangreicher gestalteten als selbst die der serbisch-orthodoxen Kirche, erfolgte im Sommer 1935 kein Protest. Der Protest der serbisch-orthodoxen Kirche und ihres Patriarchen Varnava Rošić setzte erst ein, als die Regierung Stojadinović im November 1936 das

<sup>1128</sup> Vgl. Franjo ŠANJEK, *Kršćanstvo na hrvatskom prostoru* (Zagreb 1991).

<sup>1129</sup> SUNDHAUSSEN, *Geschichte Serbiens*, 293; *Srpska pravoslavna crkva 1920-1970* (Beograd 1971).

Konkordat der Skupština zur Ratifizierung vorlegte. Der orthodoxe Episkopat rieb sich vor allem am Artikel 1, der das Recht der katholischen Kirche auf „freie und öffentliche Ausführung ihrer Mission“ garantierte, sowie am Artikel 32, der bei gemischt-konfessionellen Ehen das Recht auf katholische Erziehung der Kinder garantierte. Prinzregent Paul und Ministerpräsident Stojadinović sahen in der römisch-katholischen Kirche eine bedeutende Bastion gegen den Kommunismus und wollten mit der Ratifizierung des Konkordats auch die antiklerikalen Kräfte in der Opposition schwächen. Die Führung der Kroatischen Bauernpartei hielt sich auffallend zurück, da sie die Absicht der Regierungskreise erkannte, mit dem Konkordat den katholischen Klerus von den politischen Zielen der Bauernpartei zu entfernen. Die serbisch-orthodoxe Kirche aber fand viele Gegner der Regierung Stojadinović und ließ zum Teil als Bittprozessionen organisierte Massendemonstrationen in Belgrad und anderen serbischen Städten durchführen, gegen die wiederum der Innenminister und katholische Priester Korošec mit aus Kroatien und Slowenien verstärkten Polizeikräften vorgehen ließ. Bei diesen Auseinandersetzungen im Juli 1937 gab es Tote und Verwundete, und die serbisch-orthodoxe Kirche drohte allen orthodoxen Regierungsmitgliedern, Abgeordneten und Senatoren, die für das Konkordat stimmen sollten, mit der Exkommunikation. Dennoch ließ Stojadinović – nach Ablehnung seines Kompromissangebotes durch die serbisch-orthodoxe Kirche – die Ratifizierung in der Skupština mit 167 gegen 129 Stimmen durchpeitschen. Als in der folgenden Nacht der orthodoxe Patriarch Varnava verschied, schwirrten die wildesten Gerüchte durch Belgrad; die serbisch-orthodoxe Kirche exkommunizierte tatsächlich alle beteiligten Kabinettsmitglieder und Abgeordneten, mit Ausnahme des Heeresministers Marić, der auch am Begräbnis teilnehmen durfte. Aus Furcht vor neuen Unruhen und in Übereinstimmung mit Prinz Paul und Innenminister Korošec legte Stojadinović dem Senat das Konkordat nicht mehr zur Ratifizierung vor, sondern versuchte eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Regierung und orthodoxer Kirche, die aber erst mit der Wahl des montenegrinischen Metropoliten Gavriilo Dožić zum neuen Patriarchen im Februar 1938 eintrat.<sup>1130</sup>

Die Grundzüge der Sozialstruktur Jugoslawiens lassen sich am deutlichsten anhand der Berufszählung 1931 erfassen, wobei für die Erfassung der großen sozialen Schichten Erwerbstätige und Erhaltene zusammengezogen werden müssen, da etwa die jugoslawische Statistik die Bäuerin als mithelfendes Familienmitglied oder als Erhaltene zählte. Zusätzlich zu dieser Berufszählung stehen für die 1930er Jahre spezifische Daten aus dem Statistischen Jahrbuch zur Verfügung. Ivo Vinski nahm eine marxistische Klasseneinteilung in 34,6 % „Proletariat“, 59,2 % „Mittelschichten“ und 5,3 % „Bourgeoisie“ vor, die Holm Sundhausen mit einem Dreischichten-Modell nach dem Pro-Kopf-Einkommen ergänzte: Zur untersten Gruppe (fast 60 %) mit einem Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1000 und 3900 Dinar im

<sup>1130</sup> Sima SIMIĆ, *Jugoslavija i Vatikan* (Zagreb 1937); Gilbert IN DER MAUR, *Der Weg zur Nation. Jugoslawiens Innenpolitik 1918-1938. Stojadinović als Vollstrecker* (Berlin – Wien – Zürich 1938) 570-588; SUNDHAUSEN, *Geschichte Serbiens*, 295.

**Tabelle 8: Die Bevölkerung Jugoslawiens nach der Konfession 1921 und 1931**

Konfessionen	1921		1931	
	absolut	in %	absolut	in %
Orthodoxe <sup>a)</sup>	5,593.057	46,7	6,785.501	48,7
davon: Serbo-Kroatisch sprechende Serben, Makedonier und Montenegriner	5,339.960		6,577.398	
Rumänen			134.795	
Russen			33.430	
Roma			20.688	
Römisch-Katholische <sup>b)</sup>	4,708.657	39,3	5,217.847	37,4
davon: Serbo-Kroatisch sprechende Kroaten	2,809.550		3,186.295	
Slowenen	1,020.000		1,110.063	
Magyaren			410.350	
Deutsche			383.674	
Tschechen			48.552	
Slowaken			12.408	
Albaner			21.785	
Roma			11.957	
Griechisch-Katholische	40.338	0,3	44.608	0,3
davon: Ukrainer			25.314	
Serben			13.944	
Evangelische A.B. und H.B.	229.517	1,9	23.169	1,7
davon: Deutsche Evang. A.B.			85.369	
Slowaken Evang. A.B.	54.000		61.716	
Slowenen Evang. A.B.			22.167	
Magyaren Evang. H.B.			37.909	
Deutsche Evang. H.B.			15.437	
Muslime <sup>c)</sup>	1,345.271	11,3	1,561.166	11,2
davon Serbo-Kroatisch Sprechende:	757.630		908.167	
Albaner			481.770	
Türken			132.781	
Roma			37.715	
Juden <sup>d)</sup>	64.746	0,5	68.405	0,5
davon mit der Muttersprache:				
Serbo-Kroatisch			26.896	
Ungarisch			11.170	
Deutsch			10.026	
Jüdisch			17.998	
andere Christen <sup>e)</sup>			23.544	0,2
Konfessionslose	1.381	0,0	1.107	0,0
Andere	1.944	0,0	691	0,0
<b>Gesamtbevölkerung</b>	<b>11,984.911</b>	<b>100,0</b>	<b>13,934.038</b>	<b>100,0</b>

<sup>a)</sup> außerdem: Bulgaren, Griechen, Aromunen

<sup>b)</sup> außerdem: Bunjevci, Šokci, Italiener

<sup>c)</sup> inklusive 10.000-12.000 Pomaken (1921)

<sup>d)</sup> davon: 39.010 Ashkenasim, 26.168 Sephardim

<sup>e)</sup> Armenisch-Katholische, Altkatholiken, Baptisten, Adventisten, Methodisten, Nazarener

**Quellen:** Definitivni rezultati popisa stanovništva od 31. jan. 1921 god. (Sarajevo 1932); Definitivni rezultati popisa stanovništva od 30. marta 1931. god, vol. 2: Stanovništvo prema vjeri (Beograd 1938).

Jahr zählte er Klein- und Zwergbauern (mit Betrieben bis 5 ha), Lohnarbeiter und Hauspersonal sowie Arbeitslose und Lehrlinge; zur Mittelschicht (knapp 38 %) mit einem Jahreseinkommen zwischen 3900 und 8900 Dinar rechnete er die Bauern mit einem Besitz zwischen 5 und 20 ha, die Handwerker, die öffentlich Bediensteten, die Angestellten, die Kleinunternehmer sowie Pensionisten und Rentner; zur Oberschicht schließlich (etwas mehr als 3 %) mit einem Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 9000 Dinar gehörten die wohlhabenden Bauern (mit mehr als 20 ha Besitz), die hohen Staatsfunktionäre, die leitenden Angestellten, die Freiberufler, größere Unternehmer, sowie Bezieher hoher Pensionen und Renten.<sup>1131</sup>

Nach einer genaueren sozialen Schichtung – sowohl Vinski als auch Sundhaussen setzen zahlenmäßig die Unterschichten zu gering und die Mittelschichten zu hoch an – und den mentalitätsbezogenen Zuordnungen wird man die jugoslawische Gesellschaft der Zwischenkriegszeit aber eher zu 75 % den Unterschichten (Klein- und Kleinstbauern, Kleinsthandwerker, Industriearbeiter, Hilfsarbeiter, Lehrlinge, Hauspersonal, Knechte, Mägde, Tagelöhner, Arbeitslose), nur zu 22 % dem alten und neuen Mittelstand (Bauern mit 10 bis 50 ha, Handwerker, Kaufleute, mittlere und niedere Beamte und Angestellte, Mittel- und Pflichtschullehrer, Ober- und Unteroffiziere, Pensionisten und Rentner) und nur zu 3 % der Oberschicht (Großgrundbesitzer, Großbauern mit über 50 ha Besitz, Industrielle, Unternehmer im Großgewerbe und im Großhandel, hohe Staatsfunktionäre und hohe Beamte, Bankdirektoren, Universitätsprofessoren, Diplomaten, Staboffiziere, leitende Angestellte, Freiberufler) zuordnen müssen. Die genaueren Daten zu den großen sozialen Gruppen sahen dabei folgendermaßen aus:

- 1) Auf den nahezu zwei Millionen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben lebten 10,67 Millionen Personen, wobei 88,3 % der Betriebe weniger als 10 ha umfassten, daher eine vielköpfige Bauernfamilie kaum ernähren konnten. Den fast 1,8 Millionen Kleinbauern standen in ganz Jugoslawien etwa 700 Großgrundbesitzer gegenüber, außerdem eine Gruppe von etwa 6000 Großbauern, die vor allem in der Vojvodina anzutreffen waren.<sup>1132</sup>
- 2) Im Jahre 1938 gab es in Jugoslawien erst 4257 Industriebetriebe, von denen immerhin 2193 ab 1919 aufgebaut worden waren. Daher lebten 1931 erst gut 1,5 Millionen Personen von Industrie, Gewerbe und Bergbau, wobei die Industriearbeiterschaft 1938 etwa 240.000 Personen umfasste, d. h. kaum mehr als die Selbständigen und Pächter in Industrie und Gewerbe. Im Handel, Kredit- und Verkehrswesen gab es sogar mehr Selbständige als Angestellte, und die Arbeiterschaft stand zahlenmäßig erst an dritter Stelle.<sup>1133</sup>

<sup>1131</sup> Ivo VINSKI, *Klasna podjela stanovništva i nacionalnog dohotka Jugoslavije u 1938* (Zagreb 1970); SUNDHAUSSEN, *Geschichte Serbiens*, 272.

<sup>1132</sup> *Annuaire statistique* 1936, 88f.; 1938/39, 111, 164f.; TOMASEVICH, *Peasants*, 304-306; SUPPAN, *Jugoslawien*, 33-35.

<sup>1133</sup> *Statistika industrije Kraljevine Jugoslavije* (Beograd 1941) 73; Stevan M. KUKOLEČA, *Industrija Jugoslavije 1918-1938* (Beograd 1941) 96; Wolfgang ZORN – Sybille SCHNEIDER, *Zur frühen Industrialisierung in Jugoslawien* („WGI“-Berichte zur Regionalforschung 14, München 1974), Karte III.

- 3) Eine wesentliche soziale Stellung kam den 154.000 öffentlich Bediensteten (Beamte, Diplomaten, Professoren, Richter, Lehrer) zu, zusätzlich den 19.000 Offizieren und Militärbeamten sowie den 19.000 Freiberuflern. Größere gesellschaftliche Bedeutung erlangten auch die 114.000 Angestellten und Beamten in Land- und Forstwirtschaft (Gutsverwalter, Agraringenieure, Förster), Industrie und Gewerbe (Generaldirektoren, Direktoren, Bau-, Bergbau-, Metallverarbeitungs-, Textil- und Elektro-Ingenieure), Handel, Kredit und Verkehr (Prokuristen, Handelsbevollmächtigte, Buchhalter), von denen 46.000 auf Bahn und Post entfielen. Gemeinsam mit den Großgrundbesitzern, den Großbauern und den größeren Unternehmern stellten die Beamten und Angestellten mit akademischem Abschluss die Führungsschicht dar.<sup>1134</sup>
- 4) Eine besondere Betrachtung verdient die Gruppe des Offizierskorps, in der auf Wunsch von König Aleksandar das „Jugoslawentum“ (*jugoslovenstvo*) besonders gefördert werden sollte. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden neben etwa 3500 serbischen und 500 montenegrinischen Offizieren ungefähr 2500 ehemalige österreichisch-ungarische (k.u.k., k.k. oder k.u.) Offiziere in die jugoslawische Armee (Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe) aufgenommen, und zwar Serben, Kroaten, Slowenen, Bosniaken, Deutsche, Juden etc. Unter ihnen befanden sich sogar 32 ehemalige Generalstabsoffiziere. Dominanter waren ehemalige habsburgische Offiziere in der neuen jugoslawischen Gendarmerie, nämlich mehr als 50 % des Personalstandes. Nach einer Pensionierungswelle zur Mitte der 1920er Jahre blieben in der jugoslawischen Armee etwa 3500 ehemals serbische und 1775 ehemals österreichisch-ungarische Offiziere; unter letzteren erreichten bis 1941 immerhin 59 den Generals- oder Admiralsrang, etwa ein Drittel aller jugoslawischen Generäle und Admiräle. Hierbei nahmen die serbischen Generäle den Großteil der höchsten Kommanden beim Heer ein, die Kroaten und Slowenen jenen bei der Kriegsmarine, bei der Luftwaffe und im Ingenieurwesen.<sup>1135</sup>

Zahlenmäßig wurde also die jugoslawische Gesellschaft von der kleinbäuerlichen Familie (insgesamt 1,77 Mio. Familien!) mit durchschnittlich 5 ha dominiert, und das galt strukturell für alle „Staatsvölker“. Marie-Janine Calic fasste die zum Teil verheerenden zivilisatorischen Verhältnisse vor allem in vielen Dörfern südlich der Kulpa-Save-Donau-Linie zusammen: hohe Geburtenrate, hohe „Überbevölkerung“ und „Unterbeschäftigung“, hohe Analphabetenrate (besonders unter den Frauen), Verschuldung, Verbreitung von TBC und Alkoholismus. Diesen schwerwiegenden Problemen entsprechend – und immerhin lebten gut drei Viertel der jugoslawischen Bevölkerung von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei – hatten auch die Bauernparteien großen politischen Einfluss, am meisten die freilich schon verbürgerlichte „Serbische Radikale Partei“ (*Srpska radikalna stranka*), als zeitweiliger Koalitionspartner die „Slowenische Volkspartei“ (*Slovenska ljudska stranka*), als häufige Oppositionsparteien die „Kroatische Re-

<sup>1134</sup> Vgl. BIČANIĆ Rudolf, *Ekonomska podloga hrvatskog pitanja* (Zagreb 1938).

<sup>1135</sup> Vgl. Mile BJELAJAC, *Vojska Kraljevine SHS/Jugoslavije 1922-1935* (Beograd 1994).

**Tabelle 9: Die Bevölkerung Jugoslawiens nach der Berufszählung 1931**

Anteil an Gesamtbevölkerung	absolut	Gesamt	in %
1. Selbständige in Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei mithelfende Familienmitglieder Erhaltene	1,770.000 2,840.000 5,200.000	9,810.000	70,4
2. Arbeiter und Tagelöhner in Land- und Forstwirtschaft Erhaltene	478.000 358.000	836.000	6,0
3. Selbständige in Industrie und Gewerbe, Handel, Kredit und Verkehr mithelfende Familienmitglieder Erhaltene	311.000 23.000 614.000	948.000	6,8
4. Angestellte und Beamte in Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Gewerbe, Handel, Kredit und Verkehr (davon Bahn und Post) Erhaltene	114.000 (46.000) 188.000	302.000	2,2
5. Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes (davon Offiziere und Militärbeamte) Erhaltene	173.000 (19.000) 217.000	390.000	2,8
6. Freie Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Zivilingenieure etc.) Erhaltene	19.000 27.000	46.000	0,3
7. Arbeiter in Industrie und Gewerbe, Handel, Kredit und Verkehr (Facharbeiter, Gesellen, Hilfsarbeiter) Erhaltene	447.000 421.000	868.000	6,2
8. Arbeiter im öffentlichen Dienst (davon Soldaten) Erhaltene	93.000 (75.000) 17.000	110.000	0,8
9. Rentiers und Pensionisten Erhaltene	124.000 120.000	244.000	1,8
10. Lehrlinge, Hausgesinde, Tagelöhner ohne Berufsangabe und andere Erhaltene	302.000 78.000	380.000	2,7
Gesamtbevölkerung		13,934.000	100,0

**Quellen:** Kraljevina Jugoslavija. Opšta državna statistika. Statistički godišnjak, knjiga VII – 1936. Royaume de Yougoslavie. Statistique générale d'état. Annuaire statistique, livre VII – 1936 (Beograd 1937) 32-35; vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 1290-1292.

publikanische Bauernpartei“ (*Hrvatska republikanska seljačka stranka*) und die serbischen „Landbebauer“ (*Zemljoradnici*). Die Besitzstruktur 1918 mit relativ viel – zum Teil fremdnationalem – Großgrundbesitz in der Vojvodina, in Slawonien und Slowenien, in Dalmatien, Bosnien und der Herzegowina und Makedonien war daher sogleich Anlass für umfangreiche, aber nur schleppend durchgeführte Bodenreformen gewesen. Die mit Gesetz vom 25. Februar 1919 eingeleitete Bodenreform – durch weitere Gesetze und Verordnungen immer wieder abgeändert – legte nach Regionen differenziert als Maxima des Grundbesitzes zwischen 50 und 300 ha an Feldern, Wiesen und Gärten, sowie zwischen 100 und 500 ha an Gesamtgrundbesitz fest. 1925 befanden sich bereits 47,7 % der Forste im Staatsbesitz, 19 % im übrigen Allgemeinbesitz, und nur mehr 33,3 % waren Privatforste, die der Bistümer, Pfarreien und Klöster mit eingeschlossen. Bis zum Ende des Jahres 1929 wurden in den Gebieten der Banovine Drava, Sava und Dunav von 1.156.381 ha Großgrundbesitz 296.945 ha auf 13.065 Familien aufgeteilt, von 310.559 ha Großgrundbesitz in den „südlichen Gebieten“ (= Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Montenegro, Kosovo, Makedonien und Ostserbien) 138.997 ha auf 23.080 Familien. Mit dem Gesetz über die Liquidierung der Agrarreform vom 19. Juni 1931 wurden die Maßnahmen beschleunigt, sodass schließlich insgesamt etwa 10.000 Grundeigentümer für rund vier Milliarden Dinar Entschädigung mehr als zwei Millionen Hektar an über 600.000 Bauernfamilien abzutreten hatten.<sup>1136</sup>

Spielten die enteigneten – überwiegend muslimischen – Großgrundbesitzer in den südlichen Gebieten nach der Zählung von 1931 keine Rolle mehr, so war den über 700 Großgrundbesitzern in den nördlichen Gebieten immerhin bis zu 288 ha der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche geblieben. Wesentlich für die Herrschaftsverhältnisse in diesen Gebieten waren daher die Eigentümer dieses Großgrundbesitzes. Von den 720 Besitzungen gehörten 369 privaten Personen, 50 privaten Körperschaften, 77 Kirchen und Klöstern, 171 Städten und Gemeinden, 44 der Zentralregierung. Die katholischen Diözesen, Pfarren und Klöster besaßen noch größeren Grundbesitz in Slowenien, Kroatien-Slawonien, Dalmatien, der Herzegowina und der Vojvodina, die orthodoxen Diözesen, Pfarren und Klöster besaßen ausgedehnte Ländereien in der Fruška Gora (Syrmien), in Kern-Serbien, im Sandžak, im Kosovo, in der Metohija, in Makedonien, in Montenegro und in Bosnien, die muslimischen Stiftungen verfügten über Grundbesitz in Bosnien-Herzegowina, im Sandžak, im Kosovo und in Makedonien. Unter den 369 privaten Eigentümern von Großgrundbesitz befanden sich nach der Staatsangehörigkeit immerhin 142 Österreicher, 126 Ungarn, 10 Italiener, 8 Tschechoslowaken, 4 Rumänen und 3 Deutsche. Diese fremdnationalen Großgrundbesitzer hatten daher nach wie vor gesellschaftlichen Einfluss auf dem Lande, wie etwa der Fürst Auersperg in der Gottschee.<sup>1137</sup>

<sup>1136</sup> TOMASEVICH, Peasants, 368, 384f.; Kraljevina Jugoslavija, Opšta državna statistika (Hg.), Statistički godišnjak, knjiga I, 1929. Royaume de Yougoslavie. Statistique générale d'état (ed.), Annuaire statistique, livre I (Beograd 1932) 448-453; CALIC, Geschichte Jugoslawiens, 98-104.

<sup>1137</sup> Annuaire statistique 1936 (Beograd 1937) 88f.; vgl. KOLAR-DIMITRIJEVIĆ, Adel, 457-480.

Neben dieser führenden Besitzerschicht gab es besonders in Slowenien, im östlichen Slawonien und in der Vojvodina ein Großbauertum mit Besitz zwischen 50 und 200 ha, darunter nicht wenige Angehörige der deutschen und magyarischen Minderheit, die auch trotz staatlicher Gegenmaßnahmen nicht vom weiteren Ankauf von Grundbesitz abgehalten werden konnten. Insgesamt bewirtschafteten diese ca. 6.000 Großbauern nicht viel weniger Land als der Großgrundbesitz. In Slowenien und der Vojvodina gab es auch verhältnismäßig am meisten größeren bäuerlichen Mittelbesitz (zwischen 20 und 50 ha), in Serbien, Kroatien, Makedonien und Bosnien hingegen die meisten Kleinbauern zwischen 2 und 5 ha; 670.000 bäuerliche Betriebe, somit ein Drittel aller Betriebe, lagen aber auch in Jugoslawien unter 2 ha Betriebsfläche, waren zum Teil aus der Bodenreform entstanden und reichten für das Existenzminimum einer Bauernfamilie nicht aus. In noch größerer Armut hatte das besitzlose Agrarproletariat zu leben, das nur in den Hauptzeiten der Bestellung und der Ernte auf landwirtschaftliche Lohnarbeit rechnen konnte; so wurden 1933 noch 76.000 Familien ohne Haus, 173.000 ohne Boden und 534.000 ohne Vieh gezählt. Und weder Industrie noch öffentliche Arbeiten konnten diese dörfliche Überbevölkerung – insgesamt wohl an die 3 Millionen Personen (!) – aufnehmen; außerdem stand der jugoslawische Staat durch den jährlichen Geburtenzuwachs von etwa 200.000 Menschen vor einer unlösbaren Aufgabe.<sup>1138</sup>

Um die Lage der schon Ende der zwanziger Jahre schwer verschuldeten Bauern zu verbessern, wurde im April 1929 die „Privilegierte Agrarbank“ (*Pivilegirana agrarna banka*) gegründet, die wie die staatliche Hypothekenbank langfristige Hypothekarkredite gewährte. Zum 30. Juni 1936 hatten die beiden Banken bereits 2,5 Milliarden Dinar zur Verfügung gestellt, fast die Hälfte des Banknotenumlaufs. Um die Masse der illiquiden Bauern vor dem unmittelbaren Zugriff seitens ihrer Gläubiger zu schützen, wurden am 19. April 1932 per Gesetz sämtliche bereits eingeleiteten Zwangsvollstreckungen gegen bewegliches und unbewegliches Gut der Bauern auf die Dauer von sechs Monaten ausgesetzt, in den folgenden Jahren neue Tilgungspläne festgelegt. Dennoch betrug mit Stand vom 30. April 1936 die gesamte bäuerliche Verschuldung bei allen Geldinstituten und Privatgläubigern (Kaufleuten, Handwer-

---

Die neuen Grenzziehungen hatten auch Doppelbesitz an den meisten neuen Grenzen hinterlassen. Auf Anfrage des Wiener Außenministeriums im Jahre 1925 meldete die Kärntner Landesregierung 17 österreichische Besitzer, die 531,5 ha in der jugoslawischen Grenzzone besaßen, aber 23 jugoslawische Besitzer (darunter Douglas Graf Thurn-Valsassina mit seinem Fideikommiss im Mießtal), die 3064 ha in der österreichischen Grenzzone besaßen. Die Steiermärkische Landesregierung gab 431 österreichische Besitzer mit 2141,5 ha Besitz in der jugoslawischen Grenzzone an sowie 364 jugoslawische Besitzer mit 1225,5 ha in der österreichischen Grenzzone. Die Burgenländische Landesregierung nannte lediglich 15 österreichische Besitzer mit 25 Joch in Prekmurje. Die Firma Ujlaki und Hirschler in Čakovec besaß etwa 1100 ha in der früheren Kärntner Gemeinde Goritzenberg nordöstlich von Unterdrauburg (Dravograd). – SUPPAN, Jugoslawien, 1137f.

<sup>1138</sup> Vgl. den Überblick des ehemaligen jugoslawischen Landwirtschaftsministers Otto von FRANGEŠ, Die sozialökonomische Struktur der jugoslawischen Landwirtschaft (Berlin 1937); SUPPAN, Jugoslawien, 1297, Tabelle 29.

Tabelle 10: Agrarreform in Jugoslawien bis Ende 1929

Regionen	Zahl der Großgrundbesitzungen	ihre gesamte Fläche in ha	davon verblieben den Eigentümern (in ha)	aufgeteilt, enteignet (in ha)	außerdem für Straßen, Eisenbahnen, Flüsse, Ager, Weiden	errichtete Häuser	untergebrachte Familien
Draibanat (Slowenien)	207	212.334	196.427	15.907	–	531	531
Savebanat (Kroatien-Slawonien ohne Syrmien)	167	401.401	309.675	91.726	–	3.849	3.843
Donaubanat (Baranja, Bačka, Banat, Srem, Šumadija)	419	542.646	353.334	189.312	–	9.206	8.691
Drinabanat (N- und O-Bosnien)	14	86.684	68.295	18.389	–	978	1.055
Bosnien und Herzegowina	–	34.364	–	34.364	–	–	13.806
Sandžak, Kosovo, Makedonien, Montenegro, Dalmatien	–	180.511	37.230	86.244	57.037	5.745	8.219
Gesamt:	807	1.457.940	964.961	435.942	57.037	20.309	36.145

**Quellen:** Statistički godišnjak I. Annuaire statistique, livre I (Beograd 1929) 448-453; Fakultet za agrikulturu i šumu sveučilišta u Zagrebu (Hg.), Agrarna reforma u Hrvatskoj, Sloveniji i Vojvodini (Zagreb 1923); Nikola Vučo, Poljoprivreda Jugoslavije (1918-1941) (Beograd 1958) 22-24.

kern, Gastwirten etc.) etwa sechs Milliarden Dinar, weshalb durch die ausstehenden Bauernschulden das gesamte jugoslawische Kreditwesen gefährdet war.<sup>1139</sup>

Ein kroatischer Bauer gab gegenüber britischen Sozialwissenschaftlern sehr anschauliche Vergleiche zwischen seiner wirtschaftlichen Lage vor 1914 und nach 1928:

“Life is getting more and more difficult. The prices we can obtain are so very low. Look, before 1914 I could get two pairs of boots for a hundredweight of wheat. Today I must give two hundredweight of wheat in exchange for one pair of boots. For one kilogram of nails I must give one kilogram of wool. When I sold a sheep before 1914 I could buy fifty metres of cottons in exchange. Now I cannot get fifty metres of cotton-stuff even for four sheep. Things are no better on the coast of Dalmatia either. Before 1914 they could get a suit of clothes for a hectolitre of wine. Today they must give three hectolitres of wine for a suit. Before 1914 they could get ten boxes of matches for a litre of wine, today they must give a litre of wine for every single box.”<sup>1140</sup>

Das Königreich Jugoslawien wurde allerdings weder von Großgrundbesitzern oder Großbauern noch von anderen bäuerlichen Politikern regiert, sondern von einer kleinen Gruppe, bestehend aus Dynastie, höherem serbischem Offizierskorps, höherer serbischer Bürokratie und Diplomatie sowie der Belgrader *čaršija*, benannt nach dem türkischen Wort für Markt oder Hauptstraße. Diese begüterte Oberschicht der serbischen Gesellschaft setzte sich im Großen und Ganzen aus Repräsentanten des Handelskapitals zusammen. Während aber die serbische Intelligenz und das dem Bauerntum entstammende Offizierskorps nach wie vor dem großserbischen Gedanken anhing, strebte die zum Teil von griechischen und aromunischen Ahnen abstammende *čarsija* nach Erweiterung ihres wirtschaftlichen Betätigungsfeldes und nach Verdrängung des bis 1918 dominierenden österreichischen und ungarischen Kapitals. Freilich benötigte das Belgrader Finanzkapital auch nach 1918 die Vermittlung von Wiener und Budapester Banken, um etwa die Finanzierung der ertragreichen Getreideernten in der Vojvodina durchzuführen. Jedenfalls waren der langjährige Ministerpräsident Pašić, sein Finanzminister und späterer Nachfolger Stojadinović und die führende Tageszeitung *Politika* eng mit diesen Kreisen verbunden.<sup>1141</sup>

Als bedeutendster wirtschaftspolitischer Gegner des serbischen Handelskapitals trat das kroatische Industrie- und Handelskapital auf, das über eine eigene Börse und über eigene alte Verbindungen nach Österreich, Ungarn, Italien und Deutschland verfügte. Interessanterweise berief König Aleksandar in seine diktatorische Regierung 1929 neben einem serbischen General als Ministerpräsidenten einen kroatischen Fi-

<sup>1139</sup> Alexander BILIMOVIČ, Jugoslawien – „Königreich der Serben, Kroaten u. Slovenen“ (Breslau 1927) 134; TOMASEVICH, Peasants, 646-680.

<sup>1140</sup> P. LAMARTINE YATES and D. WARRINER, Food and Farming in Post-War Europe (London 1943).

<sup>1141</sup> Todor STOJKOV, Unutrašnja politika vladajućih krugova u Jugoslaviji (1929-1939), in: Politički život Jugoslavije 1914-1945 (Beograd 1973); Marie-Janine CALIC, Soziale Ungleichheit in Serbien und der Vojvodina (1918-1941): Die Verteilung der Bildungschancen, in: Edgar Hösch und Gerhard Seewann (Hgg.), Aspekte ethnischer Identität (München 1991) 121-159; Bericht Ges. Ploennies an VK Schober, 29. Jänner 1931, HHStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/3, GZ 20.592/13-1931, Kart. 704.

nanzfachmann als Finanzminister. Das zeigte deutlich, dass das „Vertrauen der Krone“ die wichtigste Referenz für einen Politiker wurde. Freilich blieb das serbische Übergewicht in Politik und Verwaltung der Zentralgewalt unübersehbar: Die Serben stellten zwischen den beiden Weltkriegen immer den Heeres- und Marineminister, fast immer den Ministerpräsidenten, den Finanzminister, den Innenminister und den Unterrichtsminister; das galt meist auch für den Außen- und Justizminister. Kroaten, Slowenen und bosnische Muslime spielten dabei nur Nebenrollen, sieht man vielleicht von der 22-jährigen – nur 1933/34 kurz unterbrochenen – politischen Karriere des slowenischen Priesters Korošec ab, der es immer wieder verstand, „Zünglein an der Waage“ zwischen Serben und Kroaten zu spielen. Im Jahre 1936 waren im Übrigen von 169 jugoslawischen Generälen 158 Serben, von 420 Obersten 280; Serben saßen auch auf den wichtigsten diplomatischen Posten, und sie waren Generaldirektoren der Nationalbank, des Postwesens und der Agrarbank.<sup>1142</sup>

Diese schmale politisch-bürokratische Führungsschicht – von der Landbevölkerung als von den Problemen der Mehrheitsbevölkerung abgehobene „Herren“ (*gospoda*) gesehen<sup>1143</sup> – stützte sich vor allem darauf, dass der Staat Alleinunternehmer im Eisenbahn-, Telephon- und Telegraphenwesen war und die meisten Banken, Schifffahrtseinrichtungen, Tabakfabriken und Salinen besaß, daneben auch Großmühlen, Kohlen- und Eisengruben sowie Stahlwerke. Damit aber war staatliche Machtausübung sehr eng mit großen Verdienstmöglichkeiten verbunden und begünstigte das Umsichgreifen von Korruption. Die staatliche Zentralgewalt wurde besonders von den ca. 170.000 öffentlich Bediensteten getragen, unter ihnen 1928 7878 Offiziere, 9386 Unteroffiziere, 18.000 Gendarmen, 61.514 Beamte, 33.700 Bedienstete, 31.866 Amtsdienner und 29.745 Diurnisten (= Tagelöhner). Sie traten gegenüber der Masse der ungebildeten Landbevölkerung ebenso herablassend auf wie die ländlichen Geschäftsleute, Rechtsanwälte, Notare und Gastwirte,

<sup>1142</sup> Vgl. Ljubo BOBAN, *Maček i politika Hrvatske seljačke stranke 1928-1941*, 2 Bde. (Zagreb 1974); Momčilo ZEČEVIĆ, *Na istorijskoj prekretnici. Slovenci u politici jugoslovenske države 1918-1929* (Beograd 1985); Mira KOLAR-DIMITRIJEVIĆ, *Radni slojevi Zagreb od 1918. do 1931.* (Zagreb 1973) 22-26, 258-274, 413-419. In Zagreb nahm von 1910 bis 1931 die Zahl der Angestellten von 20.407 auf 46.740 zu, die Zahl der Arbeiter von 36.676 auf 82.091. Waren die Beamten im öffentlichen Dienst zu Beginn der 1920er Jahre schlecht bezahlt, so besserte sich in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre die Lage der meisten Beamten und Angestellten. Im Jahre 1931 war Zagreb die Stadt mit der größten Anzahl an berufstätigen Frauen in ganz Jugoslawien.

<sup>1143</sup> Vgl. die treffenden und auch zeichnerisch gekonnten Karikaturen in der Belgrader *Politika*, im Agramer *Obzor* und im Laibacher *Slovenec*. Allerdings sind in diesem Zusammenhang auch die wechselseitigen Feindbilder nicht zu übersehen, die nationalistische serbische und kroatische Zeitungen und Zeitschriften seit 1918 gegeneinander aufgebaut haben. Wenn der Belgrader *Jugoslovenski Pijemont* [Jugoslawisches Piemont] Stjepan Radić fortwährend als „Verräter der Nation“ bezeichnete, wenn die Neusatzer *Severna Srbija* [Nordserbien] von den „verblödeten katholischen Brüdern Kroaten“ sprach und wenn die ebendort erscheinende *Srbadija* [Serbentum] gegen den „Osmanen“ Spaho und den „Österreicher“ Korošec hetzte, dann wirkten diese Artikel in ihrer Langzeitwirkung ähnlich zersetzend wie der ständige Hinweis in kroatischen Medien auf die „Belgrader Tyrannei“ und die „byzantinische Perfidie“ der regierenden „großserbischen Clique“.

die den Bauern gegen Wucherzinsen Geld liehen und bei Nichtbezahlung das Bauernland versteigern ließen. So regierte eine Allianz von Groß- und Kleinkapital, von hoher und niedriger Bürokratie den Staat im Sinne ihrer Interessen, zu Lasten des überwiegenden Teiles der ländlichen Bevölkerung, aber auch auf Kosten der bis 1938 auf 715.000 Personen angestiegenen versicherten Arbeiter.<sup>1144</sup>

Die eigentliche Industriearbeiterschaft hatte 1921 erst 190.000 Personen in 1831 Betrieben gezählt, bis 1938 wurden zusätzlich 2193 Fabriken gebaut, und die Zahl der Industriearbeiter nahm auf knapp 400.000 Personen zu. Diese Arbeiterschaft bekam zwar 1922 eine gesetzliche Sozialversicherung für den Fall von Krankheit, Invalidität, Todesfall und für die Altersversorgung, war aber insgesamt schlecht ausgebildet, politisch in kommunistisch und sozialdemokratisch geführte sowie der Kroatischen Bauernpartei nahestehende Gewerkschaften gespalten, daher ohne Einfluss auf die staatliche Wirtschaftspolitik, schon gar nicht auf die von ausländischem Kapital beherrschten Bergbaubetriebe. In der Weltwirtschaftskrise kam es daher zu Massenentlassungen – allein in Agram fast die Hälfte der Industriearbeiterschaft (!) –, die Arbeitslosigkeit stieg auf fast 30 % der Industriearbeiterschaft an, mit den arbeitslos gewordenen Landarbeitern gab es 1933 650.000 beschäftigungslose Arbeiter mit ihren hungernden Familien. Denn eine Arbeitslosenversicherung war nicht eingerichtet, die von der Regierung mit einer Sondersteuer finanzierten Sozialfonds reichten nicht aus. Und die Krise ebte nur langsam ab, die Löhne fielen und die Lebenshaltungskosten stiegen. Daher nahmen seit der Mitte der 1930er Jahre die Streikaktionen für höhere Löhne zu – etwa im großen slowenischen Textilarbeiterstreik 1936 –, hatten freilich nur wenig Erfolg, da nach wie vor genügend Arbeitslose vor den Werkstoren auf Arbeit warteten.<sup>1145</sup>

Innen- wie außenpolitisch wesentlich waren auch die großen regionalen Unterschiede in den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen. Die relativ wenigen Industrie- und Gewerbebetriebe ballten sich um Belgrad und Agram sowie in der Umgebung von Laibach, Marburg, Cilli, Esseg, Maria-Theresiopel und Sarajevo, darüber hinaus in Oberkrain, entlang der Südbahn und entlang der Kanalsysteme in der Batschka und im Banat. Infolge der relativ geringen Industrialisierungsquote blieb andererseits die offizielle Zahl der Massenarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise gegenüber den Zahlen in den mitteleuropäischen Staaten zurück. So rechnete das Zentralsekretariat der jugoslawischen Arbeiterkammern auch im Jahre 1933 „nur“ mit einer Zahl von 365.000 Arbeitslosen, zählte aller-

<sup>1144</sup> Matica živih i mrtvih Srba, Hrvata i Slovenaca (Hg.), Jubilarni zbornik života i rada Srba, Hrvata i Slovenaca 1918-1928 (Beograd 1928) 111-113; Statistički godišnjak I (1929) 482f. Zusätzlich gab es 1938 71.000 Bergarbeiter und 80.000 Eisenbahner. – HERTZ, Economic Problem, 203.

<sup>1145</sup> Annuaire statistique VII (1936) 32-35; PETRANOVIĆ, Istorija Jugoslavije, 154f.

Der US-Konsul in Belgrad wies auf die bäuerliche Mentalität vieler Industriearbeiter hin: „There is no well-defined labour element in the kingdom. Mines and industrial plants are usually worked by persons from the rural districts who regard such employment as temporary and, after short periods of service, drift back to the farms.“ – KENNETH S. PATTON, The Kingdom of Serbs, Croats and Slovenes, a Commercial and Industrial Handbook (London 1928).

dings die etwa 300.000 landwirtschaftlichen Tagelöhner, die in dieser Zeit ebenfalls ohne Arbeit waren, nicht mit. Ebenso wenig mitgezählt wurden die etwa 650.000 Zwergbauern mit unter 2 ha Besitz, die nun keine Zusatzarbeit außerhalb der Landwirtschaft fanden. Nicht mitgezählt wurden auch die Arbeitsmigranten nach Mittel- und Westeuropa sowie in die USA, von denen allerdings zu Beginn der 1930er Jahre ein Teil wieder heimkehren musste. Nach Angaben der Belgrader *Politika* aus dem Jahre 1933 suchten allein in Belgrad mehr als 10.000 Akademiker eine Beschäftigung, im ganzen Land sollen es 150.000 gewesen sein.<sup>1146</sup>

Eher außen- als innenpolitisch von Bedeutung war die Überlassung der Erschließung der reichlichen Bodenschätze an ausländische Gesellschaften. So übernahm französisches Kapital die rüstungspolitisch wichtigen Kupferminen im ostserbischen Bor (*Mines de Bor*) und den ergiebigen Braunkohlenbergbau im slowenischen Trifail (Trbovlje). Die Bleigewinnung im ehemals kärntnerischen Mießtal ging nach 1918 von einer österreichischen Gesellschaft an *The Central European Mines Ltd.* in London über, die auch die Eisenerze in Bosnien und in Trepča im Kosovo abbaute. Die bedeutenden Bauxitvorkommen in Dalmatien verwertete eine italienische Gesellschaft, und *Standard Oil Co.* begann mit der Erschließung von Erdölquellen in Slawonien. Französisches Kapital war außerdem in der Holz- und Zementindustrie, in der chemischen Industrie sowie in der Schiffsbau-, Waggonbau-, Flugzeugbau- und Flugzeugmotorenindustrie, schließlich in einigen Elektrizitätswerken investiert. Englisch-Kapital war in der Holz-, Zement- und Zuckerindustrie sowie in der Schiffsbau- und Maschinenindustrie angelegt. Österreichisches Kapital steckte nach wie vor in der Holz- (*Slavex*) und Textilindustrie (*Mautner* in Laibach), im Kohlenbergbau, in der Maschinenindustrie (in Agram, Esseg und Neusatz), in der chemischen Industrie, in der Elektro- und elektrotechnischen Industrie (*Elin*), in der Lederindustrie (*Salamander*) und im Großhandel (*Kastner und Öhler* in Agram). Deutsches Kapital war vor allem in der chemischen Industrie (Farbenindustrie), indirekt auch im Bauxit-Bergbau angelegt, belgisches Kapital betrieb die einzige Fensterglasfabrik in Jugoslawien. Schweizerisches Kapital war hauptsächlich an Elektrizitätswerken (Draukraftwerk Fala), an der Elektroindustrie und an der Lebensmittelindustrie (*Kaffee-Haag, Franck*) beteiligt, tschechoslowakisches Kapital der Prager Großbanken spielte in der Zucker-, Lebensmittel-, Mühlen- und Brauindustrie eine Rolle, ferner in der Schuhwarenindustrie (*Bat'a* in Vukovar); ungarisches Kapital war in erster Linie

<sup>1146</sup> Stanovništvo Kraljevine Jugoslavije po zanimanju prema popisu od 31 marta 1931. Population du Royaume de Yougoslavie suivant la profession d'après le recensement du 31 mars 1931 (Karte); SUNDHAUSSEN, Geschichte Serbiens, 279; vgl. Gunther IPSEN, Wachstum und Gliederung der Bevölkerung, in: Werner Markert (Hg.), Osteuropa-Handbuch. Jugoslawien (Graz – Wien – Köln 1954) 58-60; Slovenska akademija znanosti in umetnosti (Hg.), Gospodarska in družbena zgodovina Slovencev. Zgodovina agrarnih panog, 2 Bde. (Ljubljana 1970); Wolfgang HÖPKEN und Holm SUNDHAUSSEN, Jugoslawien von 1914 bis zur Gegenwart, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 6, 847-915.

in der Zucker-, Mühlen- und Zementindustrie investiert, schwedisches Kapital beherrschte die jugoslawische Zündholzindustrie.<sup>1147</sup>

Die Beteiligung ausländischen Kapitals war auch am jugoslawischen Bankwesen bedeutend. Zwar überstand die aus der Nationalbank des Königreiches Serbien hervorgegangene Nationalbank des Königreiches SHS die Stabilisierungsphase relativ glimpflich, da sie 1919 20 % der vorgelegten österreichisch-ungarischen Kronen einer Zwangsanleihe unterwarf und mit 1. Jänner 1920 für vier Kronen nur mehr einen Dinar eintauschte – was unter den Kronenbesitzern in Slowenien, Kroatien-Slawonien, Dalmatien, Bosnien-Herzegowina und in der Vojvodina große Unzufriedenheit hervorrief –, dennoch musste auch der Dinar an der New Yorker Börse zwischen 1918 und 1923 einen Kurssturz von 17 Cent auf einen Cent hinnehmen. Zwischen 1923 und 1927 gab es dann jährlich einen Zufluss ausländischen Kapitals von zwei bis vier Millionen Dollar, und nur sieben von 21 privaten Großbanken arbeiteten 1930 ausschließlich mit einheimischem Kapital. An sieben Großbanken war österreichisches Kapital mit einem größeren Aktienpaket beteiligt, an je fünf ungarisches und tschechoslowakisches Kapital, an je vier belgisches und schweizerisches, an je einer französisches, italienisches und britisches, während zwei deutsche und eine niederländische Bank nur kleinere Aktienpakete hielten. Als im Mai 1931 die österreichische *Credit-Anstalt* ihre Schalter vorübergehend schließen musste, schwand auch in Jugoslawien sofort das Vertrauen der Einleger in die Sicherheit der einheimischen Kreditinstitute, war doch die CA am größten jugoslawischen Bankunternehmen, der Jugoslawischen Union-Bank, an der Kroatischen Allgemeinen Kreditbank, an der Kreditanstalt für Handel und Industrie in Laibach und an der Laibacher Kreditbank beteiligt. Unter dem Eindruck der allgemeinen Kreditkrise in Mitteleuropa und der Aufgabe des Goldstandards in Großbritannien setzte auch in Jugoslawien ein Sturm der Einleger auf die Sparkassen, Privatbanken und Kreditgenossenschaften ein, dem diese größtenteils nicht gewachsen waren. Allein im Jahre 1931 wurden von 15,5 Milliarden Dinar an Einlagen fast zwei Milliarden abgehoben, bis Ende 1933 weitere 3,1 Milliarden Dinar, was für viele Kreditinstitute das Ende ihrer Liquidität bedeutete. Die jugoslawischen Regierungen sahen sich gezwungen, Auszahlungsfristen zu erstrecken, Zahlungsaufschübe zu gewähren und Banken-Schutzgesetze zu beschließen. Mit einer internationalen Anleihe von über einer Milliarde Franc konnte der Dinar gestützt werden.<sup>1148</sup>

<sup>1147</sup> Die Wirtschaft Jugoslaviens, hg. vom Institut zur Förderung des Außenhandels (Beograd 1937) 43f., 237-295; South-Eastern Europe. A Political and Economic Survey, ed. by The Royal Institute of International Affairs (Oxford 1939) 142.

<sup>1148</sup> Die Wirtschaft Jugoslaviens, 43f.; Milorad NEDELJKOVITCH, Investitionsmöglichkeiten und Sicherheiten in Jugoslawien, in: NFP Sonderbeilage „Königreich Jugoslawien“, 5. Dezember 1930, 12; SUPPAN, Jugoslawien, 1020-1022. Nach dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt übernahm ein Konsortium belgisch-schweizerischer Banken die Beteiligungen der CA und des Wiener Bank-Vereins.

Ein Hauptproblem des Königreiches blieb die immer weiter zunehmende Staatsverschuldung. Auf Grund der Vorkriegsschulden Serbiens und Montenegros (2,2 Milliarden Dinar), der Kriegsschulden Serbiens und Montenegros (15,3 Milliarden Dinar), der Teilschulden der ehemaligen Habsburgermonarchie (1,35 Milliarden Dinar) und der Nachkriegsschulden des Königreiches SHS wurde bereits am 30. Juni 1925 ein „konsolidierter“ Schuldenstand von knapp 25 Milliarden Dinar ausgewiesen. Den ukrainischen Nationalökonomem Aleksandr Bilimovič, der als ehemaliger Professor der Universität Kiew in den 1920er Jahren an der Universität Laibach lehrte, beunruhigte das außerordentlich schnelle Wachsen der staatlichen Ausgaben, dem das Volkseinkommen nicht folgen konnte. So registrierte er schon 1927 die Ungunst der landwirtschaftlichen Konjunktur und die sich mehrenden Fälle von Zahlungsunfähigkeit und Konkursen. Daher schlug er ausgabenseitige Kürzungen bei den außerordentlich gewachsenen Personalkosten vor, geordnete Verfahren bei staatlichen Bestellungen, Einkäufen und Neubauten, endlich die Rationalisierung der Staatsunternehmungen. Aber die größten Ausgabenposten der Budgets – Staatsbahnen, Ministerium für Heer und Marine, Staatsmonopole, Pensionen und Staatsschulden – konnten nicht eingedämmt werden. Die jugoslawische Regierung musste im April 1933 um ein Moratorium der Auslandsschulden ersuchen, alle Amortisationen wurden eingestellt, Zahlungen wurden nur für zwei Staatsanleihen weitergeführt, 45 % des Wertes aller anderen Anleihen wurden in Obligationen umgewandelt.<sup>1149</sup>

The *Royal Institute of International Affairs* und *The London and Cambridge Economic Service* schätzten das Nationaleinkommen Jugoslawiens für 1937 auf nur 44,2 Milliarden Dinar (= 186 Millionen Pfund Sterling), das bedeutete weniger als 12 Pfund pro Kopf der Gesamtbevölkerung. Und sie hoben in ihrem Spezialbericht vom April 1939 folgende *Banking Difficulties* hervor:

„This is partly a result of the banking crisis which followed the failure of the Credit Anstalt, which had important interests in Yugoslav banks. Total deposits, which are mainly saving deposits, fell from 14 milliard dinars in June 1931 to some 10 milliards at the end of 1932. In 1933 a moratorium was declared. Commercial banks could withhold payment, provided that they placed themselves more closely under State control. The moratorium has been prolonged from time to time and is still in force, although a number of banks have become sufficiently liquid to free themselves from State control by resuming payment. About the middle of 1937 deposits began to increase, reaching 11,8 milliard by September 1938. But most of this increase has gone to the two privileged State banks: the Post Office Savings Bank and the State Mortgage Bank...“<sup>1150</sup>

Die Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens zwischen den beiden Weltkriegen ergab, dass die niedrige Wachstumsrate des Sozialprodukts (durchschnittlich 1,8 %) im Zusammenhang mit dem relativ niedrigen Ausgangsniveau 1918/19 und dem relativ hohen Bevölkerungswachstum annähernd einer Stagnation gleichkam. Die jugoslawische Volkswirtschaft konnte die sich öffnenden „Scheren“ zwischen ländlicher Überbevölkerung und niedrigem Bildungsni-

<sup>1149</sup> BILIMOVIČ, Jugoslavien, 189-196; SUPPAN, Jugoslawien, 1023-1027.

<sup>1150</sup> South-Eastern Europe, 139-150.

veau einerseits, Kapitalmangel und geringem Industrialisierungsgrad andererseits nicht schließen – nicht einmal tendenziell, sieht man von einigen nördlichen Regionen ab. Somit gehörte Jugoslawien nach einer Erhebung des Völkerbundes auch noch 1938 zu den ärmsten Staaten Europas.<sup>1151</sup>

Der Völkerbund hatte schon in den 1920er Jahren den italienischen Nationalökonom Corrado Gini beauftragt, das Nationaleinkommen verschiedener Staaten zu berechnen. Für das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen kam er auf eine Gesamtsumme von 36,5 bis 42,9 Milliarden Dinar, was vier bis 4,7 Milliarden Goldfranc entsprach. Der jugoslawische Landwirtschaftsminister Frangeš erstellte eine Statistik für die Jahre 1929 bis 1937, das den Absturz des Nationaleinkommens zwischen 1929 und 1932 von 69 auf 32 Milliarden Dinar vermittelte, danach nur einen langsamen Anstieg auf 37,5 Milliarden Dinar im Jahre 1935 und auf 44,2 Milliarden Dinar im Jahre 1937 (= 3,8 Milliarden Goldfranc). Demnach hätte es vor 1914 pro Kopf ein Nationaleinkommen von 310 bis 370 Goldfranc gegeben, 1937 aber nur mehr eines von etwa 249 Goldfranc.<sup>1152</sup>

### **Das Königreich Jugoslawien zwischen Zentralismus, Föderalismus und Terrorismus**

Der kroatische Bauernführer Stjepan Radić hatte seine Kollegen schon am 24. November 1918, vor der Abreise der Delegation des Agramer Nationalrates nach Belgrad, vor einem einheitlichen Königreich unter der Dynastie Karađorđević gewarnt:

„[...] Und Ihr alle meint, dass es genug sei zu sagen, dass wir alle, Kroaten, Serben und Slowenen, ein Volk seien, weil wir eine Sprache sprechen, und dass wir daher einen einheitlichen zentralistischen Staat, und zwar ein Königreich, haben müssten, und dass uns diese sprachliche und staatliche Einheit unter der Dynastie Karađorđević retten und beglücken kann. [...] Ihr meine Herren, kümmert Euch nicht im geringsten darum, dass unser Bauer, besonders unser kroatischer Bauer, vom König, Kaiser und von dem ihm aufgezwungenen Staat nichts hören will. [...] Vielleicht werdet Ihr die Slowenen gewinnen, ich weiß es nicht; vielleicht werdet Ihr für einen Augenblick auch die Serben gewinnen; ich weiß es aber bestimmt, dass Ihr die Kroaten dafür nicht gewinnen werdet, und zwar deswegen nicht, weil das ganze kroatische Volk ebenso gegen Euren Zentralismus wie gegen Militarismus, ebenso für die Republik wie für die nationale Verständigung mit den Serben ist. [...] Und Ihr Serben aus Kroatien, Ungarn und Bosnien, Ihr seid wahrlich nur für Dušans Königreich, für einen großen serbischen Staat [...], für das Vermächtnis von Kosovo, für Rache – nach allen Seiten. [...] Wir Kroaten wollen das nicht. [...] Die ganze Welt anerkennt das Selbstbestimmungsrecht. Nur diesem Recht haben wir unsere Befreiung zu verdanken. Dieses Selbstbestimmungsrecht kommt im internationalen Sinne allen unseren drei Völkern – den Slowenen, Kroaten und Serben – bei Festlegung unserer Staatsgrenzen gegenüber fremden Völkern zu [...], besonders aber uns Kroaten in Kroatien. [...]“<sup>1153</sup>

<sup>1151</sup> HÖPKEN – SUNDHAUSEN, Jugoslawien, 881-915.

<sup>1152</sup> HERTZ, Economic Problem, 215f.

<sup>1153</sup> RADIĆ, Politički spisi, 323-333; BOBAN, Maček I, 314f.; Alojz IVANIŠEVIĆ, Warum können Belgrad und Zagreb nicht miteinander?, in: Peter Weibel – Christa Steinle (Hgg.), Identität:Differenz.

Unter den kroatischen Eliten waren drei wesentliche Strömungen zu erkennen:

- 1) Föderalistische jugoslawische Unitaristen, die eine allmähliche Herausbildung einer jugoslawischen Nation erhofften; sie sammelten sich vor allem in der Kroatischen Gemeinschaft (*Hrvatska zajednica*);
- 2) Konföderalisten, die sich für einen weitgehend autonomen Staat der Kroaten im Rahmen der südslawischen Gemeinschaft einsetzten; diese Richtung wurde vor allem von der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei (*Hrvatska republikanska seljačka stranka*) unter Stjepan Radić vertreten und hatte die Mehrheit des kroatischen Volkes hinter sich;
- 3) kompromisslose kroatische Nationalisten, die für einen selbständigen kroatischen Staat außerhalb des Königreichs SHS kämpften; die Hauptvertreterin dieser Forderung wurde die *Ustaša*-Bewegung unter Ante Pavelić.<sup>1154</sup>

Während die kroatischen Eliten sehr bald den Belgrader Unitarismus und Zentralismus zu kritisieren begannen und dabei vor allem die einseitigen Postenbesetzungen zugunsten der Serben meinten, rieben sich die Bauern in Kroatien-Slawonien – aber ebenso in Slowenien und in der Vojvodina – am ungünstigen Wechselkurs der Krone zum Dinar (4:1), an der neuen Einkommensteuer und der doppelt so hohen Grundsteuer wie in Serbien. Die Regierung begründete diese Unterschiede mit den großen Kriegsschäden in Serbien. Obwohl grundsätzlich Serbo-Kroatisch und Slowenisch als Amtssprachen galten, waren in der Zentralverwaltung, in der Armee und in der Gendarmerie die serbische Sprache und die kyrillische Schrift vorherrschend. König Aleksandar war ein Vorkämpfer dieser zentralistischen Politik und konnte auf Grund seiner verfassungsmäßigen Befugnisse das Parlament einberufen und auflösen sowie die Regierung ernennen. Er und seine von serbischen Ministerpräsidenten geführten Regierungen betonten die zentrale Rolle der Serben bei der „Befreiung der Brüder“, sodass in der serbischen Öffentlichkeit der Eindruck entstand, das neue Königreich sei nichts anderes als ein „erweitertes Serbien“.<sup>1155</sup>

Trotz politischer Ausgleichsversuche zur Wahl der Bürgermeister und Gemeindebeamten, der Wiedereinstellung entlassener Lehrer, der Vergabe von Krediten für Universitäten und Schulen, der Selbstverwaltung der Handelskammern und der Amnestie für politisch Verurteilte dauerten die parteipolitischen Auseinandersetzungen über die Parlamentswahlen von 1923 hinweg an und spitzten sich vor den Parlamentswahlen im Februar 1925 neuerlich zu. Radić' großer Gegenspieler,

---

Tribüne Trigon 1940-1990. Eine Topographie der Moderne (Wien – Köln – Weimar 1992) 338-355, hier 351-353.

<sup>1154</sup> Tihomir CIPEK, Die kroatischen Eliten und die Königsdiktatur in Jugoslawien 1929-1934, in: Erwin Oberländer (Hg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944 (Paderborn – München – Wien – Zürich 2001) 539-575, hier 544.

<sup>1155</sup> Ebenda, 545-548; Holm SUNDHAUSSEN, Die jugoslawische Währungsreform von 1920: Zur Interdependenz ökonomischer und politischer Integrationsprobleme in einem multinationalen Staat, in: ÖOH 27 (1985) 33.

der jugoslawische Ministerpräsident Pašić, verteidigte in einer Wahlrede am 1. Februar 1925 neuerlich seine zentralistische Staatsauffassung:

„[...] So wurde unser Staat aus einem Volk gebildet, das aus drei Stämmen (den Serben, Kroaten und Slowenen) besteht, und die Pariser Friedenskonferenz hat beschlossen, dass sich die österreichisch-ungarischen Kroaten und Slowenen mit Serbien vereinigen und einen einheitlichen Staat bilden. [...] Es tauchten aber [...] einige Leute bzw. einige kleine Fraktionen auf, die damit nicht einverstanden waren. Vor allem Radić, der während der Friedenskonferenz in Paris unseren Verbündeten, vor allem Italien, ununterbrochen Briefe schrieb und zu beweisen versuchte, dass sie [gemeint sind die Kroaten, Anm. Suppan] mit uns nicht ein Volk bilden und nicht mit Serbien vereinigt werden wollen, und dass sie einen eigenen Staat fordern.[...]“

Man hat dies aber verworfen, weil man wusste, dass Radić ein Exponent Österreich-Ungarns war. [...] Wenn man sagt: Wir wollen eine Konföderation, was bedeutet das? Was ist eine Konföderation? Das ist Kroatien für sich, Slowenien für sich, Bosnien für sich. Meine Herren, das kann nicht sein [...], wer das fordert, der verlangt – bewusst oder unbewusst –, dass das, was wir geschaffen haben, zerstört und vernichtet werde. [...]

Und Pašić artikuliert sogleich auch die führende Rolle seiner Partei: „[...] denn WIR haben den Krieg zur Befreiung der Serben, Kroaten und Slowenen geführt.“<sup>1156</sup>

Diese Polarisierung half offensichtlich beiden Parteien, denn Pašić' Radikale Partei errang 34,2 % der Stimmen und Radić' Bauernpartei 22,4 %. Unter dem Druck des Königs kam kurzzeitig sogar eine „große Koalition“ zustande, in der Radić die staatspolitisch wichtige Funktion des Unterrichtsministers übernahm. Nach dem Tode Pašić' nahmen jedoch die Polemiken zwischen den Abgeordneten der serbischen Regierungspartei und einer neuen kroatisch-serbischen Koalition an Schärfe zu, bis am 20. Juni 1928 Puniša Račić, ein montenegrinischer Abgeordneter der Radikalen Partei, die kroatischen Abgeordneten Pavle Radić – einen Neffen des Bauernführers – und Djuro Basariček erschoss und ihre Kollegen Ivan Pernar, Ivan Grandza und Stjepan Radić schwer verletzte; dieser erlag am 8. August 1928 in seiner kroatischen Heimat seinen Verletzungen. Als der kroatische Volkstribun unter großem Geleit zu Grabe getragen wurde, war der völlige politische Bruch zwischen Belgrad und Agram offensichtlich.<sup>1157</sup>

Der britische Jugoslawien-Kenner Robert William Seton-Watson, der auch mit Stjepan Radić korrespondiert hatte, war geschockt:

„Our Society [the Yugoslav Society of Great Britain, Anm. Suppan] was launched so satisfactorily, but it really is difficult to work for a country where such things happen!“<sup>1158</sup>

<sup>1156</sup> Svetlost [= Organ der Lehrer der Radikalen Partei], 6. Februar 1925, 1f.; vgl. IVANIŠEVIĆ, Belgrad und Zagreb, 353. Auch dem tschechoslowakischen Präsidenten Masaryk war die Dominanz des militärischen Denkens in Belgrad bewusst: „Die Serben sind die besten Krieger in Europa, aber nur Krieger.“ – REDLICH, Schicksalsjahre II, 628.

<sup>1157</sup> MUŽIĆ, Stjepan Radić, 243-267; vgl. den Nachruf von Friedrich Funder in: Reichspost, 9. August 1928.

<sup>1158</sup> R. W. Seton-Watson an Jovan M. Jovanović, den Vorsitzenden der serbischen Bauernpartei, Kyleakin, 12. September 1928, in: R. W. Seton-Watson i Jugoslaveni. Korespondencija 1906-1941, II: 1918-1941 (Zagreb – London 1976) 172.

Auch König Aleksandar war geschockt und rasonierte in einem privaten Gespräch mit dem früheren Innenminister Pribićević: „We cannot stay together with the Croats. Since we cannot, it would be better so separate. The best way to do this would be to effect a peaceful separation, like Sweden and Norway did.“<sup>1159</sup>

Aber der Nachfolger Radić' als kroatischer Bauernführer, Vladko Maček, empfahl dem König eine Reorganisation der Verfassungsstrukturen. Vorerst ernannte er seinen damaligen Vertrauten, Innenminister Korošec, der zu Stjepan Radić in persönlicher Gegnerschaft gestanden war, zum Ministerpräsidenten und versuchte, durch die Ernennung eines Generals zum *veliki župan* in Agram größere nationale Auseinandersetzungen zwischen Serben und Kroaten zu verhindern. Dann führte der König Konsultationen mit den Obmännern der Parteien, ohne freilich einen klaren Rat für einen Ausweg aus der Krise zu bekommen. So ließ der König am 6. Jänner 1929 die Auflösung des Parlaments, die Sistierung der *Vidovdan*-Verfassung und seine persönliche Machtübernahme verkünden. Der König konzentrierte die gesamte Macht in seinen Händen: Er verbot die Arbeit der politischen Parteien, ließ eine strenge Zensur einführen und ernannte den Kommandanten der königlichen Garde, General Petar Živković, zum neuen Ministerpräsidenten. Der General kam aus der geheimen Militärorganisation „Weiße Hand“ (*Bela ruka*) und hatte sich als Vertrauensmann des Königs in vielen politischen Angelegenheiten bewährt. Immerhin ernannte der König neben dem Slowenen Korošec auch fünf Kroaten zu Ministern – darunter Stanko Štrljuga zum Finanzminister und Oto Frangeš zum Landwirtschaftsminister –, sodass die Industrie- und Bankkreise Kroatiens durchaus ihre Interessen gewahrt sahen. Sogar der neue Chef der Kroatischen Bauernpartei, Vladko Maček, erhoffte sich vom königlichen Regime eine raschere Lösung des serbisch-kroatischen Problems. Der König konnte auch auf serbischer Seite mit der Unterstützung durch die Bank-, Industrie- und Großgrundbesitzerkreise rechnen, ebenso mit der des Offizierskorps und der staatlichen Bürokratie; dennoch musste er Widerstand aus den Reihen der serbischen bürgerlichen Politiker gewärtigen, sofern es ihm nicht gelingen sollte, einige führende Politiker der Radikalen und der Demokraten in die Königsdiktatur einzubinden.<sup>1160</sup>

<sup>1159</sup> Svetozar PRIBIĆEVIĆ, *La Dictature du Roi Aleksandre: Contribution a l'étude de l'échec de la démocratie* (Paris 1935) 81; FARLEY, Aleksandar Karadjordjević, 71.

<sup>1160</sup> PETRANOVIĆ – ZEČEVIĆ, *Jugoslavija 1918/1988*, 313-315; CIPEK, *Eliten*, 552-556; Dušan BILANDŽIĆ, *Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije. Glavni procesi* (Zagreb 1979) 18-27, sieht folgende Ursachen für das Scheitern des parlamentarischen Systems:

- den grundsätzlichen Gegensatz zwischen den hegemonistisch-zentralistischen und den oppositionell-föderalistischen Parteien;
- die Beherrschung des Staatsapparates durch die „großserbische Bourgeoisie“;
- die Interessensgegensätze zwischen den serbischen, kroatischen, slowenischen, makedonischen, montenegrinischen und muslimischen Bauern einerseits und der kleinen Ober- und Mittelschicht in den Großstädten Beograd, Zagreb, Subotica, Sarajevo, Ljubljana und Skopje andererseits;
- die auch 1928 noch bestehenden Antagonismen zwischen den verschiedenen historischen Regionen Jugoslawiens.

König Aleksandar konnte für die Einführung seines diktatorischen Regimes gewichtige innen- und außenpolitische Argumente geltend machen, auch wenn er damit als einer der ersten ostmittel- und südosteuropäischen Staatsmänner den Weg von der parlamentarischen Demokratie zu einer national-konservativen Diktatur beschritt<sup>1161</sup>:

- 1) Sein absolutistisches Regime sollte das Land aus dem selbstzerstörerischen Parteienstreit retten und wieder zu einer „übernationalen“ Einheit werden lassen. Denn die politischen Parteien hätten immer mehr ihre partikularistischen, nationalen, regionalen und konfessionellen Interessen zur Geltung gebracht und somit das Land in ein zunehmendes politisches, wirtschaftliches und soziales Chaos gestürzt.
- 2) Die Konstruktion einer gemeinsamen jugoslawischen Identität und eines „integralen Jugoslawentums“ sollte die Einheit des Volkes und des Staates sicherstellen. Die gemeinsame Abstammung der Südslawen und die patriarchale Kultur seien älter als die konfessionelle Trennung, und die Dynastie der Karađorđević sei eine „Volksdynastie“, die tief in der einfachen Bevölkerung und im Bauerntum verwurzelt sei.
- 3) Der Absolutismus des Königs sei auch die einzige Möglichkeit, die Einheit des Staates und seiner Völker vor dem Druck ausländischer Kräfte zu retten. Das faschistische Italien arbeite an einer Einkreisung Jugoslawiens, und auch andere revisionistische Staaten – dabei dachten die Regierungskreise in Belgrad in erster Linie an Ungarn – seien an einer Aufteilung Jugoslawiens interessiert. Im Übrigen erhielt der König für seine „Politik der starken Hand“ außenpolitische Rückendeckung aus Paris und Prag, wo Außenminister Beneš seine Politik der Kleinen Entente gegen Ungarn (und Österreich) auch durch die Königsdiktatur in Belgrad nicht gefährden lassen wollte.<sup>1162</sup>

Frankreich war bereits im Ersten Weltkrieg der wichtigste Bündnispartner Serbiens gewesen und hatte die jugoslawische Friedensdelegation in Paris nach

<sup>1161</sup> Die demokratiepolitisch bestürzende Reihenfolge der Einführung autoritärer, freilich nicht totalitärer (!) Diktaturen wie in der Sowjetunion, Italien und Deutschland, lautet: Präsident Zogu in Albanien 1925, Marschall Piłsudski in Polen 1926, Präsident Smetona in Litauen 1926, König Aleksandar in Jugoslawien 1929, Ministerpräsident Gömbös in Ungarn 1932, Bundeskanzler Dollfuß in Österreich 1933, Zar Boris III. in Bulgarien 1934, Ministerpräsident Päts in Estland 1934, Ministerpräsident Ulmanis in Lettland 1934, General Metaxas in Griechenland 1936, schließlich König Carol II. in Rumänien 1938. – Vgl. Peter F. SUGAR (ed.), *Native Fascism in the Successor States, 1918-1945* (Santa Barbara 1971); Bernd J. FISCHER (ed.), *Balkan Strongmen. Dictators and Authoritarian Rulers of South Eastern Europe* (West Lafayette 2007).

<sup>1162</sup> Predrag MARKOVIĆ, Die „Legitimierung“ der Königsdiktatur in Jugoslawien und die öffentliche Meinung 1929-1939, in: Erwin Oberländer (Hg.), *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944* (Paderborn – München – Wien – Zürich 2001) 577-631, hier 579f.; vgl. Jozef HROZIENČIK – Valérián BISTRICKÝ (Hgg.), *Československo a Juhoslávia. Z dějín československo-juhoslovenských vzťahov* (Bratislava 1968); Milan VANKU, *Mala Antanta 1920-1938 (Titovo Užice 1969)*; dagegen: Magda ÁDÁM, *Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938* (Wien 1988).

Kräften unterstützt. Die politische, militärische und eisenbahntechnische Zusammenarbeit wurde auch nach dem Weltkrieg durch französische Kredite und eine gezielte Kulturpolitik gefördert. In den jugoslawischen Gymnasien auf dem ehemaligen Gebiet Österreich-Ungarns löste nun – wie im früheren Königreich Serbien – Französisch als erste Fremdsprache Deutsch ab. Freilich wollte sich die jugoslawische Außenpolitik weder in den französisch-deutschen Ruhrkonflikt 1923 noch in potentielle französisch-italienische Konflikte hineinziehen lassen. Nach dem italienisch-albanischen Tirana-Vertrag im November 1926 sah sich Belgrad allerdings gezwungen, am 11. November 1927 – dem Jahrestag des Waffenstillstandes von Compiègne – mit Frankreich einen Freundschaftsvertrag mit Militärkonvention abzuschließen, die freilich keinen Bündnisfall beinhaltete. Jugoslawien blieb mit Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien einer der vier Bündnispartner Frankreichs in Ostmitteleuropa. Der französische Ministerpräsident Briand erklärte nun zur Königsdiktatur in Belgrad, dass Aleksandar einen „fascist-style bombast“ vermeiden sollte.<sup>1163</sup>

Auch Großbritannien hatte seit dem Ersten Weltkrieg Serbien und nach 1918 Jugoslawien als Anleihergeber und industrieller Investor unterstützt. Allerdings beschränkten sich engere Beziehungen eher auf politisch-publizistische Kreise um Robert William Seton-Watson und Wickham Steed sowie auf verwandtschaftliche Beziehungen zwischen Prinz Paul und dem Herzog von Kent. Dennoch sah der neue britische Gesandte in Belgrad, Nevile Henderson, die Notwendigkeit einer autokratischen Macht, um dem bestehenden Chaos Herr zu werden. In seinem ersten Jahresbericht zum Jahr 1929 kritisierte er allerdings den Chauvinismus und Despotismus der Serben, die – einmal an der Macht – zu keinem Kompromiss bereit seien, keine Verwaltungserfahrung besäßen, andererseits in halborientalischer Art die Korruption (*bakšiš*) tief verankert hätten. Solche Traditionen erschwerten die Vereinigung mit den zivilisierten und bürokratisch denkenden Kroaten Slowenen ungemein. Im besten Fall werde es 30 bis 40 Jahre dauern, bis ein guter Verwaltungsapparat aufgebaut sein könnte. Die Zeitungen in Laibach und Agram veröffentlichten immer wieder Artikel und Karikaturen über das serbische Machtstreben und den Militarismus sowie die Verschwendungssucht des serbischen Besitzbürgertums (*čaršija*), während die Zeitungen in Belgrad den kroatischen und slowenischen Separatismus und die angebliche Österreich-Hörigkeit verurteilten.<sup>1164</sup>

Am 3. Oktober 1929 ließ König Aleksandar den bisherigen Namen des Königreiches auf „Königreich Jugoslawien“ (*Kraljevina Jugoslavija*) ändern und den

<sup>1163</sup> FARLEY, Aleksandar, 73; vgl. Vuk VINAVER, *Jugoslavija i Francuska između dva rata* (Beograd 1985).

<sup>1164</sup> ŽIVKO AVRAMOVSKI, *Britanci o Kraljevini Jugoslaviji. Godišnji izveštaji Britanskog poslanstva u Beogradu 1921-1938, I: 1921-1930* (Zagreb 1986) 587-594; ŠTIH – SIMONITI – VODOPIVEC, *Slowenische Geschichte*, 331. Sogar der greise Ministerpräsident Pašić wurde knapp vor seinem Tod durch seinen Sohn in eine Korruptionsaffäre verwickelt.

Staat verwaltungsmäßig in neun Banate (*banovine*) gliedern. In der Namensänderung sollte die Ideologie eines einheitlichen Staates mit einer national zusammengehörenden Bevölkerung, eben den „Jugoslawen“ (*Jugosloveni*), untermauert werden. Aber diese jugoslawische Ideologie übersah, dass die führenden politischen Kreise bei Serben, Kroaten, Slowenen und bosnischen Muslimen – vielleicht noch nicht in diesem Maße bei den Montenegrinern und Makedoniern – bereits auf nationaler Individualität und Dezentralisierung bestanden. Immerhin brachte die Banatsgliederung für Slowenien, Kroatien-Slawonien (ohne Syrmien) und Makedonien eine verwaltungsmäßige Zusammenfassung, aber die Zuordnung Bosniens und Serbiens zu je vier Banaten und die Ausdehnung der Vojvodina nach Süden bzw. Montenegros nach Nordwesten und Osten schuf völlig neue, „ahistorische“, Grenzen. Damit aber gab es nun in fünf von neun Banaten eine serbische Bevölkerungsmehrheit, dazu natürlich in der Hauptstadt Belgrad, der die bis 1918 mehrheitlich deutschen Städte Semlin (Zemun) und Pantschowa (Pančevo) angeschlossen wurden.<sup>1165</sup>

Der britische Professor Seton-Watson kritisierte neuerlich scharf:

„The Decree of 3 October 1929 has not diminished by iota the power of the central Belgrade authorities: so far from being an act of devolution or decentralisation, it has even accentuated centralist tendencies, and nothing of any real importance can happen in the provinces without reference to a Ministry and generally to the Prime Minister and the King. The suppression of the names of the old historical provinces is entirely contrary to nature and not likely to be permanent. The actual boundaries drawn are in almost every case artificial and intensely unpopular, alike for reasons of sentiment and convenience. That Šabac and Užice should be placed under Sarajevo; Travnik and Mostar under Split; Kragujevac and Smederevo under Novi Sad; Dubrovnik, Korčula, Novipazar and Mitrovica all under Cetinje, is so grotesque as to require no refutation.“<sup>1166</sup>

Die Einführung der Königsdiktatur rief besonders bei den Kroaten und Makedoniern separatistische Kräfte auf den Plan. Schon in den zwanziger Jahren hatte von Wien aus der ehemalige k.u.k. Generaloberst Stephan Sarkotić mit anderen österreichisch-ungarischen Offizieren südslawischer Herkunft propagandistisch gegen den jugoslawischen Staat gewirkt, während die „Innere Makedonische Revolutionäre Organisation“ (VMRO) von Bulgarien her immer wieder auch mit terroristischen Aktionen aufgetreten war. Ende Jänner 1930 richteten führende Vertreter der Kroatischen Bauernpartei ein Memorandum an den Völkerbund, in dem sie das absolutistische Regime des „serbischen Königs“ gegenüber dem kroatischen Volk anklagten, vor allem das Verbot des kroatischen Wappens und der kroatischen Fahne, die Auflösung kultureller und wissenschaftlicher Gesellschaften, die Ernennung serbischer Funktionäre in Kroatien-Slawonien und die Einsetzung von Ausnahmegerichten.<sup>1167</sup>

<sup>1165</sup> PETRANOVIĆ – ZEČEVIĆ, Jugoslavija 1918/1988, 316.

<sup>1166</sup> Memorandum R. W. Seton-Watson, May 1930, in: Seton-Watson i Jugosloveni, 193-200.

<sup>1167</sup> BOBAN, Maček I, 41-59; IN DER MAUR, Jugoslawiens Innenpolitik, 435-480.

In einer Artikelserie in der Brünner *Lidové Noviny* verglich der ehemalige scharfe Kritiker der Nationalitätenpolitik Budapests, Seton-Watson, die jahrhundertelange ungarische Herrschaft über Kroatien mit der erst sehr kurzzeitigen serbischen:

„Zwölf Jahre der staatlichen Einheit haben die Individualität Kroatiens ausgelöscht. [...] Durch acht Jahrhunderte hat sich Kroatien unter den Magyaren seine Individualität bewahrt; es besaß seine Traditionen, seine Kultur und eine sehr ausgeprägte Selbstverwaltung, durch die der nationale Charakter und die Sprache in der Schule, Justiz und Administrative vollkommen gewahrt war. [...] Kroatien hatte seine eigene Universität, seine Akademie der Wissenschaften und so manches andere, das an seine ruhmvolle Vergangenheit erinnerte. Zwölf Jahre des Zusammenlebens mit den Serben haben genügt, dass der Großteil davon vernichtet wurde. Von der früheren kroatischen Selbstverwaltung ist kaum eine Spur übriggeblieben. Die serbischen Ministerien üben einen solchen Einfluss auf die Verwaltung und die Justiz, wie ihn die Budapester Justiz nie geübt hat. Serbische Beamte ohne Kompetenz und Qualifikation haben ganz Kroatien überflutet. Kroatien hat die Kontinuität mit seiner Vergangenheit eingebüßt, auf die es mit Recht stolz war. [...]“<sup>1168</sup>

Tatsächlich sollte für das Königreich Jugoslawien und König Aleksandar persönlich die Bildung der *Ustaša*-Bewegung gefährlich werden, zumal sie bald die Unterstützung des italienischen Ministerpräsidenten Benito Mussolini fand. Bereits seit Jahresbeginn 1929 hatte Mussolini – der im Juli dieses Jahres seinen Amtssitz vom Palazzo Chigi in den Palazzo Venezia verlegen sollte – seine Balkanpolitik von 1926/27 wieder aktiviert, mit dem offensichtlichen Ziel, Jugoslawien zu isolieren. Hauptziel blieb die Stärkung des italienischen Einflusses an der Ostküste der Adria, unter Umständen auch durch Schaffung kleiner Staaten an dieser Küste, von Kroatien über Montenegro bis Albanien. Im Oktober wurden in Pola istrische Nationalisten mit Vladimir Gortan an der Spitze von einem italienischen Sondergericht als „Terroristen“ zum Tod verurteilt und hingerichtet. In Zagreb, Ljubljana, Split, Skopje und Niš gab es Massendemonstrationen gegen Mussolini und Italien.<sup>1169</sup>

Bald nach Ausrufung der Königsdiktatur 1929 verließ der Rechtsanwalt aus Agram und Abgeordnete der kleinen Kroatischen Rechtspartei, Ante Pavelić, das Land in Richtung Österreich und begann dort gemeinsam mit dem Parteisekretär Gustav Perčec und dem Führer der Rechtspartei-Jugend, Branimir Jelić, die *Ustaše*, die „Aufständischen“, zu organisieren. Von Wien fuhr Pavelić nach Ungarn weiter und gelangte über Rumänien nach Sofia, wo er feierlich empfangen wurde: von den Führern der „Inneren Makedonischen Revolutionären Organisation“. Nach dem Besuch von Konstantinopel kam Pavelić schließlich nach Italien.<sup>1170</sup>

<sup>1168</sup> Lidové Noviny, 26. Oktober 1930; Neue Freie Presse, 28. Oktober 1930.

<sup>1169</sup> DE FELICE, Mussolini, 326; VINAVER, Jugoslavija i Francuska, 166-168. Gortan und seine Mitverurteilten hatten allerdings auf slowenischen Bauern geschossen, weil diese zur italienischen Parlamentswahl gegangen waren, obwohl die slawischen Verbände einen Wahlboykott verkündet hatten. – IN DER MAUR, Jugoslawiens Außenpolitik, 218.

<sup>1170</sup> John K. KNOX, Ante Pavelić and the Ustasha State in Croatia, in: Bernd J. Fischer (ed.), Balkan Strongmen. Dictators and Authoritarian Rulers of South Eastern Europe (West Lafayette

Pavelić hatte schon 1927 ersten geheimen Kontakt mit Mussolini aufgenommen und damals als stellvertretender Parteivorsitzender ein Programm vorgelegt, das der *Duce* dann im April/Mai 1941 einmahnen sollte:

- die Erneuerung des kroatischen Staates mit italienischer Hilfe;
- die Unabhängigkeit Kroatiens von Serbien bzw. Jugoslawien;
- dafür die Anerkennung einer italienischen Oberhoheit in der Adria und die Anerkennung italienischer wirtschaftlicher Interessen am Balkan;
- Italien sollte auch den maritimen Schutz der kroatischen Küste übernehmen und die Boka Kotorska (Bocche di Cattaro) als Kriegshafen erhalten;
- im Falle eines italienisch-jugoslawischen Konfliktes würden die Kroaten durch „Defätismus“ den Widerstand der Serben zu unterlaufen suchen.<sup>1171</sup>

Im Jahre 1932 veröffentlichte Pavelić eine Verfassung der „Kroatischen Revolutionären Organisation“: Als Hauptaufgabe wurde festgelegt, Kroatien mit allen Mitteln, auch mit bewaffneten, von der angeblichen „Fremdherrschaft“ zu befreien. An der Spitze der *Ustaša*-Bewegung stand der *Poglavnik* Pavelić, die Bewegung war in Lager und Stäbe organisiert, die Aufgaben wurden in 17 Punkten festgelegt:

- Der selbständige kroatische Staat sollte den gesamten historischen und ethnischen Bereich der Kroaten erfassen (also auch Bosnien und die Herzegowina);
- die *Ustaše* negierten die Vereinigung Jugoslawiens 1918, denn an der Drina schieden sich zwei Welten – die westliche von der östlichen;
- die Herkunft der Kroaten gehe nicht auf die Slawen, sondern auf die Goten zurück<sup>1172</sup>;
- wer nicht Mitglied des kroatischen Volkes sei, habe kein Recht, über kroatische Angelegenheiten zu entscheiden; das gelte auch für ein fremdes Volk oder einen fremden Staat.

Die *Ustaša*-Ideologie war also durch nationalistische Exklusivität, Rassismus und den Einsatz von terroristischen Kampfmitteln gekennzeichnet.<sup>1173</sup>

Das erste *Ustaša*-Zentrum entstand in Wien, wo bald eine rege antijugoslawische Propaganda entstand und Agenten für terroristische Aktionen vorbereitet wurden. Die *Ustaše* rekrutierten ihre Mitglieder vor allem aus den kroati-

---

2007) 199-238; PETRANOVIĆ, *Istorija Jugoslavije*, 99. Perčec wurde schon am 17. Juli 1929 vom jugoslawischen Staatsgerichtshof in contumaciam zum Tode verurteilt, während der *Skupština*-Mörder Račić mit 20 Jahren Zuchthaus bestraft worden war. – IN DER MAUR, *Jugoslawiens Innenpolitik*, 460-472, 487.

<sup>1171</sup> KRIZMAN, Pavelić, 523f.

<sup>1172</sup> Vgl. die von Ljudmil HAUPTMANN, *Die Kroaten im Wandel der Jahrhunderte* (Berlin 1944), vervollständigte iranisch-kaukasische Theorie. Weder die Geschichte der Ostgoten, noch die der Westgoten lassen allerdings einen Zusammenhang mit der Ethnogenese der Kroaten herstellen. – Herwig WOLFRAM, *Geschichte der Goten. Von den Anfängen bis zur Mitte des sechsten Jahrhunderts. Entwurf einer historischen Geographie* (München 21980).

<sup>1173</sup> Vgl. Bogdan KRIZMAN, *Pavelić i Ustaše* (Zagreb 1983).

schen Emigranten und Flüchtlingen aus Jugoslawien, die in Belgien, Frankreich, Deutschland, Nord- und Südamerika lebten. Als am 3. Jänner 1931 im Agramer Banuspalast eine Höllenmaschine explodierte und als genau einen Monat später der Bürgermeister von Nova Gradiška in Slawonien ermordet wurde, schrieben Agramer Zeitungen sofort von Attentatsvorbereitungen durch *Ustaša*-Kreise in Österreich. Aber Vizekanzler Schober, der ehemalige Polizeipräsident von Wien, ließ sofort strenge Nachforschungen anstellen und die Behauptungen der jugoslawischen Presse als „vollkommen unbegründet“ erklären.<sup>1174</sup>

Eine neuerliche Verschärfung erfuhr das Problem der kroatischen Emigration in Österreich, als zwischen 29. Juni und 3. August 1931 in elf internationalen Schnellzügen aus Wien, Berlin, München und Paris auf jugoslawischem Boden Explosionen erfolgten, die Tote, Verletzte und zerstörte Waggons verursachten. Besonders das Bombenattentat am 2. August abends im D-Zug München–Belgrad, knapp vor der Station Zemun, erschütterte die jugoslawische Öffentlichkeit, da die Familie eines Belgrader Chemieprofessors zwei Todesopfer und drei Verletzte zu beklagen hatte. In der jugoslawischen Presse erhob sich neuerlich ein Entrüstungssturm; der in Belgrad lebende österreichische Buchhändler Jos. A. Beneš schrieb auf Deutsch in der Agramer *Novosti*: „Unschuldige Opfer, Kinder, Mütter, friedliche Reisende, fielen in den letzten Tagen in Jugoslawien durch Höllenmaschinen, die verruchte Mörderhände aus Österreich in Eisenbahnwaggons nach hier schmuggelten.“ Die Belgrader *Politika* veröffentlichte eine Karikatur mit zwei österreichischen *Kulturtrageri* in ÖBB-Uniform, die sich an einen Waggon des Schnellzugs München–Belgrad heranschleichen und dabei bemerken: „Früher sandten wir auf den Balkan Kultur in Form von Bajonetten, Kerker und Galgen, heute tun wir dies in Form von Höllenmaschinen.“ – Der Ballhausplatz war über diesen „ebenso hetzerischen wie geschmacklosen Angriff“ ziemlich aufgebracht und ließ den Gesandten in Belgrad intervenieren. Die österreichischen Diplomaten dürften sich durchaus noch an zahlreiche südslawische Attentate vor 1914 erinnern haben.<sup>1175</sup>

Die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen ließ dennoch sachliche Untersuchungen durchführen und die internationalen Kurswagen durch besondere Angestellte begleiten. Alle Schnellzüge waren über österreichisches Gebiet gefahren, die Waggons gehörten der deutschen, französischen, jugoslawischen bzw. österreichischen Bahngesellschaft. Aber die Untersuchungsergebnisse waren wenig konkret, und die jugoslawische Presse sprach von „habsburgischen Terroristen“, die „ungestört und unbehelligt von der Wiener Polizei“ agieren könn-

<sup>1174</sup> Die Bundespolizeidirektion Wien meldete außerdem, Ante Pavelić bereits im Oktober 1929 und Branimir Jelić im April 1930 aus Österreich „abgeschafft“ zu haben. Gegen den Generalsekretär der kroatischen Rechtspartei, Gustav Perčec, und gegen den Obstk. a. D. Ivan Perčević lägen hingegen keine Beweise für eine Beteiligung an den Anschlägen vor. – Aktennotiz über Unterredung zwischen VK Schober und Ges. Andelinović, 16. Februar 1931, und Bericht BPolDion Wien an BKA/AA, 18. Februar 1931, ÖStA, NPA Jugoslawien 2/13, GZ 20.946-13/1931, Kt. 712.

<sup>1175</sup> *Novosti* (Zagreb), 7. August 1931; *Politika* (Beograd), 9. August 1931.

ten. In einem Memorandum der jugoslawischen Gesandtschaft in Wien wurden Perčec und Perčević als Hauptschuldige an den Attentaten bezeichnet. Aber die Bundespolizeidirektion Wien bestritt die Stichhaltigkeit dieser Anschuldigungen. Der Kurswagenverkehr wurde jedoch erst wieder am 10. März 1932 im vollen Umfang aufgenommen, der Gesamtschaden im Ausmaß von 531.011,- Goldfranc wurde auf Vorschlag des Präsidenten der Schweizer Bundesbahnen auf die Jugoslawischen Staatsbahnen, die ÖBB, die Deutschen Reichsbahnen und die Französische Ostbahn aufgeteilt.<sup>1176</sup>

Für seine Zielsetzung – den jugoslawischen Staat zu zerstören und ein selbständiges Kroatien zu bilden – suchte Pavelić aber vor allem politische Anlehnung bei Italien, wo er schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 ein *Ustaša*-Lager bei Brescia einrichten konnte. Bereits 1931/32 wurde in Italien nicht nur ein Ausbildungslager eingerichtet, sondern in Mailand auch eine Kroatische Emigrantenkanzlei, die bald in *Ustaša*-Hauptquartier umbenannt wurde. Mussolini ließ also die *Ustaša*-Organisation zur selben Zeit aufbauen, als er geheime Verhandlungen mit König Aleksandar führte. Sie dienten ihm als gutes Druckmittel gegenüber Belgrad. Aleksandar wäre auch zum Nachgeben in vielen Fragen bereit gewesen, er wollte aber nicht auf das französische Bündnis verzichten. In der Propaganda appellierte die *Ustaša* sofort an radikale Mittel in der Bekämpfung Jugoslawiens bzw. Serbiens, nämlich an „Messer, Revolver, Bombe und Höllenmaschine“. Mit einem militärischen Vorstoß aus dem damals italienischen Zara (Zadar) ins Velebit-Gebirge im September 1932, der in italienischen und ungarischen Zeitungen bereits als beginnender „Bürgerkrieg“ dargestellt wurde, wollten sie nach außen den Eindruck des beginnenden Kampfes der Kroaten gegen das Belgrader Regime vermitteln. Bis Mitte 1933 bestand die *Ustaša*-Gruppe aber aus nicht mehr als 300 Mann. Die Überwachung der Organisation unterstand Ettore Conti persönlich, dem Generalinspektor der italienischen Polizei; über die Abteilung *Hrvatska* im römischen Außenministerium erfolgte die finanzielle Unterstützung.<sup>1177</sup>

Nach der Unterzeichnung der „Römischen Protokolle“ im März 1934 befürchteten die jugoslawischen Behörden auch eine gemeinsame Unterstützung Italiens, Österreichs und Ungarns zugunsten der kroatischen Emigranten. Aber Bundeskanzler Dollfuß wollte jegliche Komplikationen aus dem Missbrauch des Asylrechtes durch die Tätigkeit der kroatischen Emigration vermeiden. Dieser sicherheitspolitische Standpunkt erscheint logisch und konsequent, wenn man die Gefahren in Rechnung stellt, die für die österreichische Regierung von den in die Tschechoslowakei geflüchteten Schutzbündlern und den nach Jugoslawien geflüchteten Nationalsozialisten ausgehen hätten können. Daher wurde dem italienischen und dem ungarischen Gesandten am Ballhausplatz unmissverständlich

<sup>1176</sup> Vreme (Beograd), 26. August 1931; Memorandum der jugoslawischen Gesandtschaft, Wien, an BKA/AA, 16. Oktober 1931, ÖStA, NPA Jugoslawien, GZ 25.556 und 26.260-13/31, Kt. 711; SUPPAN, Jugoslawien, 400-403.

<sup>1177</sup> KRIZMAN, Pavelić, 525; PETRANOVIĆ, Istorija Jugoslavije, 138.

mitgeteilt, dass „ein unmittelbares österreichisches Interesse an der Tätigkeit der kroatischen Terroristen von uns nicht erblickt werden könnte“.<sup>1178</sup>

Als im März 1934 dennoch zwei Exponenten der *Ustaša*-Bewegung in Wien eintrafen, der Rechtsanwalt Andrija Artuković und der Student Eugen Kvaternik, wurden sie zwar festgenommen, aber nicht an Jugoslawien ausgeliefert. Nach Mitteilung des französischen Gesandten Puaux, der von seinem Belgrader Kollegen Naggiar informiert worden war, soll sich Außenminister Jevtić „wie verrückt gebärdet und getobt“ haben, „insbesondere unter wiederholtem Hinweis darauf, dass die Ablehnung ausschließlich auf italienisches Kommando durch Österreich erfolgt sei“. Der österreichische Gesandte in Belgrad musste sich von Jevtić sagen lassen, „dass Italien und Ungarn bemüht seien, kroatische Terroristen in Österreich auf alle mögliche Weise zu schützen“. Der französische Gesandte Naggiar erläuterte seinem Kollegen Ploennies den Hintergrund der Aufregung um die kroatischen Emigranten: Der König sei der festen Überzeugung, dass man ihm in Italien nach dem Leben trachte, und zwar nicht etwa von privater, sondern von amtlicher Seite. Dabei sehe die jugoslawische Regierung in den kroatischen Emigranten die wahrscheinlichen Täter.<sup>1179</sup>

Die Mordtat von Marseille, der am 9. Oktober 1934 König Aleksandar I. von Jugoslawien und der französische Außenminister Louis Barthou zum Opfer fielen, war von den beiden terroristischen Organisationen *Ustaša* und VMRO organisiert worden.<sup>1180</sup> Im Zuge umfangreicher Untersuchungen sprachen auch der französische und der jugoslawische Gesandte in Wien vor, verlangten eine genaue Beobachtung der kroatischen Emigranten und bereits am 17. Oktober die Verhaftung und Einvernahme von Ivan Perčević. Dieser konnte aber glaubhaft versichern, dass er am 3. Oktober bei der Beerdigung seines unter mysteriösen Umständen in Karlsbad verstorbenen Freundes Stefan Duić in Graz gewesen sei und anschließend am Gardasee Urlaub gemacht habe. Dennoch stellte der französische Untersuchungsrichter in Marseille gegen Perčević einen Haftbefehl aus und bezichtigte ihn der Mitschuld an den Morden in Marseille. Er sei im September 1934 Kommandant eines *Ustaša*-Lagers bei Nagykanizsa gewesen und habe an der Vorbereitung des Verbrechens mitgewirkt. Der österreichische Außenminister Berger-Waldenegg erklärte sich zur Mithilfe der österreichischen Justizbehörden bereit, und Perčević musste bei neuerlichen Einvernahmen im Beisein des Kommissärs Barthelet zugeben, zwischen Herbst 1931 und April 1934 viermal

<sup>1178</sup> Note verbale der jugoslaw. Gesandtschaft in Wien an BKA/AA, 13. März 1934; Amtserinnerung Ges. Hornbostel, 9. April 1934; Amtserinnerung SCh. Peter, 11. April 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien I/1 geh., GZ 52.105-13/1934, Kt. 713.

<sup>1179</sup> Chiffre-Telegr. Ges. Ploennies an BK Dollfuß, 5. Juli 1934; Weisung BKA/AA an Ploennies, 14. Juli 1934; Bericht Ploennies an BKA/AA, 12. September 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/13, GZ 55.661-13/34 und 45.406-13/34, Kt. 713; KRIZMAN, Pavelić, 155f.

<sup>1180</sup> FARLEY, Aleksandar, 51; Edouard CALIC, Reinhard Heydrich. Schlüsselfigur des Dritten Reiches (Düsseldorf 1982) 169-179, sieht Verbindungen über Eugen Kvaternik zum Sicherheitsdienst Heydrichs.

im *Ustaša*-Lager Jankapuszta gewesen zu sein. Die ungarische Regierung stellte klar, dass das Gehöft im April 1934 geräumt worden sei. Der Kabinettschef im italienischen Außenministerium, Pompeo Baron Aloisi, empfahl daher am 29. November 1934 – kurz vor seiner Abreise nach Genf –, „Österreich, Ungarn und Italien müssten in der jugoslawischen Sache engsten Kontakt halten, und keine der drei Regierungen sollte ohne vorherige Beratung mit den andern irgend einen Schritt tun“. Und Aloisi gelang es mit britischer Unterstützung in Genf tatsächlich, das jugoslawische Memorandum hinsichtlich des Königsmordes wesentlich zu entschärfen: Von einer Mitverantwortung Italiens war nichts mehr zu lesen, und die Mitverantwortung Ungarns wurde nach heftigen Debatten im Völkerbund deutlich abgeschwächt. Als einziger österreichischer Staatsbürger wurde in der jugoslawischen Denkschrift noch Generaloberst Sarkotić genannt, der jedoch mit der terroristischen Mordtat gewiss nichts zu tun hatte.<sup>1181</sup>

Obwohl der ungarische Staatsbürger Ivan Perčević im jugoslawischen Memorandum als „l’un des organisateurs de l’attentat de Marseille“ bezeichnet wurde, wurde er von Österreich nicht ausgeliefert, sondern enthaftet. Die Staatsanwaltschaft in Aix-en-Provence hielt jedoch in ihrer Anklageschrift vom 27. August 1935 den Vorwurf der Mittäterschaft Perčević’ aufrecht.<sup>1182</sup>

Nach dem Attentat von Marseille ließ Mussolini – um die öffentliche internationale Kritik einzudämmen – die *Ustaša*-Organisation von der italienischen Bildfläche verschwinden: Pavelić und Eugen Kvaternik wurden in Turin ins Gefängnis gesteckt, die *Ustaša*-Kämpfer auf den Liparischen Inseln interniert. Allerdings wurden sie nicht an Frankreich bzw. Jugoslawien ausgeliefert, d. h. nicht vor das Gericht in Aix-en-Provence gestellt. Erst nach dem Ausgleich zwischen Italien und Jugoslawien im März 1937 wurde Pavelić wieder aus dem Gefängnis entlassen, und ein Vertreter des *Poglavnik*, der *Doglavnik* Mile Budak, konnte im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten Stojadinović sogar nach Zagreb zurückkehren. Zweifellos gewann er hier gewissen Einfluss am rechten Flügel der Kroatischen Bauernpartei. Denn die Oppositionshaltung unter der kroatischen Bevölkerung gegen die großserbische Hegemonie war eher im Zunehmen begriffen. Budak konnte ab Februar 1939 auch die Wochenzeitung *Tjednik* herausgeben, und der alte k.u.k. Generalstabsoffizier Slavko Kvaternik begann die alten Frankianer in der *Uzdanica* (Hoffnung) zu sammeln.<sup>1183</sup>

<sup>1181</sup> Niederschriften Sturminger mit Perčević, 21., 22. und 23. November 1934; Informationen GK Schwagula für Ges. Hornbostel, 8. und 26. November 1934; Telegr. Ges. Vollgruber (Rom) an BKA/AA, 30. November 1934; Bericht Ges. Pflügl (Genf) an AM Berger-Waldenegg, 8. Dezember 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/13, GZ 47.059, 47.178, 47.252, 47.280, 47.329, 47.345, 47.364, 47.526, 47.520, 47.845-13/34, Kart. 713.

<sup>1182</sup> Communication du Gouvernement Yougoslave au Conseil de la Société des Nations relative aux responsabilités encourues par les autorités hongroises dans l’action terroriste dirigée contre la Yougoslavie, Genève, Novembre 1934; ÁDÁM, Richtung Selbstvernichtung, 97f.

<sup>1183</sup> KRIZMAN, Pavelić, 526f.; BOBAN, Maček I, 449, II, 455.

Vor dem Königsmord in Marseille war Jugoslawien noch in eine andere Emigrationsfrage involviert worden, nämlich in die der NS-Flüchtlinge aus Österreich. Freilich war 1933/34 die Gefahr einer Auswanderung aus Österreich nach Jugoslawien vordringender NS-Propaganda wesentlich geringer als die Bedrohung des Dollfuß-Regimes durch NS-Propaganda aus Slowenien. Es gehört schließlich zu den Paradoxa der Geschichte der 1930er Jahre, dass die jugoslawische Innen- und Außenpolitik die nationalsozialistische Einflussnahme auf die deutschen Minderheiten in Jugoslawien, aber auch gegenüber Österreich, nicht mit derselben Energie und Konsequenz bekämpfte wie etwa die kroatische oder die kommunistische Emigration.<sup>1184</sup>

So musste der österreichische Generalkonsul in Laibach, Felix Orsini-Rosenberg, im Dezember 1933 feststellen, dass sich nationalsozialistische Organisations- und Agitationsarbeit „anscheinend unter stillschweigender Duldung der jugoslawischen Polizei“ vollziehe, auch, dass die Presseangriffe gegen Deutschland in den slowenischen Zeitungen „merklich vorsichtiger“ geworden seien. Daraus zog der Generalkonsul, der aus einem alten Kärntner Fürstengeschlecht stammte, den zweifellos zulässigen Schluss, „dass die jugoslawische Regierung, bei vollster Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich, sich ein zweites Eisen im Feuer halten will, und dieses zweite Eisen wäre Deutschland“. Die Beobachtung Orsini-Rosenbergs erfuhr schon Mitte Januar 1934 insofern eine offizielle Bestätigung, als Außenminister Jevtić gegenüber dem Gesandten Ploennies die Bildung einer nationalsozialistischen Ortsgruppe in Belgrad zugab. Allerdings habe die jugoslawische Regierung die ausdrückliche Bedingung gestellt, dass die Ortsgruppe nur aus Reichsdeutschen bestehen und „keinerlei politische Agitation, insbesondere nicht unter der deutschen Minderheit Jugoslawiens betreiben dürfe“. Ob mit dem Verbot der politischen Agitation auch die NS-Tätigkeit gegen Österreich gemeint war, musste der Ballhausplatz freilich mit Recht in Zweifel ziehen.<sup>1185</sup>

Nach Intervention des Politischen Direktors des Ballhausplatzes begann Belgrad die Frage der NS-Propaganda gegen Österreich nun doch ernster zu nehmen und ließ den Gesandten Nastasijević am 27. Februar 1934 eine politisch bedeutsame Notiz an Bundeskanzler Dollfuß übergeben:

„Um die glücklich bestehenden guten Nachbarbeziehungen zwischen den beiden Ländern auch weiterhin zu erhalten und um die national-sozialistische Propaganda aus Jugoslawien zu verhindern, wurden seitens der kgl. Regierung dem Banus des Drava-Banates folgende Weisungen erteilt:

- 1) Keine Aktion österreichischer Nationalsozialisten auf dem Gebiete des Königreichs, weder an der Grenze noch im Inneren des Landes, zu dulden.

<sup>1184</sup> Auch der Sammelband des Belgrader Institut za savremenu istoriju, *The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945* (Belgrade 1977), erfasste diese Zusammenhänge noch nicht.

<sup>1185</sup> Bericht GK Orsini-Rosenberg an BK Dollfuß, 21. Dezember 1933; Bericht Ges. Ploennies an BKA/AA, 16. Jänner 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/21, GZ 99.397-13/33, 50.426-13/34.

- 2) Die sich mit nationalsozialistischer Propaganda befassenden Staatsangehörigen nach den üblichen Landesgesetzen zu bestrafen, nachher auszuweisen und den jugoslawischen Sichtvermerk auf ihren Pässen und Grenzausweisen zu vernichten; die kgl. jugoslawischen Diplomatischen und Konsularvertretungen darüber zu benachrichtigen.
- 3) Jugoslawische Staatsangehörige, die sich mit nationalsozialistischer Propaganda befassen, streng zu bestrafen und ihnen Pässe nach Österreich zu verweigern.
- 4) Die Presse des Drava-Banates zu kontrollieren und alle Zeitungsnachrichten, die nationalsozialistische Propaganda betreiben und die territoriale Integrität Österreichs bedrohen, zu zensurieren.<sup>1186</sup>

Der Ankündigung waren noch im Februar 1934 konkrete Maßnahmen seitens der Laibacher Staatspolizei und der Marburger Polizeidirektion vorausgegangen, die bei österreichischen Staatsbürgern, aber auch bei Angehörigen der deutschen Minderheit Hausdurchsuchungen vornahm, die reichhaltiges NS-Propagandamaterial zutage förderten. Dennoch nahm unter maßgeblicher Mitwirkung des deutschen Gesandten von Heeren die NS-Propaganda in Jugoslawien zu. Die Regierungszeitung *Pravda* warb für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Jugoslawien, da die „Verbrauchskraft“ des deutschen Volkes von großem Nutzen für die jugoslawische Ausfuhr sein werde. Hingegen wendeten sich Österreich und seine Industrie immer mehr den westeuropäischen Absatzmärkten zu, da der jugoslawische Markt von zweitrangiger Bedeutung sei. – Diese Behauptung entsprach zwar keineswegs der Außenhandelsstrategie Österreichs, stellte aber die propagandistische Einbegleitung für neue deutsch-jugoslawische Handelsvertragsverhandlungen dar, die bereits am 1. Mai 1934 zum Abschluss gelangten.<sup>1187</sup>

Mitte Juni 1934 musste Generalkonsul Orsini-Rosenberg auf einer Informationsreise durch die Grenzgebiete Sloweniens feststellen, dass die nationalsozialistische Propaganda im Draubanat und die Agitation gegen Österreich an Intensität merklich zugenommen hatte. „Ein Heer von reichsdeutschen reisenden Kaufleuten und nationalsozialistischen Agenten“ versuche in Marburg und Umgebung der „ziemlich zahlreichen österreichischen Kolonie“ einzureden, dass sie im Falle des Anschlusses Österreichs an Deutschland infolge des günstigen deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages ihre Produkte viel besser absetzen könnte, da ja Österreich derzeit durch seine Handelsverträge mit Italien und Ungarn für sie als Absatzgebiet verschlossen sei. Anfang Juli 1934 berichtete der Kärntner Sicherheitsdirektor bereits von in Slowenien kursierenden Gerüchten, in Kärnten, der Obersteiermark, Salzburg und im Innviertel stehe ein SA-Aufstand bevor, bei gleichzeitigem Einbruch von Einheiten Röhms und der österreichischen Legion ins Innviertel. Das österreichische Bundesheer sei angeblich nicht verlässlich und

<sup>1186</sup> Notiz Ges. Hornbostel an Ges. Nastasijević, 6. Februar 1934; Notiz Ges. Nastasijević an BKA/AA, 27. Februar 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/21, GZ 50.894, 51.606-13/34, Kart. 714.

<sup>1187</sup> Bericht GK Orsini-Rosenberg an BK Dollfuß, 17. März 1934; Bericht GT Schmidt (Belgrad) an BK Dollfuß, 29. März 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/21, 52.178, 62.683-13/34; vgl. SCHRÖDER, Südosteuropa, 240-258.

stehe zur Gänze gegen die gegenwärtige Regierung. Die „bodenständige slowenische Bevölkerung“, besonders die offiziellen Kreise (Beamte und Militärs) und die staatstreuen, serbisch orientierten Zirkel, seien ebenso wie die gleichgeschalteten deutschen Minderheiten in ihrer Stellungnahme gegen Österreich durch die vorangegangene „Nazipropaganda“ der letzten Zeit einseitig orientiert und wiederholten täglich von neuem, es gebe nur eine Lösung der österreichischen Frage und das sei der sofortige „Anschluss“ an das Dritte Reich mit Ausschluss großer Teile Kärntens, auch der Mittelsteiermark, „deren Abtretung an Jugoslawien eine beschlossene Sache ist“.<sup>1188</sup>

Am 14. Juli machte der österreichische Gesandte den jugoslawischen Außenminister erneut auf die NS-Umtriebe im Grenzgebiet zu Österreich aufmerksam, worauf sich Jevtić ein weiteres Mal mit dem Hinweis auf kürzlich erteilte Weisungen an die Verwaltungsbehörden herausredete. Bereits elf Tage später war Jevtić nicht nur mit dem NS-Putsch in Wien und der Ermordung Dollfuß', sondern auch mit nationalsozialistischen Aufstandsbewegungen in der Steiermark und in Kärnten konfrontiert. Da die Schwerpunkte der militärischen Auseinandersetzung nicht nur in der Obersteiermark und in Mittelkärnten lagen, sondern auch im unteren Murtal, in der Weststeiermark und im unteren Lavanttal, waren die jugoslawischen Grenzorgane schon nach wenigen Tagen mit geflüchteten Aufständischen beschäftigt, besonders nach dem in den Morgenstunden des 30. Juli 1934 erfolgten Grenzübertritt von hunderten bewaffneten Nationalsozialisten südlich von Lavamünd. Zollwache, Gendarmerie und Militär nahmen in den letzten Julitagen und in den ersten Augusttagen ungefähr 2500 österreichische NS-Flüchtlinge fest und sammelten sie in Lagern bei Varaždin, Bjelovar und Slavonska Požega.<sup>1189</sup>

Das Belgrader Außenministerium zeigte kein Mitleid mit dem ermordeten Bundeskanzler – der Ballhausplatz verhielt sich dann nach dem Königsmord in Marseille ähnlich zurückhaltend. Der jugoslawische Generalstab dürfte nach der Verlegung italienischer Manövereinheiten an die Grenzen Tirols und Kärntens ebenfalls militärische Vorbereitungen in Grenznähe getroffen haben, denn Außenminister Jevtić erläuterte dem deutschen Gesandten von Heeren, dass sich Jugoslawien einer „italienischen Einzelaktion militärischen Charakters auf alle Fälle widersetzen“ würde, „unter welchem Vorwand immer sie geschehe“. Nach Entwarnung aus Rom meldete auch der Gesandte Nastasijević aus Wien Entspannung, nachdem nicht Starhemberg, sondern Schuschnigg zum Bundeskanzler ernannt worden war. Jevtić und von Heeren besprachen auch gleich das Schicksal der NS-Flüchtlinge, besonders jenes reichsdeutscher Staatsbürger, die möglichst bald nach Deutschland transferiert werden sollten. Da in den ersten Augusttagen un-

<sup>1188</sup> Bericht GK Orsini-Rosenberg (streng vertraulich) an BK Dollfuß, 18. Juni 1934; Bericht Sicherheitsdirektor für Kärnten an BKA/St.B., 6. Juli 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/21, GZ 55.436, 56.553-13/34, Kart. 715.

<sup>1189</sup> Vgl. Gerhard JAGSCHITZ, *Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich* (Graz – Wien – Köln 1976); Dušan NEČAK, *Avstrijska legija II* (Ljubljana 1995).

unterbrochen Angehörige von NS-Flüchtlingen die österreichisch-jugoslawische Grenze überschritten, um die geflüchteten Aufständischen jenseits der Grenze zu besuchen, wurde dieser rege Grenzverkehr nur mehr mit regulären Reisepässen gestattet. Die österreichische Gesandtschaft in Belgrad wurde angewiesen, von der jugoslawischen Regierung Listen der nach Jugoslawien geflüchteten österreichischen Nationalsozialisten zu verlangen.<sup>1190</sup>

Der Politische Direktor Purić hielt natürlich die Übergabe solcher Listen für „kaum möglich“, versprach aber immerhin, eine ganze Zahl an Flüchtlingen, die nach Österreich zurückkehren wollten, den österreichischen Grenzbehörden zu übergeben. Ein allfälliges „Kompensationsgeschäft“ aber lehnte der Ballhausplatz ab, „da ja nicht wir auf Übergabe Wert legen“. Auch zwischen den Staatskanzleien in Wien und Belgrad schwelte der Konflikt weiter, als die regierungsnahe *Reichspost* Jugoslawien beschuldigte, die österreichischen Flüchtlinge bei der Vorbereitung eines neuen Putsches zu begünstigen. Nun intervenierte Purić, erhielt allerdings vom Gesandten Ploennies die deutliche Antwort, „dass nach Monaten [der] Angriffe [der] jugoslawischen Presse und nationalsozialistischer Umtriebe [in] Slowenien [die] königliche Regierung sich nicht wundern könne, dass [die] österreichische Öffentlichkeit alles mögliche Übel aus Jugoslawien erwarte“. Die Befürchtungen der österreichischen Regierung, die bei untersteirischen Verwandten und Bekannten untergetauchten NS-Flüchtlinge würden die Propagandatätigkeit aus der Untersteiermark neuerlich verstärken, bewahrheitete sich freilich nicht.<sup>1191</sup>

Die jugoslawischen bzw. slowenischen Behörden wollten offensichtlich doch nicht eine Anhäufung deutscher Elemente im Grenzgebiet dulden und schoben sogar österreichische Doppelbesitzer, die auf ihre slowenischen Besitzungen geflüchtet waren, in das Lager von Varaždin ab. Der Sicherheitsdirektor für die Steiermark schätzte Anfang September den Gesamtstand des Lagers Varaždin bereits auf 925 Mann und gab folgenden Lagebericht: Die geflüchteten Österreicher bekämen – vermutlich vom deutschen Konsulat in Agram und vom Großindustriellen Westen aus Cilli – das außerordentlich hohe Taschengeld von 4 RM täglich und könnten sich völlig frei bewegen. Unter den Flüchtlingen befänden sich viele Hochschüler, auch ehemalige Gendarmen, sogar Pastoren. Die „Führer“ seien mit ihren Familien oder „Bräuten“ in Wohnungen eingemietet und gepflegt in Gasthöfen, obschon die Lagerkost mit fünf Mahlzeiten – „von Wiener Köchen zubereitet“ – vorzüglich sei. Die Stadt Varaždin selbst profitiere wirtschaftlich von den neuen Gästen, besonders die Hotels, Gaststätten und Konditoreien, aber auch

<sup>1190</sup> Chiffre-Telegr. Ges. von Heeren an AA, 31. Juli 1934, PA Bonn, II, Oe 1960, E 629859, 629860; MIP, 5. pol. od., pov. br. 18.838/II, 18. August 1934, Monatsbericht für Juli 1934, ADG SSIP, LP 1934, F II, D I-14, pov. br. 755; BKA/AA an Ges. Belgrad und Konsulat Laibach, 14. August 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien I/1, GZ 56.826-13/34, Kart. 694.

<sup>1191</sup> Telegramme Ges. Ploennies an BKA/AA, 23. und 30. August 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/21, GZ 57.090, 57.350-13/34, Kart. 715; Reichspost, 29. August 1934.

die in die Stadt kommenden Bauern, die in den Lagerleuten endlich Abnehmer für ihre Produkte fänden. Auch wenn die SA-Leute in Varaždin Österreich in Sprechchören verächtlich machten und viele Mädchen aus Österreich ihren Freunden nachführen und sich in Privatwohnungen einquartierten, habe sich die Lage im unmittelbaren Grenzraum bis Anfang September bereits so weit beruhigt, dass auf jugoslawischer Seite keine Verstärkung der Grenzorgane mehr notwendig sei. Dennoch wurde österreichischerseits der „kleine Grenzverkehr“ gesperrt, um die illegale Nachrichtenübermittlung von Flüchtlingen aus und nach Jugoslawien zu unterbinden.<sup>1192</sup>

Als sich die Außenminister Berger-Waldenegg und Jevtić am 12. September 1934 in Genf trafen, erklärte letzterer sofort seine Bereitschaft, Österreich weitgehend entgegenzukommen und die Banatsbehörden in Laibach anzuweisen, die Flüchtlinge in Marburg und im übrigen Draubanat strenger zu beaufsichtigen. Jevtić versicherte auch, dass sich die jugoslawische Regierung dafür verbürge, dass ein Überfall der NS-Flüchtlinge auf österreichische Gebiete nicht stattfinden werde. Zwar wolle er eine Konzentrierung von Truppen im Grenzgebiet mit Rücksicht auf Italien unterlassen, dafür würden aber die Gendarmerieeinheiten verstärkt. Die österreichischen Sicherheitsorgane befürchteten aber auch noch Ende Oktober 1934, dass die NS-Flüchtlinge einen neuerlichen Aufstandsversuch gegen Österreich unternehmen könnten. Italienische Konfidenten berichteten aus den Flüchtlingslagern von der Bildung einer „2. Österreichischen Legion“ mit einem Stand von etwa 3000 Mann und von der Absicht, in Kärnten einzufallen und dort einen Aufstand hervorzurufen. Hingegen meldeten die Sicherheitsdirektoren für Kärnten und die Steiermark von Auseinandersetzungen zwischen den SA-Führern im Lager Varaždin, von einer reichsdeutschen Untersuchungskommission, von einer Trennung zwischen Kärntner und Steirer SA-Leuten und von einer Verlegung von 340 Flüchtlingen nach Bad Lipik in Slawonien.<sup>1193</sup>

Mitte November 1934 ließ die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit in Wien eine zusammenfassende Darstellung der bis dahin eingelangten Nachrichten über die österreichischen Flüchtlinge und über Ansätze einer im Werden

<sup>1192</sup> Bericht Sicherheitsdirektor für Steiermark an BKA/St.B., 7. und 14. September 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/21, GZ 45.476-13/34.

<sup>1193</sup> Amtserinnerung Ges. Hornbostel, 2. Oktober 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien I/1, GZ 45.924-13/34, Kart. 694; Politika (Beograd), 5. Oktober 1934.

Da ein kleinerer Teil der österreichischen Flüchtlinge auch evangelischen Glaubens war, nahm sich ihrer der in Agram residierende Landesbischof der „Deutschen Evangelischen Christlichen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses im Königreiche Jugoslawien“, Philipp Popp, an. Popp hielt in Varaždin nicht nur den Gottesdienst, sondern verteilte auch Bibeln und Lebensmittelpakete. In der Folge sorgte er dafür, dass alle drei Wochen ein anderer evangelischer Geistlicher ins Lager kam. Als ein katholischer Ordensgeistlicher von der Kanzel herab gegen den „Hitlerismus“ und dessen Parteigänger predigte, stellten viele katholische Flüchtlinge den Kirchenbesuch ein und wollten zum Protestantismus übertreten. Bischof Popp nahm diese Erklärungen allerdings nicht zur Kenntnis. – Bericht Konsul Rubelli an Ges. Belgrad, 22. Oktober 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/21, Kart. 715.

befindlichen militärischen Organisation derselben in Jugoslawien verfassen. Der erste Abschnitt beschäftigte sich mit der politischen Organisation, deren Leitung unter Gauleiter Kothen in Marburg stationiert gewesen sei, nun aber unter dem Namen „Zentraleitung des Flüchtlingshilfswerkes“ in Varaždin unter Dr. Brunner bestehe. Die militärische Organisation – unter Führung des Taubstummenlehrers Schatzmayer und des Gendarmeriemajors August Meyszner (dem wir im Jänner 1942 als HSSPF in Serbien wieder begegnen werden) – war in drei Kategorien gegliedert:

1. In „geschlossene Lager“, in denen militärisch nicht oder nicht genügend Ausgebildete konfiniert wurden. Dazu gehörten die Lager in Varaždin, Hrastice, Varaždinske Toplice, Bad Lipik, Bjelovar und Požega. Im Hauptlager von Varaždin befanden sich Ende Oktober 1934 etwa 1000 Flüchtlinge, zusätzlich ca. 200 SS-Leute als Lagerpolizei. Bereits Anfang Oktober waren 300 Flüchtlinge nach Varaždinske Toplice, am 23. Oktober ca. 340 Personen (darunter 120 Frauen und Kinder), zumeist ältere und verheiratete Leute, nach Bad Lipik abgeschoben worden. Die in Varaždin verbliebenen Flüchtlinge waren auf vier Lager aufgeteilt – auf den sogenannten „Paulanerhof“ und zwei Nebengebäude, auf Baracken an der Peripherie der Stadt und in der sogenannten „Alten Reitschule“. Für den unverheirateten weiblichen Anhang der Flüchtlinge wurde ein sogenanntes „Hitlermädellager“ eingerichtet. Leiter aller Lager in und um Varaždin war noch immer Ing. Welz, seine Stellvertreter Hauptmann Koudelka und Reischmann. Diese Lagerleitung mit ihrem Stab wohnte in Hrastice, drei Kilometer westlich von Varaždin, die übrigen SA-Führer mit ihrem Anhang in städtischen Hotels. Der Übungsplatz für Schießübungen befand sich in Nedelišće, nordöstlich von Varaždin.

Das Lager Bjelovar befand sich im ehemaligen Garnisonsspital und zählte Ende Oktober 250 Mann Insassen. Als politischer Leiter fungierte Rautnig, als militärischer Führer Lassnig. Im Lager waren vornehmlich Kärntner untergebracht, die in vier Stürme unter dem Kommando des Studenten Straub, des Arbeiters Kohl, des Schmiedes Strassnig und des Bauern Rossegger eingeteilt waren.

Das Lager Požega befand sich in einem Getreidespeicher, drei Kilometer außerhalb der Stadt, und hatte einen Belag von 170 Mann. Politischer Lagerleiter war Dr. Wokaun, militärischer Leiter Fehleisen, sein Stellvertreter Reinbacher. In diesem Lager waren hauptsächlich Untersteirer untergebracht, seit Mitte September soll Kammerhofer hierher abgeschoben worden sein.

In allen „geschlossenen Lagern“ wurden die Flüchtlinge militärisch organisiert und ausgebildet. Waffen wurden ihnen aber nur zu Übungszwecken ausgegeben, dann wieder abgenommen. Für die militärische Ausbildung wurden reichsdeutsche Instrukturen verwendet. Die Entlohnung betrug sieben Dinar und zehn Zigaretten täglich. Die Flüchtlinge trugen blaue, ihre Führer weiße Hemden. Neben der Lagerpolizei (SS-Leute), die auch in den Straßen Dienst versah, wurden sogenannte „Beobachtungsgruppen“ aufgestellt, die verdäch-

tig erscheinende nichtnationalsozialistische Flüchtlinge der jugoslawischen Polizei als „Spione“ anzeigten.

Auch in Agram selbst wurde ein Detachement aufgestellt, einerseits für die Ausbildung von Standarten-, Sturmbann-, Sturm- und Truppführern, andererseits vermutlich zur Bewachung des deutschen Konsulats, da hier sämtliche Geldbewegungen für die Flüchtlinge – immerhin täglich 35.000 Dinar – abgewickelt wurden. Schließlich wurden turnusweise 60 bis 70 Mann nach Knin verlegt, um im Sprengwesen, im Handgranatenwerfen und im Straßenkampf ausgebildet zu werden.

2. „Offene Lager“ wurden in Čakovec (Csakathurn), Slovenska Bistrica (Windischfeistritz), Cilli, Kamnik (Stein) und Kranjska Gora (Kronau) eingerichtet. Hier sollten bereits militärisch Ausgebildete in Gruppen für Terrorakte vorbereitet werden. Es bestand aber auch die Möglichkeit, dass die jugoslawische Gendarmerie einfach eine Zusammenfassung einzelner Flüchtlinge anstrebte.
3. Noch näher an der österreichischen Grenze agierten mit Maschinenpistolen bewaffnete „Zehnergruppen“, die auch den Verbindungsdienst sowie den Schmuggel von und nach Österreich durchführten. Einwandfrei festgestellt wurden sie im Sanntal (Savinja) nordwestlich von Cilli. Nahe an der Grenze in Jesenice (Assling), Prevalje (Prävali), Dravograd (Unterdrauburg), Gornji Cmurek (Ober-Mureck) und Gornja Radgona (Oberradkersburg) waren überdies „Sammelstationen“ für Gewehre, Sprengmittel und Munition angelegt.

Der Kurierdienst über die jugoslawisch-österreichische Grenze wurde durch Einzelpersonen, aber auch mit Autos und Autobussen durchgeführt, wobei als bevorzugte Grenzpässe und Routen der Loiblpaß, der Übergang Eisenkappel–Solčava (Sulzbach), der Übergang Eibiswald–Št. Janž (St. Johann), Strass–Marburg und Jennersdorf–Szentgotthárd–Kotormány–Ljutomer (Luttenberg) galten. Schließlich wies der Bericht auf die Existenz eines Geheimsenders bei Villach hin, der auch den Funkdienst besorge.<sup>1194</sup>

Doch die Befürchtungen der österreichischen Sicherheitsorgane, die NS-Flüchtlinge in Jugoslawien könnten einen neuerlichen Aufstand in Kärnten und der Steiermark vorbereiten, erwiesen sich als unbegründet. Schon am 13. November 1934 brachte das *Zagreber Morgenblatt* die Meldung aus Marburg, dass sich die nationalsozialistischen Flüchtlinge schon in einigen Tagen an Bord eines deutschen Dampfers vom Adriahafen Sušak aus nach Deutschland begeben würden. Der vom österreichischen Gesandten Ploennies befragte Politische Direktor im Belgrader Außenministerium wusste allerdings noch von keinem offiziellen Antrag der Internierten an die jugoslawischen Behörden, meinte aber, dass einem solchen Ansinnen nichts in den Weg gelegt werden würde. Tatsächlich stellte Major Meyszner namens der „Zentralstelle des Flüchtlings-Hilfswerkes in Jugoslawien“ am 13. November 1934 an die Kanzlei der Königlichen Regentschaft in

<sup>1194</sup> BKA/St.B. an BKA/AA, Abt. 13/pol., 22. November 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/21, GZ 47.487-13/34, Kart. 715; vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 431-433.

Belgrad den Antrag, die österreichischen Emigranten, soweit sie Angehörige der NSDAP seien, über einen jugoslawischen Seehafen nach Deutschland ausreisen zu lassen. Als Begründungen wurden hervorgehoben:

- 1) Die Emigranten hätten die österreichische Staatsbürgerschaft verloren und könnten eine neue nur in Deutschland bekommen.
- 2) Unter den Emigranten befänden sich 80 Schulkinder sowie über 200 Lehrer von Mittel- und Fachschulen und Studenten, denen die Möglichkeit geboten werden müsse, ihre Studien und ihren Schulunterricht fortzusetzen.
- 3) Die in verschiedenen Berufen ausgebildeten Emigranten müssten wieder beschäftigt werden, um ihre Familien ernähren zu können.
- 4) Schwierigkeiten um den Kauf von Devisen verschärften zunehmend die Versorgung aus eigenen Mitteln. Daher würde eine Übersiedlung verhindern, dass die Emigranten dem jugoslawischen Staat zur Last fielen.

Die „Zentralstelle des Flüchtlings-Hilfswerkes“ bat allerdings um kostenlose Eisenbahnfahrt von den Lagern zum Seehafen, die Überfahrt würde auf deutschen Schiffen erfolgen. Mit parallelem Brief an die Kanzlei des minderjährigen Königs Petar II. dankte Meyszner für die „liebenswürdige Aufnahme“ der österreichischen Emigranten durch König Aleksandar.<sup>1195</sup>

Erst am 16. November erfuhr Generalkonsul Orsini-Rosenberg durch eine „Mittelsperson“ aus Varaždin, dass das Lagerkommando die Emigranten aufgefordert habe, ihre Sachen in Ordnung zu bringen und sich für einen Abtransport am 22. November zu einem dalmatinischen Hafenplatz bereit zu halten. Die jugoslawischen Behörden gewährten ihnen nun auch größere Bewegungsfreiheit und stellten ihnen Autobusse, Motorräder und Autotaxis zur Verfügung, um sich an der jugoslawisch-österreichischen Grenze von ihren Angehörigen zu verabschieden. Gerüchte sprachen von einem baldigen Einsatz im Saarland, wo für Jänner 1935 die Volksabstimmung angesetzt war. Das Bekanntwerden der bevorstehenden Abfahrt der NS-Flüchtlinge nach Deutschland veranlasste vor allem in Österreich zurückgebliebene Frauen und Kinder, zu ihren Männern und Vätern nach Jugoslawien zu flüchten, um mit ihnen die Fahrt nach Deutschland antreten zu können. Mittlerweile hatte auch die jugoslawische Regierung die Ausreise der in Jugoslawien internierten österreichischen NS-Flüchtlinge auf dem Seeweg nach Deutschland bewilligt, die am 28. November 1934 von Sušak aus auf deutschen Schiffen erfolgen sollte. Tatsächlich verließen die österreichischen Emigranten am 27. November, um 17 Uhr, in zwei Zügen Varaždin, nachdem die 990 Männer, 80 Frauen und 71 Kinder in Kolonnen durch die Stadt marschiert und von der kroatischen Bevölkerung in einer allgemeinen Sympathiekundgebung verabschiedet worden waren. In Agram, wo ein dritter Zug mit den Flüchtlingen aus den slawonischen Lagern dazukam, wurde um Mitternacht – vor der Weiterfahrt nach Sušak – vor dem Hauptbahnhof eine Gedenkfeier zu Ehren König Aleksandars

<sup>1195</sup> Antrag Major Meyszner an Kanzlei der kgl. Regentschaft, 13. November 1934, und Dankschreiben Meyszner an die Kanzlei König Peters II., 13. November 1934, AJ, fonds 74, fasc. 9.

abgehalten. SA-Brigadeführer Kammerhofer sprach den Dank „an das junge und edle jugoslawische Volk [...], das während der Zeit unseres Aufenthaltes seinen großen König und heldenhaften Führer verloren hat“: Und: „Wir geloben an dieser Stelle, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Jugoslawien und unserem Volke jederzeit aufrichtig vertiefen zu wollen. Man möge wissen, dass die Wege unseres Volkes und des edlen jugoslawischen Volkes in Zukunft nebeneinander gehen.“<sup>1196</sup>

Am 29. November 1934 wurden etwa 1800 österreichische NS-Flüchtlinge in Sušak von den beiden Dampfzügen des Norddeutschen Lloyd, „Der Deutsche“ und „Sierra Cordoba“, an Bord genommen und nach Bremerhaven bzw. Hamburg transportiert. Außenminister Jevtić hatte sich im jugoslawischen Ministerrat persönlich dafür eingesetzt, während einige Ministerkollegen die „Rebellen als eine Pression benutzen und im Lande behalten“ wollten. Zurück blieben etwa 10 Flüchtlinge in Varaždin, eine Gruppe von ca. 30 älteren Personen in Bad Lipik und ungefähr 23 schwangere Mädchen in Varaždin, die nun die Behörden mit der Bitte um Sicherstellung der Alimentationen bestürmten. Die Mehrzahl der Kärntner Flüchtlinge wurde in einem Lager bei Urach in Württemberg untergebracht. Die deutsche Presse erhielt striktes Verbot, die Nachricht vom Eintreffen der Flüchtlinge zu veröffentlichen. Die kroatische und slowenische Presse hob hingegen in eingehenden Berichten über die Abreise der österreichischen Nationalsozialisten deren Disziplin und wirtschaftliche Bedeutung als gut zahlende Konsumenten hervor. In der Belgrader *Politika* war von der SA-Führung ein Dankesbrief an das jugoslawische Volk veröffentlicht worden, der mit dem Wunsch schloss, zwischen den beiden großen Nationen der Deutschen und Jugoslawen möge „ewige Freundschaft“ entstehen. Freilich, die jugoslawischen Behörden fühlten sich erleichtert, da sie eine große Gruppe militanter „Hitlerianer“ losgeworden waren.<sup>1197</sup>

König Aleksandar hatte schon am 3. September 1931 auf die zunehmende nationale und internationale Kritik mit der Verkündung einer oktroyierten Verfassung reagiert. Die Verfassung betonte aber nach wie vor den zentralistischen Charakter des Königreiches und unterstrich den nationalen Unitarismus. Gelenkte

<sup>1196</sup> Berichte GK Orsini-Rosenberg an BKA/AA, 16. und 19. November 1934; Bericht Ges. Ploennies an BKA/AA, 23. November 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/21, GZ 47.222, 47.382, 47.404-13/34, Kart. 715.

Da der Steirer Konstantin Kammerhofer, 1932 Landesleiter des Steirischen Heimatschutzes, im März 1938 Führer des SS-Abschnittes XXXI in Wien, ab März 1943 als Beauftragter Himmels in Kroatien eine SS-Gendarmerie aufzustellen begann, stand er 1945 auf jugoslawischen Kriegsverbrecherlisten. Vgl. Peter BROUCEK (Hg.), Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, Bd. 3: Deutscher Bevollmächtigter General in Kroatien und Zeuge des Untergangs des „Tausendjährigen Reiches“ (Wien – Köln – Graz 1988) 190, FN 20.

<sup>1197</sup> Chiffre-Telegr. Ges. Ploennies an Außenminister Berger-Waldenegg, 30. November 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/21, GZ 47.604-13/34; Zagreber Morgenblatt, 29. November 1934; Mariborer Zeitung, 28. und 29. November 1934.

Parlamentswahlen vom 8. November 1931 erlaubten den Wahlberechtigten lediglich die Wahl von 305 Abgeordneten aus insgesamt 678 Kandidaten. Neben der *Skupština* wurde auch ein Senat installiert, dessen Mitglieder zur Hälfte gewählt und zur Hälfte vom König ernannt werden sollten. Die Spitzen der alten Parteien waren mit diesem Scheinkonstitutionalismus nicht zufrieden. Weder die serbischen und kroatischen noch die slowenischen und muslimischen Parteivorsitzenden wollten sich durch eine Zusammenarbeit mit dem Ministerpräsidenten General Živković kompromittieren; Maček sprach sogar von einem „Super-Zentralismus“. Die Studenten der Universitäten in Belgrad, Agram und Laibach gaben ihrer Unzufriedenheit in vielen Demonstrationen während des Studienjahres 1931/32 Ausdruck. Mit der Bildung einer „Jugoslawischen radikal-bäuerlichen Demokratie“ (*Jugoslovenska radikalno-seljačka demokracija*) im Dezember 1931 als Nachfolgepartei aller bis zum 6. Jänner 1929 anerkannten Parteien versuchten die Spitzenvertreter der Belgrader und Agramer Opposition einen Ausweg aus den bisherigen politischen Kombinationen. Allerdings gelang gegen die Verbindungslinien des Königs keine Bildung eines einheitlichen Oppositionsblockes. Vor allem fehlte es den bürgerlichen Parteien an jeder Geschlossenheit, und es gab so viele Vorschläge, wie es politische Gruppierungen gab. Gemeinsam war ihnen freilich die Sorge vor sozialen Unruhen in Jugoslawien, da die Landbevölkerung von den niedrigen Agrarpreisen und die industriell-gewerbliche Bevölkerung von der Weltwirtschaftskrise schwer getroffen waren.<sup>1198</sup>

Die Agrarexporte nach Italien, Österreich, Deutschland und in die Tschechoslowakei gingen drastisch zurück; nach dem Zusammenbruch der Wiener Credit-Anstalt im Mai 1931 begannen die ausländischen Banken ziemlich hastig ihre Kredite abzuziehen; die versteckte Erwerbslosigkeit auf dem Lande schlug in offene Arbeitslosigkeit um; vor allem am Rande der Großstädte Belgrad und Agram breitete sich Massenelend aus. Die Belgrader Machthaber – die Exponenten der Krone, die Armeebefehlshaber und die Zentralbürokratie – aber ließen den Direktor der Regierungszeitung *Vreme*, Stanislaus Krakov, am 26. Juni 1932 postulieren: „Für uns besteht nur ein Prinzip: Entweder wird Jugoslawien ein einheitliches und unteilbares oder es wird nicht sein, weil es im Blute verschwinden wird.“<sup>1199</sup>

Der neue Obmann der Kroatischen Bauernpartei, Vladko Maček, umriss daher sehr bald die Eckpunkte seiner fundamentalen Kritik am diktatorialen jugoslawischen System:

- 1) Das Königreich SHS sei aus verschiedenen historischen Nationen mit eigenen staatsrechtlichen Traditionen gebildet worden;
- 2) er verlange die volle Gleichberechtigung zwischen Serben und Kroaten;
- 3) die Militärdiktatur sei unfähig, die kroatische Frage zu lösen;

<sup>1198</sup> PETRANOVIĆ – ZEČEVIĆ, *Jugoslavija 1918/1988*, 328-330; BOBAN, Maček I, 67-87.

<sup>1199</sup> Brief August Košutić an R. W. Seton-Watson, Wien, 3. Juli 1932, in: Seton-Watson i Jugosloveni II, 243; Marie-Janine CALIC, *Sozialgeschichte Serbiens 1815-1941. Der aufhaltsame Fortschritt während der Industrialisierung* (München 1994) 368-399.

- 4) das Verbot der politischen Parteien könne die Aktivitäten der Kroatischen Bauernpartei kaum behindern.<sup>1200</sup>

Um die Jahreswende 1932/33 trat eine parteipolitische Gruppierung nach der anderen mit ihren Vorschlägen an die Öffentlichkeit. Ein Ausschuss der Bäuerlich-demokratischen Koalition unter Leitung von Maček – und bei Anwesenheit von serbischen Vertretern aus der Vojvodina und Bosnien – stellte die „Agramer Punktationen“ (*Zagrebačke punktacije*) vor, in denen in Abkehr vom absolutistischen Regime und der serbischen Hegemonie eine Rückkehr zum Ausgangspunkt 1918 und ein föderalistischer Neuaufbau des Königreiches gefordert wurden. In diesem Zusammenhang sollte auch die Vojvodina mit Syrmien ein eigenes Verwaltungsgebiet darstellen. Die kroatischen Oppositionellen hatten freilich schon vor den Punktationen wesentlich radikalere Töne angeschlagen, indem sie Jugoslawien bereits als unheilbar Kranken bezeichneten, „der sicherlich bald sterben werde“; und erst dieser Tod werde Kroatien befreien. So war es nicht überraschend, dass die Belgrader Führung diese Vorschläge als „staatlichen Selbstmord“ bezeichnete und Ende Jänner 1933 Maček verhaften ließ.<sup>1201</sup>

Bereits zu Jahresende 1932 war auch die Slowenische Volkspartei unter Korošec mit einer Deklaration an die Öffentlichkeit getreten und hatte die volle Anerkennung der slowenischen Individualität verlangt – mit politischer, finanzieller und kultureller Selbständigkeit –, um auf demokratischer Basis eine völlig gleichberechtigte staatliche Einheit der Slowenen, Kroaten und Serben aufzubauen, um aber auch für die Slowenen in Italien, Österreich und Ungarn ein stärkeres politisches Zentrum darstellen zu können. Dieses Programm eines „Vereinten Slowenien“ erklärte also die Vereinigung der auf vier Staaten aufgeteilten slowenischen Gebiete zu einer „politischen Einheit“ zum Hauptziel der slowenischen Politik, was selbstverständlich auf die Veränderung der Staatsgrenzen abzielte – angesichts der aktuellen Bedrohung durch Mussolini und der künftigen Bedrohung durch Hitler ein ziemlich riskantes Ziel. Aber die katholischen, liberalen und linken Studenten der Laibacher Universität verlangten von den Parteien mehr Nationalbewusstsein. Der Priester Korošec wurde von der besorgten jugoslawischen Staatsmacht dennoch weniger hart angefasst als andere Parteichefs und auf der schönen dalmatinischen Insel Hvar interniert.<sup>1202</sup>

Aber auch die führenden serbischen Politiker begannen unruhig zu werden. Zu sehr nahm der Druck aus den Vereinen – *Četnik*-Vereine, *Sokol*-Verbände, „Serbische Nationaljugend“ (*Srpska nacionalna omladina*), „Serbisches Vaterland“ (*Srpska Otadžbina*) – zu. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, der bisheri-

<sup>1200</sup> CIPEK, *Eliten*, 557. Das Regime ließ alle wichtigen oppositionellen Politiker polizeilich überwachen, auch die Witwe von Stjepan Radić.

<sup>1201</sup> BOBAN, Maček II, 87-97; PETRANOVIĆ – ZEČEVIĆ, *Jugoslavija 1918/1988*, 355-357. Auch der ehemalige Außenminister Trumbić und der muslimische Parteivorsitzende Spaho wurden verhaftet.

<sup>1202</sup> *Politika*, 11. Jänner 1933; VODOPIVEC, *Von den Anfängen*, 346.

ge serbische Zentralist Ljuba Davidović, verfasste im Jänner 1933 einen Brief an „seine Parteifreunde“, in dem er für eine weitgehende nationale Selbstverwaltung der Serben, Kroaten und Slowenen in allen Bereichen des täglichen Lebens, aber auch in kulturell-historischer Hinsicht eintrat, wobei er sogar die Schaffung einer serbisch-kroatischen Übergangszone als vierte Selbstverwaltungseinheit vorschlug. Der Hauptausschuss der serbischen Radikalen hielt noch am ehesten am staatlichen Unitarismus fest – wenn auch mit breiter Selbstverwaltung –, während die Jugoslawische Muslimische Organisation Bosnien-Herzegowina als gleichberechtigte Einheit in Jugoslawien forderte.<sup>1203</sup>

Der innere Zusammenhalt des Königreiches Jugoslawien war mit den Deklarationen der maßgebenden Parteivorsitzenden und den politisch ausgrenzenden Reaktionen des Königshofes weitgehend in Frage gestellt. Diese prekäre innenpolitische Lage trat einerseits auf dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Sozialkrise ein, andererseits zur Zeit der Machtübernahme Hitlers in Deutschland. Schon bald sah sich daher König Aleksandar zu einer innen- wie außenpolitischen Kursänderung veranlasst. Er beauftragte führende Politiker aus der Radikalen Partei mit der Suche nach einer Verbreiterung der politischen Basis des Regimes. Tatsächlich besuchte der künftige Ministerpräsident Stojadinović den slowenischen Parteibeamten Korošec auf Hvar und konnte ihn zu einer Anerkennung der oktroyierten Verfassung und zu einer Rücknahme seiner Deklaration veranlassen; Korošec' Rückkehr nach Belgrad sollte aber erst zum Begräbnis des Königs erfolgen. Über den kroatischen Rechtsanwalt Ivan Šubasić hatte der König Kontakt zu Maček im Gefängnis von Sremska Mitrovica aufnehmen lassen, aus dem er schließlich im Juli 1934 entlassen wurde. Das für die Zeit nach der Rückkehr des Königs aus Frankreich anberaumte Gespräch kam allerdings auch nicht mehr zustande.<sup>1204</sup>

Die Mordtat von Marseille, der am 9. Oktober 1934 König Aleksandar I. von Jugoslawien und der französische Außenminister Louis Barthou zum Opfer fielen, sollte eine Zerreißung des Königreiches auslösen. Der König hatte aber in seinem Testament für eine klare Nachfolgeordnung vorgesorgt, sodass ein Regentschaftsrat unter Führung von Prinz Paul Karađorđević, einem Cousin des ermordeten Königs, die Staatsgeschäfte für den minderjährigen Petar (II.) übernahm. Der Außenminister Aleksandars, Bogoljub Jevtić, bildete mit Hilfe des Prinzen Paul eine neue Regierung, in die er Stojadinović als Finanzminister und Živković als Heeresminister berief. Frankreich und Großbritannien unterstützten diese Regierung. Jevtić überreichte daher am 22. November 1934 in Genf ein Memorandum, das neben dem kriminologischen Untersuchungsergebnis schwere Anklagen gegen Ungarn – nun aber nicht mehr gegen Italien – erhob. Prinzregent Paul erklärte am 6. Dezember, dass, „falls der Völkerbund seine Pflicht nicht erfüllen könne, Jugoslawien sich in den Naturzustand zurückversetzt betrachte, in welchem jeder zu seiner Verteidigung nur auf sich selbst zähle“. Zur gleichen Zeit begann die

<sup>1203</sup> STOJKOV, *Opozicija*, 226-229; SUNDHAUSSEN, *Geschichte Serbiens*, 287f.

<sup>1204</sup> STOJKOV, *Opozicija*, 255-273.

Ausweisung ungarischer Staatsbürger aus grenznahen Gemeinden der Vojvodina, unter Zurücklassung ihres ganzen Hab und Gutes. Am 10. Dezember behandelte der Völkerbund den Streitfall und fasste nach gemeinsamem Bemühen Großbritanniens, Frankreichs und Italiens eine verhältnismäßig zurückhaltende Entschliebung: „Der Völkerbund verlangt, dass alle Verantwortlichen bestraft werden. [...] Der Rat stellt fest, dass die bisherige Regelung Jugoslawien keine Genugtuung verschaffte. [...] Ungarn hat dem Rat jene Maßnahme zur Kenntnis zu bringen, die es in diese Richtung ergriffen haben wird. [...]“<sup>1205</sup>

Obwohl Jevtić von der offenen Diktatur abrückte, konnte er die Spitzenvertreter der Oppositionsparteien nicht zu einem Eintritt in die „Jugoslawische Nationale Partei“ (*Jugoslovenska nacionalna stranka*) bewegen, da er nach wie vor am Zentralismus und an der unitaristischen Ideologie festhielt. Prinzregent Paul<sup>1206</sup>, der von König Aleksandar nur ansatzweise in die Regierungsgeschäfte eingewiesen worden war, übernahm ziemlich rasch alle wesentlichen Aufgaben der Regentschaft. So ließ er die alte *Skupština* auflösen und Wahlen für den 5. Mai 1935 ausschreiben. Die Regierungsliste erreichte zwar mit 1,746.982 Stimmen einen Anteil von über 60 %, die Vereinigte Opposition erzielte aber trotz Druckausübung und Fälschungen seitens der Staatsorgane 1,076.345 Stimmen. Dabei waren in der Oppositionsliste zwar die Kroatische Bauernpartei, die Demokratische Partei, der Bund der serbischen Landwirte und die bosnischen Muslime vertreten gewesen, nicht aber die serbischen Radikalen und die Slowenische Volkspartei, die Wahlabstinz verkündet hatten. Unter den 370 Abgeordneten – davon 303 von der Regierungsliste und nur 67 von der Opposition – befanden sich vor allem Advokaten und Notare, bäuerliche Besitzer, Händler, öffentliche Beamte, Lehrer und Geistliche, Privatbeamte, Ärzte, Industrielle, Mittelschulprofessoren, Journalisten und Ingenieure. Kaum vertreten waren hingegen Offiziere und Diplomaten, Gewerbetreibende und Hoteliers, Richter und Hochschulprofessoren; es saß auch kein einziger Arbeiter in der *Skupština*.<sup>1207</sup>

Da der Ausgang der Wahlen trotz der einseitigen Mandatsverteilung keinen Erfolg für die Regierungsliste darstellte und Jevtić für einen Ausgleich mit den Kroaten nicht geeignet schien, erhielt nun Milan Stojadinović den Auftrag zur Regierungsbildung. Stojadinović war schon in den 1920er Jahren Finanzminister in der Regierung Pašić gewesen, verfügte über beste Beziehungen in der Bankenwelt und galt als Vertreter eines zentralistisch-unitaristischen Jugoslawien unter Führung des serbischen Bürgertums. Dennoch gelang es ihm, Anton Korošec und Mehmed Spaho für die Zusammenarbeit zu gewinnen. Aus Teilen der Radikalen Partei, der Slowenischen Volkspartei und der jugoslawischen Muslimischen Organisation entstand die neue Staatspartei der „Jugoslawischen Radikalen Ge-

<sup>1205</sup> IN DER MAUR, Jugoslawiens Außenpolitik, 574-583; ÁDÁM, Richtung Selbstvernichtung, 97f.

<sup>1206</sup> Zu Prinz Paul vgl. NEIL BALFOUR – SALLY MACKAY, Paul of Yugoslavia. Britain's Maligned Friend (London 1980).

<sup>1207</sup> PETRANOVIĆ – ZEČEVIĆ, Jugoslavija 1918/88, 356f.; STOJKOV, Opozicija, 275-306.

meinschaft“ (*Jugoslovenska radikalna zajednica*), ohne dass die drei Parteien ihre Autonomie aufgegeben hätten. Damit gewann Stojadinović eine stärkere Basis für einen Kompromiss mit Maček, dessen Kroatische Bauernpartei er einfach durch Überlassung einiger Ministerstühle – aber ohne auf eine föderalistische Lösung einzugehen – einbinden wollte. Doch diese Erweiterung seiner Regierungsbasis schaffte Stojadinović nicht. Seine Regierung galt in Kroatien als Bund der „Klerikalen, Bankiers und islamischen Feudalherren“. In Serbien entstand hingegen am politisch rechten Rand die „Jugoslawische Nationalbewegung *Zbor*“ unter Führung des ehemaligen Mitglieds der Radikalen Partei und Kurzzeit-Justizministers Dimitrije Ljotić, die sich zu einem serbischen Pendant zur *Ustaša*-Bewegung entwickelte.<sup>1208</sup>

Stojadinović strebte sowohl eine neue Innen- und Wirtschaftspolitik wie auch eine damit zusammenhängende neue Außenpolitik an. Als unverrückbar galten ihm die Einheit des Staates und der Nation unter der Dynastie Karađorđević. Alle Bereiche des staatlichen Lebens sollten Serben, Kroaten und Slowenen gleich zugänglich sein, als wirtschafts- und sozialpolitisch vorrangig galt ihm die Lösung der Bauernschulden (am 30. April 1936 etwa sechs Milliarden Dinar!) unter Einbeziehung der betroffenen Banken. Tatsächlich gelang Stojadinović durch Interventionen des Staates eine Erhöhung der Rentabilität der Landwirtschaft und eine Steigerung der Exporterfolge, die teils auch auf steigende Getreidepreise auf dem Weltmarkt, teils auf zunehmende Exporte ins Deutsche Reich zurückzuführen waren. Das störte allerdings Stojadinović kaum, denn er ließ nach dem Vorbild Hitlers und Mussolinis Parteieinheiten mit Grauhemden formieren und versuchte bei vielen öffentlichen Auftritten „Führer“ und *Duce* zu kopieren, wobei die Zeitgenossen aus optischen Gründen Stojadinović eher mit Göring verglichen, der in Generalsuniform erstmals zum Begräbnis König Aleksandars nach Belgrad gekommen war. Im Übrigen ließ Stojadinović die neuen Propagandatechniken der Nationalsozialisten und Faschisten imitieren – ohne das totalitäre Herrschaftskonzept zu übernehmen – und förderte „jugoslawische“ Wissenschaftler und Künstler.<sup>1209</sup>

Die Regierung Stojadinović ging freilich geschwächt aus den Auseinandersetzungen um die Ratifizierung des Konkordats hervor, was den längst notwendigen Ausgleich mit der Kroatischen Bauernpartei Mačeks verhinderte. Eben auf dieses ungelöste Hauptproblem hatte Professor Seton-Watson schon in einem Memorandum vom 10. November 1936 hingewiesen: Die Kroaten und alle anderen *Prečani* (= Landeseinwohner nördlich von Donau und Save) benötigten „a minimum of

<sup>1208</sup> STOJKOV, *Opozicija*, 311-320; IN DER MAUR, *Innenpolitik*, 538-543; VODOPIVEC, *Von den Anfängen*, 351; SUNDHAUSSEN, *Geschichte Serbiens*, 287f.

<sup>1209</sup> *Dvogodišnjica rada vlade g. dr. Milana Stojadinovića*, 24. VI 1935 do 24. VI 1937, AJ, zbirka Stojadinovića, F-22; vgl. Todor STOJKOV, *Vlada Milana Stojadinovića (1935-1937)* (Beograd 1985) 72-114; SUPPAN, *Jugoslawien*, 69-71. Die von König Aleksandar geförderte *Sokol*-Bewegung erfuhr allerdings von Stojadinović geringere Beachtung.

autonomy, equality, of status with the Serbs of Serbia and equal opportunities of advancement in the state service“. Darüber hinaus müsse der überzentralisierte Staat in eine freie Föderation umgewandelt werden, seien die verfassungsmäßigen Freiheiten wiederherzustellen und solle die wirtschaftliche Existenz der bäuerlichen Massen durch Preis-, Sozial- und Landreformen gesichert werden. Seton-Watson empfahl dem *Foreign Office*, dem Prinzen Paul und den tschechoslowakischen Staatsmännern Tomáš und Jan Masaryk, Edvard Beneš, Milan Hodža und Kamil Krofta – nach ausführlichen Konversationen mit allen wesentlichen politischen Persönlichkeiten in Belgrad und Agram – eine grundlegende „Serbo-Croat Detente“ mit der Formierung von fünf föderalen Einheiten (Slowenien, Kroatien-Dalmatien, Bosnien-Herzegowina, Vojvodina, Serbien mit Autonomie für „Südserbien“ [= Makedonien und Kosovo] und Montenegro), einem grundsätzlichen Akkord zwischen Stojadinović, Korošec, Spaho und Maček, einer Zulassung aller Parteien vom 1. Jänner 1929 zu Wahlen zu einer neuen Konstituante und einem umfassenden Sozialprogramm, um den zunehmenden Einfluss der Kommunisten und der *Ustaše* einzudämmen. Dem Presseattaché der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Belgrad gab hingegen der Hauptredakteur des *Slovenec*, also der Zeitung Korošec, deutlich zu verstehen, dass die Slowenische Volkspartei mit ihrem Einfluss auf die Regierung Stojadinović durchaus zufrieden sei, da sie die Administration in Slowenien völlig beherrsche und sie in einer gemeinsamen Regierung mit den Kroaten jedenfalls an Bedeutung verlöre. Korošec führe daher in Belgrad eine zentralistische, in Laibach eine autonomistische Politik.<sup>1210</sup>

Die Vereinigte Opposition mit Maček und den serbischen Parteichefs Aca Stanojević, Ljuba Davidović, Jovan M. Jovanović und Adam Pribičević forderte hingegen eine neue Verfassung, die nur mit der jeweiligen Mehrheit der Slowenen, Kroaten und Serben beschlossen werden dürfe, um in Hinkunft Majorisierungen auszuschließen. Ebenso forderte die Opposition die Gewährung aller bürgerlichen und politischen Freiheiten. Und diese Forderungen fanden Resonanz, wie es die Ergebnisse der *Skupština*-Wahlen vom 11. Dezember 1938 zeigten. Denn obwohl Stojadinović die Hilfe des Staatsapparates und der Jugoslawischen Radikalen Gemeinschaft zur Verfügung stand, erreichte seine Liste – und zwar gemeinsam mit Korošec und Spaho – nur 54,09 % der Stimmen, und die Oppositionsliste von Maček kam auf immerhin 44,90 %. Stojadinović erhielt zwar in sieben von neun Banaten und in der Hauptstadt Belgrad die absolute Mehrheit – mehr als 70 % in Slowenien, der Vojvodina, Kern-Serbien und Makedonien –, Maček erreichte aber in Kroatien-Slawonien über 82 %, in Dalmatien über 78 % und in Nordwest-Bosnien immerhin noch fast 49 %. Das ungerechte Wahlsystem teilte der Regierungsliste dennoch auch in Kroatien und Dalmatien die Mehrheit der Mandate zu, sodass Stojadinović insgesamt 306, Maček neuerlich – wie 1935 – nur 67 erhielt. Aber Korošec und Spaho suchten nun den Ausgleich mit der Opposition, Prinz

<sup>1210</sup> Seton-Watson i Jugoslaveni II, 320-331; BOBAN, Maček I, 305-324; Jacob B. HOPTNER, Jugoslavija u krizi 1934-1941 (Rijeka 1972) 51-65, 157-182.

Paul stellte sich gegen die Machtansprüche Stojadinović', und im Februar 1939 übernahm Dragiša Cvetković – ebenfalls aus der Radikalen Partei stammend – die Regierung.<sup>1211</sup>

Eine innenpolitische Bestandsaufnahme des Königreiches Jugoslawien an der Jahreswende 1938/39 zeigte daher ein in mehrfacher Hinsicht gespaltenes Land:

- verfassungsrechtlich zwischen Zentralismus und Föderalismus;
- staatsideologisch zwischen Unitarismus und Autonomismus;
- nationalpolitisch im Wesentlichen zwischen Serben und Kroaten;
- parteipolitisch zwischen der Regierungstroika Stojadinović – Korošec – Spaho einerseits und der Vereinigten Opposition unter Maček (unter Einschluss der kroatisch-slawonischen Serben und serbischer Oppositionsgruppen aus dem engeren Serbien und der Vojvodina) andererseits;
- sicherheitspolitisch zwischen den Belgrader Regierungskreisen (einschließlich Armee und Polizei) einerseits und den illegalen terroristischen Organisationen der *Ustaša* und der VMRO andererseits sowie der ebenfalls illegalen kommunistischen Bewegung;
- wirtschafts- und sozialpolitisch zwischen den reicheren Ländern nördlich der Donau-Save-Kulpa-Linie und den ärmeren Gebieten im Süden;
- kulturpolitisch zwischen den nördlichen Gebieten mit hoher Alphabetenrate und den südlichen Regionen mit zum Teil noch immer hoher Analphabetenrate (am höchsten unter den muslimischen Frauen und Mädchen);
- konfessionspolitisch zwischen den katholischen Slowenen und Kroaten, den orthodoxen Serben, Makedoniern und Montenegrinern und den muslimischen Bosniern, Albanern und Türken;
- minderheitenpolitisch zwischen den Serben einerseits und den Deutschen, Magyaren und Albanern andererseits sowie zwischen den Slowenen einerseits und den Deutschen andererseits.

Als Hitler Mitte März 1939 die Wehrmacht in Prag einmarschieren ließ, war den Belgrader Regierungskreisen endgültig klar, dass ein Ausgleich mit den Kroaten gefunden werden musste. Auch der Jugoslawien-Kenner Seton-Watson befürchtete bereits das Schlimmste, wie einem Brief an den berühmten kroatischen Bildhauer Ivan Meštrović vom 21. März 1939 zu entnehmen ist:

„Fear Jugoslavia will now feel pressure of Germany and Italia utilising Croatian separatists. After Slovak experience think Maček should realise Croatian autonomy would lead directly to Italian protectorate. Might we not urge him request Belgrade offer specific concessions in return for his recognition Croatian constitutional arrangement and participation in Cabinet on grounds any other program opens field foreign intervention and destruction Jugoslav state. [...] As you know, I have known Cvetković a good many years now, and can vouch for his genuine desire to solve the Croatian question though, of course, it may be that like other Serbs, he is trying to win the Croats as

<sup>1211</sup> PETRANOVIĆ – ZEČEVIĆ, *Jugoslavija 1918/1988*, 367f., 420-429; vgl. Milan STOJADINOVIĆ, *Ni rat ni pakt. Jugoslavija između dva rata* (Buenos Aires 1963) 554-558. Stojadinović half auch nicht seine wahltaktische Hervorhebung, dass er in seiner dreijährigen Regierungszeit 18.000 von früheren diktatorischen Regierungen wegen politischer Vergehen Verurteilte amnestiert habe.

cheap as possible. [...] The foreign situation is so grave that otherwise it may be too late. [...] We have this week, but must be prepared for catastrophe by the first week of April at latest. [...]"<sup>1212</sup>

Daher musste die Frage offen bleiben, wie sich das seit seiner Gründung wenig konsolidierte Königreich in der Stunde außenpolitischer Gefahr verhalten werde. Der kroatische Bauernführer Maček bezweifelte es jedenfalls schon im Dezember 1937, dass im Mobilisierungsfall kroatische Soldaten an die Front gingen, dass sie für diesen jugoslawischen Staat kämpfen würden. Und die Zeitung der kroatischen Hochschuljugend *Seljačka mladica* (Bäuerliche Jugend) verurteilte auch am 16. Dezember 1939 den „zweiten imperialistischen Krieg“: „Der kroatische Bauer und die kroatische Jugend wollen keinen Krieg, weil sie wissen, dass durch Plünderungen und Gewalt ihre Probleme nicht gelöst werden. [...]"<sup>1213</sup>

### Die „Donauschwaben“ zwischen Belgrad, Wien und Berlin 1918-1939

Da mit dem Friedensvertrag von Trianon die bisher südongarischen Gebiete Banat, Batschka und Baranya zum Teil, Slawonien und Syrmien zur Gänze an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen fielen, stellten nun die Deutschen in diesen Regionen eine Minderheit von etwa 450.000 Personen dar. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts hatten die von ihren serbischen und kroatischen Nachbarn durchwegs *Švaba* – mit teils anerkennendem, vorwiegend aber negativem Unterton, der besonders in den Flüchen offenkundig wurde – genannten Deutschen folgende Siedlungsschwerpunkte entwickelt:

- Im Banat die Bezirke und Städte Groß-Betschkerek/Veliki Bečkerek, Groß-Kikinda/Veliki Kikinda, Pantschowa/Pančevo, Weißkirchen/Bela Crkva und Werschetz/Vršac sowie den Bezirk Modosch/Jaša Tomić;
- in der Batschka/Bačka die Bezirke Apatin, Palanka/Bačka Palanka, Kula, Hodschag/Odžaci,
- Neusatz/Novi Sad und Zombor/Sombor sowie die Stadt Neusatz/Novi Sad;
- in Syrmien die Bezirke und Städte Ruma, Sremska Mitrovica/Mitrowitz und Semlin/Zemun sowie den Bezirk Alt-Pasua/Stara Pazova;
- in der Baranya/Baranja die Bezirke Batina und Darda;
- in Slawonien die Bezirke und Städte Đakovo, Esseg/Osijek, Vinkovci und Vukovar.<sup>1214</sup>

<sup>1212</sup> R.W. Seton-Watson i Jugoslaveni. Korespondencija 1906-1941. II: 1918-1941, ed. by Sveučilište u Zagrebu, Institut za hrvatsku povijest [et] Britanska akademija (Zagreb – London 1976) 355f.

<sup>1213</sup> *Seljačka mladica*, 16. Dezember 1939: „Für den Frieden und ein freies Kroatien“. Bereits am 11. Juni 1936 hatte diese Zeitung in einem Leitartikel „Das kroatische Volk und der Faschismus“ gegen die faschistischen Diktaturen in Italien, Deutschland, Österreich, Bulgarien, Spanien und Jugoslawien Stellung genommen. – IVANIŠEVIĆ, Belgrad und Zagreb, 338-355.

<sup>1214</sup> Vgl. Holm SUNDHAUSSEN, Die Deutschen in Kroatien-Slawonien und Jugoslawien, in: Günter Schödl (Hg.), Land an der Donau (Deutsche Geschichte im Osten Europas 6, Berlin 2002) 291-348.

Hatte die letzte ungarische Volkszählung von 1910 für die nun zu Jugoslawien gehörenden Gebiete der Batschka, des Banats und der Baranya rund 300.000 Deutsche nach der Muttersprache ergeben – von denen nur zwischen 10 und 20 % auch Serbo-Kroatisch sprachen –, so war für die erste jugoslawische Volkszählung von 1921 auf Grund der Auseinandersetzungen um die neue Grenze, der Praktiken der serbischen (und kroatischen) Zählorgane und der Assimilationsversuche der neuen Staatsgewalt auch ein statistischer Rückgang der Deutschen zu erwarten. Umso erstaunter war selbst der österreichische Geschäftsträger in Belgrad, Max Hoffinger, als er die ersten Teilergebnisse der Volkszählung aus der Batschka in einigen kroatischen Zeitungen abgedruckt fand. Demnach stellten die Deutschen die absolute Mehrheit in den Bezirken Hodschag, Kula und Palanka sowie die relative Mehrheit in den Bezirken Apatin und Zombor. Da die Magyaren die absolute Mehrheit in den Bezirken Ókanizsa/Stara Kanjiža (Stadt), Topolya/Bačka Topola, Óbecse/Stari Bečej sowie Zenta/Senta (Stadt und Land) behielten, während die Einwohner mit serbo-kroatischer Muttersprache nur in den Bezirken Titel und Žabalj die absolute Mehrheit erreichten, im Bezirk Novi Sad (Land) nur knapp die relative Mehrheit, schwiegen die serbischen Zeitungen über diese Ergebnisse. Auch wenn die Städte Maria-Theresiopel/Szabadka/Subotica, Zombor/Sombor und Neusatz/Újvidék/Novi Sad noch nicht ausgezählt waren, so demonstrierten diese Volkszählungsergebnisse doch die ethnische Ungerechtigkeit der Grenzen des Vertrages von Trianon in der Batschka, denn ihr ganzer nordöstlicher Teil wies eine deutliche magyarisches, ihr ganzer westlicher Teil eine deutsche Mehrheit auf, während sich das serbische Mehrheitsgebiet auf ein südöstliches Dreieck zwischen Donau und Theiß beschränkte, das bis zur Auflösung der Militärgrenze großteils der Ergänzungsbezirk des Tschai-kistenbataillons gewesen war. Daher erwartete sich nun Hoffinger eine politische Richtungsänderung der Serben gegenüber den Deutschen in der Vojvodina, die ja wie die meisten anderen Minderheiten in der Konstituante nicht vertreten waren:

„Wenn die Serben nicht vom Chauvinismus völlig verblendet sind, muss ihnen nunmehr daran liegen, gegenüber dem zweifellos unversöhnlichen magyarisches Element dieser Gebiete wenigstens in dem zweitstärksten nichtslawischen Element, den Deutschen, eine Stütze zu finden, damit sie wenigstens bei einer kleinen Mehrheit der Bevölkerung den Willen zum Staat behaupten können.“<sup>1215</sup>

Tatsächlich fielen die Ergebnisse der ersten jugoslawischen Volkszählung von 1921 für die Deutschen im Banat, in der Batschka und in der Baranja durchwegs besser aus als jene der ungarischen Volkszählung von 1910, während die Ergebnisse für Syrmien und Slawonien nur knapp unter jenen von 1910 lagen. Die zahlenmäßige Entwicklung der „Schwabens“ hatte also einen ganz anderen Verlauf genommen als die der untersteirischen Deutschen. Maßgebend dürfte gewesen sein, dass die Deutschen in Südungarn schon 1910 nicht das führende gesellschaftliche

<sup>1215</sup> Bericht GT Hoffinger an BMfÄ, 23. Mai 1921, ÖStA, AdR, NPA Südslawien GZ 2220/1B, Kt. 703.

Element dargestellt hatten und die serbische Machtergreifung im November 1918 in erster Linie magyarische Adelige, Beamte, Verwalter und Angestellte abwandern ließ. Gleichzeitig war damit die Magyarisierungspolitik – auch die Schulgesetzgebung Apponyis von 1907 – zu Ende gegangen, welche die katholischen und protestantischen Deutschen stärker betraf als die orthodoxen Serben. Nun wiesen die Deutschen in Jugoslawien die mit Abstand niedrigste Analphabetenrate aller Nationalitäten auf.<sup>1216</sup>

Mit Hilfe der Serbo-Kroatisch sprechenden, aber katholischen Bunjevci und Šokci erreichten die Serben nun in den Stadtbezirken von Subotica und Sombor die absolute Mehrheit, während im Stadtbezirk von Novi Sad die orthodoxen Serben noch immer lediglich eine knappe relative Mehrheit vor den Magyaren aufwiesen. Von den 784.569 Einwohnern der Batschka und Baranja im Jahre 1921 (= anwesende Bevölkerung inklusive Militär) gaben daher 277.636 Ungarisch, 262.202 Serbo-Kroatisch, 190.049 Deutsch, 31.071 Tschechoslowakisch, 11.040 Rusinisch, 4993 Slowenisch, 3116 Russisch und 1633 Rumänisch als Muttersprache an. Von den 561.958 Einwohnern des Banats hatten 240.213 Serbo-Kroatisch, 126.530 Deutsch, 98.471 Ungarisch, 67.897 Rumänisch, 17.595 Tschechoslowakisch, 2321 Russisch und 2112 Slowenisch als Muttersprache. Die Serbo-Kroatisch Sprechenden wiesen daher in der gesamten Vojvodina nur eine relative Mehrheit von 37,3 % auf, während die Magyaren auf 27,9 %, die Deutschen auf 23,5 % kamen. In der Županija Srem/Srijem gaben 1921 von 389.098 Einwohnern 58.133 Deutsch als Muttersprache an.<sup>1217</sup>

Die Ursachen für den absoluten wie relativen Rückgang der Deutschen in der Vojvodina zwischen den Volkszählungen von 1921 und 1931 waren vielfältige:

- 1) Auswanderung nach Übersee: nach offiziellen Angaben – 29.083 Deutsche;
- 2) Eingliederung von Pantschowa und Semlin in den neuen Stadtbezirk Belgrad;
- 3) Serbisierungspolitik über Verwaltung und Schule;
- 4) Trend zur Ein- oder Zweikinderfamilie gerade in wohlhabenden deutschen Dörfern, wobei die fehlende Realteilung das Hauptmotiv gewesen sein dürfte.<sup>1218</sup>

Im 1929 neu geschaffenen Donau-Banat (*Dunavska Banovina*) mit der Baranja, der Batschka, dem Banat und Syrmien sowie vielen Bezirken des nördli-

<sup>1216</sup> CALIC, Soziale Ungleichheit, 126. Die serbische Machtübernahme in Südungarn erfolgte praktisch mit dem Waffenstillstand von Belgrad am 13. November 1918, der den Rückzug der ungarischen Truppen hinter die Linie Maros – Baja – Pécs – Drau verlangt hatte. Vgl. MITROVIĆ, Jugoslavija, 134-141; JUHÁSZ, Hungarian Foreign Policy, 15-27.

<sup>1217</sup> Definitivni rezultati 1921, 346-348. Die Bunjewatzen (Bunjevci, Bunyevácok) lebten vor allem in und um Maria-Theresiopel sowie in und um Zombor, die Schokatzen (Šokci, Sokácok) lebten in der südlichen Batschka und im Banat. Beide römisch-katholischen Volksgruppen sprachen den štokavischen Dialekt des Serbo-Kroatischen in der ikavischen Variante. Die ungarische Volkszählung von 1910 hatte in Südungarn 88.209 Bunjewatzen und Schokatzen gezählt. – Enciklopedija Jugoslavije <sup>2</sup>II, 583-588.

<sup>1218</sup> Johann WUESCHT, Die Bevölkerungsbewegung der Deutsch-Evangelischen im Batschkaer Seniorat 1920-1930, in: Woge-Blatt 2 (1933), Nr. 2-3; JOJKIĆ, Nacionalizacije, 132-134.

chen Serbiens lebten 1931 jedenfalls 343.885 Deutsche, neben 1,465.871 Serbo-Kroatisch Sprechenden (darunter über 1,3 Millionen Serben), 390.211 Magyaren, 68.525 Rumänen, 66.688 Slowaken, 15.048 Rusini, 11.115 Roma, 9168 Russen, 4074 Tschechen, 3991 Slowenen und 2452 Juden. Mit den 26.612 Deutschen im Stadtbezirk Belgrad (einschließlich Pantschowas und Semlins) und den 45.188 Deutschen in den ostslawonischen Bezirken Esseg/Osijek (Stadt und Land), Vinkovci (Stadt und Land), Vukovar (Stadt und Land) und Djakovo waren über 80 % des jugoslawischen Deutschtums im Nordosten des Staates konzentriert. Die Deutschen stellten nach wie vor die absolute Mehrheit in den Bezirken Bačka Palanka, Kula und Odžaci, die relative Mehrheit in den Bezirken Apatin und Sombor sowie in der Stadt Bela Crkva; einen Bevölkerungsanteil von über 20 % erreichten sie außerdem in den Bezirken Batina, Darda, Novi Sad, Ruma, Pančevo, Veliki Bečkerek, Jaša Tomić und Kovin sowie in den Städten Velika Kikinda, Veliki Bečkerek und Vršac. Im zum Save-Banat gehörenden Slawonien überschritten die Deutschen in den Bezirken Đakovo und Osijek sowie in den Städten Osijek, Vinkovci und Vukovar die 20-%-Marke. Wirtschaftlich und kulturell fielen darüber hinaus noch die 10.471 Deutschsprachigen der Stadt Belgrad sowie die 6287 Deutschsprachigen der Stadt Zagreb ins Gewicht.<sup>1219</sup>

Nach offiziellen Angaben über die Bevölkerungszunahme in den jugoslawischen Banaten seit 1931 dürfte die jugoslawische Gesamtbevölkerung bis 1939 auf etwa 15,5 Millionen gestiegen sein. Daher gab es auch seitens der „Schwabens“ Schätzungen, die von ca. 700.000 Deutschsprachigen in ganz Jugoslawien sprachen. Freilich steht solchen Schätzungen entgegen, dass die Geburtenzahlen der „Donauschwaben“ – der Begriff wurde 1923 durch den Tübinger Geographen Hermann Rüdiger kreiert – in den 1930er Jahren weiter zurückgingen. Andererseits aber konnten sie ihr Schul- und Vereinswesen in den 1930er Jahren beträchtlich ausbauen; Assimilationstendenzen waren daher für diese 1930er Jahre nur in einigen größeren Städten zu veranschlagen, keineswegs in den großen Schwabendörfern. Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges präsentierten sich somit die Donauschwaben als zahlenmäßig konsolidierte, relativ kompakt siedelnde Volksgruppe, deren wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung im Königreich Jugoslawien gestiegen war. Freilich darf nicht übersehen werden, dass der Wanderungsverlust der deutschen Bevölkerung bis 1938 in der Batschka 60 %, im Banat gar 90 % des Geburtenüberschusses betragen hatte, da zwischen 1918 und 1922, dann neuerlich in der Weltwirtschaftskrise zehntausende deutsche Tagelöhner, Saisonarbeiter und Pächter als Arbeits- und Besitzlose ausgewandert waren.<sup>1220</sup>

<sup>1219</sup> Vgl. Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession, nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931, bearb. und hg. von der Publikationsstelle Wien (Wien 1943).

<sup>1220</sup> WEHLER, Nationalitätenpolitik, 14-16, 104-109; Josef BEER, Die Deutschen in Jugoslawien 1918-1941, in: Weißbuch der Deutschen aus Jugoslawien (München 1992) 40.

Von den 343.885 muttersprachlichen Deutschen des Donau-Banats bekannten sich 1931 259.311 als Römisch-Katholische, 64.071 als Lutheraner, 12.829 als Reformierte, 5303 als Juden, 978 als Pravoslawen und 588 als Nazarener. In der Batschka waren die Schwaben in den Kleinstädten und großen Dörfern wie Zombor, Apatin, Batschsentiwan, Hodschag, Filipowa, Palanka und Futog überwiegend römisch-katholisch, jene in Kula, Torschau, Tscherwenka und Neu-Werbaß sowohl evangelisch-lutherisch als auch kalvinistisch-reformiert, in Neu-Siwatz und Neu-Schowe kalvinistisch-reformiert, in Kleinker, Sekitsch, Bulkes, Jarek und Titel homogen evangelisch-lutherisch. Im Banat waren die Schwaben von Pantschowa und Kubin mehrheitlich römisch-katholisch, minderheitlich evangelisch-lutherisch, die Schwaben von Groß-Betschkerek, Groß-Kikinda, Werschetz und Weißkirchen überwiegend römisch-katholisch. Die Deutschen Syrmien und Ost-Slawoniens waren hingegen überwiegend römisch-katholisch, abgesehen von den Evangelisch-Lutherischen in Semlin und Alt-Pasua.<sup>1221</sup>

Die Nachkommen der im 18. Jahrhundert unter Karl VI., Maria Theresia und Joseph II. nach Südungarn eingewanderten und dort angesiedelten „schwäbischen“ Bauern und Handwerker lebten auch noch vor dem Ersten Weltkrieg zum überwiegenden Teil von Landwirtschaft und Gewerbe. Schon vor der Jahrhundertwende hatten sie sowohl im Banat als auch in der Batschka, in Syrmien, in der Baranya und in Ostslawonien begonnen, serbischen und kroatischen Besitzern Felder abzukaufen und somit größere landwirtschaftliche Betriebe aufzubauen, die zu einer Intensivierung der Produktion auch in der Milchwirtschaft und in der Geflügelzucht in der Lage waren. Gestützt auf den sprichwörtlichen schwäbischen Fleiß, aber auch auf die alten Urbarialgesetze vor 1848 und Maßnahmen zur Verhinderung der Realteilung (Ein- oder Zweikindersystem), hatte sich in Südungarn eine relativ große Gruppe an deutschen Großbauern (über 50 Katastraljoch) ausgebildet, ebenso eine relativ breite Schicht an deutschen Mittelbauern (20 bis 50 Katastraljoch), die zahlenmäßig sogar die Schicht der Landarbeiter übertraf (je 29 % der deutschen Agrarbevölkerung). Erstaunlicherweise waren sowohl die agrarischen Ober- und Unterschichten tendenziell zur Assimilation (Magyarisierung) bereit – die Großbauern im Sinne eines sozialen Aufstiegs, die Landarbeiter in proletarischer Solidarisierung –, während sich die mittleren Bauern vom „Südungarischen Bauernverein“ und dem „Deutschen Bauernbund“ nationalpolitisch mobilisieren ließen.<sup>1222</sup>

Die zweite bedeutende soziale Gruppe der südungarischen Deutschen waren die Handwerker, deren oberste Schicht die Industriellen, die unterste Schicht die

<sup>1221</sup> Norbert SPANNENBERGER, Kirchen und Konfessionen in der Batschka und im Banat im 18. und 19. Jahrhundert, in: Vladimir Mitrović – Christian Glass (Hgg.), *Zavičaj na Dunavu. Suživot Nemaca i Srba u Vojvodini. Daheim an der Donau. Zusammenleben von Deutschen und Serben in der Vojvodina* (Novi Sad – Ulm 2009) 142-149.

<sup>1222</sup> GOTTAS, Deutsche in Ungarn, 363-369; SCHÖDL, Donau, 407-410; Handwörterbuch I, 215-217, 296-298; vgl. Daka POPOVIĆ, Banat, Bačka i Baranja. Savremeni nacionalni, politički i društveni profili (Novi Sad 1935); JANJETOVIĆ, Deca careva, 144-146.

Industriearbeiter und Tagelöhner darstellten. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hatten sich Apatin, Groß-Betschkerek, Groß-Kikinda, Werschetz und Weißkirchen zu regionalen Handwerkerzentren entwickelt. Obwohl die Zünfte bereits 1872 abgeschafft worden waren, veränderten sich die Beziehungen zwischen den deutschen, magyarschen und serbischen Handwerkern hinsichtlich der Arbeitsorganisation, der Geschäftsführung und der handwerklichen Ausbildung bis zum Zweiten Weltkrieg nicht wesentlich. Besondere schwäbische Handwerkstraditionen wurden etwa in der Fassbinderei, in der Lebzelterei, im Hutmacherhandwerk und in der Bierbrauerei entwickelt. Das dörfliche Handwerk beschäftigte sich mit allen gewerblichen Sektoren, während die Industrie auf Zweige konzentriert war, die ihre Rohstoffe wesentlich aus Südungarn bezogen: Lehm, Hanf, Zuckerrübe, Getreide, Milch. Zur besseren Organisation der schwäbischen Wirtschaft wurde eine „Südungarische landwirtschaftliche Bank AG“ gegründet, 1910 in Temeschwar eine „Deutschungarische Raiffeisen-Zentral-AG“, der bis 1913 zwölf Genossenschaften beitraten. In Ruma, in Syrmien, wurde schon 1905 die „Deutsche Volksbank AG“ gegründet.<sup>1223</sup>

Die eigentliche Bildungsschicht – die im öffentlichen Dienst stehenden Beschäftigten in Unterricht und Erziehung, im Gesundheitswesen, in Verwaltung und Justiz, in Kultur und Kunst sowie die Angehörigen der freien Berufe – war bei den südungarischen Deutschen ebenfalls gut ausgebildet. Das hing einerseits mit der großen Anzahl städtischer Mittelpunkte im Banat, in der Batschka und in Syrmien zusammen, die sich zum Teil aus der alten Militärgrenzorganisation entwickelt hatten, andererseits mit dem Bestreben der schwäbischen Bauern und Handwerker, ihre Söhne zum Studium nach Budapest, Wien und Graz zu schicken. So finden sich 1910 in Südungarn relativ viele deutsche Komitatsbeamte, städtische Beamte, Justizbeamte, Gemeinde- und Kreisnotare, Apotheker, Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen. Geringer ist der Anteil nur bei den Lehrern, Staatsbeamten und Ärzten. Die „schwäbische“ Gesellschaft war daher bereits vor dem Ersten Weltkrieg in drei große soziale Schichten gegliedert:

- in eine Oberschicht mit Industriellen, Großbauern und einigen Freiberuflern;
- in eine breite Mittelschicht mit vielen mittleren Bauern, Handwerkern und Beamten;
- und in eine ebenso breite Unterschicht mit den Land- und Industriearbeitern, aber auch vielen Tagelöhnern.<sup>1224</sup>

Im Unterschied zur sozialen Gliederung der Magyaren, Serben und Rumänen Südungarns wies die deutsche Bevölkerung einen hohen Anteil an gewerblich tätiger Bevölkerung auf. Das galt im Besonderen für die Städte Werschetz, Weißkirchen und Pantschowa im Banat, Apatin, Neu-Werbaß, Kula und Hodschag in der Batschka, Esseg, Vinkovci und Vukovar in Ostslawonien sowie Semlin und Ruma

<sup>1223</sup> SENZ, Die nationale Bewegung, 130-133; OBERKERSCH, Die Deutschen, 169f.

<sup>1224</sup> Volkszählung in den Ländern der Ungarischen Heil. Krone im Jahre 1910, 320-325, Tabellen 104 und 105.

**Tabelle 11: Serben, Kroaten, Deutsche und Magyaren im jugoslawischen Teil des Banats, der Batschka und der Baranja sowie in Kroatien-Slawonien 1910-1921-1931 (nach der Muttersprache)**

Gebiet Bezirke Städte (Auswahl)	ungarische Volkszählung 1910			jugoslawische Volkszählung 1921			Jugoslawische Volkszählung 1931			
	gesamt	Serb. und Kroat. (absolut und in %)	Deutsch Ungar.	gesamt	Serbo- Kroat. (absolut und in %)	Deutsch Ungar.	gesamt	Serbo- Kroat. (absolut und in %)	Deutsch Ungar.	
<b>Gebiete</b>										
Banat	572.670	235.829 41,2	125.686 21,9	109.605 19,1	240.213 42,7	126.530 22,5	98.471 17,5	273.290 46,7	118.576 20,3	94.241 16,4
Batschka	708.808	201.180	161.447	300.864	246.598	173.796	260.998	282.736	169.776	262.694
Bačka		28,4	22,8	42,4	33,5	23,6	35,5	36,0	21,6	33,5
Baranya	49.757	15.338	13.490	20.398	15.604	16.253	16.638	21.547	15.751	13.973
Baranja		30,8	27,1	41,0	31,6	32,9	33,6	40,8	29,8	26,4
Kroatien- Slawonien <sup>a)</sup>	2.621.954	2.283.309 87,1	134.078 5,1	105.948 4,1	2.437.858 89,0	124.156 4,5	71.928 2,6	2.457.128 90,8	80.501 3,0	54.754 2,0
<b>Bezirke</b>										
Alt-Pasua	46.430	29.932	9.348	689	32.006	9.951	484	51.686	10.251	530
Stara Pazova		64,5	20,1	1,5	65,1	20,2	1,0	64,5	19,8	1,0
Apatin	46.317	12.472	19.146	14.446	12.750	21.111	11.802	13.539	20.309	10.881
		26,9	41,3	31,2	27,5	45,5	25,4	29,6	44,4	23,8
Palanka	42.035	13.077	22.443	3.695	13.531	23.070	1.606	14.359	23.288	1.818
Bačka Palanka		31,1	53,4	8,8	32,8	56,0	3,9	33,7	54,6	4,3
Đakovo	47.188	31.517	9.454	3.524	31.898	10.203	2.903	34.609	12.016	3.059
		66,8	20,0	7,5	67,0	21,4	6,1	65,4	22,7	5,8
Esseg	52.748	34.868	9.408	7.146	17.110	6.548	5.168	19.498	6.790	6.322
Osijek		66,1	17,8	13,5	57,9	22,2	17,5	58,2	20,3	18,9
Groß-Beisch- kerec Veliki	61.773	18.802	16.961	11.174	18.865	17.355	10.314	21.916	16.803	10.334
Bečkerek		30,4	27,5	18,1	30,9	28,5	16,9	34,9	26,7	16,4

Groß-Kikinda	28.972	15.332	6.100	7.131	29.811	15.974	6.292	7.301	30.212	16.846	5.472	7.621
Velika Kikinda		52,9	21,1	24,6		53,6	21,1	24,5		55,6	18,1	25,2
Hodschag	46.664	8.383	26.421	4.000	48.350	9.456	28.099	2.314	51.466	11.555	28.274	2.162
Ođžaci		18,0	56,6	8,6		9,6	58,1	4,8		22,5	54,9	4,2
Kubin	35.483	16.826	6.588	5.355	33.704	16.655	6.935	4.406	35.600	17.588	7.397	4.869
Kovin		47,5	18,6	15,1		49,4	20,6	13,1		49,4	20,7	13,7
Kula	48.168	4.630		47,5	18,6	15,1	28.264	7.225	53.479	8.400	27.605	7.555
		9,6	54,4	17,3		10,2	55,8	14,3		15,7	51,6	14,1
Modosch	37.996	8.193	16.018	11.934	38.272	8.961	15.917	11.921	45.838	20.888	14.274	9.346
Jaša Tomić		21,5	42,2	31,4		23,4	41,6	31,1		45,6	31,1	20,4
Neusatz	59.662	14.756	14.120	13.290	54.578	11.571	13.990	11.141	61.488	18.964	13.880	10.902
Novi Sad		24,7	23,7	22,3		21,2	25,6	20,4		30,8	22,6	17,7
Pantschowa	47.872	16.207	15.573	3.148	46.947	15.705	16.549	2.862	47.084	16.462	15.954	3.141
Pančevo		33,9	32,5	6,6		33,5	35,3	6,1		35,0	33,9	6,7
Ruma	49.138	26.686	15.529	5.746	51.150	32.128	16.228	4.347	57.645	36.982	15.992	3.752
		54,3	31,6	11,7		60,4	30,5	8,2		64,2	27,7	6,5
Vinkovci	42.472	29.713	8.477	2.808	31.982	24.838	5.275	1.130	34.825	26.380	5.966	1.366
		70,0	20,0	6,6		77,7	16,5	3,5		75,8	17,1	3,9
Werschetz	39.758	9.163	8.492	6.498	37.816	8.660	8.757	5.748	38.716	12.336	7.484	4.929
Vršac		23,0	21,4	16,3		22,9	23,2	5,2		31,9	19,3	12,7
Zombor	61.283	8.921	28.892	21.258	64.066	12.637	31.490	19.464	67.135	17.869	30.512	18.342
Sombor		14,6	47,1	34,7		9,7	49,2	30,4		26,6	45,4	27,3
<b>Städte (mit eigenem Status)</b>												
Esseg	31.388	15.514	11.269	3.729	34.485	20.512	10.077	2.106	40.337	25.525	9.731	2.839
Osjek		49,4	35,9	11,9		59,5	29,2	6,1		63,3	24,1	7,0
Groß-Betschkerek	25.470	8.823	6.682	9.021	27.522	10.712	7.888	7.508	32.831	13.540	8.164	9.189
Veliki Beckerek		34,7	26,2	35,4		38,9	28,7	27,3		41,2	24,9	28,0

Groß-Kikinda	26.356	14.161	5.838	5.578	25.774	15.060	5.774	4.122	28.400	16.115	5.803	5.333
Velika Kikinda		53,8	22,1	21,2		58,4	22,4	16,0		56,7	20,4	18,8
Maria-Theresiopol	94.610	36.761	1.931	55.587	90.961	60.930	2.475	26.749	100.058	53.484	2.865	41.401
Subotica		38,8	2,2	58,6		67,0	2,7	29,4		53,5	2,9	41,4
Neusatz	33.590	12.461	5.918	13.343	39.122	16.071	6.486	13.065	63.985	31.640	9.116	17.354
Novi Sad		37,1	17,6	39,8		41,1	16,6	33,4		49,4	14,2	27,1
Pantschowa	20.201	8.764	7.388	3.187	19.407	9.312	7.255	1.536	22.089	10.976	7.872	1.746
Pančevo		43,3	36,6	15,8		48,0	37,4	7,9		49,7	35,6	7,9
Semlin	17.131	7.853	6.559	1.999	18.528	10.158	6.631	451	28.074	16.812	8.269	802
Zemun		45,8	38,3	11,7		54,8	35,8	2,4		59,9	29,5	2,9
Weißkirchen	11.524	2.013	6.062	1.213	9.650	2.670	5.194	370	9.657	2.906	4.409	405
Bela Crkva		17,5	52,6	10,5		27,7	53,8	3,8		30,1	46,2	4,2
Werschetz	27.370	8.640	13.556	3.890	27.011	10.034	13.244	2.433	29.411	13.178	11.926	2.787
Vršac		31,5	49,6	14,2		37,1	49,0	9,0		44,8	40,5	9,5
Zombor	30.593	18.115	2.181	10.078	31.342	22.397	2.996	5.275	32.334	22.439	3.400	5.852
Sombor		59,3	7,1	32,9		71,5	9,6	16,8		69,4	10,5	18,1
Agram	79.038	63.245	4.458	4.028	108.674	91.732	3.545	1.206	185.703	153.703	6.287	2.210
Zagreb		80,0	5,6	5,1		84,4	3,3	1,1		82,8	3,4	1,2
Belgrad <sup>b)</sup>	69.769	57.919	5.390	4.742	111.739	96.252	4.077	1.478	238.775	195.264	10.471	5.792
Beograd		83,0	7,7	6,8		86,1	3,6	1,3		81,8	4,4	2,4

a) In den Volkszählungen von 1910 und 1921 gehörte auch Syrmien zu Kroatien-Slawonien, während es in der Volkszählung 1931 zur Dunaviska Banovina gerechnet wurde.

b) Für die Stadt Belgrad wurde die serbische Volkszählung von 1900 herangezogen, nach der in der Stadt 8.980 ungarische, 879 österreichische und 273 deutsche Staatsangehörige lebten.

**Quellen:** A magyar szent korona országainak 1910. évi népszámlálása. Volkszählung in den Ländern der ungarischen heiligen Krone im Jahre 1910. 5. Teil: Detaillierte Beschreibung der Bevölkerung, hg. vom Kgl. Ungarischen Statistischen Zentralamt (Budapest 1916); Kraljevina Jugoslavija. Opšta državna statistika. Definitivni rezultati popisa stanovništva od 31 januara 1921 god. Royaume de Yougoslavie. Statistique générale d'état. Résultats définitifs du recensement de la population du 31 janvier 1921 (Sarajevo 1932); Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession, nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931, bearb. und hg. von der Publikationsstelle Wien (Wien 1943).

in Syrmien. Aber auch die großen Dörfer – vor allem in der Batschka – hatten einen relativ hohen Anteil an Handwerkern. Darüber hinaus gab es viele deutsche Handwerker und Gewerbetreibende in den mehrheitlich magyarischen Städten wie Szabadka, Zombor und Újvidék. Neben vielen kleinen und mittelgroßen Handwerksbetrieben entstanden bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts größere Ziegeleien, Hanffabriken, Seilereien, Mühlen, Zuckerfabriken, Molkereien und Brennereien, die oft in deutschem Besitz waren.<sup>1225</sup>

Für viele „Schwaben“ in der Vojvodina blieb aber auch noch in der Zwischenkriegszeit das Dorf – und zwar Dörfer mit bis zu 6000 Einwohnern – der Lebensmittelpunkt und begrenzte gleichzeitig deren Lebenshorizont. Die christliche Legitimationsstruktur der schwäbischen Lebenswelt war bis in die 1930er Jahre weder durch den Liberalismus noch durch den Nationalismus gebrochen. Zwar war seit Ende des 19. Jahrhunderts die Dominanz des Bauernstandes etwas zurückgegangen und der Stand der Gewerbetreibenden und Kaufleute sowie der Arbeiterstand stärker hervorgetreten, die Wirtschaftsgemeinschaft blieb aber dennoch homogen. Die Menschen im Dorf lebten mit den Jahreszeiten, nützten die Biomasse als Düngemittel und Heizmaterial und benötigten lediglich Petroleum für die Beleuchtung und etwas Benzin und Diesel für die wenigen Traktoren und Krafträder. Fast alles, was zum Leben notwendig war, konnte man im Dorf erhalten; die Produktion von Rindern, Schweinen und Geflügel sowie Milch, Käse und Butter deckte in der Hauptsache den Eigenbedarf der Haushalte; lediglich Gemüse und Obst wurde teilweise aus magyarischen und serbischen Nachbargemeinden importiert. Mit den umliegenden Städten wurden Waren, handwerkliche Dienstleistungen und Kulturgüter ausgetauscht. Die einzelnen Stände hatten ihre Vereine, die männliche und weibliche Jugend ihre Kameradschaften. Die Regeln der Dorfgemeinschaft waren für die Menschen verbindlich, aus ihnen schöpften sie ihre Identität. Daher gab es im Dorf klare soziale Hierarchien und eine starke gegenseitige Kontrolle, auch in der Drei-Generationen-Familie. Gleichzeitig halfen sich Nachbarn und Verwandte untereinander, etwa beim Hausbau oder bei der Ernte oder bei Hochzeiten. In ethnisch und/oder konfessionell gemischten Dörfern lebten die Bewohner gleicher Herkunft meist in bestimmten Gassen beieinander. Die Kulturinstitutionen in den Städten waren ethnisch ausgerichtet, die unterschiedlichen Konfessionen hatten ihre eigenen Kirchen und ihre eigenen Festtage. Mischehen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen waren infolge der sprachlichen und konfessionellen Grenzen eher selten. Der Dorfbürgermeister – meist aus dem Bauernstand und „Richter“ genannt – leistete mit dem Gemeinderat („Gericht“) und dem Gemeindevorstand die „Übersetzungsarbeit“ zur regionalen und staatlichen Außenwelt. Hierbei wurden sie von den sogenannten „Herrenleuten“ (*Herreleit*), den meist in das Dorf zugewanderten Lehrern, Ärzten, Apothekern und anderen Akademikern unterstützt. Dieses Gemeindeleitungssystem hatte den

<sup>1225</sup> Handwörterbuch I, 323-326, 252f.

Vorteil, dass kein übergemeindlicher parteipolitischer Streit zum Objekt dörflicher Politik werden konnte.<sup>1226</sup>

Die „Schwaben“ waren im Königreich Ungarn keine kompakte deutsche „Nationalität“ gewesen und hatten verschiedene Varianten „deutschungarischer“ Identitätsbildung entwickelt. Diese reichten von einem Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem „Vaterland“ Österreich über eine Affinität mit der deutsch-mitteuropäischen Kulturnation bis zu einem ungarisch-patriotischen Sonderbewusstsein. Immerhin dürften sich in Ungarn zwischen 1880 und 1910 etwa 500.000 Deutschsprachige an die ungarische Staatsnation assimiliert haben. Dies war für die meisten keine bewusste politische Entscheidung, sondern eher eine selbstverständliche Konsequenz ihres beruflich-sozialen Aufstiegs. Trotz dieser Akkulturation an die ungarische Sprache lebte die deutsche mundartliche Kommunikation im schwäbischen „Sozialmilieu“ Südungarns von der „Schwäbischen Türkei“ über die Batschka bis in den Banat fort. Erst nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert setzte unter diesen „Schwaben“ eine Massenpolitisierung und eine damit kombinierte nationale Identitätsbildung ein. Diese hatte aber mehr mit wirtschaftlicher und kultureller Existenzerhaltung zu tun, als mit moderner Nationalitätenpolitik. Vor allem die schwäbischen Mittelbauern – statistisch Besitzer mit 10 bis 50 Katastraljoch – suchten nach politisch-interessenmäßiger Selbstorganisation, die zur Gründung der Ungarländisch-Deutschen Volkspartei (UDVP) im Jahre 1906 führte. Hierbei setzte die UDVP-Führung um Edmund Steinacker und Ludwig Kremling einerseits auf die finanzielle und organisatorische Unterstützung durch völkisch-nationalistische Kreise im Deutschen Reich, vor allem auf den Alldeutschen Verband, andererseits auf den Belvedere-Kreis um den Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand. Dadurch wurde die UDVP aber keineswegs zur „fünften Kolonne“ des reichsdeutschen Imperialismus in Südosteuropa – wie es nach 1918 und vor allem nach 1945 behauptet wurde. Überdies fehlten ihr die Mehrheit der sozial aufgestiegenen großbäuerlichen Unternehmer, die Akademiker bäuerlicher Herkunft und die in industrielle Zentren abgewanderten Agrarproletarier, die jeweils auf ihre Weise zur Magyarisierung bereit waren. Es war vor allem der Assimilationsdruck im Schulwesen sowie in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, der eine große Versammlung von Schwaben in Werschetz am Jahresende 1905 die Wiedereinführung der deutschen Unterrichtssprache und die Garantie des Deutschen als Arme sprache fordern ließ. Trotz Solidarität mit rumänischen und serbischen Volksvertretern gelangte aber kein UDVP-Kandidat in den ungarischen Reichstag. Auch eine ungarndeutsche „Gemeinbürgerschaft“ blieb ein unerreichbares Fernziel.<sup>1227</sup>

<sup>1226</sup> Georg WILDMANN, Das Dorf Filipowa: Struktur einer donauschwäbischen agrarkulturellen Lebenswelt, in: Vladimir Mitrović – Christian Glass (Hgg.), *Zavičaj na Dunavu. Suživot Nemaca i Srba u Vojvodini. Daheim an der Donau. Zusammenleben von Deutschen und Serben in der Vojvodina* (Novi Sad – Ulm 2009) 130-141; SCHÖDL, *Donau*, 423.

<sup>1227</sup> Günter SCHÖDL, Zwischen Nationalisierung und Assimilation: Kollektive Identitätsbildung in der Vojvodina am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Vladimir Mitrović – Christian Glass, *Zavičaj na Dunavu. Suživot Nemaca i Srba u Vojvodini* (Novi Sad – Ulm 2009) 168-179; vgl. SCHÖDL, *Donau*, 366-370.

Als unter Ausnützung der militärischen Okkupation durch serbische und französische Truppen im Verlauf des Novembers 1918 eine regionale serbische Versammlung in Neusatz am 25. November 1918 den Anschluss des Banats, der Batschka und der Baranja an Serbien erklärte und eine rumänische Volksversammlung in Karlsburg (Alba Iulia) am 1. Dezember 1918 den Anschluss des Banats an Rumänien beschloss, lehnte ein „Schwäbischer Nationalrat“ am 8. Dezember 1918 in Temeschwar diese Forderungen ab und trat mit der Forderung nach einer Autonomie der südungarischen Gebiete innerhalb des Königreichs Ungarn auf. In manchen Städten und Dörfern entstanden aber auch „Deutschschwäbische Klubs“, die sich dem politisch-kulturellen Einfluss der Magyaren und der Magyarisierung entziehen wollten und sich dem Werben von rumänischer und serbischer Seite zugänglich zeigten. Die Mehrheit der schwäbischen Bevölkerung lehnte jedoch die Parole „Los von Ungarn“ ab. Ebenso erhob die deutsche Bevölkerung des Banats Protest gegen die auf der Pariser Friedenskonferenz beschlossene Dreiteilung des Gebietes. Aber die neuen Grenzen waren praktisch schon mit dem Waffenstillstand von Belgrad am 13. November 1918 vorweggenommen worden, lediglich Temeschwar und Werschetz lagen noch in einer neutralen Zone, während die Waffenstillstandslinie zwischen Ungarn und Serbien zwar südlich von Arad und Szeged, aber nördlich von Subotica, Baja, Pécs und Barcs verlief.<sup>1228</sup>

Bereits auf der ersten (außerordentlichen) Sitzung des erweiterten Rates der Stadt Neusatz am 25. Februar 1919, an der neben Serben auch Magyaren und Deutsche teilnahmen, gaben die Vertreter des deutschen Bürgertums folgende Erklärung ab:

„Wir können nicht zulassen, dass wir im Namen der deutschen Einwohnerschaft nicht die aufrichtigste Dankbarkeit an die Novi Sader Serben und den Volksausschuss entrichten für die erwiesene große Hilfe während der Revolution der Novembertage [1918, Erg. Suppan] und das gewissenhafte Handeln, welches die Sicherheit der Person und des Eigentums in vollem Sinn des Wortes bewahrte.“<sup>1229</sup>

Die Eingliederung der Südostecke der Baranja, des Großteils der Bačka, des Westteils des Banats sowie Ostslawoniens und Syrmiens in das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen bedeutete dennoch die ungefragte Eingliederung von jeweils etwa 450.000 Donauschwaben und Magyaren. Nicht nur die ungarische Volkszählung von 1910, sondern auch die erste jugoslawische Volkszählung von 1921 zeigen sehr deutlich, dass die Grenzziehung von Trianon auch in den südungarischen Gebieten kaum nach den ethnischen Mehrheitsverhältnissen und dem nationalen Selbstbestimmungsrecht vorgenommen wurde. Daher war es

<sup>1228</sup> PETRANOVIĆ – ZEČEVIĆ, *Jugoslavija 1918/1988*, 127; WEHLER, *Nationalitätenpolitik*, 26f.; *Documents Diplomatiques Français sur l'histoire du Bassin des Carpathes 1918-1932*, ed. par Magda Ádám, György Litván, Mária Ormos (Budapest 1993) carte No. 1.

<sup>1229</sup> AJ, F br. 336, fasc. br. 17, zitiert nach: Agneš OZER, *Beitrag der Deutschen zur Entwicklung des Neusatzter Bürgertums im 18. und 19. Jahrhundert*, in: Vladimir Mitrovic – Christian Glass (Hgg.), *Zavičaj na Dunavu. Suživot Nemaca i Srba u Vojvodini. Daheim an der Donau. Zusammenleben von Deutschen und Serben in der Vojvodina* (Novi Sad – Ulm 2009) 162-167.

nicht überraschend, dass sich bedeutende Teile der schwäbischen und magyrischen Bevölkerung – vor allem ihre Ober- und Mittelschicht – mit ihrer neuen Rolle als nationale Minderheiten unzufrieden gaben. Da der neue jugoslawische „Nationalstaat“ von seinen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst die Beherrschung der serbo-kroatischen Staatssprache verlangte, verließen in den ersten Nachkriegsjahren zwischen 40.000 und 55.000 Angehörige der Ungarisch sprechenden Mittelschicht – vor allem Beamte und Angestellte der allgemeinen Verwaltung, der Eisenbahn- und Postverwaltung sowie Richter, Staatsanwälte, Notare, Gymnasialprofessoren und Lehrer mit ihren Familien – die ehemals süd-ungarischen Gebiete der Baranya, Batschka und des Banats. Zusätzlich dürften etwa 30.000 deutschsprachige Personen, also Donauschwaben und Untersteirer, nach Österreich bzw. nach Übersee – vor allem in die USA – emigriert sein.<sup>1230</sup>

Noch zur Zeit der schwierigen Schlussverhandlungen um den Friedensvertrag von Trianon ergriff eine kleine Gruppe schwäbischer Akademiker, die meist der jüngeren Generation angehörten, die Initiative, führte erfolgreiche Verhandlungen mit der Provisorialregierung in Neusatz und der Staatsregierung in Belgrad und gründete am 20. Juni 1920 in Neusatz den „Schwäbisch-Deutschen Kulturbund“. Die für das gesamte Staatsgebiet bewilligten Satzungen enthielten als wesentliche Ziele der Vereinstätigkeit die Pflege der Volkstumsüberlieferung, die Verbreitung von Büchern, Kunstwerken, Musikalien und Filmen, die Einrichtung und Förderung von Bibliotheken, die Veranstaltung von Vorträgen und künstlerischen Darbietungen, die Ausbildung deutscher Lehrer und Geistlicher sowie die Förderung der sozialen Fürsorge und wirtschaftlicher Einrichtungen. Zwar lehnten streng katholische Kreise den Kulturbund anfänglich ab, da sie hinter diesen Zielsetzungen auch lutherische Tendenzen vermuteten – von den Schwaben waren knapp vier Fünftel katholisch, knapp ein Fünftel evangelisch und 3 % reformiert –, dennoch gelang es den Hauptinitiatoren Johann Keks, Georg Grassl, Stefan Kraft und Peter Heinrich schon bis 1924, in der Vojvodina und in Syrmien 128 Ortsgruppen mit insgesamt 55.000 Mitgliedern aufzubauen – somit eine beispiellose kulturpolitische Mobilisierung einer bis 1918 nur ansatzweise politisierten Volksgruppe. Der parallele Aufbau des deutschen Genossenschaftswesens und der Erfolg bei den Parlamentswahlen 1923 nützte natürlich auch der Vereinstätigkeit, so dass – verknüpft durch Integrationsfiguren wie Dr. Kraft – in wenigen Jahren ein schwäbisches politisch-wirtschaftlich-kulturelles Beziehungsgeflecht entstehen konnte. Dazu gehörte auch eine Reihe von Zeitungen und Zeitschriften wie das *Deutsche Volksblatt* in Neusatz (seit 1919), die *Neue Zeit* in Groß-Betschkerek, der *Werschetzer Gebirgsbote*, das *Weißkirchener Volksblatt*, die *Batschkaer Zeitung* in Apatin und der *Slawonische Volksbote* in Esseg.<sup>1231</sup>

<sup>1230</sup> CALIC – PAZMANDL, Migration, 211-235; JANJETOVIĆ, Deca careva, 74.

<sup>1231</sup> ANNABRING, Volksgeschichte, 10-12, 21-28; WEHLER, Nationalitätenpolitik, 26-28; vgl. JOHANN KEKS, Die Arbeit des Kulturbundes (Neusatz 1937). In der Vojvodina erschienen auch zwei jüdische Zeitungen in deutscher Sprache. – BETHKE, Die Deutschen, 199.

Der Kulturbund konnte zwar in Slawonien, Kroatien und Slowenien vorerst nicht Fuß fassen, erweckte aber dennoch Misstrauen und Neid in Belgrader Regierungskreisen, im Besonderen bei Innenminister Pribičević, der schon im April 1924 den Kulturbund auflösen und sein gesamtes Vermögen beschlagnahmen ließ. Als offizielle Begründung führte er die angebliche Unterdrückung der slowenischen Minderheit in Kärnten an, wesentlicher aber dürfte das Schwanken der deutschen Abgeordneten zwischen den serbischen Radikalen und den serbischen Demokraten in der *Skupština* gewesen sein. Trotz formeller Aufhebung der Vereinsauflösung im Oktober 1924 blieb das Vermögen des Kulturbundes bis 1927 konfisziert, so dass erst mit der Neuzulassung in diesem Jahr eine zweite Organisationsphase einsetzen konnte. Die vor allem auf die Vojvodina beschränkte Vereinsarbeit nützte neuerlich die guten Beziehungen einiger deutscher Abgeordneten nach Belgrad, während die zur Belgrader Regierung in scharfer Opposition stehende Kroatische Bauernpartei der „Partei der Deutschen“ wie dem Kulturbund zu große Nähe zu den großserbischen Parteien vorhielt.<sup>1232</sup>

Verbunden mit der 100-Jahr-Feier der Ansiedlung in diesem Gebiet, wurde die Tätigkeit des Kulturbundes auf einer feierlichen Sitzung im syrmischen Indija am 6. Juni 1927 erneuert. Bei Anwesenheit auch von deutschen Gesangsvereinen aus Marburg, Cilli, Pettau und der Gottschee löste Johann Keks den Neusatzer Kaufmann Josef Menrath als Obmann des Kulturbundes ab, und in den Bundesausschuss wurden auch Deutsche aus Slowenien und Bosnien aufgenommen. Im selben Jahr konnten 29 Ortsgruppen wieder aktiviert werden, 1928 folgten weitere 22, 1929 nur mehr 13. Denn auf Grund des „Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und der Neuordnung im Staat“ vom Jänner 1929 musste auch der Kulturbund ein neuerliches Gesuch um Bewilligung seiner Satzungen einreichen. Nachdem im Juli desselben Jahres amtlicherseits Satzungsänderungen verlangt wurden – so die Verwendung der Staatssprache im Amts- und Geschäftsverkehr (was den Minderheitenschutzbestimmungen widersprach!) – und der Kulturbund am 15. Oktober 1929 überarbeitete Satzungen vorgelegt hatte, musste er auf die Genehmigung bis zum 14. April 1931 warten. Begünstigt vom neuen minderheitenpolitischen Klima, gelang dem „Schwäbisch-Deutschen Kulturbund“ – nach der am 14. April 1931 erfolgten Neugenehmigung seiner Satzungen – ein zügiger Auf- und Ausbau seiner Organisationsstruktur: So bestanden am 31. Oktober 1934 bereits 129 Ortsgruppen, davon 34 im Banat, 39 in der Batschka, 40 in Syrmien, Slawonien und Kroatien, 3 in der Baranja, 10 in Slowenien und 3 im Verwaltungsgebiet von Belgrad (je 1 in Belgrad, Semlin und Pantschowa).<sup>1233</sup>

Die Sozial- und Besitzstruktur der mit dem Friedensvertrag von Trianon an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen angeschlossenen deutschen Bevölkerung der Baranja, der Batschka, des Banats, Syrmiens und Ost-Slawoniens ver-

<sup>1232</sup> Stenografske beleške Narodne skupštine 1923/24, I, 464-466, 891-898, II, 292-295, 359-362; BIBER, Nacizem, 34, 317; GRENTRUP, Deutschtum, 330.

<sup>1233</sup> PLAUTZ, Volksgemeinschaft, 37-42; BIBER, Nacizem, 34.

änderte sich im Vergleich zur Lage unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg nur wenig. Allerdings veränderte sich die nationale Struktur im Großgrundbesitz: In der Batschka standen nun die Deutschen mit 27,94 % an der Spitze, gefolgt von den Serben mit 23,70 % und den Magyaren mit nur mehr 20,45 %, während 19,10 % in den öffentlichen Besitz übergingen; in der Baranja wurde nach den Bodenreformen 52,70 % des Großgrundbesitzes öffentlicher Besitz, nur mehr 14,20 % blieb magyarisch, 13,87 % kroatisch und 12,73 % deutsch, während der serbische Großgrundbesitz nicht mehr als 5,88 % erreichte; im Banat hingegen führte jetzt der serbische Großgrundbesitz mit 36,19 %, gefolgt vom öffentlichen mit 22,47 %, dem deutschen mit 19,73 %, dem rumänischen mit 16,58 % und dem magyarischen mit 13,18 %. Nach einer jugoslawischen Statistik aus dem Jahre 1938 über den gesamten Grund und Boden in der Vojvodina gehörten nun serbischen Besitzern 42,38 % (= 1.210.090 Katastraljoch) des Landes, deutschen 23,22 % (663.572 Kj.), magyarischen 14,12 % (403.626 Kj.), rumänischen 5,18 %, slowakischen 3,48 %, bunjewatzischen 3,12 %, kroatischen 2,24 %, jüdischen 1,16 % und rusinischen 0,86 %. Die jugoslawischen Agrarreformen trafen also wesentlich mehr den magyarischen Großgrundbesitz als den deutschen Mittelgrundbesitz, nur etwa 1/20 des großbäuerlichen deutschen Besitzes ging in serbische Hände über. Allerdings gingen die deutschen Landarbeiter bei der Bodenaufteilung leer aus, so dass nun die Zahl der südslawischen Klein- und Zwergbauern in der nunmehrigen Vojvodina deutlich zunahm. Da aber der serbische Bauer weniger Neigung zur Bestellung der schweren Böden und zum anstrengenden Anbau großer Flächen von Weizen und Mais zeigte, dafür lieber den leichteren Gemüseanbau betrieb, konnten die Schwaben viele durch die Agrarreformen verloren gegangene Grundstücke wieder durch Kauf oder Pacht zurückgewinnen und errichteten nicht wenige „Sallasche“ (= Meierhöfe) in benachbarten südslawischen Gemeinden. Für die Bebauung der großen Flächen standen freilich den deutschen Großbauern immer weniger deutsche Landarbeiter zur Verfügung, da viele von diesen um 1920 die Auswanderung nach Übersee gewählt hatten. Diese Entwicklung zwang wiederum die größeren deutschen Grundbesitzer zu einer raschen Mechanisierung ihrer Betriebe. Allerdings nahm die Steuerpolitik der jugoslawischen Regierungen darauf wenig Rücksicht und pflanzte auf die alten ungarischen Steuern die neuen serbischen auf, so dass die Steuern in der Vojvodina die höchsten in ganz Jugoslawien wurden.<sup>1234</sup>

Die schwäbische Industrie profitierte andererseits von der jugoslawischen Schutzzollpolitik. Das galt in den ersten Nachkriegsjahren besonders für die

<sup>1234</sup> HWB I, 281f., 336-339; vgl. DAMMANG, Deutsche Landwirtschaft (1931); BANAC, National Question, 224f. Nach einer anderen jugoslawischen Statistik aus den 1930er Jahren besaßen in der Batschka die Serben lediglich 26,79 % des Landes, die Deutschen aber 30,80 % und die Magyaren 27,70 %, im Banat die Serben 43,88 %, die Deutschen 19,73 %, die Rumänen 16,58 % und die Magyaren 13,18 % und in der Baranja die Serben nur 11,80 %, die Kroaten 20,80 %, aber die Magyaren 34,40 % und die Deutschen 21,40 %. – AVII, pop. 17, k. 94, f. 18, d. 1, zitiert nach: JANJETOVIĆ, Deca careva, 147f.

Mühlenindustrie, solange Österreich, der Hauptabnehmer von Weizenmehl, noch keine eigene Mühlenindustrie aufgebaut hatte. Die 1926 zur Hanfbau- und Verwertungsgenossenschaft zusammengeschlossenen deutschen Bauern erwarben in Gemeinschaft mit der Agramer Ersten Kroatischen Sparkasse AG die Vukovarer Hanffabrik und Spinnerei AG, die im Zuge der Agrarreform als Nebenbetrieb eines Großgrundbesitzes stillgelegt worden war. Auch in Apatin und Batschentsivan arbeiteten mehrere Hanffabriken überwiegend für den Export. Deutsche Unternehmer besaßen ferner Ziegeleien, Sägewerke und Schiffswerften, eine Hut- und Kappenfabrik in Maria-Theresiopel, eine Herrenkonfektionsfabrik in Tschervenka, eine Zementfabrik in Zenta, zwei Möbelfabriken in Neusatz, je eine Papierwarenfabrik in Maria-Theresiopel und Bezdan, eine Großbrauerei in Apatin, eine Kunstblumen- und eine Weinessigfabrik in Neusatz. Die Banater Schwaben schlossen sich 1929 zur „Südbanater Weinverwertungsgenossenschaft“ mit Sitz in Werschetz zusammen und errichteten in Wien ein eigenes Lager. In Werschetz und Groß-Kikinda besaßen die Deutschen große Mühlen, ebendort eine Dampfziegelei und Kettenfabrik. Eine Möbelfabrik in Pantschowa, eine Hanffabrik in Billed und eine Zuckerfabrik in Groß-Betschkerek befanden sich ebenfalls in Händen deutscher Unternehmer.<sup>1235</sup>

Das vor dem Weltkrieg von Temeschwar aus aufgebaute deutsche Genossenschaftswesen in Südungarn musste nach 1918 unter völlig neuen Absatzbedingungen neu gestaltet werden. Der 1920 gegründete Kulturbund begann mit Beratung und Aufklärung der Bauern, bald auch mit der Organisation gemeinsamen Warenbezuges. Zum wesentlichsten wirtschaftlichen Rückgrat der schwäbischen Bauern entwickelte sich die am 1. Oktober 1922 ebenfalls in Neusatz gegründete Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft m.b.H. „Agraria“, die mit Hilfe der Sparstockwirtschaft das notwendige billige Betriebskapital für die Ortsgenossenschaften bereitzustellen begann. Im Jahre 1927 wurde die „Agraria“ in eine Warenzentrale und in die „Landwirtschaftliche Zentral-Darlehenskasse“ geteilt, die bereits im selben Jahr 76 örtliche Kreditgenossenschaften mit über 6000 Mitgliedern zusammenfasste. Unter der energischen Leitung der schwäbischen Politiker Stefan Kraft und Johann Keks erreichte die Zentral-Darlehenskasse 1934 bereits 332 Ortsgenossenschaften mit 45.000 Mitgliedern, darunter mehrheitlich Landwirte, aber auch Handwerker, Arbeiter, Lehrer und Geistliche. Als weitere Zentralgenossenschaften entstanden noch in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre die „Schweinezucht- und Verwertungsgenossenschaft“, der Verband deutscher Viehzuchtgenossenschaften „Selektor“ und die Zentralgenossenschaft für Geflügelzucht „Avis“. Vor allem ihrem starken Genossenschaftswesen hatten es die Schwaben zu verdanken, dass sie die schwierigen Jahre der Weltagrarkrise und der Weltwirtschaftskrise zwischen 1928 und 1934 relativ unbeschadet überstanden.<sup>1236</sup>

<sup>1235</sup> HWB I, 282, 338; PAIKERT, Danube Swabians, 265.

<sup>1236</sup> WEHLER, Nationalitätenpolitik, 18f., 110f.; vgl. WUESCHT, Demographische Verhältnisse (1954); ANNABRING, Volksgeschichte (1955).

Die Zentralgenossenschaften strahlten auch stark nach Syrmien und Ost-Slawonien aus und sorgten damit für einen bis 1918 nicht bestehenden Zusammenschluss der Schwaben in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Die Syrmien- und Slawonien-Deutschen hatten zwar ebenfalls in der Landwirtschaft ihren bedeutendsten Erwerbszweig, lebten aber zu etwa 50 % in Landstädten wie Semlin, Indija, Ruma, Sremska Mitrovica, Vukovar, Vinkovci und Esseg. In diesen wirkten sie auch als Industrielle und Gewerbetreibende, Kaufleute und Händler, Freiberufler, Angestellte und Beamte, nicht zuletzt als Arbeiter und Tagelöhner. Somit hatten die Schwaben in ihrem gesamten Siedlungsgebiet in Jugoslawien eine differenziertere, modernere Sozialstruktur entwickelt als die benachbarten Staatsnationen der Serben und Kroaten, natürlich auch im Vergleich zu den anderen Minderheiten wie den Magyaren, Rumänen, Slowaken, Tschechen, Rusini und Ukrainern. Die starke Stellung der Schwaben als groß- und mittelbäuerliche Gesellschaft einerseits, als Gewerbetreibende und Handwerker andererseits verschaffte ihnen sowohl zunehmenden Respekt bei den mitwohnenden Nationen und Nationalitäten als auch ein zunehmendes Selbstbewusstsein, das sich umso deutlicher in politischen Forderungen artikulierte, je mitgliederstärker die schwäbischen Organisationen wurden und je intensiver sich die Beziehungen zu Deutschland gestalteten.<sup>1237</sup>

Aufschlussreich war auch der Anteil der Besitzlosen an der jeweiligen nationalen Gesellschaft bzw. die nationale Gliederung der Besitzlosen vor Durchführung der Bodenreformen. So waren nach der jugoslawischen Volkszählung 1921 in der jugoslawischen Batschka von den 260.988 Magyaren 23.863 (= 9,14 %) besitzlos, von den 246.598 Serben und Kroaten (inkl. Bunjevci und Šokci) 18.699 (= 7,58 %) und von den 173.796 Deutschen 10.475 (= 6,02 %). Die nationale Aufteilung der Besitzlosen lautete: 41,41 % Magyaren, 22,68 % Serben, 18,18 % Deutsche, 9,77 % Kroaten und Bunjevci, 5,47 % Slowaken und 2,38 % Rusini und Russen.<sup>1238</sup>

Nach dem Vorbild der serbischen Verfassung von 1903 und unter Anlehnung an das französische Modell wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen als zentralistisch geführte Monarchie mit beschränktem Parlamentarismus und ohne Autonomien für die Provinzen eingerichtet. Daher ließ Innenminister Pribičević schon ab 7. Jänner 1919 die Regionalverwaltungen schrittweise auflösen und den österreichisch-ungarischen Verwaltungsapparat ablösen. An die Stelle der bisherigen ungarischen Komitatsverwaltung trat in der Vojvodina die direkt von Belgrad eingesetzte Verwaltung der *oblasti*, mit einem vom König ernannten *načelnik* an der Spitze. Auf Grund der aus nationalpolitischen Motiven weitgehend ahistorischen Verwaltungseinteilung vom 26. April 1922 wurden die Baranja und die westliche Batschka zusammengefasst (mit dem Hauptort Novi Sad), die östliche Batschka und der westliche Banat (mit dem Hauptort Beograd),

<sup>1237</sup> Vgl. WUESCHT, Jugoslawien (1969); WINKLER, Statistisches Handbuch (1927).

<sup>1238</sup> Slavko ŠEĆEROV, *Socijalno agrarni odnosi u Bačkoj pred izvođenje reforme* (Beograd 1929) 119, 125; JANJEVIĆ, *Deca careva*, 148f.

der östliche Banat mit dem Gebiet südlich von Belgrad (Hauptort Smederevo); Syrmien wurde die eigene *oblast* Srem (mit dem Hauptort Vukovar). Mit der neuen Verwaltungseinteilung vom 3. Oktober 1929 wurde ein Donau-Banat (*Dunavska Banovina*) mit dem Hauptort Novi Sad geschaffen, zu dem freilich nicht nur die Baranja, die Batschka, der Banat und der Ostteil Syrmiens gehörte, sondern auch das serbische Gebiet zwischen Smederevo und Kragujevac; mit dem Gesetz vom 28. August 1931 wurden dem Donau-Banat noch Teile Syrmiens mit Šid angeschlossen – auf Kosten des im Wesentlichen das alte Kroatien-Slawonien (ohne Syrmien) umfassenden Save-Banats (*Savska Banovina*). Die beiden von einer starken deutschen Minderheit bewohnten Städte Semlin und Pantschowa wurden der Region Groß-Belgrad angeschlossen.<sup>1239</sup>

Auch hinsichtlich des Wahlrechtes wurden die Schwaben – wie alle anderen Minderheiten – vorerst benachteiligt. Bei den Parlaments- und Gemeinderatswahlen 1920 waren die Deutschen, Magyaren und Juden vom Wahlrecht überhaupt ausgeschlossen, dies mit der Begründung, dass das Optionsrecht für eine fremde Staatsbürgerschaft noch nicht abgelaufen sei.<sup>1240</sup> Das bedeutete, dass in der verfassunggebenden Nationalversammlung weder deutsche noch magyrische Abgeordnete vertreten waren. Die am 17. Dezember 1922 in Hatzfeld (dem seit 1923 an Rumänien abgetretenen Jimbolia) gegründete „Partei der Deutschen im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ errang jedoch bei ihrem ersten Antreten zu den Parlamentswahlen am 18. März 1923 bereits 43.415 Stimmen und acht Mandate: Handelsakademieprofessor Peter Heinrich und Gerichtsrat Wilhelm Neuner im Wahlkreis Velika Kikinda–Veliki Bečkerek, Rechtsanwalt Simon Bartmann im Wahlkreis Pančevo–Bela Crkva, Rechtsanwalt Hans Moser und Gymnasialprofessor Josef Täubel im Wahlkreis Novi Sad, Verlagsdirektor Stefan Kraft und Senior Samuel Schumacher im Wahlkreis Sombor–Baranja und Redakteur Franz Schauer im Wahlkreis Maribor–Celje. Der Landwirt Paul Hauk und der Kaufmann Jakob Schoblocher – beide aus Vukovar – kandidierten für die Kroatische Bauernpartei und errangen je ein Mandat im Wahlkreis Županja–Srem. Obwohl Stefan Kraft bei den Parlamentswahlen am 8. Februar 1925 ein Mandat im Wahlkreis Pančevo–Bela Crkva, also im südlichen Banat, gewann und der Pädagoge, Jurist und Redakteur Georg Grassl im Wahlkreis Sombor–Baranja für ihn nachrückte, fiel die Partei der Deutschen mit 45.172 Stimmen auf fünf Mandate zurück, da sie sowohl im Wahlkreis Maribor–Celje als auch in den Wahlkreisen Velika Kikinda–Veliki Bečkerek, Novi Sad und Sombor–Baranja je ein Mandat verlor. Dazu mag auch die Härte

<sup>1239</sup> BOBAN, *Hrvatske granice*, 23-37.

<sup>1240</sup> Nach Artikel 80 des Vertrages von Saint-Germain und Artikel 64 des Vertrages von Trianon waren jene Personen, die in einem Gebiete, das früher zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehört hat, heimatberechtigt und nach „Rasse“ [gemeint ist Ethnos, Anm. Suppan] und Sprache von der Mehrheit der Bevölkerung verschieden waren, berechtigt, innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages zugunsten Österreichs oder Ungarns, ferner in beiden Fällen für Italien, Jugoslawien, Polen, Rumänien oder die Tschechoslowakei zu optieren. – Ernst FLACHBARTH, *System des internationalen Minderheitenrechtes* (Budapest 1937) 193.

der Wahlauseinandersetzung beigetragen haben, die nicht nur Wahlbehinderungen, sondern auch „Bedrohungen an Leib und Leben, Freiheit und Eigentum“ sowie tatsächliche Gewaltanwendung – so gegenüber Dr. Kraft – beinhaltete. Der serbische Innenminister Boža Maksimović hatte im Verlauf der Auseinandersetzung Wahlterror als „Mittel zur Drosselung der Minderheiten“ akzeptiert. Die fairsten Parlamentswahlen – im Übrigen die letzten freien jugoslawischen Wahlen bis zum Jahre 1990 (!) – waren die vom 11. September 1927, nachdem der serbische Ministerpräsident Vukičević die Behörden aufgefordert hatte, die Wähler „in wohlwollender Weise zu beraten“. Die Partei der Deutschen erreichte mit 48.032 Stimmen sechs Mandate, davon 15.429 Stimmen und drei Mandate (Kraft, Schumacher, Grassl) in der nordwestlichen Batschka und in der Baranja, 6605 Stimmen und zwei Mandate (Bartmann, Moser) im unteren Banat und 8171 Stimmen und ein Mandat (Neuner) im oberen Banat. Hingegen reichten weder die 6125 Stimmen in der unteren Batschka, noch die 4311 Stimmen in Syrmien, noch die 5790 Stimmen in der Untersteiermark für ein Mandat – hier fehlten ganze 112 Stimmen. Somit war die Fraktion der deutschen Abgeordneten jedenfalls zu klein, um in Belgrad selbständig Politik machen zu können; das zwang sie zur laufenden Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Regierungsblock.<sup>1241</sup>

Nach der vierten Skupština-Wahl gab es am 6. November 1927 die ersten Gemeinderatswahlen im Banat, der Batschka und der Baranja. Bald nach Ende des Ersten Weltkrieges hatte Belgrad überwiegend serbische Verwaltungskommissäre, Gemeindefunktionäre und Kollegien eingesetzt, die in selbstherrlicher Weise erhöhte Gemeindeumlagen einhoben, neue „Taxen“ einführten und immer wieder „Sammlungen“ durchführen ließen, über deren Verwendung nie Rechenschaft abgelegt wurde. Obwohl die Donauschwaben in über 80 Gemeinden die absolute und in weiteren 10 die relative Mehrheit besaßen, wurden ihnen meist ortsfremde serbische Beamte vorgesetzt. Erst als die Gemeinderatswahlen 1927 nach serbischem Wahlrecht die allgemeine, gleiche und unmittelbare Wahl der Gemeindefunktionäre umsetzten, konnte die Partei der Deutschen in der Lokalverwaltung selbständiger auftreten. Freilich setzte sich 1929 die Königsdiktatur wieder mit der Ernennung von Regierungskommissären durch. Die Königsdiktatur verbot 1929 die Tätigkeit aller Parteien, die in erster Linie auf der Grundlage einer Nationalität aufgebaut waren, und auch nach der neuen Verfassung vom 3. September 1931 sowie dem Vereinsgesetz vom 19. September 1931 blieben Parteien, die die Interessen einer Nationalität vertraten, verboten. Kandidaten der wahlwerbenden Gruppen für die Parlamentswahl vom 8. November 1931 durften

<sup>1241</sup> Karl BRAUNIAS, Das parlamentarische Wahlrecht der europäischen Staaten und die nationalen Minderheiten, 3. Teil, in: Nation und Staat 1/9 (Wien 1928) 634f.; Mads Ole BALLING, Von Reval bis Bukarest. Statistisch-Biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1945, Bd. II (Kopenhagen/København 1991) 529-559; Georg GRASSL, Die Deutschen im südslawischen Wahlkampf, in: Nation und Staat 1/2 (1927) 104; Statistika izbora narodnih poslanika Kraljevine SHS održanih 11. septembra 1927, hg. von Laza M. Kostić (Beograd 1928); JANJETOVIĆ, Deca careva, 182-196.

weder regional noch stammespolitisch, noch konfessionell beschränkt sein und mussten zumindest in der Hälfte der administrativen Bezirke, also in 183 von 364, vertreten sein. Von den auf der Einheitsliste Živković aufgestellten deutschen Kandidaten wurde lediglich Stefan Kraft im Wahlkreis Kula gewählt, während Georg Grassl am 9. Jänner 1932 vom König in den Senat berufen wurde, dem er bis 1941 angehörte. – Erst am 3. April 1940 folgte ihm auch der evangelische Landesbischof Philipp Popp. – Als im Jänner 1932 im Wahlkreis Palanka in der südlichen Batschka der Regierungskandidat Gideon Djundjerski zurücktrat, rückte der deutsche Großkaufmann Othmar Ressely aus Palanka nach, der im Wahlkampf gegen den offiziellen deutschen Kandidaten Moser aufgetreten war. Bereits im November desselben Jahres verzichtete Ressely wegen Schließung deutscher Bürgerschulen auf sein Mandat, und der Verifikationsausschuss der *Skupština* berief nun den nächsten Listenkandidaten Hans Moser. Schließlich rückte Anfang Februar 1935 Hans Arko, ein Rechtsanwalt aus der Gottschee, für den slowenischen Abgeordneten Ivan Pucelj nach, als dieser zum Minister ernannt wurde. Gab es somit am Ende der IV. Wahlperiode wieder drei deutsche Abgeordnete im Belgrader Parlament, so wurden bei der Wahl im Juni 1935 dennoch nur zwei deutsche Abgeordnete auf der Liste der „Jugoslawischen Nationalpartei“ ins Parlament gewählt, Stefan Kraft im Wahlkreis Kula und der Arzt Michael Kasper im Wahlkreis Apatin; Georg Grassl wurde neuerlich zum Senator ernannt. Alle drei Mandatsträger schlossen sich im August 1935 der neuen Regierungspartei „Jugoslawische Radikale Gemeinschaft“ unter Ministerpräsident Stojadinović an. In der VI. *Skupština* zwischen 1939 und 1941 waren die Deutschen schließlich durch den Fabrikanten Johann Ertl aus Hodschag, den Redakteur Franz Hamm aus Neusatz und den LBA-Professor Josef Trischler aus Neu-Werbaß vertreten.<sup>1242</sup>

Nach der ungefragten Zuteilung an Jugoslawien sahen sich die Schwaben gezwungen, ein neues nationales Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln. Die neue, serbisch dominierte provisorische Provinzialregierung in Neusatz kam diesen schwäbischen Bestrebungen insofern entgegen, als sie die neue deutsche Minderheit möglichst rasch dem bisherigen magyarischen Einfluss entziehen wollte, auch um ein Gegengewicht zu einer befürchteten magyarischen Irredenta aufzubauen. So gehörte es zu den ersten Maßnahmen der serbischen Verwaltung im März 1919, an allen Schulen mit einer Mehrheit an schwäbischen Kindern die bisher ungarische durch die deutsche Unterrichtssprache zu ersetzen. Ebenso wurden an den staatlichen Gymnasien in Neu-Werbaß, Neusatz, Pantschowa und Werschetz deutsche Parallelklassen eröffnet, in Hatzfeld die Errichtung eines privaten deutschen Realgymnasiums gestattet. Als auch noch Parallelklassen mit deutscher Unterrichtssprache am staatlichen Gymnasium in Groß-Betschkerek eröffnet wurden, umfasste das deutschsprachige Schulwesen in der Wojwodina im

<sup>1242</sup> Die Lage. Die Gemeindewahlen in der südslawischen Wojwodenschaft und die Deutschen, in: Nation und Staat 1/6 (1928) 435-437; BALLING, Von Reval, 536f., 544, 554, 557; JANJETOVIĆ, Deca careva, 197-213.

Schuljahr 1923/24 193 Schuleinheiten mit 561 Klassen und 26.091 Schülern, was im Vergleich zum letzten ungarischen Schuljahr 1917/18 eine wesentliche Verbesserung des Schulunterrichtes in deutscher Sprache darstellte.<sup>1243</sup>

Aber Unterrichtsminister Pribičević, ein serbischer Zentralist aus Kroatien, hatte schon im Sommer 1922 schwerwiegende Slawisierungsmaßnahmen eingeleitet. Mit der Verstaatlichung aller Privatschulen wurden die Schulgebäude, die gesamten Schuleinrichtungen sowie selbst die Grundstücke, deren Erträge zur Bezahlung der Lehrergehälter verwendet worden waren, entschädigungslos enteignet – eine Maßnahme, die dem vom Königreich SHS Ende 1919 unterzeichneten Minderheitenvertrag völlig widersprach.<sup>1244</sup> Von nun an gab es nur noch serbische, kroatische und slowenische Schulen, an denen auf Antrag der Erziehungsberechtigten von mindestens 30 Schülern eine Parallelabteilung in der Sprache einer Minderheit eingerichtet werden konnte. Der Zugang zu einer solchen Parallelabteilung war aber nicht nur an den Wunsch der Erziehungsberechtigten geknüpft, sondern auch an eine behördliche „Namensanalyse“: Auf der Basis von Verordnungen aus den Jahren 1923 und 1925 musste jedes Kind mit einem slawischen Familiennamen, oft auch dann, wenn nur ein Großelternanteil einen slawischen Namen trug, in eine slawische Schule eingewiesen werden, einerlei, ob dieses Kind der serbo-kroatischen oder slowenischen Sprache überhaupt mächtig war. Auf diese Weise wurden auch in fast ausschließlich schwäbischen Dörfern slawische „Stammklassen“ zur Parallelabteilung der dörflichen Mehrheit geschaffen. Wesentlichstes Argument der südslawischen Seite war die nur im Einzelfall überprüfbare Behauptung, dass die unter ungarischer und österreichischer Verwaltung magyarisierten oder germanisierten Slawen wieder ihrem ursprünglichen Volkstum zugeführt werden müssten. Konsequenterweise verwehrten die serbischen Behörden Kindern mit deutsch klingenden Familiennamen den Besuch ungarischer Schulen.<sup>1245</sup>

Trotz zahlreicher Proteste der deutschen Abgeordneten blieben diese Verordnungen in der Vojvodina bis zum Herbst 1927 aufrecht, in vielen von Deutschen bewohnten Gemeinden in Syrmien blieben Gesuche auf Eröffnung von Parallelabteilungen einfach unerledigt. Erst mit Erlass vom 31. Oktober 1927 wurden

<sup>1243</sup> Georg GRASSL, Das Schulwesen der Deutschen in Südslawien, in: Nation und Staat 1 (1928) 794f.; JANJETOVIĆ, Deca careva, 227-229; Josef Volkmar SENZ, Das Schulwesen der Donauschwaben in Jugoslawien (Münster 1969) 212f., hielt fest, dass es im Komitat Bács-Bodrog vor 1918 für 190.000 Deutsche nur 18 Grundschulen mit deutscher Unterrichtssprache gegeben habe.

<sup>1244</sup> Der Artikel 8 des Minderheitenvertrages vom 10. September 1919 lautete: „Die serbisch-kroatisch-slowenischen Staatsangehörigen, die zu einer nationalen, religiösen oder sprachlichen Minderheit gehören, sollen [...] insbesondere ein gleiches Recht haben, auf ihre Kosten [...] Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu leiten und zu beaufsichtigen und in ihnen ihre Sprache frei zu gebrauchen und ihre Religion frei auszuüben.“ – Ivan ŽOLGER, Die Verfassung Jugoslawiens, in: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart XI (1922) 182-217; SUPPAN, Jugoslawien, 765-778.

<sup>1245</sup> GRASSL, Schulwesen, 797-799; WEHLER, Nationalitätenpolitik, 23, 113; BETHKE, Die Deutschen, 199.

die Behörden im Banat, in der Batschka und der Baranja von Unterrichtsminister Kosta Kumanudi angewiesen, die Schuleinschreibungen der Kinder „nach ihrer Nationalität, der Sprache, die sie sprechen, und außerdem auch nach der Erklärung der Eltern“ vorzunehmen. Freilich hielten sich die subalternen Schulbehörden auch weiterhin nicht immer daran, wenn auch die Praxis in der Vojvodina eine bessere war als in Slowenien und in Slawonien, wo die Aufhebung der „Namensanalyse“ nur verzögert erfolgte. Der deutsche „Schulsprecher“ Grassl beklagte nicht zuletzt diese Rechtsunsicherheit:

„Diese Verordnungen sind nur zum Teil im Amtsblatt kundgemacht und werden von dem einen Minister erlassen, von dem anderen zurückgezogen, ja es ist mehr als einmal geschehen, dass derselbe Minister heute gibt und morgen nimmt. Zieht man noch in Betracht, dass die ausübenden Organe der Schulverwaltung, fast ausnahmslos parteipolitisch eingestellt, in der Handhabung der Schulverordnungen nach ihrem persönlichen Gutdünken vorgehen, ohne von oberster Stelle zur Befolgung fester Richtlinien verhalten zu werden, so wird man vor allem mit der Feststellung beginnen müssen, dass von einer gesicherten Rechtsordnung des Schulwesens der Deutschen keine Rede sein kann.“<sup>1246</sup>

Die Verstaatlichung des Schulwesens hatte auch gravierende Auswirkungen auf die etwa 400 deutschen Lehrer und Lehrerinnen, natürlich auch auf die Lehrpersonen aus den anderen Minderheitengruppen. So fanden zwischen 1919 und 1928 nicht weniger als drei Sprachprüfungen statt, an denen auch diejenigen Lehrer aus den Reihen der Minderheiten teilnehmen mussten, die eine der vorangegangenen Prüfungen bereits bestanden hatten. Bei Nichtbestehen dieser Prüfungen wurde der betroffene Lehrer zwecks „Erlernung der Staatssprache“ nach Kern-Serbien versetzt. Dasselbe galt für Lehrer, die für Unterrichtsminister Pribičević nicht genug „unitaristisch“ waren, d. h. welche die „Einheitlichkeit der jugoslawischen Nation“ nicht ausreichend propagierten. Der durch diese Maßnahmen eintretende Lehrermangel an den deutschen (oder ungarischen) Parallelabteilungen führte in der Vojvodina dazu, dass an diesen Abteilungen auch südslawische – im Einzelfall sogar russische – Lehrer unterrichteten, die der nominellen Unterrichtssprache kaum oder gar nicht mächtig waren. Aber selbst wenn die Lehrer in den Minderheitenabteilungen die Minderheitensprache beherrschten, so wurde der Unterricht dennoch nur teilweise in dieser Sprache abgehalten, da die serbo-kroatische Staatssprache in steigendem Maß zu berücksichtigen war: in der ersten Klasse in vier, in der zweiten in acht, in der dritten in zehn und in der vierten Klasse der Volksschule in zwölf Stunden, wobei vor allem die sogenannten „Gesinnungsfächer“ Geschichte und Geographie in der Staatssprache zu unterrichten waren; in der fünften und sechsten Klasse war dann die Staatssprache die Unterrichtssprache. Die schlechte Situation des muttersprachlichen Unterrichts an den Minderheitenabteilungen wurde noch durch das Fehlen geeigneter Schulbücher verschärft, darüber hinaus durch die Tatsache, dass die durchwegs südslawischen

<sup>1246</sup> Das Elternrecht in Südslawien (Dokumentation), in: Nation und Staat 1/4 (1927) 305; GRASSL, Schulwesen, 793.

Schulinspektoren vor allem die Kenntnisse der Schüler in der Staatssprache überprüften, was die Lehrer dazu veranlasste, das Schwergewicht des Unterrichts auf den Spracherwerb der Staatssprache zu richten.<sup>1247</sup>

Erst im Jahre 1928 wurde vom damaligen Unterrichtsminister Milan Grol der Entwurf eines neuen Volksschulgesetzes dem Parlament vorgelegt; dies löste freilich sofort den Widerstand der Abgeordneten aller nationalen Minderheiten aus. In einer Entschließung von 600 Delegierten aus allen deutschen Siedlungsgebieten Jugoslawiens wurde die Regierung aufgefordert, die den Minderheitenschulen abträglichen, weiterhin zentralisierenden Bestimmungen fallen zu lassen. Zugleich beauftragte die Delegiertenversammlung die deutschen *Skupština*-Abgeordneten, einen eigenen Minderheitenschulgesetzentwurf vorzulegen. Der von der Fraktion der deutschen Abgeordneten ausgearbeitete Entwurf, der sich auf das Vorbild der Regelung des Schulwesens in Wales, der Minderheitenschulordnung in Lettland und auf die jugoslawisch-rumänische Konvention über die gegenseitige Regelung der Schulverhältnisse der rumänischen Minderheit in Jugoslawien und der serbischen Minderheit in Rumänien stützte, wurde freilich nicht berücksichtigt. Das Unterrichtsministerium war auch nicht bereit, auf die Forderung des Kulturbundes, den Schwaben eine national-kulturelle Selbstverwaltung unter der Aufsicht des Staates und nach dem Vorbild der serbischen nationalen Kirchen- und Schulautonomie im alten Ungarn zu gewähren, einzugehen. Das jugoslawische Gesetz über die Volksschulen vom 5. Dezember 1929 behielt vielmehr die einheitliche staatliche Volksschule bei, ließ keine privaten Minderheitenschulen zu und sah nach wie vor nur Parallelabteilungen für die Minderheiten vor. So wurde im Jahre 1929 nur an 171 von insgesamt 7344 staatlichen Volksschulen in deutscher Sprache unterrichtet. Daher hielten die Proteste der deutschen Organisationen gegen das Volksschulgesetz an.<sup>1248</sup>

Erst im direkten Zusammenhang mit dem außen- und innenpolitischen Kompromiss um die Völkerbundpetition bezüglich der Beschlagnahme des „Deutschen Hauses“ in Cilli im Sommer 1930 – bei dem Berlin hinter den Kulissen erstmals seine Großmachtposition gegenüber Belgrad ausspielte<sup>1249</sup> – verbesserte sich die Lage des deutschen Schulwesens in der Vojvodina und in Slawonien nachhaltig. In den Verordnungen des jugoslawischen Unterrichtsministeriums vom 1. September 1930, 14. Februar 1931, 24. Jänner 1933 und 3. April 1933 wurde die Namensanalyse generell verboten, die Berücksichtigung der Familiensprache vorgeschrieben und die deutsche Sprache als Unterrichtssprache in den ersten vier Klassen festgelegt. Die Staatssprache wurde nun ab dem 3. Schuljahr im Ausmaß

<sup>1247</sup> GRASSL, Schulwesen, 803f.; BANAC, National Question, 220.

<sup>1248</sup> Službene Novine, 9. Dezember 1929; TÜRCKE, Schulrecht, 469-471. Vgl. Denkschrift über die schul- und kulturpolitische Lage der deutschen Minderheit im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen, Belgrad, 27. August 1929, vgl. Bericht Ges. Ploennies an BK Schober, 29. Oktober 1929, ÖStA, AdR, BKA/AA, Abt. 15/VR, Kart. 99.

<sup>1249</sup> Hans-Paul HÖPFNER, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik (Frankfurt/Main – Bern 1983) 320.

von vier Stunden vorgeschrieben, ebenso der staatssprachliche Unterricht von Geschichte und Geographie in der 5. und 6. Klasse. Freilich blieben der Entfall des Deutsch-Unterrichtes in der 7. und 8. Klasse und die einschränkende Bestimmung, dass Kinder aus Mischehen, deren Väter jugoslawischer Nationalität waren, ausschließlich in Schulen mit staatlicher Unterrichtssprache eingeschrieben werden durften.<sup>1250</sup>

Allerdings machte nun die jugoslawische Unterrichtsverwaltung verschiedene andere Konzessionen, die im Minderheitenvertrag nicht festgelegt waren, der deutschen Minderheit jedoch nachhaltige Vorteile brachten. Schon mit der Verordnung vom 1. September 1930 war die Einrichtung privater deutscher Kindergärten erlaubt worden, und im Oktober 1931 wurde die Errichtung einer privaten deutschen Lehrerbildungsanstalt in Groß-Betschkerek gestattet, obwohl das Gesetz aus dem Jahre 1929 dies ausdrücklich verboten hatte. Zum Beginn der neuen jugoslawischen Minderheitenpolitik – zumindest gegenüber den Deutschen in der Vojvodina – gehörte auch eine entsprechende Bestandsaufnahme, die nach den Angaben des Unterrichtsministeriums für ganz Jugoslawien folgende Zahlen ergab:

**Tabelle 12: Deutsche Abteilungen in jugoslawischen Schulen und Kindergärten 1930**

Deutsche Abteilung in:	Anzahl	Zahl der Kinder	Zahl der Lehrer(innen) bzw. Kindergärtnerinnen
Kindergärten	45	3.403	39
Volksschulen	620	35.278	525
<i>Opetovice</i> (Wiederholungsklassen)	34	795	(?)
Bürgerschulen	17	(?)	59

**Quelle:** AJ, Ministarstvo prosvete, fond 66, fasc. 2/5, pov.br. 702, 8. August 1930.

Außerdem bestanden noch das Untergymnasium in Neu-Werbaß mit deutscher Unterrichtssprache und eine nicht näher spezifizierte Privatschule in Zagreb.

Die Finanzierung des privaten deutschen Schulwesens übernahm die 1931 mit einem Kapital von drei Millionen Dinar von den Kultur- und Wirtschaftsorganisationen der deutschen Minderheit gegründete „Schulstiftung der Deutschen im Königreich Jugoslawien“, die 1933 auch von Unterrichtsminister Radenko Stanković genehmigt wurde. Im Herbst 1933 wurde die Lehrerbildungsanstalt nach Neu-Werbaß verlegt, im Frühjahr 1934 gab es bereits die ersten Lehramtsprüfungen, so dass nun jährlich 10 bis 20 Absolventen die Anstalt verließen. Der Bedarf an deutschen Lehrkräften in Höhe von etwa 1000 Personen konnte damit freilich noch lange nicht gedeckt werden. Immerhin verbesserte sich das deutsche Schulwesen von Jahr zu Jahr, und in Neu-Werbaß wurden auch eine Bürgerschule

<sup>1250</sup> TÜRCKE, Schulrecht, 509-513; Statistika škola pod Ministarstvom prosvete na dan 15. maja 1932 god., hg. von Nikola S. Turković (Beograd 1933); JANJE TOVIĆ, Deca careva, 251f.

le landwirtschaftlichen Typs und eine Kindergärtnerinnenschule eingerichtet. Die „Schulstiftung“ erhielt freilich laufende Zuwendungen aus dem Deutschen Reich, und die Lehrerbildungsanstalt in Neu-Werbaß galt den jugoslawischen Behörden bald als Hochburg des deutschen Nationalismus bzw. Nationalsozialismus.<sup>1251</sup>

An der mit der Schulverordnung vom 1. September 1930 beginnenden neuen Ära des Zusammenlebens von deutscher Minderheit und „serbo-kroatischer“ Mehrheit (= Serben, Kroaten, Bunjevci, Šokci) in der Vojvodina zeigte der Ballhausplatz offensichtlich kein besonderes Interesse mehr. Andererseits wollte der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen bei seinem Besuch in Wien Ende Jänner 1931 die Minderheitenfrage in der Vojvodina zur Sprache bringen, denn es berühre die ungarische Regierung schmerzlich, dass die Deutschen in Jugoslawien in mancher Hinsicht mit den Serben gemeinsame Sache gegen die dortigen Magyaren machten. Doch Außenminister und Vizekanzler Schober winkte ab und wurde intern von seiner Politischen Abteilung bestätigt:

„Nach Ansicht des BKA/AA empfiehlt sich zumindest derzeit ein Zusammengehen der deutschen Minderheit in Jugoslawien mit den dort lebenden Ungarn nicht. Die deutsche Minderheit hat dadurch, dass sie sich konsequent dem jugoslawischen Staat gegenüber auf den Boden strenger Loyalität gestellt hat, immerhin eine unleugbare Verbesserung ihrer Lage erwirkt. [...] Vorteile, die bisher der ungarischen Minderheit in Jugoslawien versagt geblieben sind. Es wäre daher für die Deutschen in Jugoslawien kaum praktisch, mit den dortigen Ungarn gemeinsame Sache zu machen. Einem solchen Zusammengehen steht jedoch auch ein grundsätzliches Hindernis im Wege. Während nämlich die Deutschen in Jugoslawien Anerkennung ihrer Rechte als Minderheit verlangen, streben die dortigen Ungarn, zumindest soweit sie nicht von der ungarischen Regierung als Hochverräter angesehen werden, eine weit radikalere Veränderung ihrer Lage an.“<sup>1252</sup>

Der deutsche Gesandte von Hassell bestätigte seinem österreichischen Kollegen Ploennies, dass das Auswärtige Amt einen ähnlichen Standpunkt einnehme: Graf Bethlen habe schon im September 1930 in Genf Außenminister Curtius eine Zusammenarbeit beider Minderheiten vorgeschlagen, die deutsche Gesandtschaft in Belgrad habe aber sofort klargelegt, dass ein Zusammenwirken nur dann in Frage käme, wenn sich die Magyaren ebenso wie die Deutschen „rückhaltlos auf den Boden unbedingter Loyalität gegen den jugoslawischen Staat stellten“. Denn die Deutschen hätten die unleugbare Verbesserung ihrer Lage den ständigen Beweisen ihrer Treue zum Königshaus und zum jugoslawischen Staat zu verdanken. Hierdurch hätten sie allmählich das Vertrauen der jugoslawischen Regierungskreise gewonnen. Die magyarische Minderheit müsse daher vor einer Zusam-

<sup>1251</sup> Gründer der „Schulstiftung“ waren die „Liga der Deutschen des Königreiches Jugoslawien für Völkerbund und Völkerverständigung“, der „Schwäbisch-Deutsche Kulturbund“ und die „Landwirtschaftliche Zentraldarlehenskasse“. Vgl. PAIKERT, *Danube Swabians*, 267; BETHKE, *Die Deutschen*, 201.

<sup>1252</sup> Deutsches Volksblatt (Novi Sad), 28. Jänner und 17. Februar 1931; Notiz BKA/AA, Abt. 13/pol., o. D., ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien, Fasz. 785 alt; VINAVER, *Jugoslavija i Mađarska I*, 436-440; JUHÁSZ, *Hungarian Foreign Policy*, 92.

menarbeit mit der deutschen Minderheit auf alle irredentistischen Bestrebungen verzichten.<sup>1253</sup>

Andererseits bemühte sich nun die serbische Administration, die Verbesserung des Schulwesens für die Deutschen in der Vojvodina gegenüber der ungarischen Zeit zu dokumentieren. Aus einer der vielen Petitionen von Imre Prokopi<sup>1254</sup>, dem ehemaligen Vizegespan des Komitates Bács-Bodrog, an den Völkerbund zitierte das jugoslawische Unterrichtsministerium im Jänner 1932: Im Schuljahr 1913/14 habe es in der Vojvodina zwar 645 magyarische Schulen mit 1832 Lehrern, 179 serbische Schulen mit 502 Lehrern, aber nur 79 Schulen mit 210 Lehrern für alle übrigen Nationalitäten (Deutsche, Bunjevci, Šokci, Slowaken, Ukrainer, Rumänen etc.) gegeben; dagegen habe das Nationalitätenverhältnis 35 % Slawen, 32 % Magyaren, 28 % Deutsche und 5 % übrige Nationalitäten betragen. Im Schuljahr 1929/30 seien nun in der Vojvodina an den staatlichen Volksschulen 582 Abteilungen mit ungarischer, 526 Abteilungen mit deutscher und 203 Minderheiten-abteilungen mit einer anderen Unterrichtssprache eingerichtet gewesen. Auch auf dem Territorium der *Savska Banovina*, des um Syrmien verkleinerten Kroatien-Slawonien, seien im vergangenen Jahr 46 Volksschulabteilungen und 12 Abteilungen an höheren Volksschulen mit zusammen 1400 Schülern eingerichtet worden. Im Übrigen zahle die staatliche Schulverwaltung alle Lehrer an diesen Minderheitenabteilungen, obwohl sie nach dem Minderheitenvertrag dazu gar nicht verpflichtet wäre.<sup>1255</sup> – Tatsächlich sagte Art. 9 (1) des jugoslawischen Minderheitenvertrages zur Lehrerfrage nichts aus; zur staatlichen Verpflichtung der Sicherstellung eines muttersprachlichen Volksschulunterrichtes gehörte aber wohl auch die Beistellung von geeigneten Lehrern und Lehrerinnen.

In den Jahren der schärfsten Königsdiktatur mit dem Verbot aller Parteien und Vereinigungen auf nationaler Grundlage nützte der deutschen Minderheit die bereits vor 1929 initiierte Gründung der „Liga der Deutschen des Königrei-

<sup>1253</sup> Bericht Ges. Ploennies an VK Schober, 23. Februar 1931 (Geheim), ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien, Fasz. 785 alt.

<sup>1254</sup> Imre Prokopi, selbst aus Zombor stammend, begann ab Juni 1929 dem Völkerbund eine Reihe von Petitionen vorzulegen: Er protestierte gegen das Verbot des Gebrauchs der ungarischen Sprache in der Gemeindeverwaltung von Szabadka, beanspruchte die Einverleibung des Gebäudes des ungarischen Kasinovereins in Versecz zugunsten der *Srpska čitaonica*, legte im April 1930 Daten über die Volksschulen in der Vojvodina vor, beschwerte sich über die Behandlung magyarischer Beamter, die Entlassung von magyarischen Lehrern und Behinderungen magyarischer Vereine. Trotz Unterstützung seitens der ungarischen Regierung blieben jedoch Prokopis Petitionen im Wesentlichen erfolglos. – FLACHBARTH, Minderheitenrecht, 231, 254; VINAVER, Jugoslawija i Mađarska I, 421-423; CALIC, Soziale Ungleichheit, 144.

<sup>1255</sup> Ministar prosvete, Dragutin Kojić, Ministarstvu inostranih dela, 23. Jänner 1932, AJ, Ministarstvo prosvete, fond 66, 2-5, O.N.Pov.br. 52; vgl. JANJETOVIĆ, Deca careva, 261, mit abweichenden Zahlen für das Schuljahr 1930/31: 1683 südslowakische, 564 deutsche, 536 magyarische, 121 slowakische, 89 rumänische und 18 rusinische Abteilungen, mit 1724 jugoslawischen, 508 deutschen, 364 magyarischen, 123 slowakischen, 36 rumänischen und 27 rusinischen Lehrerinnen und Lehrern.

ches Jugoslawien für Völkerbund und Völkerverständigung“, über die sie an den europäischen Minderheitenkongressen in Genf teilnehmen konnten. Sowohl die Weltwirtschaftskrise als auch die politische Diktatur dürften zu einer Renaissance sowohl des Katholizismus als auch des Protestantismus beigetragen haben. Wenig organisatorischen Rückhalt fanden die Schwaben allerdings in der Hierarchie der katholischen Kirche, da die beiden neugebildeten Apostolischen Administraturen Banat und Batschka von kroatischen Priestern unter Leitung des Franziskanerpaters Raphael Rodić, der 1924 auch zum Erzbischof von Belgrad ernannt worden war, geführt wurden und in der Batschka nur in 28, im Banat immerhin in 37 Pfarren überwiegend deutsch gepredigt wurde. Sehr zufriedenstellend war hingegen das Gesetz über die evangelisch-christlichen Kirchen und die reformierte Kirche vom 16. April 1930, da sich auf dieser Grundlage die evangelischen Kirchengemeinden des alten Österreich, des alten Ungarn, Bosniens und Belgrads zusammenschließen und eine „Verfassung der Deutschen Evangelisch-Christlichen Kirche A. B. im Königreich Jugoslawien“ geben konnten, die schon am 22. Dezember 1930 mit der Sanktion des Königs in Kraft trat. Somit stand den etwa 100.000, auch vom Gustav-Adolf-Werk unterstützten deutschen Lutheranern eine eigene Kirchenorganisation zur Verfügung, während die etwa 400.000 deutschen Katholiken auf mehr als ein halbes Dutzend Bistümer aufgeteilt waren (Marburg, Laibach, Agram, Sarajevo, Đakovo, Maria-Theresiopel, Groß-Betschkerek, Belgrad).<sup>1256</sup>

Obwohl die oktroyierte Verfassung vom 3. September 1931 keine Rechte für nationale und religiöse Minderheiten vorsah, gelang es dem auch Serbo-Kroatisch perfekt beherrschenden Abgeordneten Stefan Kraft, in zähen Verhandlungen gerade zur Zeit der Königsdiktatur wesentliche Zugeständnisse für die deutschen Schulabteilungen einschließlich der Gründung der „Schulstiftung“ durchzusetzen. Auf Grund seiner vielfältigen Funktionen war er zunehmend zur politischen Zentralfigur der Schwaben in Jugoslawien geworden und sollte dies auch bis 1938 bleiben. Mit seinen zentralen Funktionen im deutschen Genossenschaftswesen, in der Partei, im Kulturbund und als *Skupština*-Abgeordneter – sowohl zwischen 1923 und 1929 als auch zwischen 1931 und 1938 – sammelte er in seinen Händen eine ungewöhnliche Machtfülle an und beherrschte vom 1931 errichteten, mächtigen Habag-Haus (Habag = Hausbau AG) in Neusatz aus weitgehend die finanzielle Lage der donauschwäbischen Minderheitenorganisationen. Im Übrigen wurden vom Kulturbund am 22. März 1932 in Neusatz Feiern anlässlich des 100-jährigen Todestages von Johann Wolfgang von Goethe abgehalten.<sup>1257</sup>

<sup>1256</sup> Handwörterbuch I, 282 f., 339; vgl. Gerhard MAY, Die Deutsche Evangelisch-christliche Kirche A. B. im Königreich Jugoslawien und ihre neue Verfassung, in: Evangelische Diaspora 13 (1931) 110.

<sup>1257</sup> MITROVIĆ – GLASS, Daheim an der Donau, 60, 162, 167. Stefan Kraft wurde 1884 in Indija als Sohn eines aus der Batschka stammenden Bauern – väterlicherseits württembergischer, mütterlicherseits elsässischer Herkunft – geboren, absolvierte das kroatische Realgymnasium in Semlin, studierte die Rechtswissenschaften in Marburg an der Lahn und Wien, promovierte hier 1911 und bestand 1915 die Richteramtprüfung am Königlichen Gerichtshof in Agram. Das Einjährigfreiwilligen-

Es darf nicht verwundern, dass die donauschwäbischen Hochschüler und Jungakademiker eine solche Machtfülle zu kritisieren begannen, die in abgeschwächter Form auch für den Obmann des Kulturbundes Johann Keks und den Senator Georg Grassl galt. Trotz der mangelnden Gymnasialausbildung in deutscher Sprache – von den insgesamt 1778 deutschen Gymnasiasten an allen Schulen Jugoslawiens konnten 1932 nur 175 an den vier Untergymnasien mit deutschen Parallelklassen lernen –, studierten im selben Jahr 234 Studenten deutscher Nationalität an den jugoslawischen Universitäten – 140 in Agram, 72 in Belgrad und 22 in Laibach. Zu dieser Zeit studierten aber bereits 209 „volksdeutsche“ Studenten aus Jugoslawien in Deutschland und Österreich, vor allem an den Universitäten und Hochschulen in Graz, Wien, Innsbruck, München, Marburg an der Lahn, Leipzig, Berlin und Heidelberg. Viele der donauschwäbischen Auslandsstudenten waren in großdeutschen Studentenverbindungen korporiert, in Marburg an der Lahn gab es auch ein Studentenheim für Volksdeutsche. In Agram war schon 1925 „Die Vereinigung deutscher Hochschüler“ entstanden, 1926 bildete sich mit Unterstützung des Kulturbundes der „Landesverband der deutschen Akademiker im Königreiche Jugoslawien“, dem 1932 die Gebietsorganisationen „Banatia“ (in Werschetz), „Donauschwaben“ (Pantschowa), „Franconia“ (Weißkirchen), „Gothia“ (Groß-Betschkerek) und „Schwarzwald“ (Groß-Kikinda) im Banat und „Abschied“ (Apatin), „Academia“ (Neusatz), „Baden“ (Palanka), „Guttenbrunn“ (Tscherwenka), „Alemania“ (Kula), „Pfalz“ (Neu-Werbaß), „Schwaben“ (Hodschag), „Württemberg“ (Sekitsch) und „Lenau“ (Maria-Theresiopel) in der Batschka angehörten. Unter diesen bildungspolitischen Verhältnissen wurde für die junge Akademikergeneration das Festhalten an der zerfallenen Habsburgermonarchie oder gar die Identifikation mit dem Horthy-Regime entbehrlich, im neuen Jugoslawien sogar politisch riskant. Ein Aufgehen in der serbischen Staatsnation kam aber schon gar nicht in Frage, daher blieben sie auch Spitzenpositionen in Staat, Verwaltung und Militär fern; hingegen ergriffen überdurchschnittlich viele donauschwäbische Akademiker technische oder medizinische Berufe.<sup>1258</sup>

jahr leistete er bereits 1908/09 in Neusatz, rückte am 26. Juni 1914 in die Festung Peterwardein ein, wurde im März 1915 mit seinem Regiment an die Karpatenfront verlegt, war als Auditor eingesetzt und rüstete im November 1918 als Hauptmann der Infanterie ab. Da Kraft bereits vor dem Krieg politisch tätig gewesen war – so als Promotor der Idee eines Schwäbischen Schülerwerkes, als Vorsitzender der Vereinigung deutscher Hochschüler aus Ungarn –, beteiligte er sich schon im Spätherbst 1918 am „Schwäbischen Nationalrat“ in Temeschwar, wurde 1920 Mitbegründer des „Kulturbundes“, 1922 Direktor der deutschen Druckerei- und Verlags AG in Neusatz, im selben Jahr Präsident der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft „Agraria“, 1925 geschäftsführender Obmann der „Partei der Deutschen“, 1929 Präsident der deutschen Völkerbundliga und 1931 Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Schulstiftung. – Nach der Besetzung und Auflösung Jugoslawiens wurde Kraft im November 1941 kroatischer Generalkonsul in München, anschließend Staatssekretär im Ernährungsministerium des Unabhängigen Staates Kroatien; 1945 floh er nach Österreich und starb 1959 in Heidelberg. – BALLING, Von Reval, 551f.

<sup>1258</sup> Statistika škola pod Ministarstvom prosvete na dan 15. maja 1932 (Beograd 1933); BIBER, Nacizem, 44f., 321; HWB I, 284, 341; CALIC, Soziale Ungleichheit, 148; BETHKE, Die Deutschen,

Die schon seit den 1920er Jahren immer engeren Beziehungen der donauschwäbischen Studenten zu den deutschen und österreichischen Universitäten – bis 1918 hatten sie noch mehrheitlich in Budapest, Agram und Klausenburg studiert – brachte sie bald auch mit den weit verbreiteten gesamtdeutschen Ideen, seit der Weltwirtschaftskrise auch mit dem Nationalsozialismus in Kontakt, wobei nicht zuletzt die zunehmende finanzielle Unterstützung für das Auslandsdeutschtum in Rechnung zu stellen ist. Ein Kreis von oppositionellen Jungakademikern um den späteren Abgeordneten Josef Trischler, den späteren Volksgruppenführer Sepp Janko und den Wortführer der „Erneuerungsbewegung“, den Arzt Jakob Awender, forderte bereits 1932 von der Leitung des Kulturbundes eine stärkere Vertretung in ihren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen. Unzufrieden mit der bisherigen Minderheitenpolitik, forderten sie auch eine „Erneuerung“ des „deutschen Volkstums“ und griffen in der *Pančevoer Post* Kraft und Keks scharf an. Zwar stießen sie damit nicht nur auf den entschiedenen Widerstand der Kulturbund-Führung und des größten Teiles der politisch ziemlich konservativen donauschwäbischen Bevölkerung, aber mit den Erfolgen der Nationalsozialisten in Deutschland im Ohr – über die teilweise von Siemens und Telefunken gespendeten „Volksempfänger“ fanden die Hitler-Reden rasche Verbreitung – gewannen die „Erneuerer“ unter der jüngeren Generation zahlreiche Anhänger. Und sie scheuten sich auch nicht, ihr Hauptziel zu proklamieren: Schaffung einer „Volksgruppe“, die sich als Vorposten des Deutschen Reiches fühlen sollte. Der Einfluss des Reiches nahm besonders durch die Übernahme technischer Innovationen wie Radios, Kinofilme, Schallplatten und Autos zu, die rasch als Statussymbole galten. Zeitungen und Illustrierte mit Photographien aus Deutschland erleichterten zusätzlich die Vorstellbarkeit Deutschlands. Nicht zuletzt lernten immer mehr Donauschwaben Deutschland bei subventionierten Besuchsreisen und Austauschprogrammen kennen, andererseits kamen auch deutsche Doktoranden zur Erforschung des „Grenz- und Auslandsdeutschtums“ in donauschwäbische Dörfer.<sup>1259</sup>

Nicht nur die Kulturbund-Führung kämpfte nun gegen den zunehmenden NS-Einfluss an, auch der deutsche Gesandte von Heeren warnte sein Auswärtiges Amt vor einer nachhaltigen Störung der gerade neu angebahnten außenpolitischen Beziehungen zwischen Belgrad und Berlin:

„Was im übrigen die [. . .] Auffassung anlangt, dass die heutige Führung der deutschen Minderheit durch Persönlichkeiten ersetzt werden sollte, die der nationalsozialistischen Bewegung angehören, so würde ich es für außerordentlich gefährlich halten, derartige Gesichtspunkte bei Fragen, welche die Führung der deutschen Minderheiten im Ausland betreffen, ohne weiteres zur Anwendung zu bringen. [...] Schon heute wird jene nationalsozialistische Propaganda innerhalb der hiesigen deutschen Minderheit von der jugoslawischen Regierung mit größtem Misstrauen betrachtet, nicht so sehr, weil daraus – jedenfalls soweit die Hauptsiedlungsgebiete, die Batschka und das Banat, in Frage kommen – eine Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühl

197. Im Studienjahr 1931/32 lehrten an den Universitäten in Belgrad, Agram und Laibach lediglich 11 deutsche Universitätslehrer.

<sup>1259</sup> BIBER, *Nacizem*, 43, 46; WEHLER, *Nationalitätenpolitik*, 34f.; BETHKE, *Die Deutschen*, 198, 201.

mit dem deutschen Mutterlande, sondern weil daraus eine Förderung der ungarischen Irredenta befürchtet wird. [...] Wie sehr dies Misstrauen verstärkt werden müsste, wenn zu einer Zeit, wo die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem neuen Deutschland und Ungarn sich immer enger gestalten, die Führung der hiesigen Minderheit in die Hände von Persönlichkeiten übergeben würde, die sich als Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung exponiert haben, liegt auf der Hand.<sup>1260</sup>

Solche Einflussnahme aus Deutschland hatte der Banus des Donau-Banats freilich schon im Dezember 1933 gemeldet, nachdem er Dr. Hasslinger, den Gründer der „Jungdeutschen Bewegung“, einer Gruppe mit ausdrücklicher „Belgrader Orientierung“, befragt hatte: Der Banus nannte vor allem das Auslandsinstitut in Stuttgart, den damit in Verbindung stehenden Verein, später „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), und die vielen Geld- und Bücherspenden. Darunter befanden sich auch Bücher von Hitler, Göring, Göbbels und anderen Nationalsozialisten. Außerdem hatte Hasslinger versucht, die Führer des Kulturbundes Keks, Kraft und Grassl mit solchen Zahlungen in Verbindung zu bringen. Als anfälliger für die Ideen der „Erneuerer“ erwies sich freilich die Jugendorganisation des Kulturbundes unter Jakob Lichtenberger.<sup>1261</sup>

Als jedoch die Akademische Abteilung des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes „Suevia“ in Belgrad finanzielle Schwierigkeiten bekam, weil sie sich von der Leipziger Studentenschaft nicht „gleichschalten“ lassen wollte, wandte sie sich an die österreichische Gesandtschaft mit der Bitte um Unterstützung. Und der Gesandte Ploennies empfahl diese Bitte dringend und schlug eine einmalige Unterstützung von 2000 Dinar mit folgender Begründung vor:

„Vermöge der beträchtlichen Mittel macht der Nationalsozialismus unter den Ostschwaben starke Fortschritte, was auf die Dauer eine feindselige Einstellung gegen Österreich hervorbringen und auch auf unsere Wirtschaftsbeziehungen zur Vojvodina (Wojwodschaf Serbien), dem reichsten Teile Jugoslawiens, arg schädigend einwirken müsste. Es ist dringend nötig, dieser Entwicklung einen Damm entgegenzusetzen, was am besten durch Gewinnung der jungen schwäbischen Intelligenz geschieht.“

Tatsächlich bewilligte Bundeskanzler Dollfuß – als Maßnahme gegen den Nationalsozialismus und aus exportpolitischer Notwendigkeit – den doch geringen Betrag von 500 Schilling, was einem Wert von 4700 Dinar entsprach.<sup>1262</sup>

Über die nationalsozialistische Einflussnahme auf die deutsche Minderheit in Jugoslawien machte man sich freilich auf dem Ballhausplatz längst keine Illusionen mehr, wie etwa einer Notiz des Bundeskommissärs für den Heimatdienst, des

<sup>1260</sup> Bericht Ges. von Heeren an AA (Geheim), 23. November 1933, PA Bonn, VI A, Bd. 12, zitiert nach: BIBER, Nacizem, 325.

<sup>1261</sup> Ministarstvo unutrašnjih poslova, Odeljenje za državnu zaštitu, Pov.I.Br. 50.755, Ministarstvu prosvete, 12. Dezember 1933, AJ, Ministarstvo prosvete, fond 66, 70-183; BETHKE, Die Deutschen, 203.

<sup>1262</sup> Suevia an Gesandtschaft Belgrad, 23. April 1934; Bericht Ges. Ploennies (Geheim) an BKA/AA, 12. Juni 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien, Fasz. 785 alt.

Obersten Adam, an die Politische Abteilung zu entnehmen ist: Die Verlagsgruppe *Deutsches Volksblatt* in Neusatz gehöre dem Winkler-Konzern in Berlin und sei infolge seiner finanziellen Abhängigkeit „mehr oder weniger gezwungen, nationalsozialistische und antiösterreichische Propaganda zu betreiben“. Der Geschäftsführer des Volksblattes, der Abgeordnete Kraft, versuche immerhin, die Schärfe dieses Kurses zu mildern und die deutsche Minderheit aus dem deutsch-österreichischen Konflikt herauszulösen. Hingegen schlugen die Blätter des Westen-Konzerns in Cilli, die *Deutsche Zeitung* in Cilli und die *Mariborer Zeitung*, einen „ausgesprochen nationalsozialistisch orientierten [und] scharf antiösterreichischen Kurs“ ein. Der Industrielle Westen stehe auch mit Berliner Parteistellen und dem „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ in unmittelbarer Verbindung.<sup>1263</sup>

Obwohl die Kulturbund-Führung um Kraft, Keks und Grassl bis 1934 eine respektable Organisationsmacht aufgebaut hatte – mit 90 Ortsgruppen, einem Genossenschaftsverband, der Schulstiftung, der Liga der Deutschen sowie einer Druckerei- und Verlags-AG –, versuchte Jakob Awender, ein in Graz ausgebildeter und in Panschowa ordinierender Arzt, im Verlauf des Jahres 1934 innerhalb des Kulturbundes eine „Kameradschaft für die Erneuerungsbewegung“ aufzubauen. Auf der Hauptversammlung des Kulturbundes am 3. Dezember 1934 kam es zur ersten großen Auseinandersetzung, als sich Awender um einen Sitz im Bundesausschuss bewarb und lediglich 38 % der Stimmen erhielt. Freilich machte das Abstimmungsergebnis deutlich, dass die Erneuerungsbewegung unter den Donauschwaben bereits eine starke Minderheit darstellte, die quer durch die Generationen und Berufsgruppen verlief. Als sich die Awender-Gruppe mit dieser Zurückweisung nicht abfinden wollte, wurde sie im Jänner 1935 aus dem Kulturbund ausgeschlossen.<sup>1264</sup>

Die Auslandsorganisation der NSDAP unterstützte aber weiterhin die Erneuerungsbewegung, da sie der bisherigen Führung der deutschen Volksgruppe vorwarf, zu keiner „ehrlichen Erneuerung“ von innen heraus bereit und angeblich in der Volksgruppe selbst nicht genügend verankert zu sein. Und auch das Auswärtige Amt bezweifelte bereits die ausschließliche Legitimation der Führung des Kulturbundes:

„Nach den dem AA erstatteten Berichten muss der Aufstieg der Erneuerungsbewegung in Jugoslawien ähnlich wie der in Rumänien und in anderen europäischen Ländern durchaus ernst genommen werden. Die bisherigen Führer der Volksgruppe werden nach der hier vorherrschenden Ansicht der für die Deutschtumsarbeit zuständigen Stellen gut daran tun, die Führer der Erneuerungsbewegung nicht vor den Kopf zu stoßen, sondern ihnen Gelegenheit zu praktischer Mitarbeit zu geben.“<sup>1265</sup>

<sup>1263</sup> Notiz Oberst Adam an Pol. Abt., 27. August 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien, Fasz. 785 alt.

<sup>1264</sup> *Deutsches Volksblatt*, 17. Jänner 1935; BIBER, *Nacizem*, 46, 322f.; WEHLER, *Nationalitätenpolitik*, 121.

<sup>1265</sup> AO NSDAP (Graf Yorck) an AA, 2. Mai 1935; AA (Stieve) an von Heeren, 14. Mai 1935, PA Bonn, VI A, 2168, zitiert nach: BIBER, *Nacizem*, 323.

Die Erneuerungsbewegung erhielt auch Unterstützung von der „Deutschen Studentenschaft“ und vom „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“, der vom Kärntner Hans Steinacher geleitet wurde. Die „Deutsche Studentenschaft“ bildete eine „Außenstelle für Südslawien“ und organisierte an den Universitäten Berlin, Halle, Chemnitz, Leipzig, Jena, Freiburg im Breisgau und München Aktionsgruppen für die Landhilfe und den Arbeitsdienst im Banat, in der Batschka, in der Baranja, in Slawonien, in Bosnien und in der Gottschee sowie Patenschaften über Gebietsorganisationen der deutschen Akademiker. Gesandter von Heeren bescheinigte den deutschen Studentengruppen im Sommer 1935, „dass sie in ihrer Arbeit unauffällig vorgehen und sich nicht in die Streitigkeiten und Spannungen der hiesigen Volksgruppe einmischen werden“. Andererseits resümierte er ganz nüchtern: „Die hiesigen Behörden sind über alle Einzelheiten der Einwirkung vom Reiche auf die hiesige Volksgruppe genau informiert. Dass Tarnungen mit Erfolg vorgenommen werden können, ist daher so gut wie ausgeschlossen.“ Umso mehr hielt es der Gesandte für erforderlich, „die volksdeutsche Arbeit in Jugoslawien nur durch ganz erprobte und erfahrene Kräfte vornehmen zu lassen und jede in die Breite gehende Organisation dieser Arbeit, die den Eindruck einer großzügigen Aktion hervorrufen könnte, zu vermeiden“.<sup>1266</sup>

Erst zu dieser Zeit wusste auch der neue österreichische Gesandte Heinrich Schmid – auf Rückfrage des Ballhausplatzes – vom Einfluss neuer politischer Strömungen zu berichten:

„Die Bestrebungen des Kulturbundes sind in erster Linie hauptsächlich kulturelle und können als solche vom allgemein deutschen kulturellen Standpunkt aus, also auch vom österreichisch-deutschen kulturellen Standpunkt aus, umso mehr begrüßt werden, als die deutsche Minderheit in Jugoslawien in erster Linie auch heute noch die meisten kulturellen Zusammenhänge mit Wien und Österreich hat. Es ist aber weiterhin richtig, dass es infolge verschiedener persönlicher Beziehungen und Einwirkungen gelungen ist, den Einfluss des Reiches und des neuen Deutschlands in den Kreisen der deutschen Minderheit Jugoslawiens bedeutend zu verstärken.“

Diese Einflussnahme des nationalsozialistischen Deutschland geschehe nicht zuletzt dadurch, dass das Deutsche Reich durch seine offiziellen Stellen wie auch durch verschiedene Organisationen (insbesondere den Volksbund für das Deutschtum im Ausland) die kulturelle Arbeit des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes in finanzieller Beziehung oftmals, sei es durch direkte Subventionen oder durch sonstige Zuwendungen (Stipendien an Studenten, Fahrpreisermäßigungen bei Studienreisen etc.), fördere.<sup>1267</sup>

Bereits Anfang Februar 1935 versuchte die Bundesleitung des Kulturbundes mit einem Memorandum an den Gesandten von Heeren die zunehmende Unter-

<sup>1266</sup> Bericht Ges. von Heeren an AA, 14. Juli 1935, PA Bonn, VI A, Bd. 13, zitiert nach: BIBER, Nazidem, 323f.

<sup>1267</sup> Bericht Ges. Schmid an BKA/AA, 18. Juli 1935; Die Arbeit des Kulturbundes vom 1. November 1933 bis 31. Oktober 1934 – Tätigkeitsbericht der Bundesleitung zur 10. ordentlichen Hauptversammlung in Novi Sad/Neusatz am 3. Dezember 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien, GZ 36.410-13/35, Fasz. 817 alt.

stützung aus dem Deutschen Reich für die nationalsozialistisch orientierte Erneuerungsbewegung des Arztes Awender zu unterbinden:

„[...] Eine Betreuung heimatlicher Volksgenossen oder Stellen mit irgendwelchen Volkstumsarbeiten durch reichsdeutsche Stellen hat nie unmittelbar zu erfolgen, sondern immer nur im Einvernehmen mit dem hierzu berufenen Kulturbunde;

Volksgenossen, namentlich Studenten aus Südslawien, die im Mutterlande weilen, sollen zu strenger Disziplin und Einordnung in das Volksganze, nicht aber zu Unbotmäßigkeit und offener Auflehnung angehalten werden.“

Und am Schluss des Memorandums hieß es unmissverständlich:

„Der aufsteigende Stern des Dritten Reiches wird auch der deutschen Volksgruppe in Südslawien heller auf deren Wegen in die Zukunft voran leuchten, je mehr äußere Eingriffe vermieden werden.“<sup>1268</sup>

Daher zeigte sich die Führung des Kulturbundes auch auf einer Sitzung am 27. Oktober 1935 in Neusatz gegenüber der Erneuerungsbewegung nach wie vor nicht kompromissbereit und ließ die Vertreter der Erneuerungsbewegung zur Hauptversammlung im Neusatzer Habag-Haus erst gar nicht zu. Aber Obmann Keks hatte im Juli 1935 über die deutsche Gesandtschaft bereits 62.500 Lira an Subvention vom VDA erhalten, weitere 50.000 Lira im September dieses Jahres. Daher warnte der deutsche Gesandte sein Auswärtiges Amt vor der Sorge der jugoslawischen Behörden über eine Politisierung der deutschen Minderheit, „da sie hierin die Gefahr einer politischen Zusammenstellung einer Minderheit unter fremder Leitung sehen. [...] Dass sich daraus eine Belastung der deutsch-jugoslawischen politischen Beziehungen ergeben kann, liegt auf der Hand.“ Von Heeren berichtete auch über die Tätigkeit des VDA-Verbindungsmannes Paul Claus und über die nationalsozialistische Beeinflussung der deutschen Jugend. Da halfen auch Beschwichtigungen gegenüber dem Ministerpräsidenten Stojadinović nur wenig, „das seit langem feststellbare lebhaftere Misstrauen des Innenministers Korošec gegen die Tätigkeit deutscher Emissäre innerhalb der Volksgruppe als vollkommen unbegründet hinzustellen“. Gegen Ende des Jahres 1935 wurden vier Ortsgruppen des Kulturbundes in der Vojvodina aufgelöst: zuerst die in Groß-Kikinda, da die Jugendgruppe eine Hakenkreuzfahne verwendete, dann die in Neusatz, da die dortige Jugendgruppe auf ihren Uniformen das Hakenkreuz trug und die Hochschüler sich nach dem Vorbild der SA und SS organisierten, schließlich die in Sajkassentiwan (Šajkaški Sveti Ivan) und Setschan (Sečanj) in der Batschka. Die Banatsverwaltung des Donau-Banats nannte u. a. folgende Gründe:

- Abhaltung von geheimen nächtlichen Versammlungen;
- deutsche nationalsozialistische Propaganda unter Führung des Lehrers Reiser;

<sup>1268</sup> Denkschrift des Kulturbundes an Dt. Gesandtschaft in Belgrad, Februar 1935; Dt. Gesandtschaft an AA, 9. Februar 1935, PA Bonn, VI A, Bd. 13, zitiert nach: BIBER, Nacizem 53, 327 (Fußnote 70).

- Umzüge mit deutschen Fahnen und Hakenkreuzen in Šajkaški Sveti Ivan, einem Dorf mit mehrheitlich serbischer Bevölkerung;
- Ausflüge mit der Jugendgruppe des Kulturbundes in die Nachbardörfer Budisava (Neudorf) und Titel; Marschieren unter deutschen militärischen Kommandos und Absingen deutscher nationaler Lieder.<sup>1269</sup>

Andererseits hatte der neue Ministerpräsident Stojadinović eine Denkschrift über die Schul- und Kulturpolitik und über die politische Mitarbeit der ehemaligen Deutschen Partei in der neuen Staatspartei, der „Jugoslawischen Radikalen Gemeinschaft“, erhalten und bei einer Vorsprache der Abgeordneten Kraft und Moser sowie von Senator Grassl und Bischof Popp am 29. Jänner 1936 seine Bereitschaft zu einer einvernehmlichen Regelung angekündigt. Der jugoslawische Ministerpräsident soll in deutscher Sprache auf seine Studienjahre in Deutschland und die deutsche Herkunft seiner Gattin hingewiesen haben. „Wenn es ihm gelingen sei, mit den Slowenen, Mohammedanern und der kroatischen Opposition ein Übereinkommen zu treffen, so müsse er schon des häuslichen Friedens wegen [...] auch mit den Deutschen Frieden schließen.“ Außenpolitisch wolle er lieber heute als morgen den Staatsvertrag mit Frankreich lösen und mit dem Reichsbankpräsidenten Schacht wegen der Übernahme dieser Schulden an Frankreich verhandeln. Allerdings soll er an die donauschwäbische Abordnung das Ersuchen gerichtet haben, ihm sein Konzept nicht durch eine „ultraradikale nationalsozialistische Propaganda“ zu stören und ihn nicht zu zwingen, „gegen derartige Strömungen schon aus optischen Gründen mit gesetzlichen Mitteln und gesetzlichen Verboten einzuschreiten“. Er könne unter keinen Umständen dulden, „dass von Österreich aus in Jugoslawien eine derartige extrem radikale und in gewisser Beziehung auch regierungsfeindliche Politik betrieben“ werde. Dabei soll Stojadinović den Verdacht ausgesprochen haben, dass die nationalsozialistischen und legitimistischen Aspirationen in Kroatien und Slowenien vornehmlich vom Deutschen Schulverein Südmark einerseits und von der katholischen Aktion bzw. den legitimistischen Kreisen andererseits ausgehe. Und der Ministerpräsident meinte, es müsse doch zu erreichen sein, dass die österreichische Regierung ein derartiges Übergreifen nach Jugoslawien verbiete.<sup>1270</sup>

Sollte Stojadinović tatsächlich nicht zwischen nationalsozialistisch-deutschen und legitimistisch-österreichischen Intentionen unterschieden haben können, die sich ja völlig ausschlossen? Und verfügte der Belgrader Regierungschef wirklich

<sup>1269</sup> Deutsches Volksblatt, 29. Oktober, 1. November und 29. Dezember 1935; Völkischer Beobachter, 13. Jänner 1936; Dt. Gesandtschaft Belgrad, G 157/35 G 7, PA Bonn, VI A, Nr. 2, Bd. 1, 4077, 4450, zitiert nach: BIBER, Nacizem, 331-333; Ministarstvo unutrašnjih poslova, Odeljenje za državnu zaštitu, Pov.I.Br. 22.066, Ministarstvu prosvete, 5. Juni 1936, AJ, fond 66, 3-6.

<sup>1270</sup> Deutsches Volksblatt, 31. Jänner 1936; Polizeidirektor Viktor Ingomar (Salzburg) an BKA/AA, St.B., 16. Oktober 1936: Bericht über eine Unterredung mit einem jugoslawischen deutschen Politiker [vermutlich dem Redakteur Georg Grassl, Anm. Suppan], ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien, Fasz. 785 alt; vgl. BIBER, Nacizem, 81f.

über schlechtere Informationen als der zunehmend mehr mit sich selbst beschäftigte Ballhausplatz?

Jedenfalls verfügte das Wiener Bundeskanzleramt zu dieser Zeit durch den Obmann des „Österreichischen Verbandes für volksdeutsche Auslandsarbeit“, Bruno Hantsch, über eine ziemlich brisante Hintergrundinformation zum Vordringen des Nationalsozialismus bei den Vojvodina-Deutschen: Nach dem Besuch Görings in Belgrad im April 1935 habe unter den deutschen Minderheiten eine starke Welle nationalsozialistischer Propaganda eingesetzt, „die nunmehr zur Gefährdung der Arbeit und Existenz des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes“ führe. Der von der Reichsjugendführung in Berlin finanziell stark unterstützten „Erneuerungsgruppe“ Awenders, die sich mit ihrer radikal-nationalsozialistischen Einstellung bei der jugoslawischen Regierung bereits unbeliebt gemacht habe, sei es gelungen, die wirtschaftliche Unterstützung des VDA für den Kulturbund ins Stocken zu bringen. Der Kampf der Erneuerungsgruppe richte sich vor allem gegen den Präsidenten des Kulturbundes Keks, den Senator Grassl und den ehemaligen Abgeordneten Moser. Awender gelte als „neuheidnisch“, stoße daher in den katholischen Kreisen auf starken Widerstand, in dem vor allem der Pfarrer von Neuwerbaß und der Pfarrer der reichsdeutschen Kirche in Belgrad hervorträten. – Dieser im Wesentlichen richtigen Analyse folgte freilich eine politisch ziemlich unrealistische Schlussfolgerung:

„Die Gegnerschaft der katholischen deutschen Minderheiten kann heute ohne Kostenaufwand [?] zum Ausbau und zur Bildung einer katholisch-deutschen, d. h. pro-österreichischen Bewegung ausgenützt werden. Eine solche reine Kulturbewegung wird der radikal-nationalsozialistischen Bewegung einen unüberwindbaren Damm entgegensetzen. Wertvolle Kräfte des Kulturbundes, durch die Entwicklung der Dinge verstimmt oder kaltgestellt, können für den Gedanken gerade heute gewonnen werden. Genannt seien Präsident Keks, Abg. Dr. Hans Moser, Abg. Dr. Grassl.“<sup>1271</sup>

Tatsächlich musste der deutsche Gesandte in Belgrad im Konflikt zwischen der Kulturbund-Führung und dem VDA vermitteln, bestätigte aber seinem Auswärtigen Amt, dass Kraft, Grassl und Keks keineswegs „österreichische Tendenzen“ (sic!) verfolgten, sondern lediglich mit ihren Methoden für das Deutschtum arbeiteten, während die Art der Tätigkeit des VDA die deutsche Politik in Jugoslawien gefährde. Von Heeren verweigerte im Jahre 1937 tatsächlich die Weiterleitung von Subventionszahlungen des VDA an Branimir Altgayer in Esseg, Pastor May in Cilli und Johann Wüsch, der in der Vojvodina die Wohlfahrtsgenossenschaft „Woge“ aufgebaut hatte. Die wesentliche Begründung des Gesandten: „Es muss vom politischen Gesichtspunkt aus unbedingt alles vermieden werden, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als flössen der inneren jugoslawischen Opposition vom Reiche aus Geldmittel zu.“ Gemeint waren damit Kontakte zwischen

<sup>1271</sup> Bericht über die politische Lage der deutschen Minderheiten in Jugoslawien (Redakteur Kuhlmann) an Bundeskommissär für Heimatdienst, [März 1936], ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien, Fasz. 817 alt.

der Erneuerungsbewegung und der serbisch-faschistischen *Zbor*-Gruppe von Dimitrije Ljotić.<sup>1272</sup>

Schon im März 1936 hatte der ehemalige k.u.k. Offizier Branimir Altgayer die „Kultur- und Wohlfahrtsvereinigung der Deutschen in Slawonien“ gegründet, die auf oppositionellen Ortsgruppen des Kulturbundes aufbaute und innerhalb kurzer Zeit 74 örtliche Organisationen zählte, mehr als der Kulturbund. Erstaunlicherweise gelang es dem späteren Volksgruppenführer im *Ustaša*-Staat mit Unterstützung durch junge Mitarbeiter aus der Batschka und dem Banat, im bereits stark kroatisierten Streudeutschtum Ostslawoniens ein deutsches Volksgruppenbewusstsein zu erwecken. Für die publizistischen Auseinandersetzungen mit dem Kulturbund, aus dem er ebenfalls ausgeschlossen worden war, stand ihm der *Slawonische Volksbote* in Esseg zur Verfügung, wo er 1937 auch in den Gemeinderat gewählt wurde. Als es jedoch im Februar 1937 zu Kontakten zwischen der Altgayer-Gruppe und der *Zbor*-Gruppe kam, trat Ministerpräsident Stojadinović mit scharfer Kritik dazwischen. In einem Gespräch mit Kraft unterstrich er seine Bereitschaft, den loyalen Deutschen sein volles Verständnis und die völlige Gleichberechtigung angedeihen zu lassen. Die Erneuerungsbewegung aber werde sich selbst alle Folgen ihrer Politik zuschreiben haben. Und gegenüber von Heeren betonte Stojadinović seine Absicht, gegen die Ljotić-Gruppe schärfer vorzugehen. Berlin müsse sich hier zwischen einer Zusammenarbeit mit ihm oder seinen Gegnern entscheiden. Sowohl von Heeren als auch Außenminister Neurath und nicht zuletzt Göring bemühten sich in den folgenden Monaten, Stojadinović entgegenzukommen.<sup>1273</sup>

Altgayer versuchte sich zwar im direkten Gespräch mit Stojadinović und von Heeren herauszureden und jede Verbindung mit der Ljotić-Bewegung in Abrede zu stellen, aber Awender scheute sich nicht, seine „Kameradschaften“ nach dem Vorbild der SA in weiteren donauschwäbischen Dörfern zu etablieren, wobei er sich besonders auf Studenten und Funktionäre evangelischer Kirchengemeinden stützen konnte. Als ab Mitte der 1930er Jahre auch noch ehemalige enge Mitarbeiter Krafts schwere Presseangriffe gegen die alternde Kulturbund-Führung zu lancieren begannen, konnte sich Belgrad auf eine „divide et impera“-Politik beschränken. Der deutsche Gesandtschaftsrat von Twardowski analysierte Ende Juni 1937:

„Es ist offensichtlich, dass die serbische Regierung resp. die serbischen örtlichen Instanzen den Kampf Deutscher gegen Deutsche nicht ungern sehen und ihn durch allerhand Mittel fördern. Wenn z. B. die Erneuerer ihre Aufmärsche und Schulungslager vorläufig ohne besondere Belästigung seitens der Behörden durchführen können, so liegt dies m. E. daran, dass die serbische Polizei zunächst die Erneuerer als Gegengewicht gegen den Kulturbund, der nicht zu leicht zu

<sup>1272</sup> Brief Grassl und Keks an Ges. von Heeren, 15. Jänner 1936; Bericht Ges. von Heeren an AA, 25. Mai 1937, PA Bonn, Kult A, Bd. 14, und VI A, Bd. 17, zitiert nach: BIBER, *Nacizem*, 59-61, 330.

<sup>1273</sup> Deutsches Volksblatt, 12. März 1937; Bericht Ges. von Heeren an AA, 3. März 1937, PA Bonn, Pol IV, Bd. 41, zitiert nach: BIBER, *Nacizem*, 70f., 330.

fassen ist, stärken will. [...] Weiter scheint es eine beliebte Methode der serbischen Polizei zu sein, unter der Hand wissen zu lassen, dass die andere Seite Anzeigen bei der Polizei erstattet habe. Dass hierdurch das Misstrauen gesteigert wird, versteht sich von selbst.“<sup>1274</sup>

Die Suche nach einem Kompromiss zwischen Kulturbund und Erneuerungsbewegung gestaltete sich immer schwieriger. Auf Vorschlag einer Gruppe des Kulturbundes unter der Bezeichnung „mittlere Linie“ wurde im Oktober 1937 vorerst ein sechsmonatiger „Waffenstillstand“ vereinbart. In der neuen Kulturbund-Führung sollten neben Keks und Kraft auch Altgayer und Awender vertreten sein, der sich von Ljotić zu lösen hatte. Aber die „mittlere Linie“ konnte sich im neuen Bundesausschuss des Kulturbundes nicht durchsetzen, so dass der Rechtsanwalt Moser am 13. Februar 1938 Dr. Kraft öffentlich aufforderte, von seiner Spitzenposition im Genossenschaftswesen zurückzutreten. Awender verlangte in seinem *Volksruf* „Einheitsfront nach außen, weltanschaulicher Kampf nach innen“, und Altgayer proklamierte am 20. Februar 1938 in Esseg: „Wiederherstellung der Einigkeit zur Erneuerung unserer Volksgruppe und gemeinsames Einstehen für unser Lebensrecht!“<sup>1275</sup>

Dennoch fiel die wirtschafts- und sozialpolitische Bilanz der Donauschwaben Ende 1937 durchaus positiv aus, sodass der Gesandte von Heeren als Unterlage für den Besuch Stojadinović bei Hitler in Berlin einen ziemlich objektiven Bericht über „Die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien“ verfasste. Darin stellte er zuerst die gut ausgebauten Organisationen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und des „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes“ und ihre leitenden Persönlichkeiten Kraft, Keks und Grassl sowie Bischof Popp vor. Erst danach wies er auf die „Erneuerungsbewegung“ mit Awender und Altgayer hin. Die eigentliche Führung der Volksgruppe maß er aber noch immer dem Kulturbund zu, der auch von der Belgrader Regierung als Vertretung des Deutschtums in Jugoslawien angesehen und behandelt werde. Wesentliche Forderungen meldete von Heeren lediglich für den Bereich eines geregelten deutschen Schulwesens an sowie in Richtung einer Aufhebung des Verbots für Volksdeutsche, in der 50-km-Grenzzone Land zu erwerben. In diesem Stimmungsbericht für die bevorstehenden Gespräche zwischen Hitler und Stojadinović wurde allerdings deutlich zwischen den „nicht allzu ungünstigen“ Verhältnissen in der Vojvodina einerseits und der in Slowenien lebenden deutschen Volksgruppe andererseits unterschieden.<sup>1276</sup>

Trotz der relativ positiven Bilanz Ende 1937 darf aber das Zusammenleben der Donauschwaben mit ihren serbischen, kroatischen, magyrischen, slowakischen, rusinischen und rumänischen Nachbarn nicht als friktionsfrei gesehen werden. Auch wenn es in städtischen und kleinstädtischen bürgerlichen Kreisen ein „in-

<sup>1274</sup> Berichte Twardowski an AA, 19. März 1937 und 30. Juni 1937 (Streng vertraulich), PA Bonn, Kult A, Bd. 16 sowie VI A, Bd. 14, 1106, zitiert nach: BIBER, *Nacizem*, 73, 338f.

<sup>1275</sup> *Volksruf*, 18. Februar 1938; Slawoniendeutscher Heimat-Kalender (Osijek 1938) 31; BIBER, *Nacizem*, 76-78.

<sup>1276</sup> Aufzeichnung Ges. von Heeren, 31. Dezember 1937, in: ADAP, D V, Nr. 156.

terkulturelles“ Einvernehmen gab, insbesondere dann, wenn Kinder serbischer, kroatischer, deutscher, magyarischer und jüdischer Eltern in derselben Gymnasial- oder Hauptschulklasse beisammen saßen, so trennten ethnopsychologisch doch drei Problemkreise das Zusammenleben zwischen serbischer Mehrheit und deutscher Minderheit:

- 1) Das Bestreben der Serben, ihre zahlen- und besitzmäßig gegebene Minderheitenposition in der Baranja, in der Batschka und im Banat durch Agrarreform- und Kolonisationsmaßnahmen langfristig in eine Mehrheitsposition zu verwandeln: Solche Pläne zirkulierten bereits während des Ersten Weltkrieges in Emigrantenkreisen und wurden auch in der Zwischenkriegszeit offen geäußert. Man darf nicht unterschätzen, dass nicht nur die nach 1919 vorwiegend aus dem Gebiet der ehemaligen Militärgrenze und aus Bosnien angesiedelten serbischen „Freiwilligen“ (*Dobrovoljci*), sondern auch das serbische Offiziers- und Unteroffizierskorps sowie die serbische städtische Intelligenz hinter dieser Politik standen. Die wirtschaftliche Leistungskraft – mehr als ein Viertel des schwäbischen Bodenbesitzes lag außerhalb ihrer Mehrheitsgemeinden – und der manchmal selbstgerechte Besitzerstolz der *Švaba* stellten für diese serbischen Expansionsbestrebungen eine ständige Herausforderung dar und förderte den Neid auf die Besitzenden.
- 2) Der wirtschaftlichen und sozialen Stärke der Donauschwaben entsprach keineswegs ihre Repräsentanz in der Verwaltung der Gemeinden und des Donau-Banats. Waren schon nach 1919 die meisten magyarischen Beamten und Angestellten durch südslawische ersetzt worden – so in den Gemeinden, bei Bahn und Post etc. –, so gab es nach 1929 in der Banatsverwaltung mit dem Sitz in Neusatz unter etwa 630 Beamten und Angestellten nur zwei bis drei Deutsche, unter den 130 Beamten der Finanzdirektion keinen einzigen. Die Donauschwaben waren aber auch in den vielen halbstaatlichen Institutionen wie Ausfuhr-gesellschaft, Agrarbank, Industrie-, Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammer kaum vertreten. Die daraus erfließende, serbisch dominierte staatliche oder halbstaatliche Bevormundung durch schlecht ausgebildete und herrschsüchtige Beamte verärgerte die deutsche Minderheit und führte zu ständigen Ressentiments gegen die Serben.
- 3) Die überwiegend katholischen, teilweise lutherischen Donauschwaben verstanden sich besser mit den ebenfalls katholischen Kroaten, Bunjevci und Šokci, wofür etliche Mischehen sprachen. Auch zu den *Prećani*, den aus der Vojvodina stammenden Serben, gab es ein deutlich besseres Verhältnis als zu den „Serbianern“ und Kolonisten. Dabei waren schon in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts deutsche Architekten, Ingenieure, Offiziere, Professoren, Lehrer, Ärzte, Apotheker und Techniker nach Belgrad gezogen, und dieser Trend verstärkte sich nach 1918, als die nunmehrige Hauptstadt Jugoslawiens gute berufliche Entwicklungsmöglichkeiten bot und tausende schwäbische Handwerker, Kaufleute und Arbeiter am Auf- und Ausbau Belgrads mitwirkten.

Die verwaltungsmäßige Einbeziehung von Semlin und Pantschowa in Groß-Belgrad förderte diesen Trend. Und dennoch blieben alte mentale Barrieren zwischen den Serben und Deutschen bestehen, nicht zuletzt als der Nationalsozialismus nicht nur den „Reichs“-Gedanken zu propagieren begann, sondern auch das Bekenntnis zur Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes einforderte.<sup>1277</sup>

Die Schwierigkeiten des Zusammenlebens von Deutschen, Serben und Kroaten sind auch aus dem Bericht des lutherischen Pfarrers Ferdinand Sommer aus Schutzberg (Glogovac), Bezirk Prnjavor in Nordbosnien, gut herauszulesen. In der 1895 gegründeten evangelischen Gemeinde wurden 1937 39 deutsche Familien aus Slawonien, je 29 aus Russland und Galizien, 24 aus Ungarn, 20 aus der Bukowina, 8 aus Syrmien, 7 aus dem Banat, 6 aus der Batschka sowie je eine aus Kroatien, dem Burgenland und Württemberg gezählt. In der Mitte des Straßendorfes befanden sich eine orthodoxe Kirche, das Pfarrhaus und eine serbische Schule, die zur weit verstreuten serbischen Siedlung Štrpci gehörten. Die persönlichen Nachbarschaften waren im Allgemeinen konfliktfrei, das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Serben als Ganzes beinhaltete jedoch strukturbedingte Spannungen: Die Deutschen sahen sich als kulturell und wirtschaftlich höher stehend als die Serben, bei denen sich „Neid und Hass“ gegenüber dem „übermäßig großen Landhunger“ der Deutschen entwickelten. Die Deutschen litten andererseits unter Weide- und Flurschäden sowie Holzdiebstahl in ihrem Waldbesitz. Mit dem Machtaufstieg Hitlers waren die staatlichen Stellen eher zur Erfüllung von Minderheitenrechten bereit, sodass die Volksgruppenführung schließlich die Errichtung einer deutschen Schule in Schutzberg durchsetzen konnte. Den Vorschlag der Volksgruppenführung im Jahre 1940, die Bosnien-Deutschen in die Batschka umzusiedeln, lehnten diese jedoch einhellig ab. „Niemand konnte glauben“, so Pfarrer Sommer, „dass das landhungrige deutsche Bauerntum der Batschka an die zuziehenden Bosniendeutschen auch nur einen Hektar Land abgeben hätte“.<sup>1278</sup>

Der „Anschluss“ Österreichs veränderte das Kräfteverhältnis zwischen Kulturbund und Erneuerungsbewegung einerseits, zwischen dem jugoslawischen Staat und der deutschen Minderheit andererseits. Am Tag der großdeutschen Volksabstimmung, am 10. April 1938, versammelten sich in Belgrad Vertreter der „mittleren Linie“, der Erneuerungsbewegung, der Kultur- und Wohlfahrtsvereinigung und der Deutschen aus Slowenien; auch Dr. Kraft wohnte der Unterredung einige Zeit bei. Und die deutschen Abgesandten einigten sich auf folgendes politisches Forderungsprogramm:

<sup>1277</sup> Weißbuch der Deutschen aus Jugoslawien, 39f., 43, 99, 367, 880-882, 894-896; vgl. BIBER, Nazidem, 23, 26f.

<sup>1278</sup> Bericht Pfarrer Ferdinand Sommer aus Schutzberg (Glogovac), Bezirk Prnjavor in Bosnien, Frühjahr 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 37-63. Der Bericht stützt sich auf erhalten gebliebene Aufzeichnungen und Briefe sowie einer ersten Niederschrift aus dem Jahre 1950.

- 1) die Anerkennung der nationalen Eigenart und der Lebensrechte in Verfassung und Gesetzgebung;
- 2) die Anerkennung der Volksgruppe als Körperschaft öffentlichen Rechts;
- 3) das Recht der Volksgruppe, alle internen Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichs selbst zu lösen;
- 4) die Anerkennung einer einheitlichen Führung der Volksgruppe;
- 5) das Recht der Volksgruppe, alle Fragen nach der eigenen Weltanschauung zu regeln.

Diese von je einem Vertreter der vier deutschen Gruppen (Pfarrer Heinrich Meder, Senior Baron, Richard Derner und Gustav Halwax) unterschriebene EntschlieÙung wurde zwar in allen deutschen Zeitungen veröffentlicht – also im *Deutschen Volksblatt*, im *Volksruf*, im *Slawonischen Volksboten* und in der *Gottscheer Zeitung* –, allerdings war die Führung der „Volksgruppe“ noch immer nicht entschieden. Und die jugoslawische Regierung befürchtete nun eine ähnliche Parteibildung wie bei den Sudetendeutschen, vor allem nach den Karlsbader Beschlüssen vom 24. April 1938. Daher einigten sich Stojadinović, Korošec und Svetozar Rajić, der Banus in Neusatz, auf ein rasches Vorgehen gegen die Propagierung einer deutschen „Einheitsfront“. Aber die Verhaftung von etwa 20 Studenten erwies sich als ebenso wirkungslos wie der Versuch, unter Führung des Senators Grassl und des Abgeordneten Moser, eine deutsche Untergruppe in der Staatspartei „Jugoslawische Radikale Gemeinschaft“ zu bilden. Das Münchener Abkommen und die bevorstehende Skupština-Wahl im Dezember 1938 beschleunigten sowohl den von der „Volksdeutschen Mittelstelle“ (VOMI) betriebenen Konzentrationsprozess innerhalb der deutschen Minderheit, als auch Wahlabsprachen mit der Staatspartei Stojadinović'. Stefan Kraft kandidierte nicht mehr und wurde in seinem Wahlkreis Kula von Franz Hamm abgelöst; Keks trat am 30. April 1939 zurück. Die Gegensätze zwischen Kraft und Moser wurden aber erst von einem am 15. Mai 1939 in Wien tagenden Schiedsgericht unter Beteiligung anderer deutscher Volksgruppenpolitiker gelöst. Unter Einflussnahme der VOMI wurde im August 1939 weder Moser noch Hamm, weder Altgayer noch Awender zum neuen Bundesobmann des „Kulturbundes“ gewählt, sondern der junge Gerichtsassessor Dr. Sepp Janko aus dem Banat, der einerseits aus der gemäßigten Richtung der Erneuerungsbewegung kam, andererseits bereits Anfang 1938 einer der beiden deutschen Vertreter im Banatsrat in Neusatz geworden war. Er koordinierte nun die Volksgruppenpolitik für etwa 50.000 Mitglieder in 866 Wirtschafts-, Kultur- und Sportvereinen gemeinsam mit den Abgeordneten Hamm und Trischler, dem Senator Grassl, Senior Baron sowie Altgayer und Awender. Auch das deutsche Minderheitenschulwesen konnte zwischen 1938 und 1941 noch erweitert werden.<sup>1279</sup>

<sup>1279</sup> BIBER, *Nacizem*, 169-194, 207-210; WEHLER, *Nationalitätenpolitik*, 36f.; BALLING, *Von Reval*, 549, 552; CALIC, *Soziale Ungleichheit*, 139; JANJETOVIĆ, *Deca careva*, 254, 262f.; vgl. Sepp JANKO, *Weg und Ende der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien* (Stuttgart 1982) 39. Nach

Weder dem Ministerpräsidenten Stojadinović noch dem Innenminister Korošec gefiel diese Propagierung einer deutschen „Einheitsfront“, noch weniger, als sie von den „Karlsbader Beschlüssen“ der Sudetendeutschen Partei hörten. Andererseits ist nicht bekannt, ob der katholische Priester Korošec die Aktivitäten des katholischen Pfarrers von Apatin, Adam Berenz, förderte, der in seiner Zeitschrift *Die Donau* – gestützt auf die am 14. Mai 1937 veröffentlichte Enzyklika „Mit brennender Sorge“ – das Neuheidentum der Erneuerungsbewegung kritisierte. Versuche des serbischen Banus in Neusatz, Propagandaaktivitäten der NS-Studenten wirkungsvoll einzudämmen, schlugen ebenso fehl wie die Strategie, eine deutsche Untergruppe in der Staatspartei JRZ zu bilden. Dennoch gelang es Stojadinović, für die *Skupština*-Wahl im Dezember 1938 Wahlabsprachen zwischen seiner JRZ und einigen donauschwäbischen Kandidaten zustande zu bringen.<sup>1280</sup>

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass die vom „Schwäbisch-Deutschen Kulturbund“ geführte Politik für die Donauschwaben bis zum „Anschluss“ Österreichs insgesamt als „staatstreu“ und anti-nationalsozialistisch einzustufen ist. Versuche der vor allem von der akademischen Jugend getragenen Erneuerungsbewegung, die Volksgruppenpolitik an die neue Ideologie in Deutschland anzunähern, wurden von der ziemlich geschlossenen Kulturbund-Führung mit harten Maßnahmen bis zum Ausschluss der Hauptakteure bei Auflösung von Unterorganisationen geahndet. Auch schwere Auseinandersetzungen mit dem VDA wurden bewusst in Kauf genommen. Der deutsche Gesandte in Belgrad unterstützte diese politische Linie des Kulturbundes, da sein Hauptinteresse der Ausgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien galt. Schließlich ist auf die innenpolitische Unterstützung der eher konservativ-katholischen Kulturbund-Führung für die Regierung Stojadinović hinzuweisen, die bis zu den Wahlen im Dezember 1938 anhielt. Die NS-Ideologie kam erst stärker zum Tragen, als sich im Mai 1939 die Erneuerungsbewegung im Kulturbund durchsetzen konnte.

In den Jahren 1939 und 1940 vollzog sich nun unter der neuen Führung – mit dem Organisationsleiter Josef Beer – der Umbau des Kulturbundes vom privaten Minderheitenverein zur NS-Volksgruppenorganisation. Nach dem Vorbild von NS-Massenorganisationen wurden innerhalb des Kulturbundes „Ämter“ für Schule, Gewerbe und Gesundheitswesen eingerichtet und „Verordnungsblätter“ veröffentlicht. Der Kulturbund übernahm auch Sprache, Symbolik, Uniformie-

---

einer Statistik des Minderheiten-Schulwesens in Jugoslawien im November 1939 gab es in der *Dunavska Banovina* 594 deutsche Abteilungen mit 31.263 Kindern und 576 Lehrerinnen und Lehrern (dazu 121 Religionslehrer), davon 632 deutsche; außerdem in Belgrad 45 Abteilungen mit 1808 Kindern und 38 Lehrpersonen (davon 25 deutsche) sowie in der *Hrvatska Banovina* 67 Abteilungen mit 3123 Kindern und 64 Lehrpersonen (davon 29 deutsche). Noch im Herbst 1940 genehmigte das jugoslawische Unterrichtsministerium die Gründung von deutschen Privatgymnasien in Neu-Werbaß, Apatin, Belgrad und Agram. Allein für die 1. Klasse des Realgymnasiums in Apatin wurden 124 Kinder angemeldet.

<sup>1280</sup> BIBER, Nacizem, 169-194, 207-210; BETHKE, Die Deutschen, 204.

rung, Rituale und Konzepte von NS-Organisationen. Allerdings verunsicherte die Reichstagsrede Hitlers vom 6. Oktober 1939, in der er die Umsiedlung von „Volksdeutschen“ aus dem östlichen Europa ankündigte, nicht wenige Donauschwaben, vor allem die wohlhabenderen, die keineswegs ihren Besitz aufgeben wollten. Die Deutsche Gesandtschaft in Belgrad und das *Deutsche Volksblatt* hatten jedenfalls Mühe, die Ängste zu zerstreuen. Als im August 1940 die deutschen Umsiedler aus dem von Rumänien an die Sowjetunion abgetretenen Bessarabien per Schiff nach Belgrad gebracht wurden, um von Semlin aus mit dem Zug nach Deutschland zu fahren, organisierte der Kulturbund die Betreuung dieser „Umsiedler“. Andererseits war unter den „Donauschwaben“ kaum verhohlene Begeisterung über die deutschen „Blitzkriege“ in Westeuropa aufgekommen und hatte zur Bereitschaft unter volksdeutschen Freiwilligen geführt, sich verdeckten Musterungen zur SS oder Wehrmacht zu stellen. Dies reichte jedoch keineswegs aus, um innerhalb der Volksdeutschen Mittelstelle oder gar der Kulturbund-Führung einen *master plan* für eine deutsche Besetzung Jugoslawiens entstehen zu lassen.<sup>1281</sup>

### **Deutsche Untersteirer, Laibacher und Gottscheer im jugoslawischen Slowenien 1918-1939**

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass der militärische Zusammenbruch und die politische Auflösung der Habsburgermonarchie Ende Oktober/Anfang November 1918 und die Bildung des ersten jugoslawischen Staates für die Slowenen sowohl einen grundlegenden politischen Machtwechsel als auch einen – in der *longue durée* – geradezu revolutionären rechtlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Systemwechsel darstellte. Da so gut wie alle für die slowenische Bevölkerung relevanten öffentlichen und vielfach auch privaten Rahmenbedingungen auf österreichischen Institutionen beruhten, war aus der Sicht der neuen Machthaber in Laibach (Ljubljana) die neue slowenisch-jugoslawische Selbständigkeit nur durch Abschottung gegenüber jedem österreichischen Einfluss zu gewinnen: also durch „Entösterreichung“. Dieser bereits jahrhundertlang bestehende „österreichische“ Einfluss wurde seitens der Slowenen vor allem in der Verbindung mit der bisherigen Dominanz der deutsch-österreichischen Gesellschaft und ihrer deutschen Sprache gesehen. Der Geographieprofessor Anton Melik brachte im *Ljubljanski zvon* 1919 die Haltung vieler slowenischer Intellektueller zum Ausdruck: „Die nationale Befreiung, die wir soeben erreicht haben, bedeutet für uns die größte Wende, die wir je erlebt haben, seit wir vor tausend Jahren unter die fränkisch-deutsche Herrschaft gekommen sind.“<sup>1282</sup>

<sup>1281</sup> BETHKE, Die Deutschen, 205f; vgl. Carl BETHKE, „Volksdeutsche Parallelgesellschaft“? Identitätskonstruktionen und ethnopolitische Mobilisierung in Kroatien und in der Vojvodina, 1918-1941. Mit einem Vergleich zur ungarischen Minderheit (Wiesbaden 2009).

<sup>1282</sup> VODOPIVEC, Von den Anfängen, 333.

Noch während die österreichisch-ungarischen Truppen bei mildem Herbstwetter überwiegend per Bahn durch Slowenien geschleust wurden, trafen sich erstmals Vertreter des Wiener Staatsrates und der slowenischen Nationalregierung in Graz und vereinbarten am 7. November 1918 Regelungen für den durchlaufenden Zugsverkehr, die Einrichtung von Militärverköstigungsstationen, Lieferungen von Betriebs-, Regie- und Hausbrandkohle aus Trifail (Trbovlje), Hrastnigg (Hrastnik) und Sagor (Zagorje) für dieselben Betriebsbereiche wie 1917, den bahnverkehrsfreien Transport von Lebensmitteln, Brennstoffen und Papier, Reparaturen des Wagenparks, den beiderseitigen Ausschluss von Transitzöllen, das Fortbestehen der Versicherungsverhältnisse und privatrechtlichen Forderungen, die gegenseitige Achtung der Patente, Marken und Muster, die Unantastbarkeit der Vermögen der Spar- und Vorschusskassen, den freien Geldverkehr zwischen der österreichisch-ungarischen Bank und den jugoslawischen Gebieten, die Aufrechterhaltung des Postsparkassenverkehrs, die Zuordnung der Gendarmerieposten in von Slowenen besetzten Bezirkshauptmannschaften zum Laibacher Bereich sowie die volle Verkehrsfreiheit auf Straßen und Wasserwegen, im Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr. Diese Grazer Vereinbarungen wurden in einem am 12. Dezember 1918 in Laibach geschlossenen Übereinkommen zwischen der Laibacher und der Wiener Regierung im Wesentlichen bestätigt und dokumentierten deutlich, wie sehr die beiden neuen Staaten in ihren wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen aufeinander angewiesen waren.<sup>1283</sup>

Der mehrheitlich deutsche Marburger Stadtrat hatte bereits vor der militärischen Machtergreifung durch den slowenischen Landsturm-Major Rudolf Maister am 1. November 1918 die Zeichen der neuen Zeit zu verstehen versucht:

„In der Ernährungsfrage müssen wir mit den Slowenen unbedingt verhandeln. Auch bei den sonstigen Verhandlungen müssen wir aus der Denkweise vor dem Kriege herauskommen und uns daran gewöhnen, umzulernen und mit den neuen Verhältnissen anzufangen. Naturgemäß sei es, dass wir bei diesen Verhandlungen mit den Slowenen nicht den Anschein erwecken dürfen, als ob wir noch die alte Herrenrolle spielen und die Slowenen als Bürger zweiten Grades betrachten. Wir werden den Wünschen der Slowenen im Rahmen ihrer bürgerlichen Stellung nachkommen müssen.“

Der von der Laibacher Regierung bald zum Generalmajor ernannte Maister versuchte allerdings seine Macht in Marburg (Maribor) und Umgebung zu sichern und ein „steirisches Grenzkommando“ aufzubauen, scheute sich auch nicht, streikende deutsche Eisenbahner und Postbedienstete durch südslawische zu ersetzen und zu Jahresbeginn 1919 sogar unter den Marburger Bürgern Geiseln auszuheben. Weniger geplant war allerdings der Waffengebrauch seiner Posten gegen deutschösterreichische Marburger, die am 27. Jänner 1919 anlässlich des Besuches der amerikanischen Miles-Mission vor dem Rathaus demonstrierten.<sup>1284</sup>

<sup>1283</sup> SUPPAN, Jugoslawien, 1088f.

<sup>1284</sup> Stefan KARNER, Die Abtrennung der Untersteiermark von Österreich 1918/19. Ökonomische Aspekte und Relevanz für Kärnten und die Steiermark, in: Helmut Rumpler (Hg.), Kärntens Volksabstimmung 1920 (Klagenfurt 1981) 254-296; SUPPAN, Jugoslawien, 511f., 530.

Bereits im November 1918 hatte die „Entösterreicherung“ der Bürokratie in Slowenien begonnen. Die neue slowenische Justizverwaltung unter Leitung von Vladimir Ravnihar begann bei einer ganzen Reihe von Gerichten die bisherigen Präsidenten und Vorsteher durch „südslawische Funktionäre“, gemeint waren wohl slowenische Richter und Staatsanwälte, zu ersetzen: so die Präsidenten der Gerichtshöfe in Laibach und Rudolfswerth (Novo mesto), in Laibach auch den Vizepräsidenten und Ersten Staatsanwalt, die Präsidenten der Kreisgerichte Cilli (Celje) und Marburg (Maribor) sowie die Vorsteher der Bezirksgerichte Luttenberg (Ljutomer), Friedau (Ormož), Oberradkersburg (Gornja Radgona), Pettau (Ptuj), Mahrenberg (Radlje ob Dravi) und Bleiburg (Pliberk). Am 16. Dezember 1918 entließ die Laibacher Nationalregierung sämtliche österreichische Beamte und stellte sie der deutschösterreichischen Regierung „zur Verfügung“. Noch an der Jahreswende wurden Gemeindevertretungen mit deutscher Mehrheit aufgelöst, anstelle der deutschen Bürgermeister slowenische Gerenten eingesetzt. Am 10. Februar 1919 enthob man auch die deutschen Notare ihres Amtes.<sup>1285</sup>

Mit Verordnung der Nationalregierung SHS für Slowenien vom 16. November 1918 wurde an den bisherigen „deutschen“ Volksschulen Slowenisch als „ausschließliche Unterrichtssprache“ eingeführt, deutsche Schulklassen nur mehr mit 40 „echt deutschen“ Kindern zugelassen. Auch die „deutschen“ Bürgerschulen und Gymnasien in Marburg, Cilli und Pettau, das Gymnasium in Gottschee (Kočevje) und die deutschen Realschulen in Marburg und Laibach erhielten Slowenisch als Unterrichtssprache, daneben einige deutsche Parallelklassen. Lediglich in Laibach blieb vorerst ein Realgymnasium mit deutscher Unterrichtssprache bestehen. An allen Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen wurde nun Französisch als erste Fremdsprache eingeführt. Am 16. Dezember 1918 entließ die slowenische Landesregierung sämtliche österreichischen Lehrer und Professoren deutscher Nationalität und stellte sie der deutsch-österreichischen Regierung „zur Verfügung“. Insgesamt wurden 36 Mittelschullehrer sowie 200-300 Volks- und Bürgerschullehrer entlassen.<sup>1286</sup>

Zur selben Zeit begannen die slowenischen Behörden – unterstützt von der nationalen Politik – administrativen Druck auf die zum größeren Teil deutschen Unternehmer auszuüben, deutsche Angestellte und Arbeiter zu kündigen bzw. zu entlassen. Das galt auch für die Bediensteten der Südbahnwerkstätten in Marburg sowie für die Angestellten des deutschen Großgrundbesitzes. Im Frühjahr 1919 setzte die slowenische Landesregierung mit der Auflösung der Ortsgruppen von (nunmehr) „ausländischen“ Vereinen ein – wie des Deutschen Schulvereins, der Südmark und des Deutschen Turnvereins – und ließ ihr Vermögen einschließlich der Schul- und

<sup>1285</sup> Staatsamt für Justiz an Staatsamt für Äußeres, Wien, 1. Dezember 1918, in: ADÖ, 1/53; Uradni list Narodne vlade SHS za Slovenijo, št. 110, 16. Dezember 1918.

<sup>1286</sup> Uradni list Narodne vlade SHS za Slovenijo, št. 109, 16. Dezember 1918; Ervin DOLENC, Entausifizierung der Politik, Verwaltung und Kultur in Slowenien, in: Nećak, Slovensko-avstrijski odnosi, 101.

Vereinshäuser beschlagnahmen. Von der Auflösung bzw. Sequestrierung waren auch Lese-, Spar- und Sportvereine betroffen, sogar renommierte alte Kulturvereine wie die 1703 gegründete Laibacher Philharmonische Gesellschaft.<sup>1287</sup>

Viele Maßnahmen der neuen slowenischen Regierung richteten sich also zuerst einmal gegen die deutsche Sprache und verlangten deren Verdrängung aus dem öffentlichen Leben in Verwaltung, Gerichts- und Schulwesen. Tausende Beamte, Richter, Staatsanwälte, Notare, Professoren, Lehrer, Eisenbahn- und Postbedienstete etc. ohne ausreichende Slowenisch-Kenntnisse verloren bereits bis Jahresende 1918 ihre bisherigen Anstellungen und waren vielfach zur Abwanderung nach „Deutschösterreich“ gezwungen. An die 1919 neu gegründete Universität in Laibach wurden sowohl slowenische Professoren und Dozenten aus Wien, Graz und Prag berufen, als auch andere, einer slawischen Sprache mächtige Professoren – etwa aus Kiew.<sup>1288</sup>

Ähnlich wie die Slowenen in Kärnten verzeichneten die Deutschen in Slowenien zwischen der österreichischen Volkszählung 1910 und der jugoslawischen Volkszählung 1921 einen dramatischen statistischen Rückgang. Hatten 1910 in den 1918 zu Slowenien zusammengefassten Gebieten 106.255 Personen Deutsch als Umgangssprache angegeben – lediglich im damals ungarischen Übermurgebiet (Prekmurje) war nach der Muttersprache gezählt worden –, so deklarierten 1921 nur mehr 41.514 Untersteirer und Krainer Deutsch als ihre Muttersprache. Die stärksten absoluten wie relativen Rückgänge hatte es hierbei in Marburg, Cilli, Pettau und Laibach gegeben, die geringsten in der Gottschee (Kočevsko); in Prekmurje gab es sogar einen kleinen Zuwachs. Der Geograph Melik führte als wesentliche Ursachen für den Rückgang der Deutschen an:

- In den genannten Städten habe es 1910 nicht nur „ethnisch echte Deutsche“, sondern auch „politische Deutsche“ gegeben, das heißt „slowenisch Geborene, deutsch Gesinnte“ (*Nemškutarji*). Da viele von ihnen zur Gruppe der öffentlich Bediensteten, des Militärs und der freien Berufe gehört hätten – in Marburg über 34 %, in Pettau 44 %, in Cilli gar 45 % –, seien sie seit November 1918 entweder abgewandert oder hätten sich „slowenisiert“.
- In den letzten Jahrzehnten der Habsburgermonarchie seien in die genannten Städte Zehntausende slowenische Steirer und Krainer zugewandert, die in der Volkszählung 1910 von ihren Arbeitgebern und Hausherrn zum Teil als „Deutsche“ gezählt worden seien. Nach der politischen Wende 1918 aber seien diese Zuwanderer wieder als Slowenen gezählt worden.

Darüber hinaus sind aber zweifellos auch die Slowenisierungsmaßnahmen der Laibacher Regierung in Rechnung zu stellen: Kündigungen und Entlassungen von altösterreichischen Staats-, Landes- und Gemeindebediensteten sowie von Eisen-

<sup>1287</sup> Bericht der „Südmark“ an BKA/AA, o. D., ÖStA, AdR, BKA/AA, Abt. 15/VR, Kart. 113. Auch alle Hütten des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins wurden sequestriert. – DOLENC, Entaustriifizierung, 111.

<sup>1288</sup> Enciklopedija Slovenije, 14. Bd. (Ljubljana 2000) 52-54.

bahn- und Postbediensteten mit deutscher Muttersprache; Beschlagnahmungen und Enteignungen von Haus- und Grundbesitz; Abwanderung dieser betroffenen Personengruppen nach Österreich; Auflösung der Mehrzahl der deutschen Vereine; Aufhebung der deutschen Privatschulen; Beschränkungen des Erwerbs von Grundbesitz in der Grenzzone. Und Anton Melik scheute sich auch nicht, die Wirksamkeit dieser Slowenisierungspolitik zu umreißen: Die ehemaligen deutschen „Festungen“ Marburg, Cilli und Pettau seien mit Hilfe der „slowenischen Reassimilierungspolitik“ der staatlichen Autoritäten innerhalb weniger Jahre in Städte mit deutscher Minderheit verwandelt worden. Und das Deutschtum werde in Zukunft noch rascher zurückgehen, da die alte Generation aussterbe und die neue Generation in den staatlichen Schulen bereits im neuen nationalen Geist erzogen werde.<sup>1289</sup>

Nationalpolitischer Druck wurde seitens der slowenischen Behörden auch auf die evangelischen Pfarrgemeinden der Deutschen ausgeübt, deren größte in Marburg, Cilli und Laibach bestanden. Mit Unterstützung des Gustav-Adolf-Vereins waren vor 1914 zusätzlich zu diesen Pfarrgemeinden Predigtstationen in Rann (Brežice), Lichtenwald (Ševnica), Trifail (Trbovlje) und Gonobitz (Slovenske Konjice) errichtet worden. Nach 1918 wurden die drei evangelischen Pfarrgemeinden in Cilli, Marburg und Laibach aus der Evangelischen Kirche A. B. und H. B. in Österreich ausgeschieden und zum Seniorat der deutschen evangelischen Gemeinden in Slowenien zusammengeschlossen. Senior Johann Baron in Marburg und Gerhard May, der 1925 seinem Vater als Pfarrer in Cilli nachgefolgt war, sahen sich in einer „doppelten Diaspora“, in einer konfessionellen und einer ethnischen, und wirkten maßgeblich am Aufbau des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes in Slowenien mit. Nach Schließung vieler deutscher Schulklassen bemühte sich die evangelische Kirche, den Kindern im Raum der Kirche deutschen Sprachunterricht zu vermitteln. Bald entdeckten Baron, May und die anderen evangelischen Pfarrer auch das „größere Deutschland“, Baron nahm eine führende Rolle im Kulturbund ein. Nach der NS-Besetzung der Untersteiermark wurde May Kulturreferent der Stadt Cilli, lehnte allerdings das Angebot des Reichsstatthalters Siegfried Uiberreither ab, das Sippenamt für die Steiermark zu übernehmen.<sup>1290</sup>

Trotz der politischen Wende Ende Oktober 1918 stellten die Deutschen in Slowenien im Gesamten gesehen eine wirtschaftlich, sozial und kulturell starke Minderheit dar. Die Adelsfamilien Auersperg, Windisch-Graetz, Attems, Thurn-Valsassina, Herberstein, Blome, Pandofi, Lippit u. a. besaßen größere Teile des etwa 200.000

<sup>1289</sup> Anton MELIK, Nemci u Sloveniji, in: Letopis Matice Srpske XCIX, knj. 303, sv. 1 (Novi Sad, jan. 1925) 66-70; vgl. Fran ZWITTER, Nemci na Slovenskem, in: Sodobnost (Ljubljana 1938) 483-497.

<sup>1290</sup> Karl W. SCHWARZ, Gerhard May – vom volksdeutschen Vordenker in Slowenien zum bischöflichen Wegweiser der Evangelischen Kirche in Österreich, in: Südostdeutsches Archiv 46-47 (2003/2004) 39-63; Karl W. SCHWARZ, Unter dem Gesetz der Diaspora. Das Diasporaverständnis des österreichischen Theologen Gerhard May zwischen politischer Konjunktur und theologischer Metaphorik (Leipzig 2005); vgl. Gerhard MAY, Die volksdeutsche Sendung der Kirche (Göttingen 1934).

ha umfassenden Großgrundbesitzes; deutschen Industriellen gehörten die größten Fabriken im Lande, wie die Emailfabrik Westen in Cilli, die Textilfabrik Hutter in Marburg, die Lederfabrik Woschnagg in Schönstein (Šoštanj), die Glasfabrik Abel in Hrastnigg (Hrastnik) und die Union-Brauerei in Laibach; etwa die Hälfte der Baulichkeiten und Wohnungen in Marburg, Cilli und Pettau gehörte deutschen Stadtbürgern; bedeutend war nach wie vor die Stellung der Deutschen im Kreditwesen (z. B. in der Marburger Creditanstalt, im Vorschussverein in Pettau und im Laibacher Kreditinstitut für Handel und Industrie), im Großhandel (z. B. die Firma Rakusch in Cilli), in der Ärzteschaft, unter den Rechtsanwälten und Ingenieuren. Schließlich gab es nicht nur wesentliche Kapitalverbindungen nach Österreich – jedenfalls bis 1931 –, sondern auch österreichischen Grundbesitz in den Grenzgemeinden zwischen dem Mießtal und dem Abstaller Feld sowie den Besitz zahlreicher Weingärten in den Windischen Büheln (Slovenske gorice) und im Kollos (Haloze).<sup>1291</sup>

Unter dem Druck von agrarrevolutionären Bewegungen 1918/19 hatte freilich die Belgrader Regierung bereits am 25. Februar 1919 Vorbereitungen zu einer Agrarreform angekündigt, die im Mai 1922 erstmals in ein Gesetz einflossen. Danach sollte in Slowenien Großgrundbesitz mit mehr als 75 ha bebaubaren Bodens und mehr als 200 ha Gesamtfläche gegen Entschädigung enteignet werden, alle Pachtverträge über Großgrundbesitz, den der Pächter nicht selbst als Landwirt bearbeitete, aufgelöst, der Großforstbesitz verstaatlicht und Landbesitz fremder Staatsangehöriger – in der Untersteiermark und Krain vor allem von Österreichern –, die nach dem Umsturz nicht im Königreich SHS geblieben waren, vorläufig an einheimische Interessenten verpachtet werden. Die enteigneten Landflächen sollten in Slowenien vor allem den Slowenen zugeteilt werden, wobei Invalide, Witwen und Kriegswaisen, Soldaten und Freiwillige, die für die Befreiung und Einigung der Serben, Kroaten und Slowenen gekämpft hatten, den Vortritt bekamen. Die beiden Agrarämter in Ljubljana und Maribor erhoben 203.347 ha Großgrundbesitz, davon 147.015 ha Wälder und 30.671 ha bebaubares Land. Allerdings wurden bis Ende 1929 vorerst nur 16.460 ha aufgeteilt, enteignet oder verkauft, bis 1931 weitere 15.050 ha, vor allem in Prekmurje. Schließlich erfasste die gesamte Agrarreform in Slowenien nur 1/8 der Wälder und 38 % des bebaubaren Bodens. Die Familien Auersperg, Attems, Thurn und Windisch-Graetz sowie die Krainer Industriegesellschaft (bis 1929 in italienischem Besitz) und das Bistum Laibach konnten die Enteignung des Großteils ihrer Wälder verhindern.<sup>1292</sup>

<sup>1291</sup> Gospodarska in družbena zgodovina Slovencev. Zgodovina agrarnih panog, hg. von Pavle Blaznik, Bogo Grafenauer und Sergij Vilfan, 2 Bde. (Ljubljana 1980) I, 178-182; Franjo BAŠ, Prispevki k zgodovini severovzhodne Slovenije (Maribor 1989) 100-121; SUPPAN, Jugoslawien, 690-692.

<sup>1292</sup> Josef MATL, Die Agrarreform in Jugoslawien (Berlin 1927); Olga JANŠA, Agrarna reforma v Sloveniji med obema vojnama, in: Zgodovinski časopis 17 (Ljubljana 1964) 173-189; Kraljevina Jugoslavija. Opšta državna statistika. Statistički godišnjak I (Beograd 1929) 448-451; VODOPIVEC, Von den Anfängen, 324. Das Bistum Laibach besaß 12.072 ha, davon 6605 ha Wald. – France M. DOLINAR, Die katholische Kirche in Slowenien im 20. Jahrhundert, in: Nećak, Slovensko-avstrijski odnosi, 436.

Tabelle 13: Deutsche Minderheiten in Slowenien (Krain, Untersteiermark, Mießtal, Prekmurje) 1910-1921-1931

Kronland Region polit. Bezirk, Statutarstadt (Auswahl)	österr. Volkszählung 1910 (ungar. Volkszählung 1910)			jugoslaw. Volkszählung 1921			jugoslaw. Volkszählung 1931		
	Gesamt	Slowen.	Deutsch (%)	Gesamt	Slowen.	Deutsch (%)	Gesamt	Slowen.	Deutsch (%)
<b>Krain, Kranjska</b>	525.925 (93,4%)	490.954 (93,4%)	27.885 (5,3%)	466.521 (94,8%)	442.283 (94,8%)	16.443 (3,5%)	512.545 (94,6%)	484.818 (94,6%)	15.099 (3,0%)
davon in:									
Stadt Laibach mesto Ljubljana	46.630	37.818 (81,1%)	6.742 (14,5%)	53.294	47.179 (88,5%)	1.826 (3,4%)	59.765	53.316 (89,2%)	1.729 (2,9%)
Gottschee, Kočevo	41.708	26.717 (64,1%)	13.608 (32,6%)	40.394	29.845 (73,9%)	9.892 (24,5%)	37.954	28.639 (75,5%)	8.819 (23,2%)
Rudolfswerth, Novo Mesto	47.387	44.122 (93,1%)	2.977 (6,3%)	45.803	43.288 (94,5%)	2.321 (5,1%)	50.405	47.428 (94,1%)	2.349 (4,7%)
<b>Untersteiermark Spodnja Štajerska</b>	486.568	403.981 (83,0%)	73.148 (15,0%)	496.103	463.740 (93,3%)	22.531 (4,5%)	541.036	512.392 (94,7%)	12.410 (2,3%)
davon in:									
<b>Städte</b>									
Cilli Celje	6.919	2.027 (29,3%)	4.625 (66,8%)	7.756	6.031 (77,8%)	859 (11,1%)	7.062	6.366 (83,7%)	449 (5,9%)
Marburg, Maribor	27.994	3.823 (13,7%)	22.653 (80,9%)	30.662	20.759 (67,7%)	6.595 (21,5%)	33.131	27.994 (84,5%)	2.741 (8,3%)
Pettau, Ptuj	4.630	602 (13,0%)	3.672 (79,3%)	4.449	2.977 (69,9%)	968 (21,9%)	4.257	3.308 (77,7%)	559 (13,1%)
<b>politische Bezirke (Auswahl)</b>									
Cilli Umgebung, Celje okolica	117.374	112.598 (95,9%)	3.522 (3,0%)	102.331	100.266 (98,0%)	1.304 (1,3%)	59.176	58.129 (98,2%)	561 (0,9%)

Gonobitz, Konjice	22.137	19.889 (89,8%)	2.130 (9,6%)	20.720	20.225 (97,6%)	401 (1,9%)	21.234	20.757 (97,8%)	308 (1,5%)
Luttenberg, Ljutomer	27.516	24.709 (89,8%)	1.493 (5,4%)	32.748	28.918 (88,3%)	3.596 (11,0%)	41.381	32.126 (77,6%)	2.721 (6,6%)
Marburg Umgebung, Maribor	94.497	75.185 (79,6%)	18.221 (19,3%)	96.596	90.315 (93,5%)	5.357 (5,5%)	54.656 (re. Ufer) 54.877 (li. Ufer)	52.809 (96,6%) 52.027 (94,8%)	991 (1,8%) 1.681 (3,1%)
Okolica									
Pettau, Ptuj	82.005	76.943 (93,8%)	3.178 (3,9%)	81.433	78.171 (96,0%)	786 (1,0%)	71.042	69.423 (97,7%)	383 (0,5%)
Rann, Brežice	50.329	48.344 (96,1%)	1.090 (2,2%)	48.431	47.688 (98,4%)	357 (0,7%)	33.551	32.920 (98,1%)	165 (0,9%)
Windischgraz, Slovenjki Gradec	43.420	35.885 (82,6%)	7.241 (16,7%)	41.676	39.966 (95,9%)	1.549 (3,7%)	30.246	29.692 (98,2%)	274 (0,9%)
Prävali, Prevalje	–	–	–	15.088	14.255 (94,5%)	745 (4,9%)	–	–	–
Unterdrauburg Dravograd	–	–	–	–	–	–	32.358	31.132 (96,2%)	1.037 (3,2%)
Muraszombat, Murska Sobota	48.655	41.455 (85,2%)	1.942 (4,0%)	92.295	74.199 (80,4%)	2.540 (2,8%)	52.597	48.732 (92,7%)	1.403 (2,7%)
SLOWENIEN (in den Grenzen von 1921)	1,128.960	971.751 (86,1%)	106.255 (9,4%)	1,054.919	980.222 (92,9%)	41.514 (3,9%)	1,144.298	1,077.679 (94,2%)	28.998 (2,6%)

**Quellen:** Spezialortserportorium der österreichischen Länder, bearb. auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910, Bd. 4: Steiermark (Wien 1917), Bd. 6: Krain (Wien 1919); A magyar szent korona országainak 1910. évi népszámlálása (Magyar statisztikai közlemények 42, Budapest 1912); Definitivni rezultati popisa stanovništva od 31. jan. 1921 godine (Sarajevo 1932); Splošni pregled Dravske banovine. Glavni statistični podatki uprvna, sodna in cerkevna razdelitev ter imenik krajev po stanju 1. julija 1939 (Ljubljana 1939). In der Volkszählung 1921 wurde vom Bezirk Cilli Umgebung der Bezirk Präßberg (Mozirje) abgespalten, in der Volkszählung 1931 die Bezirke Oberburg (Gornji grad), St. Marein (Šmarje) und Tüffer (Lasko). Vgl. RUMPLER – SUPPAN, Deutsche in Slowenien (1988) 312-318.

Auch die Filiale der Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Laibach, das *Kreditni zavod za trgovino in industrijo*, war für die Nostrifizierung vorgesehen. Die Mehrheit der Kapitalanteile wurde slowenischen Bankiers übergeben, die Mehrheit der Sitze im Vorstand der Bank mit slowenischen Wirtschaftstreibenden besetzt. Als jedoch die neue Mehrheitsaktionärin, die *Jadranska banka*, bereits 1923 schwere Liquiditätsprobleme bekam, zahlten die Wiener Bankiers die *Jadranska banka* aus und kauften binnen weniger Jahre bis zu 90 % der Aktienpakete zurück. Als die Credit-Anstalt im Mai 1931 ebenfalls in eine schwere Krise geriet, gelang es slowenischen Bankiers, der Credit-Anstalt das *Kreditni zavod* abzukaufen; unter den neuen Aktionären befand sich auch der Cillier Industrielle August Westen. Die Angestellten sprachen zwar nach wie vor Deutsch, aber das Bankinstitut führte eine ausgewogene Kreditpolitik und wurde die profitabelste Bank Sloweniens.<sup>1293</sup>

Die wichtigen gesellschaftlichen Positionen der Deutschen fanden jedoch keine Entsprechung in der politischen Partizipation. Die bis 1918 mit drei Abgeordneten gute Vertretung im Wiener Reichsrat fand ab 1920 keine Fortsetzung in der Belgrader *Skupština*; auch die Vertretung im steirischen bzw. krainischen Landtag ging zu Ende. Die deutschen Bezirkshauptleute in der Untersteiermark und in der Gottschee wurden durch slowenische ersetzt, und sogar die deutschen Bürgermeister mussten slowenischen Gerenten weichen. Vor dem Hintergrund der bis Juni 1921 dauernden Auseinandersetzung um die neue Grenzziehung unterstrich die slowenische Regierung besonders im politischen Bereich ihre neue Herrschaftsposition und veranlasste in diesen Jahren zahlreiche „politische Deutsche“ – insgesamt wohl einige Tausend (!) – zur Abwanderung nach Österreich. Gleichzeitig blieb den Deutschen nicht nur das Wahlrecht für die Parlamentswahlen im November 1920 vorenthalten, sondern auch noch für die Gemeinderatswahlen in Slowenien im April 1921, obwohl die Optionsfrist mittlerweile abgelaufen war. Und noch vor den Parlamentswahlen 1923 gab es slowenische Proteste gegen das selbständige Auftreten einer deutschen Partei an der slowenischen Nordgrenze. Tatsächlich erhielten die deutschen Untersteirer im Wahlkreis Maribor–Celje ein Mandat und erreichten bei den Gemeinderatswahlen 1924 höhere Prozentanteile an Wählerstimmen, als es ihrem Bevölkerungsanteil nach der Volkszählung 1921 entsprochen hätte.<sup>1294</sup>

Das Misstrauen der slowenischen Behörden gegenüber politischen Aktivitäten der untersteirischen Deutschen war selbstverständlich auch bei Neugründungen von Vereinen vorhanden. Die Satzungen des 1922 in Marburg gebildeten „Poli-

<sup>1293</sup> Žarko LAZAREVIĆ, Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und Slowenien in der Zwischenkriegszeit, in: Nećak, Slovensko-avstrijski odnosi, 129-146, hier 135-139.

<sup>1294</sup> Lojze UDE, Boj za Maribor in štajersko Podravje 1918/19, in: Zgodovinski časopis 15 (Ljubljana 1961) 65-156; Bogo GRAFENAUER, Narodnostno stanje in slovensko-nemška etnična meja na Štajerskem kot dejavnik osvoboditve severovzhodne Slovenije 1918/19, in: Zgodovinski časopis 33 (Ljubljana 1979) 385-405; Hans PIRCHEGGER, Das steirische Draugebiet (Wien 1919).

tischen und wirtschaftlichen Vereins der Deutschen in Slowenien“ (*Politično in gospodarsko društvo Nemcev v Sloveniji*) wurden daher erst mit dem Nachweis genehmigt, dass sie wörtlich jenen entsprachen, die seitens der österreichischen Behörden für den *Politično in gospodarsko društvo za Slovence na Koroškem* (Politischer und wirtschaftlicher Verein für die Slowenen in Kärnten) genehmigt worden waren. Der Obergespan der oblast Maribor wusste jedenfalls schon im März 1923 von 3000 Mitgliedern zu berichten und bestätigte immerhin das bisherige loyale Verhalten des Vereins gegenüber dem jugoslawischen Staat und seiner Dynastie. Dennoch gab es im Verlauf des Jahres 1923 gewaltsame Störversuche von slowenischen Nationalisten gegen Veranstaltungen von deutschen Vereinen in der Untersteiermark.<sup>1295</sup>

In einem Aufruf des Aktionsausschusses der slowenischen nationalen und kulturellen Vereinigungen zu einer Manifestation auf dem Domplatz von Marburg am 23. Dezember 1923 hieß es:

„Mit Sorgen bemerken wir Slowenen in letzter Zeit, wie herausfordernd die Deutschen wieder die Macht zu erlangen versuchen, die sie beim Umsturz verloren haben. [...] Wir kennen die Deutschen und wissen, wohin all ihre unterirdische Arbeit hinzielt. Die ganze Situation an der Grenze wollen sie in ihre Gewalt bekommen, um all unsere nationalen Erwerbungen zu stürzen, um sie unbeirrt den Brüdern jenseits der Grenze in die Hand zu spielen, um unsere Bauern auszusaugen, unseren Handel, unser Gewerbe zu vernichten, unsere Sprache zu vertilgen! Wir haben in der Zeit ihrer Schreckensherrschaft in Österreich zuviel ausgestanden, als dass wir auch nur den allergeringsten deutschen Einfluss auf die Entwicklung unseres Nationalstaates und unserer Grenzverhältnisse zulassen könnten! [...] Wir haben genügend Kultur bewiesen, als wir ihnen eine ungestörte kulturelle Entwicklung bewilligten. Mehr aber geben wir ihnen nicht! Gebt den wirtschaftlich starken Deutschen nicht neue wirtschaftliche Konzessionen.“<sup>1296</sup>

Trotz deutlicher Verbesserung der Beziehungen zu Österreich seit dem Besuch von Bundeskanzler Seipel im Februar 1923 beim Ministerpräsidenten Pašić in Belgrad – der auch zum Abschluss wichtiger Wirtschafts- und Finanzabkommen geführt hatte<sup>1297</sup> – ließ Unterrichtsminister Pribičević die 1922 begonnene Verstaatlichung sämtlicher Privatschulen durchführen, so dass ab dem Schuljahr 1922/23 in Slowenien 34 deutsche Privat-Volksschulen (zum Teil mit Kindergärten) „slowenisiert“ wurden und nur mehr an 14 Volksschulen deutsche Parallelklassen übrig blieben. Derselbe Minister ordnete im Juni 1925 für die Einschreibung in diese Minderheitenabteilungen eine „Namensanalyse“ an, wobei die Schulbehörde feststellen sollte, ob auch alle vier Großeltern des Schulkindes einen deutschen (oder ungarischen etc.) Namen trugen. Schon bei einem Großelternanteil mit slawischem Namen musste das Kind in die slowenische (kroatische oder serbische) Klasse eingereiht werden. Auf Grund der vielen Mischehen in der Untersteiermark war dies recht häufig der Fall. Erst nach dem politischen Kompromiss um

<sup>1295</sup> BIBER, *Nacizem*, 317, FN 101.

<sup>1296</sup> Martin WUTTE – Oskar LOBMEYR, *Die Lage der Minderheiten in Kärnten und Slowenien* (Klagenfurt 1926) 36-39.

<sup>1297</sup> Vgl. SUPPAN, *Jugoslawien*, 358-362.

das „Deutsche Haus“ in Cilli im Sommer 1930 verbesserte sich wieder die Lage, so dass nach einer Statistik des jugoslawischen Unterrichtsministeriums vom 15. Mai 1932 im Draubanat (= Slowenien) 2031 Kinder deutscher Nationalität an 35 Schulen mit 46 Minderheitenabteilungen unterrichtet wurden.<sup>1298</sup>

Die am 6. Jänner 1929 mit Zustimmung der wichtigsten außenpolitischen Verbündeten – Frankreich, Tschechoslowakei, Rumänien – und maßgeblicher Parteienvertreter, wie etwa des Ministerpräsidenten Anton Korošec, des Außenministers Vojislav Marinković, des kroatischen Bauernführers Vladko Maček und des künftigen Innenministers Milan Srškić, erfolgte Ausrufung der Königsdiktatur zog nicht nur die Auflösung des „Politischen und wirtschaftlichen Vereins der Deutschen in Slowenien“, der „Gottscheer Bauernpartei“ und der „Partei der Deutschen des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen“ nach sich, sondern auch das Verbot des Gebrauches deutscher Ortsnamen in den deutschsprachigen Zeitungen. Zur selben Zeit hatte ein in Wien und Leipzig verlegtes Buch von Camillo Morocutti, einem Arzt aus St. Egidij (Šentilj), unter dem Titel „Groß-Deutschland, Groß-Südslawien“ mit Recht das Mißtrauen der politischen Kreise in Laibach und Wien erweckt.<sup>1299</sup>

Obwohl der Cillier Rechtsanwalt Walter Riebl seine Petition „für die deutsche Minderheit Jugoslawiens“ im Frühjahr 1930 in Wien drucken ließ, und zwar sowohl das deutschsprachige Original als auch die französische Übersetzung, war es Deutschland als Mitglied des Völkerbundes – und nicht Österreich, das mehr aus Höflichkeit um Unterstützung gebeten worden war –, das dieser Petition in Genf politische Wirkung verschaffte. Rechtsanwalt Riebl hatte bereits elf Jahre an Prozessen und Beschwerdeverfahren vor jugoslawischen Gerichten und Verwaltungsbehörden hinter sich, bis er in seiner Petition an den Völkerbundrat der jugoslawischen Regierung vorwarf, Artikel 7 und 8 des Minderheitenvertrages vom 10. September 1919 verletzt zu haben. Hauptstreitpunkte waren die Auflösung des 1898 gegründeten Vereins „Deutsches Haus“ in Cilli im September 1919, die Übertragung des Vermögens dieses Vereins auf einen Verein der Mehrheit (*Celjski dom*) und die Nichtgenehmigung eines neuen Vereins der Minderheit. Tatsächlich wurde die Petition in der Minderheitensektion in Genf als „wohl geeignet“ angenommen und der jugoslawischen Regierung zur Stellungnahme übermittelt. Nach diplomatischem Druck des Berliner Auswärtigen Amtes versprach die jugoslawische Regierung in Verhandlungen mit politischen Vertretern der deutschen Minderheit aus der Vojvodina bereits im Sommer 1930 Entgegenkommen in der

<sup>1298</sup> F. FINK, Zbirka važnejših novih naredb in odredb za ljudske in meščanske šole ter učiteljišča v Sloveniji [Sammlung der wichtigeren neueren Verfügungen und Verordnungen für Volks- und Bürgerschulen sowie Lehrerbildungsanstalten in Slowenien], 1.-16. Heft, Ljubljana 1921-1937; Ministarstvo prosvete Kraljevine Jugoslavije, Odeljenje za osnovu nastavu, O.N.br. 769, 1.9.1930, Arhiv Jugoslavije, Ministarstvo prosvete, fond 66, 2-5, nach: SUPPAN, Jugoslawien, 785-789.

<sup>1299</sup> BILANDŽIĆ, Historija SFRJ, 18-27; vgl. Camillo MOROCUTTI, Groß-Deutschland, Groß-Südslawien (Wien – Leipzig 1928).

Minderheitenschulfrage und stellte eine Entschädigung für das „Deutsche Haus“ in Aussicht. Tatsächlich gab es für das deutsche Minderheiten-Schulwesen bereits ab 1. September 1930 eine neue Verordnung, während im September 1933 eine Entschädigungszahlung in der Höhe von 500.000 Dinar zugunsten einer neuen deutschen „Schulstiftung“ akkordiert wurde.<sup>1300</sup>

Offensichtlich im Zusammenhang mit der teilweise erfolgreichen Petition der Cillier Deutschen hinsichtlich ihres „Deutschen Hauses“ warnte der Stadtausschuss der *Narodna odbrana* vor dem Weiterbestehen des Einflusses der österreichischen Vorkriegsherrschaft im ganzen Grenzabschnitt des Draubanats, von Prävali (Prevalje) im Mießtal über Unterdrauburg (Dravograd), das Drautal, Marburg, die Windischen Bühlen bis Oberradkersburg (Gornja Radgona) an der Mur. Darüber hinaus sah er die wirtschaftliche Macht des Deutschtums in vielen Industriezentren der ehemaligen Untersteiermark, so in Marburg, Pettau, Windischfeistritz (Slovenska Bistrica), Gonobitz (Konjice), Weitenstein (Vitanje), Vojnik, Štore, Rohitsch (Rogatec), Cilli, Schönstein (Šoštanj), Windischgraz (Slovenj Gradec), Hrastnigg (Hrastnik) und Trifail (Trbovlje). Daher müsse man – so übertrieb die *Narodna odbrana* – von einer „absoluten Superiorität des deutschen Kapitals, des deutschen Handels und der Industrie“ sprechen, die „4/5 aller wirtschaftlichen Macht“ in der Untersteiermark besäßen.<sup>1301</sup>

Spätestens seit der dritten Wiederzulassung des erstmals 1920 in Neusatz (Novi Sad) gegründeten „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes“ im April 1931 wurde nun der Kulturbund auch für die Deutschen in Slowenien die wichtigste nationalpolitische Organisation und gründete noch im selben Jahr Ortsgruppen in den Städten Marburg, Cilli, Pettau und Gottschee. Aus der Sicht von Laibacher Kulturbund-Funktionären hatten sich zwar seit Einführung der Königsdiktatur politische Verfolgungen gegen Deutsche vermindert, dennoch betrachte das deutschfeindlich eingestellte slowenische Bürgertum die „Reste“ des deutschen Bürgertums noch immer „als Bestandteil einer Fremdherrschaft“ und versuche, dies im Bewusstsein der breiten slowenisch-bäuerlichen Schichten zu verankern. Diese überwiegend konservativ-klerikal eingestellte Bevölkerungsmehrheit wünsche aber eher eine Staatsordnung auf landschaftlich-föderativer Grundlage und eine gänzlich andere wirtschaftliche und außenpolitische Orientierung Jugoslawiens zugunsten besserer Agrarexporte nach Österreich und Deutschland.<sup>1302</sup>

Obwohl zu Beginn der 1930er Jahre die politische „Entösterreicherung“ längst vollzogen war, sorgte sich das führende katholisch-konservative Blatt, der Laibacher *Slovenec*, noch immer ob des gesellschaftspolitischen Gefälles zwischen den

<sup>1300</sup> SUPPAN, Jugoslawien, 801-808.

<sup>1301</sup> Mesni odbor Narodne odbrane v Celju, 1. September 1930, Arhiv Jugoslavije, Ministarstvo prosvete, fond 66, 2-5, nach: SUPPAN, Jugoslawien, 694.

<sup>1302</sup> Politischer Bericht über die kulturelle und politische Lage der deutschen Minderheit in Laibach und Gottschee, 5. Jänner 1933, ÖStA, AdR, BKA/AA Abt. 13/pol., Kt. 707, nach: SUPPAN, Jugoslawien, 700.

Deutschen und Slowenen in der Untersteiermark, das in der Zeit der Weltwirtschaftskrise offensichtlich wieder stärker hervortrat:

„[...] Der Deutsche ist bei uns der Herr, er ist Fabriksbesitzer, Kaufmann oder wenigstens Fleischhauer. Ja, er ist der Herr, in dessen Händen das Schicksal Tausender unserer Arbeiter liegt. Er ist ihr Brotgeber – so denkt er bei sich. Er fühlt sich als Sohn einer herrschenden Nation [...] Dass die slowenische Sprache die deutsche Sprache aus den deutschen Familien vertreiben könnte, davor braucht man keine Angst zu haben. Das deutsche Kind kann in die deutsche Schule gehen. Sollte eine solche nicht vorhanden sein, so hat unser Deutscher genügend Geld, um seinem Kinde einen Lehrer zu halten. Sobald das Kind den ersten Schritt aus dem Hause macht, bieten sich ihm mannigfache Gelegenheiten: ein deutscher Tonfilm im Kino, deutsche Zeitungen und ein Radio im Kaffeehause, deutsche Grammophonplatten spielen auf den Eislaufplätzen. Außerdem kann der hiesige Deutsche auch verschiedene Klubs und Veranstaltungen besuchen, die von den Filialen des ‚Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes‘ organisiert werden. Er kann zu den Goethe-Feiern nach Cilli und Marburg gehen und hört dort die Vorträge protestantischer Pastoren sowie andere Vortragende aus Österreich und Deutschland. Und wenn auch das nicht genügt, so zieht ihm die Mutter Lederhosen an und setzt ihm den grünen Hut auf den Kopf, damit er sie nach Graz oder Wien begleitet, um für sich moderne Kleider echten Wiener Schnittes zu besorgen, die natürlich bei uns nicht zu kaufen sind. [...]“<sup>1303</sup>

Abgesehen vom jedenfalls bis zur Weltwirtschaftskrise weiterbestehenden wirtschaftlichen Einfluss aus Österreich nach Slowenien blieb auch die Wirkung des österreichischen Rechtsraumes bestehen. Das galt in erster Linie für das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch, das auch dem Entwurf eines jugoslawischen Bürgerlichen Gesetzbuches (1934) – trotz Kritik von Belgrader Professoren in der *Politika* – als Vorbild diente; das galt für das Verwaltungsverfahrenrecht (für das jugoslawische Gesetz vom 9. November 1930), für das Strafgesetz und die Strafprozessordnung (bis 31. Dezember 1929 in Kraft), das jugoslawische Grundbuchgesetz (18. Mai 1930) und die Zivilprozessordnung (bis 1933 in Kraft).<sup>1304</sup>

Trotz untrüglicher Anzeichen nationalsozialistischer Propaganda unter den Deutschen Sloweniens ab Februar 1933 sah der slowenische Senator Valentin Rožič bei der Budgetdebatte am 26. März 1933 noch immer ausschließlich die Germanisierungsgefahr:

„Heute entwickelt der Kulturbund besonders in Slowenien seine Tätigkeit, und unter der Maske des Kulturbundes werden Weihnachts- und andere Feiern abgehalten, welche keinen Minderheitscharakter mehr tragen, sondern in erster Linie das Ziel haben, slowenische Kinder einzufangen und die zu Zeiten Österreichs angefangene Germanisation fortzusetzen. So hat der Kulturbund an unserer nördlichen Grenze im Draubanat zu Weihnachten 1932 eine Unzahl [von] Weihnachtsfeiern [auch] für die slowenischen Kinder organisiert und auf diese Feiern eine größere Zahl Kinder gelockt, z. B. aus Sladki vrh [Süßenberg] sogar auf die deutsche Weihnachtsfeier nach Maribor.“<sup>1305</sup>

<sup>1303</sup> Slovenec, 15. Februar 1932: „Gor čez izaro“ [Dort überm See].

<sup>1304</sup> Vgl. Helmut SLAPNICKA, Österreichs Recht außerhalb Österreichs. Der Untergang des österreichischen Rechtsraumes (Wien 1973).

<sup>1305</sup> Lage der deutschen Minderheit in Jugoslawien und Lage der Slowenen in Österreich. Aus der Rede des Senators Dr. Valentin Rožič im Senat des Königreiches Jugoslawien am 26. März 1933 in der Generaldebatte über die Budgetvorlage, Beograd 1933.

Aber der 1916 in der Untersteiermark geborene Gutsbesitzersohn schweizerisch-jüdischer Herkunft, Paul Parin, der Mitbegründer des psychoanalytischen Seminars Zürich, räumte noch zu seinem 90. Geburtstag freimütig ein, dass er Hitler anfangs für einen „Pojazzl“ – offensichtlich abgeleitet von *Bajazzo* –, also einen Hanswurst, gehalten habe, dessen Besatzungspolitik er später als Arzt bei den Partisanen nur mit viel Glück überlebte.<sup>1306</sup> Vermutlich hat Parin später von Max Webers Begriff der „charismatischen Herrschaft“ gehört und ihn auch auf Hitler angewendet.

Der Sicherheitsdirektor für Kärnten ließ den zunehmenden nationalsozialistischen Einfluss in Slowenien am intensivsten ausloten. Schon Ende März 1934 registrierte er nicht nur eine nahezu vollständige Gleichschaltung der politischen Führer der deutschen Minderheit und die besondere Rolle der evangelischen Geistlichkeit „im nationalsozialistischen Fahrwasser“, sondern auch die Sympathie serbischer und regierungsfreundlicher slowenisch-liberaler Kreise für Hitler-Deutschland:

„[...] Ein Teil der serbischen und serbophilen slowenischen Studentenschaft erwartet von Hitler den Anbruch einer neuen besseren Zeit für Mitteleuropa und Jugoslawien, eine Zeit unerhörten, nie dagewesenen wirtschaftlichen Aufschwunges. Hitler wird von diesen jungen Leuten so verehrt, wie Mussolini als Vertreter des neuen Italiens gehasst [...]; die in Laibach erscheinenden Blätter der slowenisch-liberalen Regierungspartei *Slovenski Narod* und *Jutro* werden augenblicklich teilweise aus Nazikreisen mit Nachrichten versorgt ebenso wie die slowenische *Marburger Zeitung* und das slowenische *Marburger Abendblatt*. In den Laibacher Tabaktrafiken und Buchhandlungen, die mit einer Ausnahme durch ihre radikale deutschfeindliche Einstellung früher bekannt waren und deutsche Zeitungen in den Auslagefenstern nicht duldeten, liegen ganze Berge des *Völkischen Beobachters*, Münchner und Berliner Ausgabe. Darunter sollen auch für Studenten [und] kleine Beamte Freiexemplare [aus]gefolgt werden. In den großen slowenischen Gaststätten und Kaffeehäusern der Stadt sind allgemein die führenden Presseorgane des Dritten Reiches zu finden [...]. An der ehrwürdigen Mariensäule gegenüber der Laibacher Jakobskirche prangen mächtige von Studentenhand gemalte Hakenkreuze, um deren Entfernung sich hier keine Polizeibehörde kümmert. Die Belgrader Gesandtschaft soll für Nazi-propagandazwecke in der letzten Zeit ganz außerordentliche Mittel verausgabt haben; ihre deutschen Journalisten und sonstige Naziemissäre kommen durch die jugoslawischen Städte und haben in Serbien, [der] Vojvodina und Slowenien viele Erfolge aufzuweisen, während sich das Österreich freundliche Kroatien sehr ablehnend verhält. [...]<sup>1307</sup>

Nach dem Machtantritt Hitlers sahen sich die slowenischen Behörden bald vor das Problem gestellt, innerhalb der deutschen Minderheit zwischen verbliebenen Österreich-Anhängern und neuen Hitler-Anhängern (*Hitlerjanci*) differenzieren zu müssen. Dies erwies sich schon 1933 als ziemlich schwierig und klärte sich auch nach dem Putsch der österreichischen Nationalsozialisten im Juli 1934 nur zum Teil, als etwa 2500 Putschisten nach Slowenien geflüchtet waren und von

<sup>1306</sup> Neue Zürcher Zeitung, 20. September 2006, 39: „Ich lebe gern“ – Zum neunzigsten Geburtstag von Paul Parin.

<sup>1307</sup> Sicherheitsdirektor für Kärnten an BKA/St.B., 30. März 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/21, GZ 53.254-13/34, Kt. 714.

den jugoslawischen Behörden – nicht zuletzt aus außenpolitischen Rücksichten gegen Deutschland – ziemlich freundlich aufgenommen worden waren. Der österreichische Konsul in Laibach, Heinrich Graf Orsini-Rosenberg, hatte schon im Juni 1934 maßgebliche Persönlichkeiten des untersteirischen Deutschtums als Propagandisten des Nationalsozialismus bezeichnet: den Leiter der Ortsgruppe des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes in Marburg, Dr. Lothar Mühleisen, und seinen Stellvertreter, den protestantischen Senior Johann Baron; den Rittmeister a. D. und Gutsbesitzer in Pragerhof (Pragersko) Glantschnigg, verheiratet mit der Tochter des italienischen Staatsbürgers Graf Zabeo, dem Schloss Fala an der Drau gehörte; den Besitzer der großen Marburger Brauerei, Josef Tscheligi, und seinen Sohn; den Marburger Rechtsanwalt Dr. Leo Gozani und den Redakteur der *Marburger Zeitung*, Franz Krainz. Die Ortsgruppe des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes in Cilli sei überhaupt „die geistige Zentrale der nationalsozialistischen Bewegung im Draubanate“, geführt vom Kolonialwarenhändler Gustav Stieger, dem protestantischen Pastor Gerhard May und Rechtsanwalt Dr. Fritz Zanger, finanziell unterstützt vom Eisen- und Eisenwarengroßhändler Daniel Rakusch und vom Industriellen August Westen, beide ebenfalls aus Cilli, sowie vom Schönsteiner Lederfabrikanten Franz Woschnagg. Weniger aktiv trete die Laibacher Ortsgruppe auf, kulturkämpferisch hingegen der Leiter der Gottscheer Ortsgruppe des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes, Dr. Hans Arko.<sup>1308</sup>

Der Banus der *Dravska Banovina*, Drago Marušič, neigte daher dazu, alle Deutschen politisch in einen Topf zu werfen:

In der Untersteiermark befänden sich noch immer viele Österreicher als Doppelbesitzer. „Alle diese österreichischen Deutschen sind Hitler-Anhänger, und gerade mit diesen Leuten haben unsere Deutschen die besten Beziehungen, so dass auch sie bald alle vom ersten bis zum letzten Hitler-Anhänger sein werden.“ Schon im vergangenen Sommer habe es immer wieder gemeinsame Treffen bei verschiedenen deutschen Grundbesitzern gegeben. Und bei den letzten Gemeinderatswahlen hätten die österreichischen Doppelbesitzer mit all ihrem Einfluss jene Listen unterstützt, auf denen sich Kandidaten der jugoslawischen Deutschen befunden hätten.

In politischer Hinsicht seien die jugoslawischen Deutschen sehr gewandt, und sie seien immer dort, wo sich die Macht und die Herrschaft befänden. Daher stellten sie überall an der Grenze ihre Vertreter in den Gebietsausschüssen der „Jugoslawischen Nationalen Gemeinschaft“ (*Jugoslovenska narodna zajednica*); sogar Vorsitzende dieser Ausschüsse seien „richtige Deutsche“. [...] In Apače habe bei den Gemeinderatswahlen nur eine Liste mit einem deutschen Kaufmann als Spitzenreiter kandidiert, in Gornja Radgona stellten die Deutschen den Vizebürgermeister und zwei der sechs Gemeindebeamten. Wie in der Wirtschaft und in der

<sup>1308</sup> Bericht Orsini-Rosenberg an BK Dollfuß, Laibach, 18. Juni 1934, ÖStA, AdR, NPA Südslawien 2/21, GZ 55.436/13, Kt. 715; SUPPAN, Jugoslawien, 888f.; NEČAK, „Die Deutschen“, in: Nečak, Slovensko-avstrijski odnosi, 375f.

Politik wollten die Deutschen auch ihre Vertreter in den kulturellen Institutionen stellen. Und so hätten sie ihre offenen und heimlichen Repräsentanten fast in jedem Verein, sogar im *Sokol*.<sup>1309</sup>

Die *Narodna odbrana*, ein gesamtjugoslawischer nationaler Schutzverein, wollte auch gleich mit Kontrolle, Säuberung, Versetzung, Enteignung und anderen intoleranten Maßnahmen die wirtschaftliche, politische und kulturelle Macht der deutschen Minderheit im slowenischen Grenzgebiet zu Österreich brechen und unterbreitete dem Banus einen umfassenden Maßnahmenkatalog:

- Die politische Freundschaft und das „Paktieren“ mit den Deutschen müsse unbedingt unterbrochen werden; öffentliche Korporationen und Institutionen mit Deutschen seien zu „säubern“.
- Die Frage des Doppelbesitzes müsse mit Österreich „ohne Nachsicht“ gelöst werden, und zwar so, dass Doppelbesitz möglichst bald zu „liquidieren“ sei.
- An der Grenze seien nur Beamte einzusetzen, die in nationaler Hinsicht „kompromisslos“ seien, wobei auch die Nationalität der Frau zu beachten sei. Beamte, die Deutsche zu Frauen hätten oder schon seit österreichischer Zeit in ihren Positionen säßen, seien gegen andere Beamte auszutauschen, die weder gesellschaftlich noch verwandtschaftlich mit der Bevölkerung jenseits der Grenze verbunden seien.
- Durch Gesetz möge im gesamten Gebiet der Verkauf unbeweglichen Gutes an Ausländer verboten werden.
- Die Deutschen seien keine „loyalen Staatsbürger“; sie seien nur gegenüber dem Regime loyal, das ihnen günstig gestimmt sei, keineswegs aber gegenüber dem Staat.
- Es müsse bewusst sein, welche große Gefahr die Hitler-Bewegung an der Grenze darstelle.

Der Banus hielt immerhin einige Vorschläge für realisierungsfähig, so die Lösung der Frage des Doppelbesitzes (mit Österreich und Ungarn!), die ausschließliche Berücksichtigung von Beamten, „die in nationaler Hinsicht einwandfrei und kompromisslos sind“, und die Einstellung des politischen Paktierens mit den Deutschen.<sup>1310</sup>

Die Nervosität der slowenischen Politik und der slowenischen Schutzvereine hatte nicht nur mit dem zunehmenden Einfluss des Nationalsozialismus bei den untersteirischen Deutschen zu tun, sondern auch mit der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Untersteiermark, wie sie ein steirischer Geschäftsmann der Regierung Dollfuß schilderte:

- Die Bauern erhielten für ihre Produkte nicht einmal mehr so viel, dass sie für deren Erlös die notwendigsten Artikel anschaffen könnten. Daher sehe man „die Landbevölkerung vielfach in äußerst zerlumpte[n] und geflickten Kleidern herumgehen“.

<sup>1309</sup> Dravska Banovina an Kabinett des Innenministers, Ljubljana, 21. September 1934, Arhiv Jugoslavije, Ministarstvo prosvete, O.N.Pov.br. 1366, fond 66, 3-6; SUPPAN, Jugoslawien, 701f.

<sup>1310</sup> SUPPAN, Jugoslawien, 702f.

- In den Handels- und Gewerbekreisen werde immer und überall darüber Klage geführt, „dass die Staatseinnahmen nahezu zu zwei Drittel für den Ausbau Serbiens verwendet werden, während umgekehrt die ehemals zu Österreich-Ungarn gehörigen Landesteile zwei Drittel der Steuern Jugoslawiens aufbringen müssen“.
- Die Banken und Sparkassen der Untersteiermark seien nahezu völlig illiquid. Die Inhaber von Bank- und Sparkassenguthaben bekämen monatlich höchstens 25 Dinar zurückbezahlt.
- Die öffentlich-rechtlichen Beamten seien – ausgenommen die Offiziere – schlecht bezahlt und erhielten ihr Monatsgehalt in zwei oder drei Raten und oft unregelmäßig ausbezahlt. Infolgedessen seien die Staatsbeamten „in einem bei uns unglaublichen Maße der Bestechung und Korruption jeder Art zugänglich“.
- Die Soldaten erhielten einen Sold von 10 Dinar (= 1 Schilling) pro Monat. Ihre Bekleidung und Ausrüstung erscheine vielfach sehr mangelhaft bzw. in defektem Zustand.
- Das Vertrauen der Wirtschaftskreise wie des Volkes überhaupt zur Staatsführung sei daher in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht gänzlich geschwunden. Daher herrsche überall in der Untersteiermark eine sehr gedrückte Stimmung und man vernehme, „selbst von einstmals verbissen national-slowenischen Kreisen“, immer häufiger Vergleiche zwischen einst und jetzt, „die durchaus zugunsten Österreichs ausfallen“.<sup>1311</sup>

Als Ende Juni 1935 der ehemalige Obmann der Slowenischen Volkspartei, Anton Korošec, wieder Innenminister in der grundsätzlich eher deutschfreundlichen Regierung des Serben Milan Stojadinović wurde, ließ er alle maßgeblichen Staatsstellen in Slowenien mit seinen Anhängern besetzen und die Banatsverwaltung in Laibach ihre Einstellung gegenüber der deutschen Minderheit verschärfen. So wurde schon im Oktober 1935 die Ortsgruppe Marburg des „Kulturbundes“ aufgelöst, das Vermögen vorläufig sichergestellt. Als offizielle Begründung wurde die Teilnahme von Kindern slowenischer Eltern an Veranstaltungen des „Kulturbundes“ angegeben. Die Parteizeitung von Korošec, der Laibacher *Slovenec*, lobte die Maßnahme, die die „deutsche Welle“ ein wenig zum Stehen bringen könne, scheute sich aber nicht, das eigentliche Motiv anzusprechen – den Kampf gegen die Germanisierung:

„[...] Hiemit ist aber nicht gesagt, dass sie [die Regierung, Anm. Suppan] alles geschehene Unrecht gutgemacht und alle Gefahren beseitigt hat, die dem slowenischen Elemente und seiner heimatlichen Scholle von Seiten der Minderheit drohen, die im Wege ausländischer Zeitungen nur deshalb über Verfolgungen schreit, weil man ihr leise angedeutet hat, daß sie ihren angebore-

<sup>1311</sup> Bericht über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Königreich Jugoslawien auf Grund eigener Beobachtungen und gewonnenen Informationen während meines jüngsten Aufenthaltes im abgetrennten Teile der Steiermark (Slowenien), 23. Mai 1934, ÖStA, AdR, NPA ad GZ 55.407-13/34, Fasz. 783 alt; vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 1025f.

nen Beruf nicht fortsetzen darf, nämlich Land und Volk zu germanisieren, in welchem Lande sie als gleichberechtigter Gast lebt, aber dennoch nur als Gast, dessen Vergangenheit der Gastgeber verzeihend vergessen hat unter der Bedingung, daß er nie mehr versuchen werde, diese Vergangenheit zu wiederholen. [...]"<sup>1312</sup>

Der historisch nicht zu rechtfertigende Hinweis auf die angebliche Gastrolle der Deutschen, deren Vorfahren zum Teil seit 1000 Jahren im Lande lebten, erinnert an das böse Wort des gerade heimgekehrten tschechoslowakischen Staatspräsidenten Tomáš Garrigue Masaryk im Dezember 1918, als er von den deutschen „Auswanderern und Kolonisten“ sprach. Der Artikel des *Slovenec* verriet aber auch eine noch immer bestehende Angst vor weiterer angeblicher oder tatsächlicher Germanisierung – und das nach 17 Jahren slowenischer Herrschaft in Politik, Recht und Bildung. In diesem Sinne wurden 1936 auch die Ortsgruppen des „Kulturbundes“ in der Gottschee und in Laibach aufgelöst, womit seine Tätigkeit in ganz Slowenien praktisch bis 1939 eingestellt blieb. Da halfen auch keine Interventionen des deutschen Gesandten beim Ministerpräsidenten Stojadinović, der sich in die Minderheitenpolitik seines Innenministers Korošec in Slowenien nicht einmischen konnte und wollte. Der deutsche Gesandte von Heeren konnte nur resignierend nach Berlin berichten:

„Die letzte Ursache dieser Einstellung der jugoslawischen Verwaltungsbehörden in Slowenien gegen das dortige Deutschtum ist zweifellos in der Persönlichkeit des heutigen jugoslawischen Innenministers Korošec zu suchen. Wie dort bekannt, ist Korošec als Führer der slowenischen Klerikalen seit jeher auf den Kampf gegen das Deutschtum in Slowenien eingestellt gewesen. Wie er früher vor dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns den slowenischen Irredentismus gegen die Wiener Regierung anfachte, so sieht er heute in jeder Betätigung des Deutschtums in Slowenien letzten Endes irredentistische Ziele. Dazu kommt noch, dass Korošec als katholischer Geistlicher gerade gegen jede Möglichkeit propagandistischer Beeinflussung des Deutschtums in Slowenien vom neuen Deutschland aus das lebhafteste Mißtrauen hegt. [...] Andererseits ist nicht zu leugnen, dass im Rahmen der aufgelösten Ortsgruppen vor allem auch in der Tätigkeit einzelner reichsdeutscher Persönlichkeiten, die mit diesen Ortsgruppen in Verbindung gestanden sind, wiederholt Ungeschicklichkeiten vorkamen, die das Mißtrauen der Behörden hervorrufen mussten.“<sup>1313</sup>

Abgesehen vom verdeckten Eingeständnis zunehmenden NS-Einflusses in den Ortsgruppen des „Kulturbundes“ öffnet der Gesandtenbericht die Fragestellung nach den Haltungen der „Sphinx“ der slowenischen Politik, eben des mächtigen Ministers Korošec, zu Österreich bzw. Deutschland. Differenzierte der katholische Priester in dieser Zeit zwischen dem katholisch-konservativen Regime Schuschnigg und der zunehmenden NS-Diktatur Hitlers, oder sah er als slowenischer Untersteirer noch immer in erster Linie die Auseinandersetzung zwischen „den“ Slowenen und „den“ Deutschen?

<sup>1312</sup> *Slovenec*, 16. November 1935.

<sup>1313</sup> Bericht von Heeren an Auswärtiges Amt, 27.7.1936, PA Bonn, VIA, Bd. 14, E 540.560-2, nach: BIBER, *Nacizem*, 57f., 113-115.

Vorerst konnte man nur beobachten, dass die Deutschen bei den Gemeinderatswahlen in Slowenien im Oktober 1936 – trotz oder vielleicht auch wegen der vorläufigen Auflösung der Ortsgruppen des „Kulturbundes“ – ziemlich gut abschnitten. Das galt sowohl für die größeren Gemeinden der Gottschee (Kočevsko) als auch für die Gemeinden Abstall (Apače) und Mahrenberg (Radlje ob Dravi). Daher verschärfte die slowenischen Behörden ihre Verbotsmaßnahmen gegen deutsche Veranstaltungen und ließen auch eine Zeitungskampagne gegen die deutsche Minderheit zu. Die untersteirischen Deutschen kritisierten ihrerseits Versetzungen von deutschen Lehrern sowie Beschränkungen im An- und Verkauf von Liegenschaften in der Grenzzone und boykottierten die Veranstaltungen der slowenischen Vereine. Die Zeitschrift *Ekonomska politika* in Zagreb stellte zwar zur Jahreswende 1936/37 noch das gute Zusammenleben der Deutschen in Jugoslawien mit den Serben, Kroaten und Slowenen fest, betonte, dass „die Deutschen in unserem Lande [...] keine zentrifugalen Tendenzen“ hätten, kritisierte aber die nationalen Spannungen in Slowenien:

„[...] Die Deutschen müssen von uns selbst als gleichberechtigte Mitbürger, nicht als Minderheiten behandelt und betrachtet werden. Die genannte deutschfeindliche Gesinnung, welche leider am krassesten im slowenischen Teil unseres Staates zu bemerken ist, stört den deutschen Mitbürger auch in seiner wirtschaftlichen Entwicklung, was zugleich einen allgemeinen Schaden bedeutet. Die lokalen Gehässigkeiten sind ein Negativum, welches unsere stärkste Bekämpfung erheischt.“<sup>1314</sup>

Obwohl Ministerpräsident und Außenminister Stojadinović am 4. März 1937 in seinem außenpolitischen Exposé vor der *Skupština* in Bezug auf Österreich die Minderheitenfrage überhaupt nicht erwähnt hatte, war die Lage der Slowenen in Kärnten in der anschließenden Parlamentsdebatte neuerlich zur Diskussion gestanden. Der slowenische Abgeordnete Anton Novačan vom *Jugoslavenski klub* beklagte, dass die angeblich 120.000 Kärntner Slowenen seit 1920 einer „Gesellschaft von Germanisatoren“ ausgeliefert seien, dass sie keinen eigenen Abgeordneten im Wiener Parlament, keine eigenen Schulen, keine eigenen Lehrer, keine slowenischen Richter und keine slowenischen Verwaltungsbeamten hätten. Auch von „politischer Versammlungs- und Verabredungsfreiheit“ sei keine Rede, und bei der letzten Volkszählung 1934 habe man mit dem Zählkriterium Zugehörigkeit zu einem Kulturkreis die Zahl der slowenischen Minderheit erneut herabgedrückt. Dagegen hätten die Versprechungen der Bundeskanzler Dollfuß und Schuschnigg nichts gebracht. Doch Novačans Aufforderung an Stojadinović, Maßnahmen zum Schutz der slowenischen Minderheit in Österreich zu ergreifen, führten nicht zu einer diplomatischen Demarche, sondern zu ersten Vorbereitungen für politische Verhandlungen über die Kärntner Minderheitenfrage. Aber der *Slovenec* hatte am 2. April 1937 nochmals auf die unterschiedliche soziale Ausgangslage für eine bilaterale Lösung hingewiesen:

<sup>1314</sup> *Ekonomska Politika* (Zagreb), 25. Dezember 1936; BIBER, *Nacizem*, 70f., 87, 105.

„Wenn ein Slowene der reichste Mann Kärntens sein wird, wie jetzt der Reichste in Slowenien ein Deutscher ist, dann wird man die Minderheitenfrage nach dem Prinzip der Reziprozität lösen können.“<sup>1315</sup>

Zur selben Zeit war von den Gottscheer Deutschen über das *Kärntner Tagblatt* eine Initiative ausgegangen, die nationalkulturelle Lage der Kärntner Slowenen und der Gottscheer Deutschen zu vergleichen und zum Gegenstand bilateraler Verhandlungen zu machen. Und der *Ponedeljski Slovenec* hatte noch im Dezember 1936 diesen Vorschlag der Reziprozität begrüßt, sah freilich als Hauptadresse die Kärntner Behörden an. Außerdem habe sich Bundeskanzler Schuschnigg „zur Erreichung seiner Absichten noch nicht seiner Autorität bedient, die ihm vom autoritären Regime gegeben ist“.

Als Grundforderungen hatten die Gottscheer Deutschen formuliert:

- Einvernehmliche Regelung des Minderheitenschutzes durch die Regierungen beider Staaten;
- Erhaltung und Pflege der Muttersprache der andersnationalen Volksgruppen;
- Verwendung der „Familiensprache“ als Hauptmerkmal bei Volkszählungen;
- Sicherung des Bestandes von Minderheitenklassen und zahlenmäßige Gleichberechtigung mit der Staatsnation bei Errichtung neuer Klassen; Unterricht in der Muttersprache bis zur letzten Klasse;
- Einsatz von Lehrern derselben Volkszugehörigkeit in den Minderheitsklassen;
- Berücksichtigung der Minderheit in der Schulaufsicht: z. B. Bezirksschulinspektorat in der Gottschee, Landesschulinspektorat in Neusatz;
- Religionsunterricht in allen Klassen in der Muttersprache der Kinder;
- Freiheit der Minderheit bei Gründung von kulturellen und wirtschaftlichen Vereinen;
- Gleichberechtigung in der politischen Betätigung und im Pressewesen.<sup>1316</sup>

Die Initiative der Gottscheer war auch von slowenischen Antworten veranlasst gewesen, die sie bei Vorsprachen in Laibach zugunsten deutscher Schulklassen, Lehrer, Vereine etc. immer wieder gehört hatten: Das strenge Regime der Banatsverwaltung sei auch als Vergeltung für die Kärntner Minderheitenpolitik zu betrachten. Erstaunlicherweise ging der Dialog weiter. Ein grundlegender Artikel im *Ponedeljski Slovenec* vom 24. Mai 1937 fasste neue Standpunkte zusammen: Da der legale Schutz und die moralische Stütze des Völkerbundes ermattet und die Anerkennung des Prinzips der kollektiven Sicherheit zurückgegangen sei, beschränke sich die Auffassung von Sicherheit zunehmend auf zweiseitige Verträge. Die Gegensätze zwischen Jugoslawien und Österreich aber seien nicht so groß, dass sie sich nicht beseitigen ließen. Denn traditionellen Bedenken stünden viele gemeinsame Interessen und Vorteile gegenüber, wobei auch „die Selbständigkeit

<sup>1315</sup> Rede Novačan in Pravda, 6. März 1937; Bericht GT Lurtz an BKA/AA, 8. März 1937, ÖStA, AdR, NPA Fasz. 788 alt; Slovenec, 2. April 1937. Gemeint war der Industrielle August Westen aus Cilli.

<sup>1316</sup> Kärntner Tagblatt, 8. November 1936.

Österreichs beiden Staaten gleich kostbar und erwünscht sein muss“. Außerdem sollte jeder staatlichen Behörde im Interesse der inneren Ordnung und des inneren Friedens daran gelegen sein, „dass die Grenzbewohner mit der bestehenden Einrichtung zufrieden sein [können] und keine Veranlassung finden werden, die Erfüllung ihrer Wünsche und Forderungen beim Nachbarn jenseits der Grenze zu suchen“.<sup>1317</sup>

Gottscheer Deutsche und Kärntner Slowenen blieben im Kontakt, und der Pfarrer von Mitterdorf (Stara cerkev), Josef Eppich, übersandte am 30. Mai 1937 an den Pfarrer Janez Starc, einen ehemaligen Abgeordneten der Kärntner Slowenen, die Forderungen der Gottscheer für die bevorstehenden bilateralen Gespräche in Laibach, die zwischen Eppich und Hans Arko einerseits, Starc, Josef Tischler und Vinko Zwitter andererseits geführt wurden. Nach entsprechenden Abstimmungen und Übersetzungen beider Forderungskataloge war die gleichzeitige Überreichung in Laibach und Klagenfurt vorgesehen. Allerdings erschien Abbé Kuhar bereits am 28. Mai bei Generalkonsul Schmidt und überreichte die „Forderungen der slowenischen Minderheit in Kärnten“ in slowenischer Sprache, datiert mit April 1937. Der Forderungskatalog befasste sich mit dem Schulwesen (slowenische Schulaufsicht für zweisprachige Schulen, Heranbildung slowenischer Lehrer, Anstellung von slowenischen Professoren, Verzicht auf Germanisierung), der Beamtschaft (proportionale Anstellung slowenischer Beamter bei Bezirkshauptmannschaften, Steuerämtern und Gerichten), den slowenischen Ärzten, der slowenischen Kultur (Gebäude für slowenische Kulturarbeiten, Abschaffung der Plebiszitfeiern) und politischen Forderungen (Minderheitenvertreter in der Vaterländischen Front, den Ständeorganisationen etc.).<sup>1318</sup>

Diese Forderungsliste stellte zwischen den beiden Weltkriegen zweifellos das umfassendste Programm dar, innerhalb der slowenischen Volksgruppe in Kärnten eine Führungsschicht aufzubauen und mit Hilfe der neu anzustellenden Lehrer, Professoren, Beamten und Richter eine verbesserte soziale Integration im öffentlichen Leben Kärntens herbeizuführen. Darüber hinaus zielte man auf verstärkte politische Partizipation in den Organisationen des österreichischen Ständestaates ab. Und der „Slowenische Kulturverband“ wollte als zentrale Organisation der slowenischen Minderheit anerkannt sein.<sup>1319</sup>

Aber die Politische Abteilung des Ballhausplatzes ging weder auf die Forderungen der Gottscheer Deutschen noch die der Kärntner Slowenen ein: „Da laut Äußerung des Abbés Kuhar die dem Generalkonsul Dr. Schmidt überreichten Forderungen als private Zusammenstellung zu betrachten sind und wir uns in der gan-

<sup>1317</sup> Ponedeljski Slovenec, 24. Mai 1937; Bericht GK Schmidt an StSekt. Schmidt, 28. Mai 1937, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/9, GZ 39.816-13/37, Kt. 707.

<sup>1318</sup> Bericht GK Schmidt an StSekt. Schmidt, 28. Mai 1937: „Die slowenischen Forderungen in Kärnten (April 1937)“, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/9, GZ 39.816-13/37, Kt. 707.

<sup>1319</sup> Slovenska prosvetna zveza an BK Schuschnigg, 16. Juni 1937: „Die Forderungen der slowenischen Minderheit in Kärnten auf kulturellem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete“, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/9, GZ 40.669-13/37, Kt. 707.

zen Angelegenheit durchaus abwartend verhalten, da ferner auch der Autor des an den Herrn Bundeskanzler gerichteten Briefes vom 16. Juni 1937 keinen konkreten Antrag stellt und nur die erfreuliche Feststellung macht, dass es den Gottscheer Deutschen besser geht, können wir ohneweiters zuwarten, bis von jugoslawischer Seite amtlich an uns herangetreten wird.<sup>1320</sup>

Der deutsche Gesandte von Heeren erhob hingegen zu Jahresende 1937 durchaus schwere Vorwürfe gegen Korošec, die im Vorwurf der Unterdrückung der deutschen Volksgruppe „bis auf den heutigen Tag“ gipfelten:

„[...] Das liegt zum großen Teil daran, dass der jugoslawische Innenminister Korošec als katholischer Geistlicher und leidenschaftlicher Führer der slowenischen Klerikalen seit jeher auf den Kampf gegen das Deutschtum in Slowenien eingestellt ist. Seitdem Korošec den Posten eines Ministers inne hat, sind die Deutschen besonders in Slowenien [...] den verschiedensten Schikanen und Unterdrückungen ausgesetzt. Heute gibt es für die deutsche Volksgruppe in Slowenien keine einzige deutsche Schule mehr, keinen einzigen deutschen Kindergarten, geschweige denn eine deutsche Mittelschule. Der klägliche Rest des einst blühenden deutschen Schulwesens sind einige sogenannte Minderheiten-Parallelklassen in staatlichen Volksschulen, in denen Kinder von slowenischen, meist deutschfeindlichen Lehrern erzogen werden. Der Gebrauch der deutschen Sprache wird den Schülern verboten; dieses Verbot wird sogar auf die Familie ausgedehnt. 1920 hatte das Gottscheer Land noch 54 deutsche Lehrer, heute sind es noch 6. Man versetzte die deutschen Lehrer grundlos in rein slowenische Dörfer und ersetzte sie durch Lehrer, die kein Wort deutsch können und Führer der slowenischen Sokol-Verbände sind. In der 50-km-Grenzzone ist es Volksdeutschen, selbst wenn sie Reserve-Offiziere des südslawischen Heeres sind, praktisch nicht möglich, Land zu erwerben.“<sup>1321</sup>

Trotz dieser vom Reichsaußenminister Neurath an Hitler weitergeleiteten Vorhaltungen begnügte sich dieser in seiner Aussprache mit Stojadinović mit dem Satz, dass er wisse, dass die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien „vollkommen loyal zum jugoslawischen Staate stehe“ und dass er „in einer guten Minderheitenpolitik Jugoslawiens den besten Schutz Jugoslawiens sehe“.<sup>1322</sup>

Da sich im Herbst 1937 nicht nur die Berliner Reichskanzlei, sondern auch der Wiener Ballhausplatz um ein Treffen mit Stojadinović bemüht hatte, hatte auch der österreichische Generalkonsul in Laibach eine Bestandsaufnahme der Lage der deutschen Minderheit in Slowenien vorzunehmen. – An der deutschen Minderheit in der Vojvodina und in Slawonien waren zu diesem Zeitpunkt offensichtlich weder der Ballhausplatz noch der österreichische Gesandte in Belgrad besonders interessiert. Die in der Gegenwart aus politischen Gründen wiederholt aufgezeigten angeblichen „altösterreichischen“ Bezüge waren offensichtlich be-

<sup>1320</sup> Amtsvermerk Ges. Hornbostel, 10. Juli 1937, ÖStA, AdR, NPA, Fasz, 785 alt. Erst am 26. Juli 1937 übergab Pfarrer Eppich an den Banus Dr. Natlačén „Die Forderungen der deutschen Minderheit des Draubanates auf kulturellem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet“. – SUPPAN, Jugoslawien, 914-916.

<sup>1321</sup> Bericht von Heeren an Auswärtiges Amt, 22.12.1937, PA Bonn, VI A, Bd. 60, E 23.692, zitiert nach: BIBER, Nacizem, 90f.

<sup>1322</sup> ADAP, D, V, Nr. 156 und 163.

reits vor 1938 abgerissen.<sup>1323</sup> – Generalkonsul Schmidt, der von Laibacher Deutschen informiert worden war, fasste seine wesentlichsten Erkenntnisse in einem Bericht vor Weihnachten 1937 zusammen: Obwohl die Ergebnisse der Volkszählung von 1931 noch immer nicht veröffentlicht seien – sie wurden erst 1943 von der deutschen Besatzungsmacht veröffentlicht<sup>1324</sup> –, werde die Zahl der Deutschen im „Draubanat“ auf 45.000 bis 50.000 geschätzt. Dennoch bestünden weder öffentliche noch private deutsche Schulen, sondern lediglich deutsche Parallelklassen an slowenischen Volksschulen in Marburg (zwei), Mieß (Mežiča), Abstall (Apače) und Fückselsdorf (Fikšinci) sowie in 22 verschiedenen Orten der Gottschee. Noch dazu unterrichteten in diesen Parallelklassen überwiegend Lehrer slowenischer Nationalität mit mangelhaften Deutschkenntnissen, während deutsche Lehrer in slowenischen Klassen eingesetzt seien. Von den nach 1931 konstituierten 25 Ortsgruppen des „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes“ seien bis auf drei Ortsgruppen in der Gottschee und die Ortsgruppe Pettau alle wieder aufgelöst worden. Nach der Einstellung der sozialdemokratischen *Volksstimme* in Marburg und der nationalsozialistisch orientierten *Deutschen Zeitung* in Cilli 1936/37 existierten seit April 1937 nur mehr die liberale *Mariborer Zeitung* und die klerikale *Gottscheer Zeitung*.<sup>1325</sup>

Das Laibacher „Minderheiten-Institut“ (*Manjšinski inštitut*) bestätigte im April 1938 im wesentlichen diese statistischen Angaben und differenzierte noch im schulischen Bereich: Demnach habe es in Slowenien zum 1. Februar 1938 30 Minderheitenklassen mit deutscher Unterrichtssprache gegeben, in denen 1238 Schüler mit deutscher Volkszugehörigkeit unterrichtet worden seien; auf eine deutsche Klasse seien daher im Schnitt 41 Schüler entfallen. Da jedoch insgesamt für 2132 Schüler die deutsche Volkszugehörigkeit angegeben worden sei, seien 894 deutsche Schüler ohne Unterricht in der Muttersprache geblieben, größtenteils Schüler in der Oberstufe der Volksschule. Abgesehen von den 22 Minderheitenklassen in der Gottschee habe es lediglich je 2 Klassen in Marburg, Abstall und Proskersdorf (Stogovci) gegeben, sowie je 1 in Fückselsdorf und Sinnersdorf (Kramarovci). In diesen 30 Klassen unterrichteten aber nur 9 deutsche Lehrer und 5 „national gemischte“ (sic!) Lehrer, in den übrigen 16 mit der deutschen Sprache vertraute slowenische Lehrer. Dafür unterrichteten 11 deutsche Lehrer nicht in den Minderheitenklassen, was wohl als Diskriminierung oder gar als Schikane zu bezeichnen ist. Immerhin lernten an den slowenischen Bürgerschulen 120 Kinder deutscher

<sup>1323</sup> Vgl. Memorandum des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) an die Europäische Kommission anlässlich der Beitrittsverhandlungen mit den Republiken Tschechien, Slowakei und Slowenien, 23. März 2000; dagegen: SUPPAN, Jugoslawien, 725-732, 907-909.

<sup>1324</sup> Publikationsstelle Wien (Hg.), Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession, nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931 (Wien 1943).

<sup>1325</sup> Bericht Generalkonsul Schmidt an Staatssekretär Schmidt, Laibach, 21.12.1937, ÖStA, NPA Liasse Südslawien 2/9, G.Zl. 97.434/13, Kart. 707; SUPPAN, Jugoslawien, 918f.

Nationalität, an den slowenischen Mittelschulen sogar 250 deutsche Schüler. Allerdings seien an der Universität Ljubljana 1936/37 nur noch 35 deutsche Hörer immatrikuliert gewesen, da die Mehrheit der deutschen Studierenden aus Slowenien (und Jugoslawien) in den 1930er Jahren bereits deutsche und österreichische Universitäten und Hochschulen besuchten – bevorzugt in Leipzig, Graz, Berlin, Halle an der Saale, Chemnitz, Jena, München und Freiburg im Breisgau. Gefördert durch verschiedene Stipendien, hätten sie sich teilweise auch der nationalsozialistisch orientierten „Deutschen Studentenschaft“ angeschlossen.<sup>1326</sup>

Der österreichische Generalkonsul Schmidt beschränkte sich freilich nicht nur auf Statistiken, sondern versuchte auch eine Einschätzung der nationalpolitischen Haltung der Deutschen in Slowenien: Zwar wähle die Mehrheit aus Opportunitätsgründen die regierende „Slowenische Volkspartei“, in den Industriestädten auch die Sozialdemokraten, insgesamt sei aber die politische Einstellung der deutschen Minderheit zur jugoslawischen Innenpolitik „zum größten Teil indifferent“. Andererseits sei die Einstellung zu Österreich – trotz jahrhundertelanger politischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbundenheit – zunehmend „platonisch“ geworden, da auch die älteren Jahrgänge der Volksgruppe bei der Anziehungskraft des „Großstaates Deutschland“ wie alle Grenzlanddeutschen großdeutsch eingestellt seien. Die Jugend der deutschen Minderheit des Draubanats sei freilich „größtenteils national-sozialistisch“ eingestellt“ und hoffe trotz aller Loyalitätserklärungen für den jugoslawischen Staat vielfach auf Befreiung, „die sie höchstens nur vom Großstaat Deutschland vielleicht einmal erwarten zu können glaubt“. Die Angehörigen der älteren Generation aber versuchten in den Ortsgruppen des Kulturbundes in schweren Kämpfen gegen diese stark nationalsozialistisch beeinflusste Jugend zu bestehen, da sie fürchteten, „dass eine nationalsozialistische Betätigung den Deutschen in Jugoslawien nur zum Unheil gereichen könnte“.<sup>1327</sup>

Trotz der vom Nationalsozialismus drohenden Gefahren ließ Innenminister Korošec noch an der Jahreswende 1937/38 Maßnahmen setzen, die zumindest eine ideologische Desorientierung erkennen lassen. Zuerst ordnete er die Ausweisung von drei Mitgliedern der österreichischen „Vaterländischen Front“ an – einer Gutsbesitzerin, einem Marburger Hausbesitzer und einem Obersten im Ruhestand – und ließ ihnen mit der Anklage wegen Hochverrats drohen; dann ließ die Laibacher Banatsverwaltung eine von slowenischen Studenten zusammengestellte Broschüre „Die Hitlerianer in Slowenien“ (*Hitlerjevci v Sloveniji*) beschlagnahmen, in der von nationalsozialistischen Aktivitäten unter den Deutschen der Gottschee, in Marburg, Cilli, Pettau, Windischfeistritz, Hrastnigg und Schönstein die Rede war und vor den Expansionszielen der Nationalsozialisten gewarnt wurde:

„Die Hitlerianer wollen Slowenien haben! Dieses würde ihnen den Weg zum Balkan, zur Adria und in das Mittelmeergebiet öffnen, es würde ihnen den ‚Drang nach Osten‘ – den Weg zu

<sup>1326</sup> BIBER, Nacizem, 120.

<sup>1327</sup> Bericht Generalkonsul Schmidt an Staatssekretär Schmidt, Laibach, 21. Oktober 1937, ÖStA, NPA Liasse Südslawien 2/9, G.Zl. 97.434/13, Kart. 707; SUPPAN, Jugoslawien, 919.

fremden Reichtümern – erleichtern [... Daher:] Man muß eine nationale slowenische Bewegung gegen die drohende Gefahr entfalten! Man muß erreichen, dass die Behörde die Tätigkeit der Hitler-Irredenta unmöglich macht! Wir sind nicht gegen die Deutschen, wir verteidigen uns nur gegen die hitlerischen Eroberer!<sup>1328</sup>

Wir können die Motive für das zwiespältige Handeln des Innenministers Korošec nur erraten. Die Ausweisung der drei „vaterländischen“ Österreicher dürfte eine Retorsionsmaßnahme für einen Hochverratsprozess in Graz gegen drei jugoslawische Staatsangehörige gewesen sein; die Beschlagnahme der Anti-NS-Broschüre aber erfolgte ausschließlich aus außenpolitischen Gründen: um die Annäherungspolitik zwischen Berlin und Belgrad nicht zu stören. Wie wir wissen, sollten die slowenischen Studenten mit ihrer Warnung Recht behalten.

Obwohl das Berliner Auswärtige Amt nach einer Aufzeichnung von Staatssekretär von Bülow vom 26. April 1938 davon ausging, „dass die deutsche Politik nicht über Österreich hinauszielt und dass die jugoslawische Grenze in jedem Fall unberührt bleibt“, so war der „Anschluss“ für viele Deutsche diesseits und jenseits der neuen deutsch-jugoslawischen Grenze doch das Signal zu verstärkter irredentistischer Propaganda. Besonders der in Graz beheimatete „Deutscher Schulverein Südmark“ hatte die Erinnerung an die Untersteiermark wachgehalten und die großdeutsche Publizistik gefördert, die zumindest größere Teile der Untersteiermark als zum deutschen „Volksboden“ und „Kulturboden“ zugehörig erachtete. Zahlreiche deutsche Untersteierer durften daher nicht zur Kundgebung Hitlers nach Graz fahren, Rückkehrern von dieser Kundgebung wurde von den slowenischen Behörden nationalsozialistisches Propagandamaterial abgenommen. Dennoch hissten deutsche Jugendliche zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1938 auf einem Kirchturm in Pettau die Hakenkreuzfahne.<sup>1329</sup>

Anfang Mai 1938 intervenierte der Kreisleiter von Mureck bei Reichsstatthalter Arthur Seyss-Inquart in Wien für die Doppelhofbesitzer an beiden Ufern der Mur, also für jene Bauern, die beiderseits der Grenze Höfe und Grund besaßen. Der Kreisleiter bezeichnete diesen Grundbesitz in Slowenien als den „natürlichen Expansionsfühler“ Deutschlands, als „das natürlichste Ausfallstor des Deutschtums nach dem Südosten“ und verwies auf die Untersteiermark als die „bedeutendste Brücke, über die die kulturelle Mission des Deutschtums seit Jahrhunderten nach dem Südosten getragen wird“. Als ein Zeichen dieser Schicksalsgemeinschaft mit der übrigen Steiermark hätten sich die Slowenen zwischen Mur und Drau in ihrer „freiwilligen Unterordnung unter das Deutschtum zum ‚Windischen‘ gewandelt“.<sup>1330</sup>

Seyss-Inquart musste von solchen Expansionsideen nicht erst überzeugt werden, und die Vorgehensweise Hitlers in der Sudetenkrise machte bereits klar,

<sup>1328</sup> SUPPAN, Jugoslawien, 437, 708, 1213; BIBER, Nacizem, 93-103, 343-349; Slovenec, 4. März 1938.

<sup>1329</sup> BIBER, Nacizem, 93-102, 142, 343-347; STUHLPFARRER, Umsiedlung, 277; SUPPAN, Jugoslawien, 1002-1004; NZZ, 15. Mai 1938.

<sup>1330</sup> STUHLPFARRER, Umsiedlung, 278f.

was darunter zu verstehen war. Aktionsausschüsse slowenisch-nationaler Organisationen glaubten noch, dem tschechoslowakischen Bündnispartner mit Boykottmaßnahmen gegen die deutsche Minderheit in der Untersteiermark helfen zu können. Zum zwanzigjährigen Bestehen Jugoslawiens planten Marxisten, Sokoln und christliche Sozialisten für den 14. August in Marburg Demonstrationen gegen Deutschland und die Regierung Stojadinović sowie für eine Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei, Frankreich und der Sowjetunion. Als die „Kroatische Bauernpartei“ unter Vladko Maček zur selben Zeit einen Protestumzug ankündigte, griff Innenminister Korošec ein und ließ wegen zu befürchtender Zusammenstöße den jugoslawischen Volkstag verbieten.<sup>1331</sup>

Nach dem Münchener Abkommen, das von den Untersteirern wie von den Donauschwaben als großer Erfolg gefeiert wurde, steigerte sich das Selbstbewusstsein der deutschen Minderheiten in Jugoslawien. Der junge Karl Adolf Fürst Auersperg soll auf einer Versammlung seine Gottscheer ermahnt haben, ihre deutsche Sprachinsel nicht aufzugeben, da sie die Deutschen an die Adria herantühre. Das hatte die Gottscheer „Volksgruppenführung“ auch keineswegs vor, die 1939 von den nationalsozialistisch orientierten „Erneuerern“ übernommen wurde, nachdem sie sich bereits 1938 der *Gottscheer Zeitung* bemächtigt hatten. Am 13. April telegraphierte Martin Sturm, ein Mitglied der „Volksgruppenführung“, von Graz aus in etwas holprigem Deutsch an Hitler: „Wir, die Deutschen aus Gottschee und der Südsteiermark vertrauen Ihnen, unser Führer, dass Sie uns dem Reich anschließen, und wir werden in jedem Augenblick unsere Pflicht erfüllen.“<sup>1332</sup>

Nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren war es in der Untersteiermark zu einer weiteren Eskalation gekommen. Am 27. März 1939 versammelte sich vor dem Gendarmerieposten in Abstell eine große Menge Bauern mit Frauen und Kindern, führte zwei Hakenkreuzfahnen mit sich und rief: „Heil Hitler – Sieg Heil!“, „Wer ist unser Führer? – Adolf Hitler!“, „Wir wollen heim ins Reich!“. In den folgenden Tagen gab es auch in den umliegenden Dörfern ähnliche Manifestationen von jeweils mehreren Hundert Personen. Der neue jugoslawische Außenminister Aleksandar Cincar-Marković bat den deutschen Gesandten um Vermittlung, und dieser ließ tatsächlich über Berlin in Graz und Klagenfurt intervenieren, da Deutschland auch weiterhin „das größte politische Interesse“ habe, „dass von seiten der Volksdeutschen alles unterlassen wird, was zu Zwischenfällen führen könnte“. Zum 50. Geburtstag Hitlers am 20. April 1939 mahnte die *Gottscheer Zeitung*:

„Wer heute, wo das gewaltige deutsche Volk im vielleicht größten Aufbruch aller Zeiten begriffen ist, wo eine grundsätzliche Wandlung in der Weltanschauung bis in die letzten Dörfer unaufhaltsam vordringt, wer die Scholle im Stiche lässt, der ist ein Landesverräter.“<sup>1333</sup>

<sup>1331</sup> BIBER, *Nacizem*, 148, 364.

<sup>1332</sup> BIBER, *Nacizem*, 152-154, 366f.; Dušan NEČAK, „Die Deutschen“ in Slowenien, in: Nečak, *Slovensko-avstrijski odnosi*, 379.

<sup>1333</sup> BIBER, *Nacizem*, 144-146; *Gottscheer Zeitung*, 20. April 1939.

Im September 1939 wurde aus allen männlichen Mitgliedern des „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes“ zwischen 21 und 50 Jahren die sogenannte „Mannschaft“ aufgestellt, die auch im „Grundexerzieren“ ausgebildet wurde.<sup>1334</sup>

Ministerpräsident Cvetković hatte zwar schon für das Frühjahr 1939 die Wiederzulassung des Kulturbundes in Slowenien zugesagt, die slowenischen Lokalbehörden – durchaus unter dem Einfluss vieler anti-deutscher Flugblätter verschiedener slowenischer Organisationen – zögerten aber die Genehmigung bis in den Herbst 1939 hinaus, bis in Kärnten die Statuten des „Slowenischen Kulturverbandes“ (*Slovenska prosvetna zveza*) bestätigt wurden. Der serbisch-kroatischen Vereinbarung (*Sporazum*) vom 26. August 1939 entsprechend, verkündete die Regierung Cvetković–Maček am 5. September 1939 eine umfassende Amnestie, die auch den (aus politischen Gründen) inhaftierten Deutschen aus dem Drau-, Save- und Donaubanat zugute kam. Propagandistisch aber wurde diese Maßnahme ebenso dem gerade in Polen einmarschierenden „Großdeutschen Reich“ zugeschrieben wie die Errichtung von 32 Kulturbund-Ortsgruppen in Slowenien und die Eröffnung neuer deutscher Schulklassen in der Gottschee und auf dem Abstaller Feld.<sup>1335</sup>

### **Milan Stojadinović 1938: „Wir konnten gegen den Anschluss wegen des Prinzips der Nationalität keinen Widerspruch erheben...“**

Auf Grund der negativen Kriegserfahrungen gehörten sowohl die jugoslawisch-österreichischen als auch die jugoslawisch-deutschen Beziehungen nach 1918 zu den schwierigsten außenpolitischen Verhältnissen des Königreiches SHS. Hinsichtlich Österreichs kamen noch die über zwei Jahre dauernden Auseinandersetzungen um die neue Grenzziehung in Kärnten – die von der Botschafterkonferenz erst am 2. Juni 1921 endgültig entschieden wurde – und die weiter schwelende Minderheitenfrage hinzu.<sup>1336</sup> Allerdings zählte die neue Republik Österreich von 1919 an – gemeinsam mit Italien und der Tschechoslowakei – zu den wichtigsten Außenhandelspartnern Jugoslawiens und blieb dies bis 1937. Bereits im November und Dezember 1918 wurden die ersten Verkehrsabkommen abgeschlossen, im März 1919 der erste Kompensationsvertrag, im Juni 1920 der erste provisorische Handelsvertrag. Im Vertrag von Saint-Germain wurden auch Rückstellungs- und Reparationsleistungen Österreichs – so eine Abschlagslieferung von 1000 Milchkühen, 500 Jungkühen, 25 Stieren, 1000 Kälbern, 500 Zugochsen, 1000 Zugpferden und 1000 Schafen – festgelegt. Für Jugoslawien wichtiger war aber der öster-

<sup>1334</sup> Hans Hermann FRENING, Die Umsiedlung der Gottscheer Deutschen. Das Ende einer südost-deutschen Volksgruppe (München 1970) 22f.

<sup>1335</sup> BIBER, Nacizem, 211-213. Die Amnestie umfasste die beachtliche Zahl von 2300 Deutschen mit jugoslawischer Staatsbürgerschaft. NEĆAK, „Die Deutschen“, 379, spricht irrtümlich von 2300 deutschen Staatsbürgern.

<sup>1336</sup> Vgl. ausführlich in SUPPAN, Jugoslawien, 468-656.

reichische Verkauf von Maschinen und Motoren, Dampfkesseln, Lokomotiven, Eisen und Eisenwaren, Stahl und Stahlwaren, Werkzeugen, Bergwerkseinrichtungen, Papier und Papierwaren, Baumwoll- und Seidenwaren, Glas und Glaswaren, elektrotechnischem Material, Farben und Arzneistoffen, Speisesalz, Viehsalz und Zündhölzern, während Österreich von Jugoslawien in den Anfangsjahren dringend Mais, Kartoffel, Weizen, Gerste, Hafer, Bohnen, Schlachtrinder, Schlachtpferde, Schweinefleisch, Schweinespeck, Schweineschmalz, Würste, Geflügel, Eier, Obst und Futtermittel benötigte.<sup>1337</sup>

Nachdem es Bundeskanzler Seipel nach Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten Pašić in Belgrad im Sequester-Abkommen vom Februar 1923 gelungen war, die Beschlagnahme von österreichischen Vermögenswerten in Jugoslawien – Bankbeteiligungen, Industriebetriebe, Bergbaubetriebe, Handelsbetriebe, Hotel- und Kurbetriebe, Grundbesitz – binnen einer Frist von 15 Tagen aufzuheben und auch Abkommen über alte österreichisch-ungarische Schulden, über alte bosnisch-herzegowinische Aktiva und hinsichtlich der rechtlichen Behandlung von Aktiengesellschaften zu schließen, begannen noch im selben Jahr Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag. Weder die Minderheitenfrage in Kärnten noch die Minderheitenfrage in Slowenien sollten – nach dem Willen der beiden Regierungen – dafür einen Hemmschuh darstellen, auch wenn die Zeitungen südlich und nördlich von Drau und Mur dagegen polemisierten. Als die Verhandlungen um den neuen Handelsvertrag im Februar 1925 wegen österreichischer Proteste gegen die Schließung deutscher Gymnasialklassen in der Vojvodina dennoch zu scheitern drohten, schrieb der auf österreichischer Seite zuständige Sektionschef Richard Schüller eine unmissverständliche Notiz für den Bundeskanzler Rudolf Ramek:

„Jugoslawien ist heute das wichtigste Absatzgebiet der österreichischen Industrie (Metallindustrie, Maschinenindustrie etc.). Jugoslawien beabsichtigt in manchen Beziehungen einen wesentlich erhöhten Zoll zu dekretieren, welcher unseren Export dahin ungemein erschweren würde. Wir führen bereits seit einiger Zeit Handelsvertragsverhandlungen mit Jugoslawien, sie werden noch mehrere Monate dauern und sind außerordentlich schwierig, weil es sich darum handelt, den scharfen Forderungen des Ausbaues der eigenen Industrie Jugoslawiens entgegen zu treten. Eine Verstimmung der jetzigen jugoslawischen Regierung birgt die Gefahr in sich, dass die Belgrader Regierung einfach die neuen höheren Tarife einführt, bevor die Handelsvertragsverhandlungen mit uns abgeschlossen sind, oder sie uns wenigstens bei diesen Verhandlungen nur sehr geringe Zugeständnisse machen. Dadurch wird sich aber die handelspolitische Situation Österreichs ungemein verschlechtern, weil uns damit der beste Markt, den wir heute haben, genommen werden würde. Infolgedessen muss jede aus formellen Gründen oder mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung hervorgerufene Verschlechterung unseres Verhältnisses zu Jugoslawien materiell von uns bezahlt werden. [...]“<sup>1338</sup>

<sup>1337</sup> Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hg.), *Der Außenhandel Österreichs in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen* (Beiträge zur österreichischen Statistik, 1. Heft, Wien 1946); BILIMOVIĆ, *Jugoslawien*, 119-187; Institut zur Förderung des Außenhandels (Hg.), *Die Wirtschaft Jugoslawiens* (Beograd 1937); SUPPAN, *Jugoslawien*, 1018, 1052-1096.

<sup>1338</sup> Hs. Notiz SCh. Schüller für BK Ramek, Wien, 25. Februar 1925, ÖStA, AdR, NPA Südslawien, Fasz. 784 alt; Schreiben SCh. Schüller an Ges. Hoffinger, 7. Mai 1925, ÖStA, AdR, Nachlass Wildner, Kt. 8; SUPPAN, *Jugoslawien*, 1115f.

Ein selten klares Dokument. Deutlicher konnte man den direkten Zusammenhang zwischen Außenhandelspolitik, Minderheitenpolitik und Medienpolitik nicht ansprechen. Der Bundeskanzler folgte den Intentionen des Sektionschefs. Die Exportwirtschaft erhielt Vorrang vor der Vertretung minderheitenpolitischer Interessen im Ausland, für die Österreich vor dem Völkerbund ohnehin kein Vertretungsrecht besaß. Der Handelsvertrag mit beiderseitiger voller Meistbegünstigung, einem vollständigen Tarif und beträchtlichen jugoslawischen Zollermäßigungen für den größeren Teil der österreichischen Industrieexportartikel sowie österreichischen Zugeständnissen bei jugoslawischen Agrarexporten wurde am 3. September 1925 abgeschlossen und hielt im Wesentlichen bis in den Sommer 1931.<sup>1339</sup>

Das Deutsche Reich hatte sich im Vertrag von Versailles auch zu Reparationsleistungen an Jugoslawien verpflichten müssen, zu denen etwa die neue stählerne Eisenbahnbrücke zwischen Belgrad und Patschowa gehörte. Bis zur Konferenz von Locarno im Oktober 1925 blieben jedoch die deutsch-jugoslawischen Beziehungen eindeutig im Schatten der Beziehungen Belgrads zu Paris, Rom, Prag, Bukarest und Wien. Der Außenminister Momčilo Ninčić wurde auch nicht nach Locarno eingeladen, was freilich am Ergebnis – neben der internationalen Garantie der französisch-deutschen und französisch-belgischen Grenze eine Aufwertung Deutschlands und eine Abwertung Polens und der Tschechoslowakei<sup>1340</sup> – nichts geändert hätte. Tatsächlich war Jugoslawien von Locarno zumindest indirekt betroffen, denn die Weimarer Republik wurde 1926 nicht nur Mitglied des Völkerbundes, sondern auch des Völkerbundesrates und war nun als solches für Petitionen von Minderheitenangehörigen an den Völkerbund mitzuständig, also etwa für Petitionen von Deutschen aus Jugoslawien. Als freilich das Auswärtige Amt bei seiner Gesandtschaft in Belgrad hinsichtlich Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit Belgrad anfragte, hielt der Gesandte Olshausen dafür eine Umorientierung der jugoslawischen Außenpolitik für nötig:

- die Befreiung Jugoslawiens aus französischer Vorherrschaft;
- die Schwächung der Kleinen Entente;
- die Ausrichtung des jugoslawischen Interesses auf den Balkan;
- die Ordnung des jugoslawisch-sowjetischen Verhältnisses;
- die Beruhigung der jugoslawisch-italienischen Beziehungen.<sup>1341</sup>

Als Mussolini nach Locarno die Idee eines Donau-Balkan-Paktes ohne Frankreich und gegen Deutschland zu verfolgen begann, nahm Ninčić in Genf Kontakt zu Stresemann auf. Doch mit der Demission Ninčić' im Dezember 1926 und dem

<sup>1339</sup> Handelsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Königreiche SHS, Wien, 3. September 1925, in: 448 der Beilagen der Stenographischen Protokolle, II. GP, 1-11; vgl. Milan TODOROVIĆ, Le traité de commerce entre les Royaume SHS et la République Autrichienne, in: Revue économique et financière de Belgrade (1925) 9-10; Kritik gab es im Jugoslovenski Lloyd, 20. September 1925.

<sup>1340</sup> Vgl. Peter KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar (Darmstadt 21985).

<sup>1341</sup> Bericht Ges. Olshausen an AA, 26. Oktober 1925, PA Bonn, Italien-Jugoslawien, B 2; zitiert nach: VINAVER, Jugoslavija i Francuska, 93.

Ableben Pašić' wenige Tage danach ging eine Ära serbisch orientierter jugoslawischer Außenpolitik jäh zu Ende. Nun begann eine Orientierungssuche zwischen Frankreich, Italien, Deutschland und der Kleinen Entente. Bereits Anfang 1927 sandte König Aleksandar in geheimer Mission zuerst Ninčić, dann Korošec als Emmissäre nach Berlin. Aber Stresemann verhielt sich abwartend: Solange deutsche Gebiete am Rhein besetzt seien, könne Deutschland am Balkan keine aktive Politik machen. In der offiziellen Belgrader Zeitung *Samouprava* erschien am 6. April 1927 im Rahmen einer Serie ein Artikel unter dem Titel „Die Annäherung an Deutschland“. Der Autor analysierte – wohl mit Zustimmung des Chefredakteurs Lazar Marković und des Presseamtes der Regierung – durchaus richtig, dass Jugoslawien für Deutschland nur als Abnehmer deutscher Industrieprodukte Bedeutung habe. Erstaunlicherweise wurde auch konstatiert, dass Jugoslawien mit Deutschland keine Kontroversen habe, dass sie im Weltkrieg „loyale Gegner“ (sic!) gewesen seien und der Krieg keine Bitterkeit hinterlassen habe.<sup>1342</sup>

Aber der neue frankophone Außenminister Vojislav Marinković setzte auf den bereits vorbereiteten Freundschaftsvertrag mit Frankreich, nach dem jeder Versuch einer Änderung des gegenwärtigen Status quo in Europa gemeinsam bekämpft werden sollte. Das Amtsblatt der faschistischen Partei, der *Lavoro d'Italia*, sah sich daher zu folgender Polemik veranlasst:

„Jugoslawien übertreffe, was Qualität und Quantität betreffe, das habsburgische Mosaik der Vorkriegszeit und sei eine verschlechterte Neuauflage Altösterreichs. [...] Es lohne sich die Mühe, daran zu erinnern, dass Jugoslawien an territorialer Elephantiasis leide und dass es nebst Serben, Kroaten und Slowenen sich aus Deutschen, Ungarn, Rumänen, Bulgaren, Italienern, Türken, Albanern, Montenegrinern und Zigeunern zusammensetze. [...] Der französisch-jugoslawische Vertrag werde in Paris als Friedenspakt, in Belgrad als Kriegspakt angesehen.“<sup>1343</sup>

Doch Mussolini ließ elf Tage nach Unterzeichnung des Pariser Vertrages den zweiten Tirana-Vertrag unterzeichnen, der Albaniens Geschick zunächst auf zwanzig Jahre an Italien kettete. Unter diesem, im Jahre 1929 zunehmenden italienischen Druck begann Deutschland in den Vordergrund der Interessen der jugoslawischen Außenpolitik zu rücken. Auch das Interesse Berlins an Südosteuropa war im Steigen begriffen. Reichsaußenminister Stresemann hielt im Frühjahr 1929 den deutschen kulturellen Einfluss in Mitteleuropa bereits für stärker als vor 1914. – Dass er dabei die Rolle Wiens und der österreichischen Kultur bereits dazurechnete, darf angenommen werden. – Belgrad war aber weniger über den kulturellen Einfluss besorgt, vielmehr befürchteten König Aleksandar und Außenminister Marinković künftige deutsche Expansionspläne, ausgerechnet in Richtung Triest. Der König hielt sogar dem französischen Gesandten gegenüber

<sup>1342</sup> VINAVER, *Jugoslavija i Francuska*, 106-111; *Samuprava* (Beograd), 6. April 1927; Andrej MITROVIĆ, Politische und wirtschaftliche Beziehungen Deutschlands und Jugoslawiens in der Zeit der Verständigungspolitik Stresemanns, in: *Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert* (Köln etc. 1976) 117-140.

<sup>1343</sup> *Lavoro d'Italia*, 17. November 1927; vgl. IN DER MAUR, *Jugoslawiens Außenpolitik*, 170f.

ein deutsches Triest für gefährlicher als den „Anschluss“. Über mit Sicherheit zu erwartende italienische Gegenmaßnahmen dachte er wohl zu wenig nach.<sup>1344</sup>

Andererseits versuchte der gewesene Ministerpräsident Korošec am 30. September 1929 den deutschen Gesandten Adolf Köster zu überzeugen, dass König Aleksandar für Deutschland und für den „Anschluss“ eingestellt sei. Auch Außenminister Marinković und Hofminister Bogoljub Jevtić gaben ähnliche Erklärungen ab, denn sie fürchteten sich vor einer italienisch-ungarischen Aktion in Österreich. Korošec wurde im Dezember 1929 vom König nach Berlin geschickt, um die Beziehungen zu verbessern. In einer Zusammenkunft mit dem neuen Außenminister Curtius am 16. Dezember machte Korošec sogar die überraschende Bemerkung, dass Jugoslawien den „Anschluss“ befürworte und eine jugoslawisch-deutsche Annäherung wünsche. Er kündigte außerdem an, dass Jugoslawien alle diktatorischen Maßnahmen gegen das deutsche Minderheitenschulwesen stornieren wolle, welche die deutsche Presse so heftig kritisiert hatte.<sup>1345</sup>

Die Sondierungsreise des slowenischen Priesters und ehemaligen österreichischen Reichsratsabgeordneten Korošec nach Berlin hatte über Wien geführt, die Stadt seines hauptsächlich politischen Wirkens bis Oktober 1918. Der österreichische Gesandte Ploennies mutmaßte:

„[...] Reise wird wahrscheinlich auf Wunsch des Königs unternommen, um Fühlung mit maßgebenden katholischen Kreisen herzustellen, deren Vorstellung gegen Unifizierung Jugoslawiens hier [in Belgrad] aus innenpolitischen und außenpolitischen Gründen unangenehm berührt. In letzter Hinsicht spielt der in Belgrad vielgegläubte und erörterte Plan eine Rolle, einen katholischen Staatenbund unter Führung Italiens zu schaffen, dem Bayern, Ungarn, Österreich, eventuell Slowenien und Kroatien angehören würden. Dem soll angeblich auch durch Anbot besserer Behandlung deutscher Minderheit entgegengewirkt werden. Es ist sogar davon die Rede, dass politische Anlehnung an die deutschen Mächte unter Zustimmung zu Anschluss beabsichtigt sei, weil man im nächsten Jahr italienischen Angriff fürchte.“<sup>1346</sup>

In Wien suchte Korošec freilich nicht den Bundeskanzler und Außenminister Schober auf, sondern begnügte sich mit einem ausführlichen Gespräch bei Generalsekretär Peter: Korošec schnitt die antijugoslawische Einstellung der österreichischen Heimwehren an, die Tätigkeit der kroatischen Emigration und die Haltung der *Reichspost*. Von Plänen über einen katholischen Staatenbund war keine Rede, und Peter ordnete sie auch lediglich einigen „politischen Romantikern“ zu. Wenn aber Jugoslawien „ernsthaft“ an eine Annäherung an die beiden deutschen Staaten (sic!) denke, so müsse sich die jugoslawische Regierung auch bewusst sein, „dass ihre heutige Minderheitenpolitik mit einer solchen Zukunftsentwicklung nicht gut vertretbar ist“. Peter hielt es aber durchaus für möglich, dass eine schrittweise

<sup>1344</sup> MITROVIĆ, Nemačka i Jugoslavija, 574; SCHRÖDER, Südosteuropa, 240-242.

<sup>1345</sup> VINAVER, Početak „nemačke orientacije“, 797; HÖPFNER, Deutsche Südosteuropapolitik, 320.

<sup>1346</sup> Telegr. (Geheim) Ges. Ploennies an BKA/AA, Belgrad, 7. Dezember 1929, ÖStA, AdR, NPA Südslawien, Fasz. 799 alt; Bericht Ges. Vokáč an MZV, Belgrad, 2. Jänner 1930, AFMZV Praha, Politické zprávy, vyslanectví Belhrad 1930, č. 3.

Annäherung Belgrads an Berlin zu bewerkstelligen sei, wenn der Prozess der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich fortschreite.<sup>1347</sup>

Ein guter Kenner der Belgrader Politik, der österreichische Honorar-Generalkonsul Robert Kronholz<sup>1348</sup>, berichtete Anfang Dezember 1929 in einem Privatschreiben an den Gesandten Heinrich Wildner, den Leiter der Handelspolitischen Abteilung auf dem Ballhausplatz, von interessanten außenpolitischen Vorgängen in Belgrad, die auf eine außenpolitische Neuorientierung der Regierung hindeuteten. Man beabsichtige, eine deutliche Annäherung an Deutschland zu versuchen, ja in Belgrad spreche man davon, dass man mit Deutschland eine Art von Bündnis anstrebe. Den Anstoß zu diesem Gedanken soll die ständige, in letzter Zeit besonders wachsende Bedrohung durch Italien gegeben haben. Als Lockmittel für Deutschland soll sich Jugoslawien erbötig machen, seinen Widerstand gegen die Anschlussbewegung aufzugeben. Im Übrigen geschehe diese Sondierung im Einvernehmen mit Frankreich, sodass man Einwendungen, was die verbündeten und befreundeten Mächte Jugoslawiens anlange, nur von Seiten der Tschechoslowakei zu erwarten habe, jedoch der Ansicht sei, dass ein inniges Freundschaftsverhältnis mit Deutschland eine Verstimmung der Tschechoslowakei wohl wert sei. Zu den skizzierten Plänen gehöre vor allem die Auslandsreise Korošec', dessen Mission es sei, mit den führenden Politikern in Deutschland, aber auch in Österreich Fühlung zu nehmen. Man rechne dabei auf die Beziehungen Korošec' in erster Linie zum Zentrum und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Reichstag.<sup>1349</sup>

Auch der österreichische Geschäftsträger in Belgrad wollte Näheres über die Korošec-Reise nach Berlin in Erfahrung bringen und befragte den deutschen Gesandten Köster, der immerhin Korošec auf einen Teil seiner Reise durch Deutschland begleitet hatte. Köster erläuterte, dass nach seiner Meinung der Reise der ihr zugeschriebene hochpolitische Charakter – politische Anlehnung an Deutschland und Österreich – nicht zukomme. Wenn es sich tatsächlich um so weitgehende Pläne gehandelt hätte, wären ihm diese nicht verborgen geblieben, da er sehr viel

<sup>1347</sup> Zirkularerlass GS Peter an Gesandtschaften in Berlin, Paris, Rom/Quirinal, Rom/Vatikan, Prag, Budapest und London, Wien, 12. Dezember 1929, ÖStA, AdR, NPA Südslawien, Fasz. 799 alt. Auch der jugoslawische Gesandte in Berlin, Živojin Balugdžić, sprach seinen österreichischen Kollegen Frank auf Pläne eines Staatenbundes Österreichs mit Bayern an, erhielt aber eine deutlich negative Antwort: Heutzutage denke niemand an einen solchen Unsinn. – Bericht Ges. Frank an BK Schober, 27. Dezember 1929, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 7/1, GZ 2500/13, Kart. 721. Zum Aufenthalt Korošec' in Wien vgl. BPolDion Wien an BKA/AA, 19. Dezember 1929, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 7/1, GZ 25.349/13, Kart. 721.

<sup>1348</sup> Robert Kronholz, geb. 1887 in Wien, war ab 1910 im konsularischen Dienst in Üsküb (Skopje), Cospel und Konstantinopel tätig, wurde 1919 Konsul, 1921 Generalkonsul in Belgrad, wurde Ende 1922 vom Dienst enthoben, wechselte 1924 zur Fa. Schencker u. Co in Belgrad, arbeitete ab 1941 als Dolmetscher für dt. Dienststellen, u. a. beim Besuch Nedić' bei Ribbentrop und Hitler am 19. September 1943. – BROUCEK, Glaise-Horstenau, 287, 289.

<sup>1349</sup> Privatschreiben Kronholz an Ges. Wildner, Belgrad, 5. Dezember 1929, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 7/1, GZ 25.218/13, Kart. 721.

mit Korošec beisammen gewesen sei. Er sei informiert, dass in den Unterredungen desselben mit Reichsminister Curtius und dem Reichspräsidenten Hindenburg derlei Dinge nicht berührt worden seien. Die Audienz beim Reichspräsidenten, die ihm Köster verschafft habe, sei nur aus Courtoisiegründen erfolgt. Im Übrigen habe Minister Korošec vor allem mit Mitgliedern der Zentrumspartei Rücksprache gepflogen, und er selbst habe ihn wegen eventueller Anbahnung von staatlichen Lieferungsgeschäften für die Zukunft mit wirtschaftlichen Kreisen in Verbindung gebracht.<sup>1350</sup>

In Berlin dürfte Korošec tatsächlich wenig Erfolg gehabt haben. Denn als der österreichische Gesandte in Paris, Lothar Egger, ein Jahr danach den ehemaligen deutschen Staatssekretär Schubert, der mittlerweile Botschafter in Paris geworden war, vertraulich über die Reise von Korošec sondierte, schien sich

„Herr von Schubert [...] anfänglich an die Anwesenheit dieses Politikers in Berlin überhaupt nicht erinnern zu können, bemerkte aber nach einigem Nachdenken, dass Herr Korošec allerdings im Frühjahr d. J. [vermutlich erinnerte sich Schubert an eine weitere Reise Korošec', Anm. Suppan] sowohl bei ihm selbst in seiner Eigenschaft als Unterstaatssekretär als auch bei seinem Minister habe vorkommen wollen. Herr von Schubert habe ‚keine Zeit gehabt‘, ihn zu empfangen, und auch Dr. Curtius habe aus demselben Grunde Herrn Korošec keine Audienz bewilligen können. Man wisse im Auswärtigen Amt, dass Herr Korošec auf seiner Reise ‚große Töne‘ gesprochen habe, habe aber deutscherseits nie seinen Projekten Interesse entgegengebracht.“<sup>1351</sup>

Das neue Interesse Belgrads an Berlin war nicht zuletzt wirtschaftspolitisch begründet gewesen, war doch das Deutsche Reich im letzten Hochkonjunkturjahr 1929 bei den Exporten Jugoslawiens bereits hinter Italien, Österreich und Rumänien an die vierte Stelle und bei den Importen Jugoslawiens hinter der Tschechoslowakei und Österreich an die dritte Stelle vorgerückt. Bereits 1920 waren Österreich und Italien die bei weitem wichtigsten Abnahmeländer der jugoslawischen Exporte gewesen, 1926 war die Tschechoslowakei an die dritte Stelle hinter Italien und Österreich vorgerückt. Bei den jugoslawischen Importen standen ab 1920 ebenfalls Italien und Österreich wechselweise an der Spitze, wurden aber zwischen 1929 und 1935 von der Tschechoslowakei überholt. Das Zusammenwirken von ostmitteleuropäischer Agrarkrise und Weltwirtschaftskrise veränderte die Richtung von Jugoslawiens Außenhandel. Am Ende der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1935 nahm Deutschland bei den Exporten wie Importen Jugoslawiens bereits die Spitzenposition ein.<sup>1352</sup>

Vom Jänner 1930 an erlebte Europa – auch unter dem Eindruck der wachsenden Weltwirtschaftskrise – eine deutliche Änderung in der internationalen Politik.

<sup>1350</sup> Telegr. GT Hügel an BK Schober, 27. Dezember 1929, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 7/1, GZ 2500/13, Kart. 721.

<sup>1351</sup> Bericht Ges. Egger an AM Seipel, 1. Dezember 1930, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 7/1, GZ 30.672/13, Kart. 721.

<sup>1352</sup> Statistički godišnjak I (1929), 264f., 266f.; IX (1938/39) 252f.; AJ, zbirka Stojadinovića, F-20; Die Wirtschaft Jugoslawiens (Beograd 1937) 79f.; SUPPAN, Jugoslawien, 1079f.

Bereits die zweite Haager Konferenz ermöglichte Deutschland eine starke Reduzierung seiner jährlichen Reparationszahlungen – die freilich bis 1988 (sic!) wahren sollten. Außenminister Marinković versuchte zwar, gegen eine Streichung der österreichischen, ungarischen und bulgarischen Reparationsschulden aufzutreten, sowohl Österreich als auch Ungarn und Bulgarien erreichten aber eine Streichung weiterer Reparationsverpflichtungen.<sup>1353</sup>

Natürlich waren auch die Belgrader Regierungskreise vom Ausgang der deutschen Reichstagswahlen am 14. September 1930 und dem ersten großen Erfolg der Nationalsozialisten beunruhigt. Außenminister Marinković hoffte aber in einem Gespräch mit dem österreichischen Gesandten Ploennies, dass die deutsche Heeresleitung mit ihren vernünftigen Erwägungen mehr Einfluss haben werde als ein Haufen unruhiger Köpfe, die nur in Zeiten des wirtschaftlichen Missbehagens politische Bedeutung erlangen könnten.<sup>1354</sup>

Grundsätzlicher war allerdings ein Kommentar des *Agramer Morgenblattes*:

„Die Kräfte, die für den Frieden wirken, sind mächtig, aber auch die Kräfte, die das Gegenteil wollen, sind nicht zu unterschätzen.“ Sie seien vor allem bei jenen Putschparteien zu suchen, „die in den letzten Wochen, namentlich seit dem äußerlichen Erfolg des Großhetzers Hitler in Deutschland und seit dem Minister-Avancement einiger verwandter Seelen in Österreich, vermeint hatten, nun sei ihre Zeit gekommen, nun könne man jenes ‚erzgescheite‘ Wort einer nationalsozialistischen Größe wahr machen, wonach es besser wäre, dass drei Millionen Deutsche in einem ‚Befreiungskriege‘ fallen, als dass zwanzig Millionen Deutsche im gegenwärtigen Frieden verhungern. In Deutschland wie in Österreich aber zeigt sich schon jetzt, dass die Kräfte der Ordnung und des Friedens noch nicht erloschen sind. Es ist ein eigenartiges Merkmal unserer Zeit, dass gerade die organisierte Arbeiterschaft der Bürge für Ruhe und Ordnung wird.“<sup>1355</sup>

Dennoch bemühte sich Marinković auch weiterhin um eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland und wurde darin vom Gesandten Balugdžić in Berlin tatkräftig unterstützt. König Aleksandar empfing am 5. November 1930 den neuen deutschen Gesandten Ulrich von Hassell und ersuchte ihn um Verhandlungen über eine deutsche Wirtschaftshilfe für Jugoslawien. Von Frankreich erhoffte sich Belgrad offensichtlich keine ausreichende wirtschaftliche Unterstützung mehr. Doch mit der Ankündigung des deutsch-österreichischen Zollunionsplanes im März 1931 und dem Zusammenbruch der auch in Jugoslawien engagierten Wiener *Credit-Anstalt* im Mai 1931 trat die französische Südosteuropa-Politik noch einmal stark in Erscheinung.<sup>1356</sup>

<sup>1353</sup> VINAVER, *Jugoslavija i Francuska*, 176; Piotr WANDYCZ, *The Twilight of French Eastern Alliances 1926-1936* (Princeton 1988) 133-162.

<sup>1354</sup> Bericht Ges. Ploennies an AM Seipel, 18. November 1930, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 7/1, GZ 30.410/13, Kart. 721.

<sup>1355</sup> *Agramer Morgenblatt*, 26. Oktober 1930.

<sup>1356</sup> VINAVER, *Jugoslavija i Francuska*, 194.

Die Wiener Credit-Anstalt war bis 1931 an der Jugoslawischen Union-Bank in Belgrad und Agram, an der Kroatischen Allgemeinen Kreditbank, an der Kreditanstalt für Handel und Industrie in Laibach und an der Laibacher Kreditbank beteiligt, der Wiener Bank-Verein am All-

Ausgerechnet der frühere Finanzminister Milan Stojadinović – der als Ministerpräsident ab 1935 intensiv mit Deutschland zusammenarbeiten sollte – griff Mitte April 1931 in der *Politika* den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion an, allerdings weniger als Wirtschaftsfachmann, sondern aus politischen Gründen. König Aleksandar stimmte zwar dem Gesandten von Hassell durchaus zu, als dieser auf die Alternativen zur Zollunion hinwies: weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise oder Sieg des Bolschewismus. Aber der König wollte einen Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich. Hassell wiederum versuchte zu verdeutlichen, dass Deutschland nur gegenüber Polen Revisionswünsche habe und dass ein neues deutsches Mitteleuropa große Vorteile für Jugoslawien brächte.<sup>1357</sup>

Noch versuchte Paris politisch und finanziell gegenzusteuern. Im März 1931 bewilligte Frankreich die Aufnahme einer jugoslawischen Stabilisierungsanleihe, und am 8. Mai wurde mit einer französischen Bank ein Kreditvertrag auf 1025 Millionen Franc unterschrieben, wovon 625 Millionen französisches Kapital waren, die übrigen 500 Millionen von Schweizer, tschechischen und schwedischen Banken kamen. Die Weltpresse sprach von einer französischen Zahlung, um in Belgrad bestimmen zu können. Auf der Sitzung der Kleinen Entente in Bukarest Anfang Mai 1931 nahm Marinković auch eine klar antideutsche Haltung ein und schlug eine engere Zusammenarbeit mit Italien vor. Als aber der amerikanische Präsident Herbert Hoover am 20. Juni 1931 ein Moratorium für die Zahlung aller internationalen Schulden, also auch der Kriegsschulden, vorschlug, war Jugoslawien neuerlich betroffen. Denn Belgrad verlor die deutschen Reparationen von jährlich 79,3 Millionen Mark oder 1062 Millionen Dinar; abzüglich der Annuitäten in Höhe von 171 Millionen Dinar war das immerhin ein jährlicher Verlust von 891 Millionen Dinar. Marinković protestierte bei der Finanzkonferenz im Juli 1931 in London, erhielt aber keine finanzielle Unterstützung. Im September stürmten daher die Leute in Jugoslawien die Bankschalter, da sie einen allgemeinen Zusammenbruch befürchteten. Der französische Gesandte versprach eine neue Anleihe von 300 Millionen Franc und einen Präferenzzoll für 15.000 Wagon jugoslawischen Weizen.<sup>1358</sup>

Jugoslawien wurde vom weltweiten Rückgang der Getreidepreise besonders hart getroffen. Da der Weizenpreis zwischen 1929 und Anfang 1931 in den USA um nahezu 30 %, in Argentinien sogar um 40 % fiel, wurde der Meterzentner Weizen Anfang 1931 in Amsterdam nur mehr um umgerechnet 108 Dinar verkauft,

---

gemeinen Jugoslawien Bank-Verein in Belgrad und Agram und an der Landesbank für Bosnien und Herzegowina in Sarajevo. Nach der österreichischen Bankenkrise 1931 übernahm ein Konsortium belgisch-schweizerischer Banken die Beteiligungen der Credit-Anstalt und des Bank-Vereins. – Sergij DIMITRIJEVIĆ, *Das ausländische Kapital in Jugoslawien vor dem Zweiten Weltkrieg* (Berlin 1963).

<sup>1357</sup> *Politika*, 11.-14. April 1931; Bericht Ges. Hassell an AA, Belgrad, 17. April 1931, PA Bonn, Geheimakten, Jugoslawien – Deutschland, B 1; zitiert nach: VINAVER, *Jugoslavija i Francuska*, 202.

<sup>1358</sup> Bericht jugoslaw. Gesandtschaft London an AM Marinković, 22. Juli 1931, ADG SSIP, Londonsko poslanstvo II-8, 365; *Politika*, 10. Juli 1931.

während er in Jugoslawien durchschnittlich noch immer 150 Dinar kostete. Um jugoslawischen Weizen aber auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu halten, hätte man ihn von den Landwirten um 70 Dinar erwerben müssen, da die Fracht zum Hafen Amsterdam 40 Dinar kostete. Ein Ankaufspreis von 70 Dinar lag aber unter den Produktionskosten der jugoslawischen Landwirte. Jugoslawische Weizenexporte auf den Weltmarkt waren damit ohne staatliche Subventionen unmöglich geworden. Somit blieb nur der Verkauf in die Nachbarstaaten Italien und Österreich bzw. in die Tschechoslowakei und nach Deutschland.<sup>1359</sup>

Im Jänner 1932 wurde der todkranke Briand von André Tardieu als Ministerpräsident abgelöst. Dieser entwarf nun im Februar einen eigenen Plan über Präferenzzölle zwischen den mitteleuropäischen und südosteuropäischen Staaten, um das ganze System zu retten. Tardieu schlug die Aufhebung der wirtschaftlichen Begrenzungen, eine Senkung der Zölle, ein Verbot von Gegengeschäften und ein Präferenzzollsystem für die Donaustaaten vor. Als aber Tardieu den Plan am 2. März der Öffentlichkeit vorstellte, blieb Marinković skeptisch, obwohl ihm Tardieu eine Annäherung der Kleinen Entente an Österreich und Ungarn geraten hatte. Deutschland sah sich ausgeschlossen, Italien in seiner Blockpolitik gestört, England schlug eine Konferenz der Großmächte vor. Marinković sah im Tardieu-Plan in erster Linie eine Hilfe für Österreich und Ungarn und verlangte eine solche auch für Jugoslawien, da die Ausfuhr weiterhin falle und das Land keine Devisen mehr habe.<sup>1360</sup>

In seiner Thronrede Mitte Jänner 1932 bezeichnete König Aleksandar die beiden Problemkomplexe Reparationen und Abrüstung als die wichtigsten Angelegenheiten, die auch auf zwei bevorstehenden internationalen Konferenzen in Lausanne und London behandelt werden sollten. Immerhin zahle Jugoslawien zur Tilgung seiner im Krieg entstandenen Schulden den Jahresbetrag von 171 Millionen Dinar und habe bisher an Sachlieferungen aus Deutschland rund 470 Millionen Dinar, außerdem den Barbetrag von 406 Millionen Dinar erhalten. Nun drohten diese Zahlungen auszufallen, wovon Jugoslawiens Budget direkt betroffen sei. Daher betonte Marinković am 23. März vor dem Senat, dass Jugoslawien verlange, dass ihm bezahlt werde, was ihm gebühre, und dass es nicht eines Rechtes verlustig gehe, auf das es Anspruch habe. Freilich wollte der jugoslawische Außenminister noch immer nicht verstehen, „dass die heutige Krise mit der Zerschlagung des Wirtschaftsgebietes Österreich-Ungarn zusammenhänge“, und verstieg sich sogar zur völlig realitätsfernen Behauptung, dass Österreich-Ungarn „in der Wirtschaftswelt niemals eine große Rolle gespielt, sodass die Zerschlagung seines Gebietes keine allgemeine Krise hätte hervorrufen können.“(sic!)<sup>1361</sup>

<sup>1359</sup> Vuk VINAVER, *Svetska ekonomska kriza v Podunavlju i nemački prodor 1929-1934* (Beograd 1987) 34; JANČIK, *Wirtschaftsdiplomatie*, 294.

<sup>1360</sup> VINAVER, *Jugoslavija i Francuska*, 214f.

<sup>1361</sup> Bericht (Vertraulich) Gesandter Ploennies an Vizekanzler Schober, 21. Februar 1932, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien, Fasz. 799 alt; Rede Marinković im Senat, 23. März 1932, in: *Deutsches Volksblatt*, Novi Sad, 24. März 1932.

Da aber Marinković weder außen- noch innenpolitisch (seit Anfang April 1932 war er auch Ministerpräsident) in der Lage war, neue Akzente zu setzen, außerdem schwer erkrankte, wurde er Anfang Juli abgelöst und Bogoljub Jevtic zum neuen Außenminister ernannt. Seine Karriere hatte ihn auch zum Studium an die Hochschule für Welthandel in Berlin und zur Leitung der Gesandtschaft in Wien (März 1928 bis Jänner 1929) geführt. Als Vertrauter des Königs wurde er 1929 zum Hofminister ernannt, bei längeren Absenzen Marinković' von Belgrad zusätzlich zum Staatssekretär im Außenministerium. Die Antrittsbotschaft des neuen Außenministers gegenüber dem österreichischen Gesandten war ausgesprochen freundlich: „Die beiden Staaten hätten keine ins Gewicht fallenden Gegensätze, dagegen drängten die geographischen Verhältnisse, die vielfach verwandte Mentalität der Bevölkerung, die wirtschaftliche Struktur, durch welche sich beide Staaten ergänzen: alles dies dränge zu einer geistigen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die gewiss schöne Früchte tragen werde.“<sup>1362</sup>

Aber der am 20. Mai 1932 zum Bundeskanzler ernannte Engelbert Dollfuß war vorerst mit der Lausanner Anleihe beschäftigt, die er am 15. Juli vom Völkerbund tatsächlich zugesagt erhielt. Schwieriger war die Zustimmung im österreichischen Parlament, da im Protokoll von Lausanne das Anschlussverbot um weitere zehn Jahre verlängert wurde. Jevtic war aber verbittert, dass Österreich und nicht Jugoslawien die Anleihe erhalten hatte, weshalb schon damals in Belgrad die Argumentation aufkam: Mäset und verpflegt Österreich nur, denn es ist für Deutschland besser, ein saniertes und gesundes Österreich zu annektieren.<sup>1363</sup>

Die jugoslawische Außenpolitik verfolgte 1932 natürlich auch die politische Entwicklung in Deutschland: die französische Ablehnung einer deutschen Aufrüstung auf 200.000 Mann, den Sturz Brüning's, die Regierung Papen, den Erfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen am 31. Juli (37,3 % der Stimmen), die Ersetzung Papens durch Schleicher, den Wahlerfolg der Kommunisten am 6. November. Schon am 13. August hatte die *Politika* den Machtantritt Hitlers angekündigt. Als sich König Aleksandar beim deutschen Gesandten in Belgrad erkundigte, bezeichnete von Hassell den Nationalsozialismus als „elementare Volksbewegung“, auch als eine Folge der französischen Politik und der deutschen Abrüstung. Hassell hatte Aleksandar auch offen auf die Anschlussforderung aufmerksam gemacht, Aleksandar wiederum reiste – nach einer Meldung des tschechoslowakischen Gesandten Robert Flieder – inkognito nach Deutschland und führte Verhandlungen mit Göring.<sup>1364</sup>

<sup>1362</sup> Bericht Ges. Ploennies an BK Dollfuß, 6. Juli 1932, ÖStA, NPA Jugoslawien, Fasz. 778 alt.

<sup>1363</sup> Grete KLINGENSTEIN, Die Anleihe von Lausanne (Wien 1965) 99-118; VINAVER, Jugoslavija i Francuska, 219. Der Erlös der Anleihe in Höhe von 308,6 Mio. Schilling musste freilich zum größeren Teil für die Abdeckung kurzfristiger französischer und englischer Kredite sowie für die Tilgung von Schulden der Bundesverwaltung und der ÖBB an die Nationalbank verwendet werden. – Konzept Präs. Kienböck an Sch. Schüller [Juni 1932], ÖStA, AdR, Nachlass Heinrich Wildner, Kart. 8.

<sup>1364</sup> Dušan GLIŠOVIĆ, Ivo Andrić, Kraljevina Jugoslavija i Treći Rajh (Beograd 2012) 115. Vermutlich fuhr König Aleksandar mit dem Auto von Bled aus über Kärnten und Salzburg nach München.

Zwischen 14. und 16. November 1932 trafen sich in Prag die Generalstabschefs der Armeen der Kleinen Entente, die Generäle Syrový, Lăzărescu und Milovanović. Sie sprachen sich gegen alle Abrüstungspläne aus, auch gegen die „Gleichberechtigung“ Deutschlands in Rüstungsfragen; sie würde bald zu territorialer Revision führen. König Aleksandar fürchtete hingegen einen gemeinsamen Angriff Italiens, Ungarns, Bulgariens und Albaniens, außerdem Störmanöver der Kommunisten.<sup>1365</sup>

Bereits am 11. August 1932, knapp nach Erringung der relativen Mehrheit im deutschen Reichstag, hatte die regierungsnahen Agramer *Novosti* vor der Gefahr der „Hitlerbewegung“ für ganz Europa gewarnt. Die NSDAP sei schon aus Preußen nach Österreich vorgedrungen und nütze nun die Anleihefrage (gemeint war die Lausanner Anleihe, Anm. Suppan) zu weiterer Agitation zugunsten Deutschlands und gegen Frankreich. Für Jugoslawien aber sei die Hitlerbewegung „im slowenischen Kärnten von größter Bedeutung“, denn sie werde die Germanisierung der slowenischen Bevölkerung „sicherlich“ verschärfen. Darüber hinaus werde der „Hitlerismus“ in Kärnten durch aus Deutschland kommende Kolonisten verbreitet, die sich als „großdeutsche Pioniere an der Südgrenze Deutschlands“ (sic!) verstünden, „dessen Grenzen Hitler gewiss noch erweitern möchte“. Die direkte Gefahr der Expansionspolitik Hitlers bestehe „in gleichem Maße für Polen, die Tschechoslowakei und sogar für die Schweiz, wo eine beträchtliche Anzahl von deutschgesinnten schweizerischen Bürgern den faschistischen Ideen Hitlers ihre Sympathien bezeugen. So bedrohen die Erweiterungstendenzen` Hitlers in erster Linie alle an Deutschland angrenzenden Nationen. [...]“<sup>1366</sup>

Den Machtantritt Hitlers meldete die *Politika* vom 1. Februar 1933 nur auf einer Viertelseite. Auf der deutschen Gesandtschaft in Belgrad wurde erst am 12. März 1933 die schwarz-rot-goldene Fahne durch die schwarz-weiß-rote des Nationalsozialismus ersetzt. Jugoslawien war in diesen Wochen auf Mussolini fixiert, der wiederum Österreich gegen Hitler verteidigen wollte. Freilich trafen sich die beiden Diktatoren in der Absicht, eine Revision des Versailler Systems herbeizuführen. Schon im März 1933 schlug Mussolini eine Zusammenarbeit der vier Großmächte vor, die – zusammengefasst in einem auf zehn Jahre abzuschließenden Pakt – alle Probleme lösen sollte. Auf der Basis des Briand-Kellogg-Paktes und der Revisionsmöglichkeit nach Art. 19 des Völkerbundes sollten sich Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland auf folgende Punkte einigen:

- militärische Gleichberechtigung Deutschlands, Bulgariens, Österreichs und Ungarns;
- Abtretung des polnischen Korridors und des Sudetengebietes an Deutschland;
- Revision der Grenzen Ungarns;
- und jugoslawische Anerkennung eines italienischen Albanien.<sup>1367</sup>

<sup>1365</sup> VINAVER, Jugoslavija i Francuska, 220-228.

<sup>1366</sup> *Novosti* (Zagreb), 11. August 1932.

<sup>1367</sup> Vgl. Konrad Hugo JARAUSCH, *The Four-Power-Pact 1933* (Madison 1965).

Großbritannien und Frankreich, die ihre Ostmitteleuropa-Pläne scheitern gesehen hatten, glaubten nun, durch eine Übereinkunft mit Mussolini und Hitler den Weg der „Versöhnung“ beschreiten zu können, und erklärten sich bereit, über den Vorschlag eines Viermächtepaktes zu verhandeln. Die Kleine Entente protestierte in bald nicht mehr gegebener Übereinstimmung in London und Paris, und die drei Außenminister Beneš, Titulescu und Jevtić gaben ein Kommuniqué gegen das Direktorat der vier Großmächte heraus; der rumänische Außenminister drohte sogar mit einer Annäherung der Kleinen Entente an Deutschland. Daher musste der französische Außenminister Paul-Boncour Beneš die Zusage machen, dass die französische Regierung gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Viermächtepaktes der Kleinen Entente eine schriftliche Garantieerklärung für den Status quo geben würde. Ein vom Quai d’Orsay völlig revidierter Entwurf löste andererseits das Missfallen Roms und Berlins aus. Da sich aber auch Großbritannien vom ursprünglichen italienischen Entwurf distanzierte, setzte sich der französische Standpunkt durch, und der Viermächtepakt wurde am 7. Juni 1933 in Rom in der revidierten Fassung paraphiert und am 15. Juni ebendort unterzeichnet.<sup>1368</sup>

Parallel zu diesen politischen Spannungen spitzten sich für Jugoslawien auch die handelspolitischen Schwierigkeiten zu. Nachdem Österreich zugunsten seiner Landwirtschaft den alten Handelsvertrag mit Jugoslawien bereits zum 30. Juni 1931 gekündigt hatte, begann zwischen Belgrad und Wien ein dauerndes Feilschen um Kontingente für den Export österreichischer Industriegüter und jugoslawischer Exportgüter. Im Mai 1933 wäre es beinahe zu einem neuen „Schweinekrieg“ gekommen, da das Wirtschaftliche Ministerkomitee in Wien die Schweineeinfuhr für etwa vier Wochen sperrte. Die jugoslawische Regierung reagierte mit einer allgemeinen Einfuhrsperre für österreichische Güter. Nur mit Mühe beendeten die Sektionschefs Schüller und Todorović Anfang August 1933 den „wirtschaftlichen Kriegszustand“: Österreich bot den jährlichen Import von 104.000 Stück Fettschweinen für Wien und von 23.000 Stück für die Bundesländer, dazu noch ein bedingtes Kontingent von 14.000 Stück für die Beteiligung an jugoslawischen Staatsaufträgen; Jugoslawien bot Zollsenkungen bei Wirk- und Strickstoffen aus Wolle, Rotationspapier, Façoneisen, Baumwollspitzen, Jutegarnen, Zaggel und Platinen; Österreich erhöhte seine Kontingente bei Gemüse, Obst, Wein und Holzkohle, Jugoslawien seines bei Steinsalz. Erstaunlicherweise hielt dieses „labile Arrangement“ mehrere Jahre und wurde lediglich im Juli 1937 durch ein Abkommen über die österreichische Einfuhr von jährlich 5000 Waggon jugoslawischen Weizens ergänzt. Die österreichische Maiseinfuhr aus Jugoslawien wurde jedoch zwischen 1934 und 1936 stark gedrosselt, da die jugoslawische Nationalbank die Bezahlung in westlichen Devisen verlangte, was die österreichische Nationalbank verweigerte.<sup>1369</sup>

<sup>1368</sup> VINAVER, Jugoslavija i Francuska, 234-238.

<sup>1369</sup> Aufzeichnung des österr. Handelsministeriums, Juni 1931, ÖStA, AdR, BKA/AA, 14/HP, Materialien Schüller, ad GZ 110.775-14a/1931; Protokolle des Wirtschaftlichen Ministerkomitees

Mussolini mit seinen Balkan- und Donauraum-Plänen aber blieb für Belgrad der gefährlichste außenpolitische Gegner. Da er hierfür auch die Regierung Dollfuß in Wien zu gewinnen trachtete, machte die Belgrader *Politika* in einem Kommentar vom 1. Juni 1933 eine ziemlich überraschende außenpolitische Kehrtwendung in Richtung Befürwortung des „Anschlusses“:

„Wie wird dieses Spiel enden? Das alte Österreich kann man nicht mehr zu neuem Leben erwecken. [...] Anschluss oder Gleichschaltung Österreichs ist unvermeidlich. Das ist ein geschichtlicher Prozess und ein Naturgesetz.

Wenn man ganz objektiv die Anschlussfrage betrachtet, dann ist ersichtlich, dass von ihr niemals eine größere Gefahr für den politischen Frieden und für die politische Konsolidierung Europas, besonders Zentral- und Südosteuropas, ausgegangen war [sic!]. Wenn im Jahre 1914 nicht das imperialistische Wien und seine Eroberungsbestrebungen auf dem Balkan bestanden hätten, vor denen, wie bekannt, schon Bismarck das deutsche Volk gewarnt hatte, wer weiß, ob Berlin damals in den großen Krieg gezogen wäre. Wenn schon Österreich nicht imstande ist [...] die Mittlerrolle in Politik und Wirtschaft zwischen dem deutschen Volk und den Nachbarn zu spielen, dann ist es für uns Jugoslawen viel besser, mit Deutschland direkten Kontakt zu haben. Das jugoslawische Volk wünscht nicht und liebt nicht das alte Österreich. [...] In dieser Hinsicht ist das jugoslawische Volk gänzlich einverstanden mit den nationalsozialistischen Kreisen Deutschlands und Österreichs.“(sic!)<sup>1370</sup>

Dieser Kommentar der führenden Belgrader Zeitung muss in Paris, Prag und Bukarest Unruhe ausgelöst haben, konnte man doch davon ausgehen, dass er mit König Aleksandar und Außenminister Jevtić akkordiert worden war. Jedenfalls signalisierte damit die *Politika* einen Richtungswechsel in der jugoslawischen Außenpolitik hin zur Annäherung an das nationalsozialistische Deutsche Reich, der somit nicht erst – wie in der Historiographie oft behauptet – nach der Ermordung des Königs eingeleitet wurde. Tatsächlich bekräftigten sowohl König Aleksandar als auch der Gesandte Purić, damals Leiter der Politischen Abteilung im Belgrader Außenministerium, dem deutschen Gesandten Dufour diese Hinwendung zu Hitler-Deutschland, zu dem Jugoslawien – nach den Worten Jevtić’ – mehr Vertrauen habe als zur Weimarer Republik (sic!).<sup>1371</sup>

Der Besuch Bundeskanzler Dollfuß’ bei Mussolini in Riccione am 20. August 1933 verstärkte diese Haltungsänderung Jugoslawiens, und Anfang September übermittelte Jevtić dem Sekretariat des Völkerbundes eine Notiz, dass Jugoslawien mobilisieren werde, falls italienische Truppen österreichischen Boden beträten. Der jugoslawische Gesandte in Wien übermittelte sogar seinem deutschen Kollegen, dass sowohl eine Restauration der Habsburger in Wien als auch der Einmarsch italienischer Truppen zu einem Einmarsch jugoslawischer Truppen in Österreich führen würden. Außenminister Jevtić wurde am 12. März in der Bud-

1933-1937, ÖStA, AdR, BKA/AA, 14/HP, ad GZ 130.609, 133.049, 141.910/1933, ad GZ 197.932-14a/1934, Kt. 1227, 1278, 1279; vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 1139-1142.

<sup>1370</sup> *Politika* (Beograd), 1. Juni 1933, zitiert nach: IN DER MAUR, Jugoslawiens Aussenpolitik, 527f.

<sup>1371</sup> VINAVER, Jugoslavija i Francuska, 244.

getdebatte in der *Skupština* noch deutlicher, als er mit ziemlich groben Worten drohte:

„Sobald der Versuch unternommen wird, etwas Ernstes zugunsten einer Restauration der Habsburger-Dynastie in Ungarn wie in Österreich zu tun, fließt nach einem unvermeidlichen Schicksal Blut. [...] Was uns betrifft, so wird das jugoslawische Volk, das vor der lebenden österreichisch-ungarischen Großmacht nicht zurückgewichen ist, selbstverständlich auch vor ihrem Phantom nicht zurückweichen.“<sup>1372</sup>

Die Lage in Mitteleuropa war 1934 für Belgrad noch unklarer geworden. Nach der Niederlage des Republikanischen Schutzbundes gegen die Regierung Dollfuß und die Heimwehr glaubten König Aleksandar und Außenminister Jevtić lediglich zwischen einer italienischen Dominanz im Donaauraum und einer italienisch-deutschen Teilung in Interessensphären wählen zu können. Der Besuch Hitlers bei Mussolini in Venedig im Juni 1934 schien in Richtung der zweiten Option zu gehen. Daher wählte die Belgrader Außenpolitik den „Anschluss“ als das geringere Übel, da sie sich von Hitler dafür gewisse Garantien erhoffte. Die Serben und serbophilen Slowenen begrüßten die NSDAP-Propaganda vor allem aus zwei durchaus revisionistischen Gründen:

- 1) verspreche man sich eine Verschiebung der Nordgrenze Sloweniens, und zwar in Kärnten bis zur Drau und einen Korridor zu den Burgenländer Kroaten. Dann gebe es zwischen dem Dritten Reich und Jugoslawien keine territorialen Streitfragen mehr.
- 2) müsse Österreich sofort von der Landkarte verschwinden, da, solange Österreich bestehe, Jugoslawien nicht zur Ruhe kommen könne. Denn den „österreichischen Geist, den fürchten wir, hassen wir als unseren ewigen Feind und müssen ihn bekämpfen, damit er in den gegenwärtigen Krisenzeiten nicht eine uns unerwünschte Auferstehung feiert.“<sup>1373</sup>

Diese fatale Fehleinschätzung der außenpolitischen Strategie Hitlers durch austrophobe Kreise in Belgrad und Laibach und die gleichzeitige Stigmatisierung des benachbarten Kleinstaates Österreich wurde auch dadurch gefördert, dass der Abschluss der „Römer Protokolle“ die jugoslawischen – und im Besonderen die slowenischen – Einkreisungsängste förderte, während sich andererseits führende slowenische Akademikerkreise von den Berliner Machthabern hinsichtlich der slowenischen Minderheitengebiete eine ähnliche Stellungnahme erwarteten wie bei der Behandlung der Südtiroler Frage. Da die „Römer Protokolle“ – abgeschlossen zwischen Mussolini, Dollfuß und Gömbös – auch der Außenpolitik Hitlers zuwiderliefen, setzte Berlin einige projugoslawische Aktionen, wie den Besuch des Stabschefs der SA Ernst Röhm und die Entsendung des Luftschiffes „Hindenburg“ nach Belgrad.<sup>1374</sup>

<sup>1372</sup> IN DER MAUR, Jugoslawiens Aussenpolitik, 533.

<sup>1373</sup> IN DER MAUR, Jugoslawiens Aussenpolitik, 553f.

<sup>1374</sup> Bericht Ges. Ploennies an BKA/AA, 11. Mai 1934, ÖStA, AdR, NPA Jugoslawien 2/21, GZ 53.878-13/34, Kart. 714. Das Luftschiff „Hindenburg“ flog anschließend eine ganze Reihe jugoslawischer Journalisten nach Deutschland, wo sie zu einer Rundreise eingeladen wurden.

Beinahe parallel zur Konferenz in Rom sprach der jugoslawische Gesandte Živojin Balugdžić bei Hitler vor, und schon am 15. März 1934 traf eine deutsche Wirtschaftsdelegation zu Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag in Belgrad ein. Bereits am 1. Mai 1934 trat der zwischen Deutschland und Jugoslawien abgeschlossene, erweiterte Handelsvertrag in Kraft, der die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten auf eine neue Ebene hob. Der Handelsvertrag führte zu einem raschen Anstieg des bargeldlosen Tauschverkehrs (Clearing) zwischen deutschen Industrieprodukten und jugoslawischen Agrarprodukten. Die wirtschaftliche Annäherung zeitigte sofort auch außenpolitische Konsequenzen, als Jugoslawien Ende Juli 1934 bereit war, nach dem gescheiterten NS-Putsch in Österreich über 2000 geflüchtete Nationalsozialisten vorübergehend in Slowenien und Kroatien aufzunehmen.<sup>1375</sup>

Der Handelsvertrag mit Jugoslawien entsprach dem „Neuen Plan“ des Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht mit einer am 24. September 1934 in Kraft getretenen „Verordnung über den Warenverkehr“, die eine Bilateralisierung des Außenhandels, quantitative Importbeschränkungen und Einfuhrplanung nach einer nationalwirtschaftlichen Dringlichkeitsskala und die Förderung der Ausfuhr auf der Grundlage von Austausch- und Kompensationsgeschäften vorsah. Gerade dieser Clearing-Verkehr führte ab 1935 in zunehmendem Maße zu außenwirtschaftlichen Abhängigkeiten Jugoslawiens und der meisten anderen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten vom Deutschen Reich, das deren wichtigster Handelspartner wurde. Weniger beachtet wurde freilich, dass mit der Verkündung des deutschen „Vierjahresplanes“ im August 1936 Außenhandel und Industrie verstärkt in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt wurden, denn Hitler hatte bereits die klare Forderung erhoben, „den Krieg im Frieden vorzubereiten“.<sup>1376</sup>

Die neuen Bündnisse im Donauraum mobilisierten jedenfalls auch den Quai d’Orsay. Der erfahrene Außenminister Louis Barthou strebte nun einerseits einen französisch-sowjetischen Pakt, andererseits einen „Ostpakt“, ein „Ost-Locarno“, zwischen der Sowjetunion, Polen, Deutschland, der Tschechoslowakei und den baltischen Staaten an. Aber Jugoslawien – und hier ist die Handschrift König Aleksandars zu erkennen – stellte sich nach wie vor gegen eine offizielle Anerkennung der Sowjetunion, und Jevtić forderte am 11. Juni in Paris französischen Schutz vor Italien, vor dem „Anschluss“, vor einer Italianisierung Österreichs und vor der Restauration. Auch der Besuch Barthous in Belgrad Ende Juni konnte König Aleksandar nicht von seinen Feindbildern abbringen: dem ungarischen Re-

<sup>1375</sup> Hans-Jürgen SCHRÖDER, Südosteuropa als ‚Informal Empire‘ NS-Deutschlands. Das Beispiel Jugoslawien 1933-1939, in: Institute for Contemporary History (ed.), *The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945* (Belgrade 1977) 240-258.

<sup>1376</sup> HILDEBRAND, *Drittes Reich*, 622; vgl. Wolfram FISCHER, *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945* (Opladen <sup>3</sup>1968); Dieter PETZINA, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan* (Stuttgart 1968).

visionismus, der habsburgischen Restauration und der aggressiven Politik Italiens im Donauraum und am Balkan. Trotz reger Reisediplomatie musste Barthou seine Idee eines „Ostpaktes“ auf die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund beschränken.<sup>1377</sup>

Dennoch wollte Barthou Jugoslawien noch immer in einen französisch-italienischen Pakt gegen Deutschland einbinden und lud König Aleksandar nach Paris ein. Der König schiffte sich am 7. Oktober auf dem Kreuzer „Dubrovnik“ ein und fuhr in Begleitung Jevtić' nach Marseille. In Admiralsuniform betrat Aleksandar am 9. Oktober 1934 französischen Boden, bestieg mit Außenminister Barthou und General Georges ein Auto mit offenem Wagendeck und wurde bereits nach zehn Minuten von vier Revolverschüssen tödlich getroffen; der schwer verletzte General überlebte, der ebenfalls schwer verletzte Barthou starb im Krankenhaus. *Cuvajte mi Jugoslaviju* [Behütet mir Jugoslawien], sollen die letzten Worte des Königs gewesen sein, die Jevtić überlieferte.<sup>1378</sup>

Die Personalien des ebenfalls toten Mörders führten zur makedonischen VMRO und zur kroatischen *Ustaša*. Italienische Zeitungen vermuteten auch eine deutsche Aktion gegen Barthou, was allerdings gegenüber König Aleksandar wenig Sinn ergeben hätte.<sup>1379</sup> Der Leichenzug des Königs von Split über Zagreb nach Belgrad durchfuhr jedenfalls ein Spalier von Hunderttausenden trauernden Kroaten, Serben, Slowenen und Muslimen; am Begräbnis am 18. Oktober 1934 nahmen der französische Staatspräsident Lebrun und Marschall Pétain, der König von Rumänien, der Herzog von Kent, der Herzog von Spoleto, Außenminister Beneš und der preußische Ministerpräsident Hermann Göring in Generalsuniform teil. Bereits einen Tag später traten in Belgrad die Konferenzen der Kleinen Entente und des Balkanpaktes zusammen und unterstrichen ihre „vollkommene Solidarität“ mit der neuen jugoslawischen Führung, von den italienischen Behörden die Auslieferung der in Turin angehaltenen *Ustaša*-Führer Pavelić und Kvaternik zu verlangen. Die jugoslawische Regierung und Öffentlichkeit beschuldigten Italien und Ungarn der Unterstützung der Attentäter, antiitalienische und antiungarische Demonstrationen in jugoslawischen Städten ließen beinahe Kriegsstimmung entstehen. Foreign Office und Quai d'Orsay warnten jedoch Belgrad vor einem unbedachten Schritt.<sup>1380</sup>

Das Belgrader Ministerium für Handel und Industrie zog am 12. November 1934 ein Resümee zur jugoslawischen Handelspolitik, das auch die weitere Außenpolitik wesentlich bestimmte. Vorerst wurde konstatiert, dass die industrialisierten Staaten zu einem immer stärkeren Agrarprotektionismus, staatlichen Preisinterventionen, Autarkiemaßnahmen und dirigistischer Lenkung ihrer Volkswirtschaft übergegangen seien – und zwar sowohl im faschistischen Italien und im

<sup>1377</sup> VINAVER, *Jugoslavija i Francuska*, 261-266.

<sup>1378</sup> IN DER MAUR, *Jugoslawiens Aussenpolitik*, 564f.

<sup>1379</sup> Vgl. Edouard CALIC, Reinhard Heydrich. Schlüsselfigur des Dritten Reiches (Düsseldorf 1982).

<sup>1380</sup> GLIŠOVIĆ, Andrić, 130-136.

nationalsozialistischen Deutschland als auch im *New Deal* Roosevelts und im stalinistischen Fünfjahresplan. Der Eingriff des Staates ins Wirtschaftsleben sei auch in Jugoslawien „eine unvermeidliche Notwendigkeit“ geworden. Da die Staaten der „Römer Protokolle“ ihre Handelsinteressen immer stärker mit ihren politischen Interessen verbänden, was den jugoslawischen Vieh- und Holzexporten nach Italien zum Schaden gereiche, müsste Jugoslawien entweder einen Modus Vivendi mit Italien, Österreich und Ungarn finden oder eine Stärkung der Kleinen Entente versuchen. Die Tschechoslowakei sei aber nur schwer in der Lage, weitere jugoslawische Agrarexporte aufzunehmen. Daher ergebe sich „ein häufiges Paradoxon in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen [...], dass sich ökonomisch am besten jene Länder ergänzen, die sonst politisch ziemlich entzweit sind, und dass die wirtschaftlichen Beziehungen gerade zwischen politisch einander sehr nahe stehenden Staaten ziemlich schwach ausgeprägt sind“.<sup>1381</sup>

Prinzregent Paul setzte daher die Außenpolitik seines ermordeten Cousins Aleksandar im Wesentlichen fort: Entgegenkommen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen gegenüber Deutschland, aber Zurückhaltung – trotz guter Exportchancen – gegenüber Österreich. Als Bundeskanzler Schuschnigg am 9. Juli 1935 einen Teil der Habsburger Gesetze von 1919 aufheben ließ, mobilisierte der neue Ministerpräsident Stojadinović nicht nur die Kleine Entente, sondern ließ seinen Gesandten in Wien auch beim deutschen Sonderbotschafter Franz von Papen vorfühlen – „für den besonderen Fall“ einer Restauration. Erst nach dem Einmarsch der Wehrmacht ins Rheinland und dem deutsch-österreichischen Juliabkommen 1936 legte sich die Restaurationspsychose in Belgrad. Jetzt erkannte auch Innenminister Korošec, „dass für Slowenien eindeutig der Anschluss das größere der beiden Übel“ bedeuten könnte. Während seines Besuches in Belgrad im Juni 1937 dürfte Reichsaußenminister Neurath bei seinem Gastgeber Stojadinović die letzten Zweifel hinsichtlich einer Restaurationsgefahr in Österreich ausgeräumt haben, als er gegenüber dem österreichischen Gesandten Wimmer drohte: „Wenn Sie Selbstmordabsichten haben, dann versuchen Sie die Restauration, dann sind Sie wenigstens gleich tot.“<sup>1382</sup>

Von 1934 an hatte das Deutsche Reich versucht, auch Rüstungsmaterialien nach Jugoslawien zu liefern, war jedoch auf harte französische und tschechoslowakische Konkurrenz gestoßen. Als jedoch im Frühjahr 1936 die Firma Krupp AG in Essen den Auftrag zum Aufbau eines Walzwerkes in Zenica in Zentralbosnien erhielt, stellte dies für die Škoda-Werke in Pilsen und die Witkowitz Bergbau- und Hüttenbergwerksgesellschaft einen ersten empfindlichen Schlag dar. Nun schlossen sich in Prag Vertreter der führenden tschechoslowakischen Banken und Industriekonzerne, die an Mittel- und Südosteuropa interessiert waren, zu einer Wirtschaftszentrale zusam-

<sup>1381</sup> Résumé MIT zur jugoslawischen Handelspolitik 1934, 12. November 1934, AJ MIT, 193-605.

<sup>1382</sup> SUPPAN, Jugoslawien, 421-437, 1192-1213; Berichte Gesandter Wimmer an Staatssekretär Schmidt, Belgrad, 10. und 12. Juni 1937, in: Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht (Wien 1947) 545-548.

men, um vor allem in Jugoslawien und Rumänien gemeinsam vorzugehen. So wurde versucht, tschechoslowakisches Kapital für die Förderung von Bauxit, Pyrit, Eisenerz und Antimon in Jugoslawien und von Erdöl in Rumänien zu gewinnen; die Firma Baťa begann mit der Züchtung von Industriepflanzen in Südserbien.<sup>1383</sup>

Der Agrarwirtschaftsprofessor Ulmanky, vom Prinzregenten Paul in den Senat berufen, verfasste am 25. April 1936 für den Ministerpräsidenten Stojadinović ein Positionspapier „Zur Frage unseres Handels mit: Österreich, Tschechoslowakei, England, Frankreich, Italien und Deutschland“. „Vom rein ökonomischen Standpunkt“ analysierte er die handelspolitischen Möglichkeiten für Jugoslawiens wichtige Ausfuhr- und Einfuhrartikel. Als Hauptkonsumenten für die landwirtschaftlichen Exportartikel führte er an:

Mais – Österreich, Tschechoslowakei, Deutschland;

Weizen – Tschechoslowakei, Deutschland, Österreich;

Gerste – Österreich;

Hanf – Deutschland, Österreich, Großbritannien, Tschechoslowakei;

Obst – Tschechoslowakei, Österreich, Deutschland;

Wein – Österreich, Italien, Tschechoslowakei;

Schweine und Schmalz – Österreich, Tschechoslowakei, Deutschland;

Rinder – Italien, Österreich;

Pferde – Österreich, Italien;

Geflügel und ihre Produkte – Italien, Deutschland, Großbritannien, Österreich;

Holz – Italien, Deutschland, Tschechoslowakei, Österreich.

Die Hauptsorge der jugoslawischen Handelspolitik habe daher dem Verkauf dieser landwirtschaftlichen Produkte zu gelten, und zwar im besonderem dem von mindestens: 430.000 t Weizen, 90.000 t Obst, 180.000 Stück Rindern, 300.000 Stück Fettschweinen, 600.000 Stück Schafen, 20.000 t Geflügel und 20.000 t Eiern. Alle anderen landwirtschaftlichen Produkte ließen sich leichter auf dem Weltmarkt unterbringen. Als Hauptlieferanten der wichtigsten jugoslawischen Importartikel führte Ulmanky an:

Wolle und Wollwaren – Tschechoslowakei, Österreich, Italien, Großbritannien;

Seide und Seidenwaren – Österreich, Italien;

Baumwolle und Baumwollwaren – Italien, Großbritannien, Tschechoslowakei;

Eisenwaren – Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Frankreich, Großbritannien;

Maschinen – Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Großbritannien;

Elektrische Maschinen und elektrotechnisches Material – Deutschland, Österreich;

Druckpapier – Österreich (monopolartige Stellung);

Künstliche Farben und Kohle – Deutschland (monopolartige Stellung);

Petroleum und Benzin – Rumänien, USA.

<sup>1383</sup> JANČÍK, Wirtschaftsdiplomatie, 322f., 334-336. Im April 1937 erwarb Krupp auch den Auftrag für den Aufbau eines Stahlwerks im rumänischen Hunedoara.

Die sensibelsten Produkte, da auch in absehbarer Zeit nicht durch eigene Produktion zu ersetzen, waren künstliche Farben und Kohle, sodann Baumwollwaren, Eisenwaren, Maschinen, Apparate, elektrische Maschinen und elektrotechnische Geräte, Druckpapier, Petroleum und Benzin. Bei den meisten der angeführten Importartikel gab es eine starke Konkurrenz zwischen Deutschland, Österreich, Italien, der Tschechoslowakei und Großbritannien, lediglich bei Eisenwaren und Maschinen war Deutschland nur schwer zu konkurrenzieren.<sup>1384</sup>

Die Hauptprobleme des jugoslawischen Außenhandels lägen daher nach Ulmansky nicht so sehr in der Beschränkung oder Umorientierung der Importe, sondern vielmehr in der jährlichen Platzierung der land- und forstwirtschaftlichen Artikel auf den internationalen Märkten. Hierbei stand der Verkauf von Fettschweinen (in Österreich oder Deutschland), Rindern (in Österreich, Italien oder Deutschland), Holz (in Italien oder Deutschland), Weizen (in Österreich, der Tschechoslowakei oder Deutschland) sowie Geflügel und Eiern (in Italien, Österreich, Deutschland, der Tschechoslowakei oder Großbritannien) im Vordergrund. Daher zog Ulmansky folgende Schlussfolgerungen:

- Da Deutschland offensichtlich die größten Möglichkeiten für eine Platzierung der verschiedensten Artikel in großen Mengen biete, seien die Verbindungen zum deutschen Markt „unbedingt“ weiter auszubauen, allfälligen Sanktionen gegen Deutschland – etwa wegen des Einmarsches ins entmilitarisierte Rheinland – „keinesfalls“ beizutreten.
- Ehebaldigste Unterbrechung der Sanktionen gegenüber Italien und Reaktivierung dieses für Jugoslawien „unersetzlichen Marktes“;
- „Dass wir um den österreichischen Markt Sorge tragen und auf demselben nach Möglichkeit unsere alte Position wiedererlangen.“
- Die jugoslawische Einfuhr möge so dirigiert werden, dass sie in eine „korrekte Relation“ mit der Ausfuhr von land- und forstwirtschaftlichen Artikeln komme.<sup>1385</sup>

Bei diesen Schlussfolgerungen fällt auf, dass an eine Stärkung und Erweiterung des Handels mit den traditionellen politischen Verbündeten Frankreich und Tschechoslowakei offensichtlich nicht mehr gedacht wurde. In einer Zeit politischer Hochspannung in Europa zwischen Italien, Deutschland und ihren Verbündeten einerseits sowie Großbritannien, Frankreich und ihren Verbündeten andererseits schlug einer der prominentesten Außenhandelsexperten der jugoslawischen Regierung eine wirtschaftspolitische Strategie vor, die ihren damaligen politischen Verpflichtungen diametral entgegenstand.

Die Weiterentwicklung dieser Strategie ist im Leistungsbericht der Regierung Stojadinović über zwei Jahre Regierungstätigkeit (24. Juni 1935 bis 24. Juni 1937) zu verfolgen. Im Sinne der von Stojadinović angestrebten Einheit von Außen-

<sup>1384</sup> Referat Prof. Ulmansky: „Po pitanju naše trgovine sa: Austrijom, Čehoslovačkom, Engleskom, Francuskom, Italijom i Nemačkom“, 25. april 1936, AJ, zbirka Stojadinovića, F-22.

<sup>1385</sup> Ebenda; vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 1129-1132.

Innen- und Wirtschaftspolitik wurde „die Schaffung von Vorbedingungen für die Führung von Verhandlungen zu einem Wirtschaftsabkommen mit den Staaten der Römer Protokolle und Deutschland“ angestrebt. Tatsächlich kam es schon im Herbst 1936 zum Abschluss eines neuen Handelsvertrages mit Italien. Höhere Weltmarktpreise im Jahre 1937 ergaben für Jugoslawien die kurzfristige Chance, die bereits übermächtige Stellung Deutschlands als Außenhandelspartner einzudämmen und die Getreide-, Holz- und Erzausfuhren nach Italien und Frankreich zu steigern. Aber Jugoslawien führte 1937 nach Deutschland bereits wesentlich mehr aus als nach Italien und Frankreich zusammengenommen und importierte aus Deutschland das Dreifache des Wertes der Importe aus Italien und Frankreich. Daher überschätzte der italienische Außenminister Graf Ciano die Bedeutung des Paktes mit Belgrad: „Die Allianz mit den Slawen lässt uns etwas heiterer dem möglichen Anschluss entgegenblicken.“<sup>1386</sup>

Als Adolf Hitler am 17. Jänner 1938 den jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinović in der Berliner Reichskanzlei empfing, stand für den Reichskanzler ausschließlich die Frage der Haltung Jugoslawiens zum geplanten „Anschluss“ Österreichs im Vordergrund. Daher konzentrierte sich Hitler auf drei Feststellungen:

- 1) Deutschland habe weder an der Adria noch am Balkan territoriale Interessen, „seine Hauptinteressen“ seien „wirtschaftlicher Natur“.
- 2) Deutschland werde in Österreich keine Restauration der Habsburger zulassen, weil eine solche „ganz Mitteleuropa durcheinander bringen würde“.
- 3) In der österreichischen Frage strebe Deutschland politisch nicht über die Grenzen des heutigen Österreich hinaus, und daher achte es die Unverletzbarkeit der Grenzen Jugoslawiens – wie die Brennergrenze zwischen Deutschland und Italien (die im Jänner 1938 noch nicht erreicht war! Anm. Suppan).

Stojadinović verstand diese insgesamt deutlich imperialistischen, für ihn aber anscheinend beruhigenden Andeutungen sehr wohl und sprach sogleich den für Hitler wichtigsten Satz: „Jugoslawien [...] betrachtet die österreichische Frage als reine innere Angelegenheit des deutschen Volkes, und in der Habsburgerfrage nimmt es denselben Standpunkt wie Deutschland ein.“<sup>1387</sup>

Natürlich „drohte“ im Jänner 1938 keine Restauration der Habsburger – eine solche wäre von den legitimistischen Kreisen in Österreich trotz der Verleihung Hunderter Ehrenbürgerschaften an den Thronprätendenten Otto nicht einmal innenpolitisch durchzusetzen gewesen. Hitler und Stojadinović betonten einfach diese offensichtliche Interessensübereinstimmung, ohne die viel wichtigere deutlich anzusprechen, den „Anschluss“ Österreichs. Im Unterschied zur Tschechoslowakei spielte für Hitler im Jänner 1938 die Minderheitenfrage in Jugoslawien

<sup>1386</sup> Dvogodišnjica rada vlade g. dr. Milana Stojadinovića, 24.6.1935-24.6.1937, AJ, zbirka Stojadinovića, F-22; CIANO, Diario, il dicembre 1937, 65.

<sup>1387</sup> Gesprächsaufzeichnungen von Reichsaußenminister Neurath und Ministerpräsident Stojadinović, Berlin, 17. Januar 1938, AJ, zbirka Stojadinovića, F-24; zitiert nach: SUPPAN, Jugoslawien, 1214f.

keine Rolle. Trotz eines teilweise kritischen Berichtes des deutschen Gesandten in Belgrad begnügte sich der Reichskanzler gegenüber Stojadinović mit der Feststellung, dass er wisse, dass die deutsche Volksgruppe „vollkommen loyal zum jugoslawischen Staate stehe“ und dass er „in einer guten Minderheitenpolitik Jugoslawiens den besten Schutz Jugoslawiens“ sehe.<sup>1388</sup>

Als Truppen des Deutschen Reiches am 12. März 1938 unter dem Jubel der großen Mehrheit der Bevölkerung in Österreich einmarschierten, befahl Stojadinović den jugoslawischen Grenztruppen, mit Vertretern der deutschen Wehrmacht und deutscher Verwaltungsstellen in Kontakt zu treten und mit ihnen „in Übereinstimmung mit der Freundschaft zwischen Deutschland und Jugoslawien“ zusammenzuarbeiten. Und der jugoslawische Gesandte in Berlin, Aleksandar Cincar-Marković, erhielt die Instruktion, diesen Befehl an die Reichsregierung weiterzuleiten, an den preußischen Ministerpräsidenten Göring und an Reichsaußenminister Ribbentrop. Wenige Tage später saß der jugoslawische Gesandte bei der Truppenparade in Wien auf der Ehrentribüne, und am 22. März 1938 gab es auf der im Jahre 1919 umkämpften Murbrücke zwischen Radkersburg und Oberradkersburg (Gornja Radgona) ein Defilée deutscher und jugoslawischer Einheiten.<sup>1389</sup>

In Belgrad freilich musste sich Stojadinović der parlamentarischen Kritik stellen. Die Mehrheit der Abgeordneten der Serbischen Radikalen Partei, der jugoslawischen Demokraten und auch der Kroatischen Bauernpartei hatte zur jugoslawischen Bündnispolitik eine grundsätzlich andere Meinung. Sie beharrten auf der Bündnispolitik mit Frankreich, der Kleinen Entente und dem Balkanpakt. Und sie sahen in der Formierung eines deutschen Staates mit 75 Millionen Einwohnern an den Grenzen Jugoslawiens unübersehbare politische, militärische und ökonomische Konsequenzen. Denn: Der Vorstoß des totalitären Deutschland an die Karawanken und zur Drau isoliere Jugoslawien vom westlichen Europa. Stojadinović musste in seinen Antworten vor den Vorsitzenden der parlamentarischen Klubs und tags darauf im Senat – die Öffentlichkeit der *Skupština* scheute er (sic!) – Farbe bekennen. Mit dem einleitenden Kernsatz: „Besser wir haben an der Grenze die Deutschen als die Habsburger [...]“, gaben sich die Abgeordneten nicht zufrieden. Stojadinović musste auf das deutsch-österreichische Juliabkommen hinweisen, auf die Vereinbarungen zwischen Hitler und Schuschnigg in Berchtesgaden, auf die defensive militärische Strategie der Westmächte, auf die Stärke der „Achse“ Berlin – Rom und auf die Zusicherungen Hitlers hinsichtlich der „Unverletzbarkeit“ der Grenzen Jugoslawiens. Stojadinović hielt den „Anschluss“ aber auch „gut für unsere innenpolitischen Verhältnisse“, denn er zerstöre die Organisationen der Exil-Kommunisten und der Sarkotić-Anhänger und er führe den Kroaten die Notwendigkeit innenpolitischer Konsolidierung vor Augen. Slowenische Abgeordnete gaben sich mit dieser Haltung nicht zufrieden, fürchteten einerseits die

<sup>1388</sup> Aufzeichnung Ges. von Heeren, 31. Dezember 1937, in: ADAP, D V, Nr. 156.

<sup>1389</sup> SUPPAN, Jugoslawien, 1215f.; Stefan KARNER, Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945 (Graz – Wien 1986) 53f.

Schaffung einer „deutschen Brücke zur Adria“ und verlangten andererseits den Anschluss Unterkärntens. Stojadinović aber warnte sie vor weiteren Demonstrationen und scheute sich auch nicht, auf das für Jugoslawien durchaus unangenehme Prinzip der Reziprozität hinzuweisen:

„Wir können weder in Kärnten einfallen noch ein Plebiszit für unsere 90.000 verlangen, von denen ja bereits 40.000 ihrem Volke entfremdet sind, denn die Deutschen können ein Plebiszit für unsere 400.000 Deutschen verlangen.“ Und: „Wir konnten gegen den Anschluss wegen des Prinzips der Nationalität keinen Widerspruch erheben, auf dem unser Staatswesen fußt.“<sup>1390</sup>

Dem slowenischen Innenminister Korošec blieb es vorbehalten, alle Staatsanwälte und eine Reihe von Zeitungsredaktionen zu instruieren, Nachrichten von Studentendemonstrationen und Protesten „in Verbindung mit Kärnten und Deutschland“ zu unterdrücken. Und Ministerpräsident Stojadinović wollte „antifaschistischen“ Flüchtlingen aus Österreich keinen Schutz gewähren, was in einzelnen Fällen aber doch geschah. Die slowenische Öffentlichkeit war durchaus gespalten: Verlangten slowenische Studenten der Universität Laibach – unter Beteiligung des späteren Historikers Bogo Grafenauer – die Wiederholung des Kärntner Plebiszits von 1920 oder gar den Anschluss Unterkärntens an Jugoslawien, so befürchteten viele andere im „Anschluss“ Österreichs einen ersten Schritt zur Verwirklichung eines alten großdeutschen Zieles: die Schaffung einer „deutschen Brücke zur Adria“.<sup>1391</sup>

Der Obmann der Kroatischen Bauernpartei, Vladko Maček, hatte bereits am 10. März der Agentur Havas ein aufschlussreiches Statement gegeben: Die Vorgänge in Österreich bezeichnete er zwar als „un progrès considérable de la poussée pangermaniste“, und es wäre offensichtlich, „que cette expansion [...] présente de graves dangers pour tous les Slaves. Mais, après les Tchèques, les plus menacés sont les Slovènes et les Croates.“ Er verstehe auch nicht die Politik von Korošec, der einerseits die reale Gefahr für sein Volk erkenne, andererseits Stojadinović' Politik und somit Hitlers Vorstoß nach Österreich unterstütze. Und Maček setzte seine außen- und innenpolitischen Hoffnungen auf die westlichen Demokratien Frankreich und England: „Si les démocraties occidentales veulent créer une barrière sérieuse contre le Drang nach Osten germanique, il faut que le régime dictatorial soit aboli en Yougoslavie, que la vie publique y redevienne normale par l'acceptation des revendications justifiées du peuple croate.“<sup>1392</sup> – Maček setzte allerdings auch noch auf eine andere Karte. Zur selben Zeit wandte er sich in Zagreb an den ungarischen Konsul, um in Berlin die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der Kroatischen Bauernpartei mit Deutschland zu sondieren. Und der deutsche Konsul in Zagreb bestätigte dieses Ansinnen:

<sup>1390</sup> Aprilski rat, 17-20; SUPPAN, Jugoslawien, 1216-1218; GLIŠOVIĆ, Andrić, 168-170.

<sup>1391</sup> BIBER, Nacizem, 134-136; Bogo GRAFENAUER, Slovensko narodno vprašanje in slovenski zgodovinski položaj (Ljubljana 1987) 34-45; SUPPAN, Jugoslawien, 1216-1221.

<sup>1392</sup> Le Populaire, 11. März 1938: M. Matchek et le problème autrichien.

„Anschluss Österreichs an Deutschland hat auf Kroaten außerordentliche Rückwirkung ausgelöst. Politische Möglichkeiten, mit denen hier immer wieder gespielt wurde (Habsburgerreich, Trialismus, Donauföderation) sind endgültig begraben. Die Folge ist allgemeine Verwirrung und Ratlosigkeit im kroatischen Lager, die sich zu phantasievollen Konstruktionen versteigt. Selbst Antragung deutschen Protektorats über Kroatien wird von ernsthaften Politikern erwogen. Maček hat jetzt meinen ungarischen Kollegen wissen lassen, dass ihm daran gelegen sei, die kroatische Frage in Achse Berlin – Rom einzufügen [...]“<sup>1393</sup>

Erstaunlicherweise wurden im Jahresbericht der britischen Gesandtschaft in Belgrad über die wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens im Jahre 1938 die Konsequenzen des „Anschlusses“ nicht direkt erwähnt, obwohl nun das Großdeutsche Reich mit den österreichischen Anteilen am Außenhandel und den Kapitalverflechtungen die Wirtschaft Jugoslawiens tatsächlich zu dominieren begann:

„[...] Roughly speaking, about 50 per cent. of Yugoslavia's present trade is with Greater Germany; a further 20 per cent. with Italy and other clearing countries, leaving only 30 per cent. for the free exchange countries. The series of agreements concluded with all the more important of these latter countries since 1936, providing for substantial export surpluses in Yugoslavia's favour, has in the main fulfilled its object and there seems little possibility of further expansion of this trade in the face of German economic penetration. [...] Thus, over the past year, through an exchange policy modelled even more closely than before on German lines, Yugoslavia has virtually closed her doors to foreign capital and to normal trade with free exchange countries. [...] It was estimated at the end of 1936 that German participation in the foreign capital invested in this country was under one per cent., the combined share of Germany, Austria and Czechoslovakia then being 1,162 million dinars of 18,7 per cent. of the total. In view of Germany's activity in Yugoslav industry over the past two years it may reasonably be assumed that the total now exceeds 1,500 million dinars. [...]“<sup>1394</sup>

Die jugoslawische Außenpolitik erlebte Ende September 1938 einen noch größeren Schock als mit dem „Anschluss“ Österreichs, nämlich wie Hitler über die Prager Regierung hinweg von den Westmächten die Abtretung der mehrheitlich deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und des ehemaligen Österreichisch-Schlesien erzwang und Chamberlain, Daladier und Mussolini im Münchener Abkommen zustimmten. Immerhin war die Tschechoslowakei seit zwanzig Jahren einer der engsten Bündnispartner und einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Jugoslawiens gewesen. Mit gemischten Gefühlen wurden in Jugoslawien auch die polnische Aktion gegen das freilich ebenfalls mehrheitlich polnische Teschen und der erste Wiener Schiedsspruch mit der Abtretung der mehrheitlich ungarischen Südslowakei an Ungarn aufgenommen. Trotz aller Sympathie für die Tschechen und Slowaken glaubte man in Belgrader Regierungskreisen aber auch, dass die Prager Politik des blinden Glaubens an den Völkerbund, an die internationalen Garantien, an die kollektive Sicherheit und nicht zuletzt auch an eine allfällige Hilfe seitens der Sowjetunion zumindest mitschuldig am eigenen Unglück gewesen sei.

<sup>1393</sup> SUPPAN, Jugoslawien, 1220.

<sup>1394</sup> Ges. R. Campbell to Viscount Halifax, Belgrade, 22nd May 1939: Annual Report Economic (A) for Yugoslavia for 1938, The National Archives, FO 371/23886, 331164.

Daher müsse sich Jugoslawien um gute Beziehungen zu seinen beiden mächtigen Nachbarn Deutschland und Italien bemühen.<sup>1395</sup>

### **Josip Broz Tito 1940: „Wir sind weder Defaitisten noch Pazifisten“**

Bereits nach dem „Anschluss“ Österreichs hatte der neue Generalsekretär der KPJ, Josip Broz Tito, im Namen des faktisch nicht existierenden Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Jugoslawiens von Paris aus eine scharfe Warnung vor den Aggressionsabsichten Hitlers verfasst und das Flugblatt in Jugoslawien verteilen lassen:

„Hitlers Truppen stehen an den Grenzen Jugoslawiens! Das faschistische, pangermanische und erobderungswütige Deutschland wird Jugoslawiens Grenznachbar. Der Hitlerismus ist kein ‚Freund und guter Nachbar‘, sondern der eingeschworene Feind der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker Jugoslawiens.

Seine Erklärungen der Neutralität und Freundschaft uns gegenüber sind verlogen wie auch seine bisherigen Versprechungen gegenüber Österreich. Gestern hat Hitlers Soldateska die Freiheit des österreichischen Volkes zertreten, heute bereitet sie einen Schlag gegen die Tschechoslowakei vor und morgen werden Hitlers Truppen über die Karawanken nach Jugoslawien einfallen. Hitler erneuert das alte Deutsche Reich und Wilhelms Plan vom ‚Drang nach Osten‘. Dieser Weg führt über Jugoslawien. Dabei hilft ihm Mussolini, der für sich Dalmatien und Bosnien fordert.“<sup>1396</sup>

Die Slowenen wurden an die tausendjährige Herrschaft der deutschen Grafen und Barone erinnert, die Kroaten an den tausendjährigen Kampf gegen die Entnationalisierungsbestrebungen der Deutschen, Magyaren und Italiener, die Serben an den Vorstoß der Mackensen-Armee 1915 und an die schicksalhafte Verbundenheit mit den anderen südslawischen Völkern: „Wie es nach der Niederlage an der Marica [1371] zum Kosovo [1389] kam, so wäre nach dem Fall Laibachs und Agrams Belgrad an der Reihe.“

Und in Titos Aufruf hieß es weiter:

„Verteidigen wir unsere Unabhängigkeit und Freiheit! Völker Jugoslawiens, alle denen die Freiheit und Demokratie lieb ist, die ihr Land und ihr Volk lieben, alle patriotischen Bürger, die nicht Sklaven der faschistischen Eroberer werden wollen: Tun wir uns zusammen! Stürzen wir die verräterische Regierung Stojadinović – den Agenten Hitlers und Mussolinis [...] An die Völker Jugoslawiens, an alle demokratischen und patriotischen Bürger ohne Unterschied von Religion, Nation und Parteizugehörigkeit! In diesen schweren und entscheidenden Stunden wenden wir uns nicht nur an die Anhänger des Blocks der nationalen Verständigung, sondern auch an alle anderen Völker und alle patriotischen Kräfte des serbischen, kroatischen und slowenischen Volkes, die sich für eine Verständigung der SD-Koalition [*Seljačko-demokratska koalicija* (Bäuerlich-demokratische Koalition), Anm. Suppan] und der Vereinigten Opposition ausgesprochen haben,

<sup>1395</sup> ŽIVKO AVRAMOVSKI, *Britanci o Kraljevini Jugoslaviji. Godišnjij izvještaji Britanskog poslanstva u Beogradu 1921-1938, Knjiga 2: 1931-1938* (Zagreb 1986) 630-634.

<sup>1396</sup> VOJNOISTORIJSKI INSTITUT (Hg.), *Aprilski rat 1941* (Beograd 1969) 11.

die jedoch gegen die verräterische Politik Stojadinović' sind und die bereit sind, den Frieden und die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen.<sup>1397</sup>

Trotz der deutschen Angriffe gegen Polen, Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Großbritannien war Jugoslawien im ersten Jahr des Zweiten Weltkrieges neutral geblieben. Der Hitler-Stalin-Pakt erleichterte sogar die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion im Juni 1940, die sich auf die traditionellen russisch-serbischen Beziehungen seit dem 18. Jahrhundert stützten, die sowohl in Teilen der russischen, mehr noch in größeren Teilen der serbischen Bevölkerung durchaus in Erinnerung waren:

- russische Hilfe für serbische Klöster;
- Ansiedlung von Serben im südlichen Russland;
- russische Hilfe im ersten serbischen Aufstand gegen die osmanische Herrschaft;
- russische Unterstützung für die Erlangung der Unabhängigkeit Serbiens 1878;
- russische Unterstützung gegen das österreichisch-ungarische Ultimatum 1914;
- Intervention des Zaren Nikolaj II. für den Transport der Reste der serbischen Armee aus den albanischen Häfen nach Korfu Anfang 1916.

Die Tatsache, dass aus dem russischen Bürgerkrieg 60-70.000 russische Emigranten nach Serbien bzw. Jugoslawien geflohen waren und die KPJ 1921 verboten worden war, trat mit einem Mal in den Hintergrund. Bereits am 11. Mai 1940 war in Moskau ein bilateraler Handelsvertrag unterzeichnet worden, und im Juli hießen 5000 Demonstranten den ersten sowjetischen Gesandten in Belgrad willkommen.<sup>1398</sup>

Nach der vordergründigen Lösung der serbisch-kroatischen Frage hatte sich im Hintergrund der Staatspolitik eine ganz andere politisch-ideologische Frage bemerkbar gemacht, die vor allem bei den Studentendemonstrationen 1938 und 1939 in Belgrad, Agram und Laibach an die Öffentlichkeit getreten war: die unter ihrem neuen Generalsekretär Josip Broz Tito neu organisierte und aktivierte illegale Tätigkeit der seit 1921 verbotenen „Kommunistischen Partei Jugoslawiens“ (*Komunistička partija Jugoslavije, KPJ*). Unter dem Eindruck der Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei rief Tito im Namen des ZK die Völker Jugoslawiens auf, ihre Einheit durch die Bildung einer Volksfront zu verteidigen. Vor allem aber stellte er mit Recht die Frage:

„[...] Kann heute überhaupt noch jemand annehmen, dass die deutschen faschistischen Eroberer irgendein kleines Volk verschonen werden, insbesondere die slawischen Völker, die für sie Völker niedrigerer Rasse sind und die ihnen als Sklaven dienen sollen [...]

Die Unabhängigkeit Jugoslawiens kann vor einem Überfall der faschistischen Aggressoren gesichert werden, wenn wir alle patriotischen und demokratischen Kräfte sammeln und brüderliche Eintracht unter den Völkern Jugoslawiens schaffen. Die Unabhängigkeit Jugoslawiens kann

<sup>1397</sup> Aprilski rat, 11-17.

<sup>1398</sup> PETRANOVIĆ, *Srbija*, 39-49; vgl. CVETKOVIĆ, *Ili rat ili pakt*, 79-84. Der erste jugoslawische Gesandte in Moskau wurde Milan Gavrilović, der keineswegs marxistische Vorsitzende der Landarbeiterpartei.

verteidigt werden, wenn seine Völker zufrieden und einig sind. Und das kann nur so erreicht werden, dass man dem Volk seine demokratischen und nationalen Rechte gewährt und der Arbeiterklasse ihre politischen und sozialen Rechte zugesteht und gewährleistet.“<sup>1399</sup>

Tatsächlich konnten die KPJ und ihre Jugendorganisation ihre Mitgliederzahlen in kurzer Zeit verdoppeln. Der jugoslawischen Führung unter Prinzregent Paul gelang es allerdings mit dem „Übereinkommen“ [*Sporazum*] vom 26. August 1939, den schwelenden serbisch-kroatischen Konflikt zu entschärfen. Umso schwieriger wurde die Lage für die KPJ mit dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes, denn der antifaschistische Kampf musste nun zu einem antiimperialistischen Kampf umgepolt werden, das bedeutete: zum Kampf gegen das ausländische und einheimische Kapital. Tito, der sich zu dieser Zeit wieder zur Berichterstattung in Moskau befand, konnte den für ihn schwer verständlichen Schwenk Moskaus nur zur Kenntnis nehmen. Erst nach seiner durch die Kriegereignisse in Polen verzögerten Heimreise veröffentlichte er in der April/Mai-Ausgabe 1940 des *Proleter* eine „Antwort an alle Kriegshetzer und Verleumder unserer Partei“:

„Wir sind weder Defaitisten noch Pazifisten [...], sondern wir wollen nicht, dass unser Volk in eine Katastrophe gedrängt wird, wir wollen nicht, dass es eine Waffe in fremden Händen wird. [...] Wir Kommunisten und die Arbeiterklasse insgesamt werden von den jugoslawischen Kapitalisten unterschiedslos angegriffen; wir sollen angeblich die Widerstandskraft des Landes dadurch schwächen, dass wir für die alltäglichen Bedürfnisse der Arbeiter kämpfen, indem wir gegen die rasend schnell anwachsende Teuerung vorgehen, indem wir für ein größeres Stück Brot kämpfen usw. Aber ihr Herren Kapitalisten, wer schwächt hier die Widerstandskraft des Landes und verbreitet Defaitismus – ihr oder wir? Es ist klar – ihr. Ihr nehmt den Werktätigen die grundlegendsten Rechte und Freiheiten, ihr provoziert und verbittert durch eure Untaten die Arbeiter in Stadt und Land, ihr seid die Feinde dieses Landes und dieses Volkes – denn ihr schwächt die Verteidigungskraft dieses Landes, da das unterdrückte, ausgebeutete und bedrängte Volk nicht bereit ist, sein Blut zu vergießen und ein Land zu verteidigen, das sein eigenes Gefängnis ist. Aber wir Kommunisten betonen, dass wir immerhin bereit sein werden, mit den anderen Werktätigen Jugoslawiens, das Land zu verteidigen, wenn die Maßnahmen ergriffen werden, die wir und das gesamte Volk fordern, und zwar: 1. Stützung auf die Sowjet-Union und 2. sofortige Herstellung demokratischer Freiheiten und Rechte für das gesamte werktätige Volk Jugoslawiens.“<sup>1400</sup>

Mit großem Einsatz bereitete Tito nun die fünfte Landeskonferenz der KPJ vor, die unter größter Geheimhaltung zwischen dem 19. und 23. Oktober 1940 in Zagreb abgehalten wurde. In seinem Referat warnte Tito vor den Gefahren, die den kleinen europäischen Staaten von den Achsenmächten drohten, wobei sie von der einheimischen „Kapitalistenclique“ unterstützt würden, die keine nationalen Interessen kenne, die anational sei und die Unabhängigkeit des Landes verkaufe, wenn sie davon überzeugt sei, dass der Eroberer ihre kapitalistischen Interessen schützen werde. Und selbstbewusst betonte er:

<sup>1399</sup> PRUNKL – RÜHLE, Tito, 60f.

<sup>1400</sup> Tito i Revolucija 1937-1967, hg. von Miloš Nikolić (Beograd 1967) 57f.; zitiert nach: PRUNKL – RÜHLE, Tito, 64f.

„[...] Die Völker Jugoslawiens widersetzen sich der verräterischen Außenpolitik der Regierung Cvetković – Maček [...] Die Völker Jugoslawiens wollen keinen Faschismus, sie wollen kein totalitäres System, sie wollen nicht die Sklaven der deutschen und italienischen Finanzoligarchie sein, so wie sie sich auch nie mit der halbkolonialen Abhängigkeit abgefunden haben, die ihnen die sogenannten westlichen Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg aufgezwungen haben.“<sup>1401</sup>

Im Gegensatz zur Politik Deutschlands und Italiens hob Tito die friedliche Politik der Sowjetunion hervor, die für den Schutz der Völker eintrete. – Von der imperialistischen und kriegerischen Politik der Sowjetunion gegenüber Polen, Finnland, den baltischen Staaten und Rumänien sprach Tito wohlweislich nicht. – Zwar gab es Unbehagen über diese einseitige Analyse der außenpolitischen Lage, zur Kontroverse aber kam es in der Nationalitätenfrage. Kardelj konnte jedoch einen schwelenden serbisch-makedonischen Konflikt mit der Betonung der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Nationalitäten Jugoslawiens abwenden, was zu einem der wichtigsten Programmpunkte der KPJ erhoben wurde. Das neu gewählte Zentralkomitee setzte sich nun aus 29 Mitgliedern zusammen, in das Politbüro wurden Tito als Generalsekretär sowie Edvard Kardelj, Aleksandar Ranković, Milovan Đilas, Franc Leskošek, Rade Končar und Ivan Milutinović gewählt. Dem ZK wurde eine Militärkommission angeschlossen, die sich um die Agitation in der Armee und die Ausbildung der kommunistischen Jugend mit Waffen kümmern sollte. Denn auch Tito war am Schluss der Konferenz klar: „Genossen, vor uns liegen entscheidende Tage. Vorwärts zum letzten Kampf. Die nächste Konferenz müssen wir in einem fremden und von Kapitalisten befreiten Land abhalten.“ – Vorerst aber schlug die Regierung Cvetković–Maček zurück und ließ die von den Kommunisten dominierten Vereinigten Arbeitergewerkschaften verbieten. Dennoch wurden in zahlreichen Militäreinheiten kommunistische Zellen gegründet, besonders bei der Luftwaffe.<sup>1402</sup>

### **Dragiša Cvetković 1941: „Entweder Krieg oder Pakt“**

Am 21. November 1963 verfasste Dragiša Cvetković das Vorwort zu seinen Memoiren unter dem Titel *Ili rat ili pakt* [Entweder Krieg oder Pakt]. Schon vom Titel her waren sie in gewisser Hinsicht als Gegenschrift zu den im selben Jahr in Buenos Aires erschienenen Memoiren seines Vorgängers Stojadinović unter dem Titel *Ni rat ni pakt* [Weder Krieg noch Pakt] konzipiert. Diese in Cvetković' Nachlass im Archiv der Hoover Institution on War, Revolution and Peace an der Stanford University hinterlegten Memoiren lagen 1965 druckfertig vor, wurden freilich niemals veröffentlicht. Bereits aus dem Inhaltsverzeichnis wird deutlich, weshalb es in der Mitte der 1960er Jahre zu keiner Veröffentlichung kam. Der damalige jugoslawische Staatspräsident Josip Broz Tito, der gerade als Staatsgast auch in der westlichen Welt willkommen geheißen wurde, wurde seitens Cvetković' nichts weniger als ei-

<sup>1401</sup> Pregled istorije Saveza komunista Jugoslavije (Beograd 1963) 272f.

<sup>1402</sup> Vladimir DEDIJER, Josip Broz Tito. Prilozi za biografiju (Beograd 1953) 263.

ner „zweiten Okkupation“ Jugoslawiens durch Etablierung des kommunistischen Totalitarismus geziehen. – Wie beurteilte nun Cvetković seine Außen- und Innenpolitik in der Zeit seiner Ministerpräsidentschaft? Da ein Teil seiner persönlichen Aufzeichnungen während der Bombardierung Belgrads durch die deutsche Luftwaffe am 6. April 1941 vernichtet, ein anderer Teil von ihm selbst während der deutschen Okkupation – die er vom Mai 1942 bis September 1944 im KZ verbrachte – zerstört worden war, konnte er seine Einschätzungen erst nach 1946 im französischen Exil niederschreiben, vorerst in französischer, später in serbischer Sprache.<sup>1403</sup>

Wie dem Inhaltsverzeichnis zu entnehmen, beschäftigte sich Cvetković zuerst mit den Beziehungen Jugoslawiens zu Deutschland: Obwohl Kriegsgegner des Ersten Weltkrieges, seien die Beziehungen nach 1918 keineswegs hasserfüllt gewesen, da Deutschland in Serbien nicht Besatzungsmacht gewesen sei und nach 1919 – dem Vertrag von Versailles entsprechend – laufend Reparationen gezahlt habe. Auch die 500.000 Personen starke deutsche Minderheit habe alle staatsbürgerlichen Rechte erhalten und korrekte Beziehungen aufgebaut. Nach der Machtergreifung Hitlers seien freilich die intellektuellen Kreise der Minderheit vom Nationalsozialismus beeinflusst worden und hätten im Zweiten Weltkrieg die angebliche Rolle einer „fünften Kolonne“ gespielt. Die Annäherung in der Wirtschaftspolitik unter Stojadinović sei zwar für den jugoslawischen Agrarexport sehr nützlich gewesen, habe aber zu einer einseitigen Abhängigkeit Jugoslawiens vom deutschen Wirtschaftssystem geführt. Diese habe sich mit dem „Anschluss“ Österreichs noch weiter verstärkt. Dieser „Anschluss“ sei allerdings – wie Cvetković richtig bemerkt – bereits im Winter 1918/19 von den linken wie rechten Parteien beider Staaten gefordert worden. Nachdem es Bundeskanzler Seipel gelungen sei, der österreichischen Bevölkerung ein gewisses Selbstbewusstsein zurückzugeben, habe das jugoslawische Königreich die demokratische Republik Österreich mit Sympathie betrachtet. Mit dem Machtantritt Hitlers aber habe in Österreich eine lange Agonie eingesetzt, die schließlich zur Resignation geführt habe.<sup>1404</sup>

Italien sei, so hielt Cvetković in seinen Erinnerungen weiter fest, aus dem Ersten Weltkrieg zwar siegreich, aber unzufrieden hervorgegangen. Weder Regierung noch Nation wollten verstehen, warum Dalmatien – „ein rein slawisches Land“ – gemäß dem Londoner Geheimvertrag von April 1915 nicht an Italien abgetreten werden sollte. Daher unterstützte Rom in der Folge alle separatistischen Bewegungen gegen die Integrität Jugoslawiens – von den Montenegrinern um den ehemaligen König Nikola bis zu den *Ustaše* von Ante Pavelić. Mussolini verstärkte die italienischen Aspirationen auf die jugoslawische Adriaküste. Erst nach dem faschistischen

<sup>1403</sup> Dragiša CVETKOVIĆ, *Ili rat ili pakt. Unutarnja i spoljna politika Namesništva* (Paris 1965), HIA, Cvetković papers, box 2. Das Manuskript umfasst auf 297 Seiten fünf Hauptkapitel (Beziehungen Jugoslawiens zu seinen Nachbarn; Vom *Sporazum* bis zum Dreimächtepakt; Verhandlungen in Berchtesgaden; Von der Unterzeichnung des Dreimächtepaktes bis zur Gründung der NDH; „Zweite Okkupation: Tito“) und einen Dokumentenanhang und ist in der Latinica geschrieben.

<sup>1404</sup> CVETKOVIĆ, *Ili rat ili pakt*, 5-11.

Überfall auf Äthiopien habe dieser Druck nachgelassen. Nichtsdestoweniger habe Außenminister Ciano dem Ministerpräsidenten Stojadinović im Jänner 1939 in Belgrad eine Teilung Albaniens vorgeschlagen. Darüberhinaus habe sich der italienische Außenminister auch für die Albaner im Kosovo zu interessieren begonnen. Nach dem Sturz von Stojadinović aber hätten sich Mussolini und Ciano – gemäß seinem Tagebuch – für eine einseitige Besetzung Albaniens entschieden.<sup>1405</sup>

Die Beziehungen zwischen den Serben und Bulgaren – zweier südslawischer und orthodoxer Völker – seien infolge des Problems Makedonien gespalten gewesen. Außerdem habe Bulgarien im Vertrag von Neuilly mit Caribrod, Bosilegrad und Strumica ein Gebiet von 2316 km<sup>2</sup> mit 78.458 Einwohnern an Jugoslawien abtreten müssen. Trotz weiterer Vereinbarungen seien immer wieder bulgarische *Komitadži* in Makedonien eingefallen, und makedonische Emigranten in Bulgarien, vor allem organisiert in der VMRO, hätten laufend terroristische Attentate im „serbischen Makedonien“ organisiert. Erst 1933/34 sei es zwischen König Alexander und König Boris zum Ausgleich gekommen. Tatsächlich habe dieser Weg zum Freundschaftsvertrag von 1937 geführt. Allerdings sei damit kein bulgarischer Verzicht auf Makedonien verbunden gewesen, und als im Februar 1940 die deutschfreundliche Regierung Filov an die Macht gekommen sei, habe sich eine stärkere Anlehnung an die Achsenmächte abgezeichnet, die bereits im September 1940 mit dem Rückerwerb der südlichen Dobrudscha von Rumänien belohnt wurde.<sup>1406</sup>

Noch schwieriger hätten sich die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Ungarn gestaltet. Da Ungarn im Vertrag von Trianon nicht nur Kroatien-Slawonien, sondern auch die südöstliche Baranya, die Batschka und den westlichen Banat an Jugoslawien verloren habe, habe sich ein offener magyarischer Irredentismus auch gegen Jugoslawien gerichtet. Dabei habe sich Ungarn schon seit der Mitte der 1920er Jahre mit allen Feinden Jugoslawiens verbündet: mit Mussolini, mit der VMRO, mit albanischen Unzufriedenen und den *Ustaše*. 1933/34 sei in der Janka puzta in Südwest-Ungarn sogar ein Ausbildungslager für Terroristen errichtet worden, aus dem Attentäter von Marseille 1934 hervorgegangen seien. Erst unter dem Expansionsdruck Hitlers habe sich Reichsverweser Admiral Miklós Horthy an Prinz Paul gewandt, und Ministerpräsident Pál Graf Teleki habe am 12. Dezember 1940 einen Freundschaftsvertrag in Belgrad unterschrieben. Dennoch gewährte Ungarn im Winter 1940/41 deutschen Truppen freien Durchmarsch nach Rumänien und Bulgarien. Als sich freilich Horthy Ende März 1941 verpflichtete, Deutschland bei seinem Angriff auf Jugoslawien zu unterstützen, habe sich Teleki am 3. April das Leben genommen.<sup>1407</sup>

<sup>1405</sup> CVETKOVIĆ, Ili rat ili pakt, 12-16.

<sup>1406</sup> CVETKOVIĆ, Ili rat ili pakt, 17-25.

<sup>1407</sup> CVETKOVIĆ, Ili rat ili pakt, 26-29; vgl. Detlev VOGEL, Das Eingreifen Deutschlands auf dem Balkan, in: Gerhard Schreiber, Bernd Stegemann, Detlev Vogel, Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der „non belligeranza“ Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg 3 (Stuttgart 1984) 448.

Die Beziehungen zwischen den Serben und Rumänen stellte Cvetković hingegen als Rarität dar – und das nicht nur für den Balkan: Mehr als zwölf Jahrhunderte (sic!), die diese beiden Völker benachbart lebten, habe es zwischen ihnen keinen Krieg gegeben. Diese engen Beziehungen seien noch durch die Heirat König Aleksandars mit Prinzessin Maria, der Tochter des rumänischen Königs Ferdinand, sowie durch die Kleine Entente und die Balkan-Entente verstärkt worden. Die Kleine Entente sei zwar in der Lage gewesen, den ungarischen Revisionismus einzudämmen und gegen eine eventuelle Restauration der Habsburger (in Ungarn oder Österreich) zu drohen, gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands, den deutschen Einmarsch ins Rheinland, den „Anschluss“ oder die Aufteilung der Tschechoslowakei habe sie freilich nichts unternehmen können.<sup>1408</sup>

Prinz Paul von Jugoslawien, der Prinzregent seit der Ermordung König Aleksandars, sah sein Land seit Hitlers Einmarsch in Prag und Mussolinis Einmarsch in Tirana in einer besonders exponierten außenpolitischen Lage. Auch die offizielle Unabhängigkeit der Slowakei unter deutscher Schirmherrschaft bereitete ihm Sorge, könnte sie doch den Kroaten und Slowenen als Vorbild dienen. Daher entsandte er schon im April 1939 den neuen Außenminister Aleksandar Cincar-Marković nach Berlin, um Hitler und Ribbentrop zu versichern, dass sich Jugoslawien an keiner feindlichen Aktion gegen die Achsenmächte beteiligen werde. Dafür erhielt er Kredite zum Kauf von 100 Kampfflugzeugen. Aber auch während seines einwöchigen Besuchs in Deutschland Anfang Juni konnte Prinz Paul von Hitler nicht überredet werden, aus dem Völkerbund auszutreten und Jugoslawien dem Anti-Komintern-Pakt anzuschließen. Andererseits hörte der Prinzregent von geheimen deutsch-sowjetischen Verhandlungen. Der anglophile Prinz setzte daher auch auf die westliche Karte: Im Juli 1939 sandte er General Petar Pešić in geheimer Mission nach Paris und London, um sich mit dem französischen und britischen Generalstabschef zu beraten. Pešić erklärte die jugoslawische Bereitschaft, sich den Westmächten anzuschließen, wenn diese das Mittelmeer und die Adria unter ihre Kontrolle gebracht hätten. Aber weder die britischen noch die französischen Generäle zeigten ein besonderes Interesse an einem (neuerlichen) Saloniki-Feldzug. Prinz Paul erfuhr dies auch selbst, als er in der zweiten Julihälfte zu einem „privaten“ Besuch nach London kam, um seinen Sohn zu besuchen. Trotz intensiven Lobbyings bei Lord Halifax erhielt Jugoslawien aber nur geringe Kredite für Waffenkäufe, während der jugoslawische Finanzminister mit Daladier immerhin 200 Millionen Franc für den Ankauf von Gewehren, Panzern und LKW aushandelte.<sup>1409</sup>

Der Besuch des Prinzen Paul in London hatte natürlich das Misstrauen Hitlers hinsichtlich einer Haltung Jugoslawiens im Kriegsfall erweckt. Tatsächlich erklärte das Königreich Jugoslawien am 5. September 1939 seine Neutralität in allen Konflikten, die nicht Jugoslawiens Unabhängigkeit und politische Integrität

<sup>1408</sup> CVETKOVIĆ, Ili rat ili pakt, 32, 36-44.

<sup>1409</sup> STEINER, The Triumph, 949-952; GLIŠOVIĆ, Andrić, 80f., 252f., 317-334.

tangierten. Dennoch war Belgrad bereit, am 5. Oktober 1939 ein neues Geheimprotokoll mit Berlin zu unterzeichnen, das Deutschland die Lieferung wertvoller Mineralien sicherte, während Jugoslawien moderne Flugzeuge und Artillerie erhielt.<sup>1410</sup>

Als wichtigste innenpolitische Frage hatte Cvetković vom Prinzregenten Paul Karađorđević die Lösung der „kroatischen Frage“ anvertraut erhalten. Das zentralistische System in Jugoslawien seit 1918 habe den nationalen Individualismus der Kroaten nicht respektiert – weder den politischen noch den wirtschaftlichen. Dagegen protestierten und prozessierten sie, verfassten Memoranden und Broschüren, agitierten in ausländischen Zeitungen und hielten Vorträge zwischen Moskau, Wien, London und Genf. Der *Ustaša*-Führer Ante Pavelić erhielt sogar die Unterstützung Mussolinis. Der Einmarsch der Deutschen in Prag und der Italiener in Tirana signalisierte nun drohende Kriegsgefahr. Daher begannen bereits Anfang April 1939 die Verhandlungen zwischen Cvetković und Maček, in denen man sich bereits bis Ende April auf eine eigene *Banovina Hrvatska* und die Abtretung einer ganzen Reihe von Kompetenzen an den *Sabor* und den vom König zu ernennenden *Banus* einigte: Landwirtschaft, Handel, Industrie, Gewerbe, Bauwesen, Bergbau, Forstwesen, öffentliche Arbeiten, Sozialpolitik und Volksgesundheit, Unterrichtswesen, Rechtswesen und innere Verwaltung. Aber Prinzregent Paul fuhr vorerst im Mai auf Staatsbesuch nach Rom, im Juni nach Berlin und im Juli nach London, um die außenpolitische Lage zu erkunden. Erst am 24. August – am Tag der Bekanntgabe des Hitler-Stalin-Paktes – gab er seine Zustimmung zum *Sporazum* [Vereinbarung] und zur Einrichtung der *Banovina Hrvatska*, und am 26. August wurden die beiden Staatsakte unterzeichnet.<sup>1411</sup>

Vier Wochen nach dem *Sporazum*, während des deutschen Angriffs auf Polen, im September 1939, verfasste Robert William Seton-Watson in Oxford ein Memorandum über die neue jugoslawische Situation: „For the outside world, recent events in Yugoslavia have been obscured by the general European crisis leading to war: but it is no exaggeration to say that they are of capital importance and deserve very close watching.“ Seton-Watson erinnerte daran, dass zwar im Jahre 1937 sowohl der Prinzregent als auch Stojadinović ein Arrangement mit Maček angestrebt hatten, dass sie aber hofften, einen niedrigeren Preis bezahlen zu müssen, als selbst der moderateste Kroat zu akzeptieren bereit war. Nach den für Stojadinović wenig erfolgreichen Wahlen von Dezember 1938 habe dann Prinz Paul geheime Gespräche mit einem Vertrauensmann Mačeks, Ivan Šubašić, aufgenommen, und nach dem deutschen Einmarsch in Prag habe der neue Premier Cvetković den Auftrag bekommen, in Zagreb mit Maček zu verhandeln. Die italienische Okkupation Albaniens habe zwar die Gespräche beschleunigt, dennoch sei die Dauer der Verhandlungen in ganz Jugoslawien auf zunehmende Kritik

<sup>1410</sup> STEINER, *The Triumph*, 953f.; GLIŠOVIĆ, *Andrić*, 379f.

<sup>1411</sup> CVETKOVIĆ, *Ili rat ili pakt*, 46-50; vgl. Ljubo BOBAN, *Hrvatske granice od 1918. do 1992.* (Zagreb 1992) 39-43.

gestoßen. So sei die serbisch-kroatische Vereinbarung erst am 26. August 1939 – „at the eleventh hour or later“ – zustande gekommen, nach einem weiteren außenpolitischen Schock: dem Hitler-Stalin-Pakt. Mit dem Eintritt Mačeks und fünf seiner Parteikollegen in die Regierung Cvetković habe nun aber Jugoslawien eine seiner stärksten Regierungen bekommen, in der praktisch alle politischen Hauptgruppen vertreten seien.<sup>1412</sup>

Die *Banovina Hrvatska* umfasste jetzt ganz Kroatien, Slawonien ohne den größeren Teil von Syrmien, ganz Dalmatien mit Dubrovnik, aber ohne die Boka Kotorska, den Großteil der Herzegowina sowie den südwestlichen Teil Bosniens (mit Travnik, Bugojno und Fojnica) und einen kleinen Teil des nordöstlichen Bosnien (mit Derventa, Gradačac und Brčko) – im Gesamten etwa 4,5 Millionen Einwohner mit ca. 3,2 Millionen Kroaten, 800.000 Serben und 400.000 Muslimen. Der neue *Sabor* und der neue *Ban* Ivan Šubašić waren nun für alle Angelegenheiten mit Ausnahme der Außenpolitik, der Armee, der öffentlichen Sicherheit, des Außenhandels, des Verkehrs und des Bergbaues zuständig. Die neue Regierung war sich auch darin einig, alle Anstrengungen zu unternehmen, um im beginnenden europäischen Krieg neutral zu bleiben, obwohl die öffentliche Meinung im gesamten Land überwiegend zu den Westmächten neigte.<sup>1413</sup>

Sogleich nach Abschluss des *Sporazum* erhoben sich in Belgrad kritische Stimmen, die von neuer Ungleichheit und vom kroatischen Zentralismus sprachen. Da drei Millionen Serben außerhalb „Serbiens“ lebten, müsse nun das ethnische Prinzip auch für die Serben angewendet werden. Neben der kroatischen *Banovina* sollte auch eine solche für die Slowenen und Serben entstehen. Die Slowenen waren bereits in der *Dravska Banovina* zusammengefasst, die freilich keineswegs die Autonomie der *Banovina Hrvatska* besaß. Serbische Politiker wollten Serbien, Montenegro und Makedonien zu einer *Banovina* zusammenfassen – unter Einschluss von 25 serbischen Mehrheitsbezirken in Bosnien und Kroatien. Dies hätte freilich die Einbeziehung von 600.000 Kroaten und einigen Hunderttausend Muslimen bedeutet.<sup>1414</sup>

Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die zwischen 1938 und 1941 immer einseitiger werdenden deutsch-jugoslawischen Beziehungen warf die Entwicklung im Bankwesen. Bereits 1928 war vom Wiener Bankverein, der *Banque Belge pour l'Étranger*, Brüssel (einer Tochterbank der belgischen *Société Générale*), der Basler Handelsbank und der Böhmisches Unionbank, Prag, der Allgemeine Jugoslawische Bankverein (AJB), Belgrad-Zagreb, gegründet worden. Als die CA 1934 den Wiener Bankverein absorbierte, übernahm sie auch dessen Beteiligung am AJB, der je einen Verwaltungssitz in Belgrad und Agram sowie Filialen in Neusatz und Laibach hatte. Ende 1937 hielt die CA 49,7 % des Gesellschaftskapitals, die *Société Générale* 38,8 %, die Basler Handelsbank 5 % und die Böhmi-

<sup>1412</sup> Seton-Watson i Jugoslaveni, 358-363.

<sup>1413</sup> BOBAN, Hrvatske granice, 39-43.

<sup>1414</sup> PETRANOVIĆ, Srbija, 19-38.

sche Unionbank 3,9 %. Anfang 1938 beschaffte sich die CA durch Kauf einiger Hundert Aktien über einen Mittelsmann die Mehrheitskontrolle und stockte diese noch durch Aktien in Händen befreundeter Aktionäre auf. Da nach jugoslawischem Obligationenrecht bei Aktiengesellschaften ein Aufsichtsrat (für die Genehmigung der Geschäftsberichte), ein Verwaltungsrat (für die Vertretung der Kapitaleigner) und ein Vorstand (für die Geschäftsführung) vorgesehen waren, hatten jugoslawische Geschäftsleute die Mehrheit im Aufsichtsrat, während die Ausländer den Verwaltungsrat dominierten. Nachdem Ende 1932 infolge der Bankenkrise der Verwaltungsratsvorsitzende Hugo Weinberger zurückgetreten war, wurde das Gremium vom ersten stellvertretenden Vorsitzenden, Paul Ramlot von der *Société Générale*, geleitet, während die CA durch Oscar Pollak und Alfred Schwartz (von der Budapester Filiale der CA) vertreten war; die Basler Handelsbank vertrat Emil Müller, die Interessen der Böhmisches Unionbank Otto Freund. Unter den offiziell in Jugoslawien lebenden Mitgliedern wurde der aus Rumänien gebürtige tschechoslowakische Staatsbürger Edmond Goldschmidt der wichtigste Mann, der sowohl in Belgrad als auch in Agram einen Wohnsitz hatte. Bereits 1932 hatte ihn der Verwaltungsrat zum Vorstandsvorsitzenden ernannt und 1936 mit Sonderkonditionen ausgestattet – auch um die Arbeit der anderen Vorstandsmitglieder zu beaufsichtigen.<sup>1415</sup>

Der Allgemeine Jugoslawische Bankverein unterhielt zahlreiche Geschäftsbeziehungen zu jugoslawischen Holzunternehmen und Handelsfirmen, die Fleisch- und Getreideprodukte exportierten. Als sich die auf Viehhandel spezialisierte Predović AG bei Geschäften mit Österreich der Dienste der Länderbank und der Mercurbank bediente, intervenierte der CA-Vertreter Pollak 1937 bei Goldschmidt, Predović solle bewegt werden, die höheren Gebühren der CA zu akzeptieren, da die Firma regelmäßig Kredite vom AJB erhalte. Wichtiger war Goldschmidts Leistung, der Bank wichtige Kreditoren-Konten zu gewinnen und wichtige Debitoren-Konten zu konsolidieren. Sowohl die exzellente Verwaltung des Instituts als auch das erfahrene Personal machte auch deutsche Bankkreise auf die AJB aufmerksam. Vor allem die Deutsche Bank suchte nach einer Beteiligung an einer jugoslawischen Bank, um leichter an die Beschaffung industrieller Rohstoffe zu gelangen. Eine Zusammenarbeit mit der CA und mit der *Société Générale* schien hierbei durchaus wünschenswert, da die Deutsche Bank bei größeren Investitionen in den jugoslawischen Erzbergbau zögerte, solange die jugoslawische Regierung nicht ihre Bereitschaft signalisierte, die Zahlung auf alte Vorkriegsanleihen wieder aufzunehmen, an denen sich die Deutsche Bank seinerzeit beteiligt hatte.<sup>1416</sup>

Bald nach dem „Anschluss“ trat die Deutsche Bank an den Reichswirtschaftsminister Schacht heran und erklärte, dass nun die Überführung des

<sup>1415</sup> FELDMAN, Creditanstalt-Bankverein, 423-425; vgl. Vesna ALEKSIĆ, The History of the Allgemeiner Jugoslawischer Bankverein AG in Belgrade in the Context of Yugoslav Banking History after 1918, in: Oliver Rathkolb [et alii] (Hgg.), 150 Jahre Creditanstalt, 228-233.

<sup>1416</sup> FELDMAN, Creditanstalt-Bankverein, 425-427.

AJB in eine „deutsche Bank“ wesentlich einfacher geworden sei, obwohl die jugoslawische Regierung wünsche, dass die belgische Beteiligung erhalten bleibe. Die „jüdische Leitung“ sollte freilich beseitigt werden. Bereits am 30. April 1938 rückte der Generaldirektor der CA, Josef Joham, für Alfred Schwartz als zweiter stellvertretender Vorsitzender in den Verwaltungsrat des AJB nach, am 22. Juni stellte Pollak sein Mandat zur Verfügung. Otto Freund blieb noch bis zur Übernahme der Böhmisches Unionbank durch die Deutsche Bank im Frühjahr 1939 im Gremium, wurde dann von der Gestapo ins Gefängnis geworfen und verstarb unter ungeklärten Umständen. Am 24. Oktober 1938 entschied der teilweise neue Verwaltungsrat, den Reichsdeutschen Georg Saal sowohl Goldschmidt in der Geschäftsführung zur Seite zu stellen als auch in das Exekutiv-Komitee des Verwaltungsrates zu kooptieren. Saal hatte mit der „Ossa-Vermittlungs- und Handelsgesellschaft“ zusammengearbeitet, die 1926 vom Auswärtigen Amt zur wirtschaftlichen Durchdringung Österreichs und der angrenzenden Gebiete gegründet worden war, und hatte 1934 finanzielle Unterstützung für die „Illegalen“ in Österreich bereitgestellt, bevor er 1936 nach Deutschland ausgewiesen wurde und im Auftrag der Deutschen Handelskammer in Belgrad tätig war. Jedenfalls wurde mit der Bestellung von Saal – der auch die belgischen Anteilseigner zustimmten – die gewollte „Arisierung“ mit der gewollten „Germanisierung“ verknüpft. Immerhin setzte sich das jugoslawische Mitglied des Verwaltungsrates, Nikola Berković aus Sarajevo, bei Saal für eine ansehnliche Verabschiedung Goldschmidts ein, und als dieser – vermutlich auf Aufforderung von Ramlot und Joham – am 25. Mai 1939 formell seinen Rücktritt als Mitglied des Verwaltungsrates anbot, wurde ihm gestattet, als Vertreter der belgischen Anteilseigner und als Berater bis zum 31. März 1940 in der Bank zu verbleiben – auch um nach zehnjährigem Aufenthalt die jugoslawische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Dann übersiedelte Goldschmidt zumindest mit einem Teil der ihm zustehenden Abfertigung nach Atlantic City in New Jersey.<sup>1417</sup>

Nach Übernahme der Böhmisches Unionbank lud Direktor Walter Pohle von der Deutschen Bank am 15. Mai 1939 Hermann Josef Abs ein, die Böhmisches Unionbank an Stelle von Freund im Verwaltungsrat der AJB zu vertreten. Der Finanzminister des Landes Österreich, Hans Fischböck, brachte hingegen im Reichswirtschaftsministerium Franz Neuhausen in Vorschlag, den deutschen Generalkonsul in Belgrad, einen engen Freund Görings seit dem Ersten Weltkrieg, der bereits den pompösen Titel „Bevollmächtigter Sonderbeauftragter des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für Jugoslawien im Rahmen des Vierjahresplanes“ trug. Der Bergbau- und Metallfachmann Neuhausen, ein gut positionierter Nationalsozialist, war in Belgrad bereits eine Schlüsselfigur in der Wahrnehmung deutscher Interessen geworden. Fischböck legte dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Friedrich Landfried, dar, dass mit der Bestellung Neuhausens der jugoslawischen Wirtschaft mehr Kredite bereitgestellt wer-

<sup>1417</sup> FELDMAN, Creditanstalt-Bankverein, 428-430.

den sollten, zu deren Besicherung dem AJB zu gestatten wäre, die verschiedenen Ratenzahlungen der jugoslawischen Armee für die deutschen Waffenlieferungen auf seinen Konten zu führen. Der AJB sei konsolidiert, habe ein Gesellschaftskapital von 60 Millionen Dinar, Einlagen von 250 Millionen Dinar, Beteiligungen von 60 Millionen Dinar und etwa 100 Millionen Dinar an Sachvermögen. Allerdings hätten die Einlagen seit Herbst 1938 eine deutliche Schmälerung erfahren, und man müsse mit einem erheblichen Abgang jüdischer Einleger rechnen, wozu Fischböck sogar eine Liste der „jüdischen und antideutschen Kunden“ vorlegte. Ramlot schrieb daher an Abs, dass die Belgier über die Ernennung von Neuhausen nicht beglückt seien und dass der frühere Gouverneur der Jugoslawischen Nationalbank, Milan Radosavljević, ein geeigneter Kandidat sei, bei den Einlegern eine stabile Kundschaft zu garantieren. Dennoch übernahm die CA den von Göring untersützten Vorschlag Fischböcks und ließ im Juli 1939 Neuhausen zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats des AJB vorschlagen. Neuhausen bedankte sich bei Fischböck und fügte selbstbewusst hinzu:

„[...] Denn eine deutsche Bank ist ein notwendiges Instrument, dessen ich bedarf, wenn ich nach dem Willen und den Weisungen des Generalfeldmarschall Göring die deutschen Wirtschaftsinteressen in Jugoslawien im Rahmen des Vierjahresplanes betreuen und führen soll.“<sup>1418</sup>

Nicht nur ein in Belgrad weilender Beamter der Deutschen Bank, sondern auch Generaldirektor Saal bedauerte die Entscheidung zugunsten Neuhausens. Die Belgier rechneten sogar mit einem Angebot für ihre Anteile, zahlbar in einer westlichen Währung. Dennoch gelang nach Verhandlungen zwischen Ramlot und Joham ein Kompromiss, und bei der Sitzung des Verwaltungsrats und der Hauptversammlung am 15. August 1939 wurden Abs, Neuhausen und Ludwig Fritscher für den Verwaltungsrat nominiert, der schließlich am 2. Dezember 1940 Neuhausen zum Vorsitzenden wählte und Joham als stellvertretenden Vorsitzenden bestätigte. Zu diesem Zeitpunkt hatte aber die deutsche Eroberung Belgiens die Position der *Société Générale* grundlegend verändert. Bereits im Jänner 1940 hatte Joham in Agram mit Ramlot über den Verkauf der belgischen Anteile verhandelt, allerdings auf Weisung Fischböcks nur 5 Schweizer Franken je Aktie bieten dürfen – was 25 % ihres Marktwerts entsprach –, während Ramlot 15 Schweizer Franken je Aktie verlangte. Immerhin war das Reichswirtschaftsministerium bereit, für den Kauf Devisen bereitzustellen. Abs ließ daher gegenüber Joham durchblicken, dass vielleicht 10 Franken je Aktie möglich seien, sodass die CA ihr Angebot auf 9 Franken je Aktie erhöhte; aber die Belgier verlangten weiterhin 15 Schweizer Franken. Nach der Eroberung Belgiens und Frankreichs führten dann Abs und der Direktor der Deutschen Bank, Alfred Kurzmeyer, ein Schweizer Staatsbürger, die

<sup>1418</sup> GK Neuhausen an Min. Fischböck, Belgrad, 15. Juli 1939, in: FELDMAN, *Creditanstalt-Bankverein*, 431-435; vgl. Harold JAMES, *Die Deutsche Bank 1933-1945*, in: Lothar Gall [et alii] (Hgg.), *Die Deutsche Bank 1870-1955* (München 1995) 315-408, hier 381-383; Frank C. LITTLEFIELD, *Germany and Yugoslavia 1933-1941. The German Conquest of Yugoslavia* (New York 1988).

abschließenden Verhandlungen und einigten sich über den Verkauf von 116.484 Aktien zu dem von den Belgiern geforderten Preis von 15 Schweizer Franken je Stück oder RM 8 und über die Abwicklung der Zahlung von RM 994.773 mittels des deutsch-belgischen Verrechnungsabkommens vom 10. Oktober 1940. Zusätzlich erhielten die Belgier eine Abschlagszahlung in Höhe von RM 660.660 auf Gelder, die sie auf Konten des AJB deponiert hatten. Die Tatsache, dass die Zahlung nun den Bestimmungen des Verrechnungsabkommens mit Deutschland unterworfen wurde, bedeutete freilich, dass die Belgier statt in Schweizer Franken in überbewerteter Reichsmark bezahlt wurden.<sup>1419</sup>

Über die Aufteilung der frisch erworbenen Aktien und die Zuteilung von Aufsichtsratsmandaten gab es nun Diskussionen unter den deutschen Banken. Die Dresdner Bank hatte schon früher mit den Belgiern zu verhandeln versucht und erhielt nun einen Sitz im Verwaltungsrat. Auch Direktor Walter Pohle von der Böhmisches Unionbank meldete Anspruch auf einen Platz an, den er mit den engen Beziehungen der böhmisch-mährischen Industrie zu Jugoslawien begründete. Gegen Ende des Jahres 1940 wurde schließlich entschieden, dass der von der Deutschen Bank den Belgiern abgekaufte Anteil am AJB so aufgeteilt werde, dass nun die Deutsche Bank und die Dresdner Bank je 12,5 % des gesamten Aktienkapitals des AJB erhielten und die Commerzbank sowie die Reichs-Kredit-Gesellschaft je 6,25 %. Neben dem Mehrheitseigner CA-BV waren nun die Deutsche Bank (durch Abs), die Dresdner Bank (durch Hans Pilder), die Reichswerke Hermann Göring (durch Guido Schmidt, den letzten österreichischen Außenminister der Regierung Schuschnigg), die Jugoslawische Nationalbank (durch Reichsbank-Direktor Jacobus Soengen) und die IG Farben AG (durch Dragan Tomljenović von den Juganil KG in Belgrad) mit je einem Sitz im Verwaltungsrat vertreten. Außerdem wurde das Gesellschaftskapital von 60 auf 100 Millionen Dinar erhöht.<sup>1420</sup>

Weniger einvernehmlich ging die neue Personalpolitik im Allgemeinen Jugoslawischen Bankverein über die Bühne. CA-Direktor Fritscher schloss bereits ab Juli 1940 die belgischen Verwaltungsräte von jeder Einflussnahme auf die Verwaltung der Bank aus und verkündete auf der Sitzung des Verwaltungsrates am 12. Juli, „dass im Hinblick auf die maßgebende deutsche Beteiligung bei unserem Institute notwendig erscheint, die Arisierung des Personals der Bank vorzunehmen“; am 31. Dezember 1940 sollte nur mehr „arisches Personal“ in der Bank beschäftigt sein. Und dem Reichswirtschaftsministerium teilte Fritscher Anfang August geradezu triumphierend mit, dass der Ausschluss der Belgier dazu benützt worden sei, „um das gesamte jüdische Personal einschließlich der jüdischen Vorstandsdirektoren zu kündigen“. Das jugoslawische Mitglied des Verwaltungsrates, der Laibacher Anwalt Ivo Benkovič, stimmte zwar dem Vorschlag Fritschers „im Prinzip“ zu, gab jedoch zu bedenken, dass in sehr kurzer Zeit 40 von 150 Angestellten entfernt werden müssten – darunter Direktoren, stellvertretende Direk-

<sup>1419</sup> FELDMAN, Creditanstalt-Bankverein, 435-441.

<sup>1420</sup> FELDMAN, Creditanstalt-Bankverein, 441-444.

toren und Abteilungsleiter –, was mit erheblichen Kosten verbunden sei. Daher empfahl er eine Fristerstreckung bis Mitte 1941 und freiwillige Rücktritte nach Kräften zu fördern. Als aber Direktor Saal vor einer Verschiebung warnte – auch im Sinne der politisch gefährdeten Betroffenen – und argumentierte, die Lücke an Führungskräften lasse sich durch Personen aus dem Kreis der Beamten der Bank füllen, entschied der Verwaltungsrat einstimmig für Fritschers Antrag. Saal erhielt die Aufgabe, den langjährigen Direktor in Belgrad, David Hochner, ebenso zu entlassen wie den Direktor der Bank in Agram, Mavro Kandel, daneben Dutzende Beamte und Angestellte in den beiden Zentralen und in den Filialen. Als die Nachricht von der „Arisierung“ der Bankbelegschaft die Runde machte, drängten viele „Arier“ nach, unter ihnen nicht wenige Volksdeutsche.<sup>1421</sup>

Fritscher hatte im Sommer 1940 dem Reichswirtschaftsministerium auch gleich Maßnahmen zur Expansion des AJB innerhalb Jugoslawiens vorgeschlagen:

- 1) Der AJB sollte die Anglo-Prager Creditbank übernehmen, was sowohl Neuhäusen als auch der Reichsprotektor in Prag für eine dringende Angelegenheit hielten, die beide diese Bank für ein Nest freimaurerischer Anhänger des früheren tschechoslowakischen Staatspräsidenten Beneš und für eine pro-Alliierte Bank mit Filialen in London und New York sowie in Südosteuropa hielten. Die Bank hatte in Jugoslawien ein Gesellschaftskapital von 14 Millionen Dinar und ein Bilanzvolumen von 300 Millionen Dinar.
- 2) Der AJB sollte eine „Rückaneignung“ der Aktien der Jugoslawischen Unionbank durchführen, deren Aktienpakete die CA im Zuge der Sanierung von 1931 verkaufen musste. Die Aktien befänden sich jetzt in Händen der Continentale Gesellschaft für Bank- und Industrierwerte in Basel (Contvalor). Bei einem Grundkapital von 60 Millionen Dinar und einer Bilanzsumme von 516 Millionen Dinar war die Unionbank etwas größer als der AJB und hatte gleichfalls Niederlassungen in Belgrad und Agram. Die CA wollte die Kontrolle über diese Bank gewinnen und sie mit der AJB verschmelzen.
- 3) Der AJB sollte auch die Übernahme der jugoslawischen Niederlassungen der Prager *Živnostenská banka* überlegen, die vielleicht bereit sei, sich mit einer Minderheitsbeteiligung zufrieden zu geben.

Doch die Frage der Übernahme der Anglo-Prager Creditbank stieß auf gleiche Interessen der Böhmisches Unionbank, in der Sache der Jugoslawischen Unionbank begann Joham Verhandlungen mit der Contvalor, während die Filialen der *Živnostenská banka* zu Jahresende 1940 nicht mehr virulent schienen.<sup>1422</sup>

Ab Juli 1940 nahm der deutsch-britische Wettlauf um die Einbeziehung Jugoslawiens in das eigene Bündnissystem zu. Hitler dachte bereits an sein Unternehmen „Barbarossa“, weshalb er militärische Konflikte auf dem Balkan ausgeschaltet wissen wollte, der britische Geheimdienst versuchte mit Subventionen jugoslawische Oppositionspolitiker zu gewinnen. Im November 1940 wurde

<sup>1421</sup> FELDMAN, Creditanstalt-Bankverein, 438f.

<sup>1422</sup> FELDMAN, Creditanstalt-Bankverein, 440, 444.

dem Ministerpräsidenten Cvetković über diplomatisch-journalistische Kanäle aus Berlin signalisiert, dass dem Deutschen Reich die Neutralität Jugoslawiens zu wenig sei und dass es den Abschluss eines Nichtangriffspaktes erwarte. Tatsächlich erhielt Außenminister Cincar-Marković die Einladung von Ribbentrop, nach Deutschland zu kommen. Prinzregent Paul rief im „Weißen Hof“ (*Beli dvor*) – seiner Residenz, deren Errichtung noch König Aleksandar in Auftrag gegeben hatte – Cvetković, Maček und den Hofminister Milan Antić zusammen, und man einigte sich darauf, dass ein eventuelles Abkommen mit dem Reich keinesfalls die Neutralität Jugoslawiens verändern dürfe. Cincar-Marković reiste am 28. November – ohne vorherige Mitteilung an die Presse – nach Salzburg, wo er am nächsten Tag von Ribbentrop im Schloss Fuschl empfangen wurde. Für den jugoslawischen Außenminister völlig überraschend, wurde er von Ribbentrop noch am selben Tag auf den Berghof bei Berchtesgaden begleitet. Sofort nach seiner Rückkehr nach Belgrad erstattete er dem Prinzregenten und dem Ministerpräsidenten Bericht:

„In allen unseren Schlachten – habe ihm Hitler gesagt – konnte niemand der deutschen Armee widerstehen, und der Krieg in Europa wurde mit einem Sieg des Reiches beendet. Nur noch an einer Stelle glimme der Krieg fort, und das sei Griechenland, wo die Engländer große Aktivität entwickelten. Der Krieg in Griechenland sei zwar eine italienische Angelegenheit, das sei wahr, aber wegen der Intervention Englands müsse sich Deutschland einmischen. Daher könne man die gegenwärtige Lage an der griechischen Front nicht zulassen. Jugoslawien befinde sich im Zentrum dieser internationalen Ereignisse. Sein Interesse seien gute Beziehungen mit Deutschland. Auch wir wünschen, dass Ihr Land stark und fortschrittlich bleibe. Wir schätzen die Haltung, die Jugoslawien bisher eingenommen habe, aber es gebe noch einige Fragen, die zu lösen seien. Mussolini habe mit ihm darüber ebenso gesprochen. Er habe erwähnt, dass eine Demilitarisierung der jugoslawischen Adriaküste notwendig sei. Ihre Neutralität stellt daher keine ausreichende Garantie mehr dar. Sie müssen uns gegenüber mehr Wohlgenegtheit (*blagonaklonost*) zeigen – schloss Hitler.“<sup>1423</sup>

Hitlers Hinweis auf die Forderung Mussolinis traf Cincar-Marković unmittelbar, so dass er nach den Absichten Mussolinis rückfragte. Aber Hitler antwortete ausweichend, dass er nicht genau wisse, was Mussolini unter Demilitarisierung verstehe, dass er ihn aber fragen werde. Weder Hitler noch Ribbentrop hatten vom Dreimächtepakt gesprochen, aber die Belgrader Führung wusste genau, was mit „ausreichender Garantie“ gemeint war. – Am 15. Juni 1940 hatten die Deutschen in Charité sur Loire einen Eisenbahnwaggon beschlagnahmt, der das Archiv des französischen Generalstabs enthielt. Unter den Dokumenten fanden sich auch Telegramme und Berichte des französischen Gesandten und Militärattachés in Belgrad, die streng geheime Mitteilungen des Prinzregenten, des Ministerpräsidenten, des Außenministers und des Generalstabs von Jugoslawien über deutsche und italienische Truppenbewegungen und über Getreidelieferungen nach Deutschland enthielten. Erst am 10. Oktober 1940 berichtete der jugoslawische Gesandte aus Rom, dass ihm Ciano die Aktenfunde eröffnet habe. – Die außenpolitische Lage

<sup>1423</sup> CVETKOVIĆ, Ili rat ili pakt, 89-91.

Jugoslawiens hatte sich auch rapid verschlechtert, nachdem deutsche Lehrtruppen über Ungarn nach Rumänien vorgerückt waren und Italien von Albanien aus einen vergeblichen Angriff auf Griechenland startete. Wenn aber Jugoslawien seine Kriegsmaterial-Bestellungen in Deutschland einmahnte, wurde es vertröstet, dass Deutschland im Krieg stehe, Jugoslawien jedoch nicht. Immerhin hätten die USA 1000 Lastkraftwagen gesandt und Großbritannien einige Flugzeugstaffel. Aber Jugoslawien verfügte lediglich über 154 Bomber, 156 Jagdflugzeuge, 26 Aufklärungsflugzeuge und 200 Fliegerabwehrkanonen. Von allen Divisionen konnte sich nur eine einzige mit einer deutschen Division vergleichen. Für die Artillerie gab es nur den Ochsenzug. Die mangelnde Industrialisierung des Landes und die wirtschaftliche Schwäche hatten eben keine ausreichende Modernisierung der Armee zugelassen.<sup>1424</sup>

Die jugoslawische Führung setzte daher auf Zeitgewinn. Aber Anfang Februar 1941 überbrachte der deutsche Gesandte von Heeren der Regierung Cvetković die Einladung zu Verhandlungen nach Deutschland. Neuerlich gab es vorher eine Konferenz mit dem Prinzregenten und den Vorsitzenden der in der Regierung vertretenen politischen Parteien im Weißen Hof. Am 13. Februar fuhren Cvetković und Cincar-Marković über Agram, Laibach und Villach nach Salzburg, das der Ministerpräsident bereits aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg kannte. Bereits am nächsten Vormittag, um 10 Uhr, wurden sie von Ribbentrop im Schloss Fuschl empfangen, das die jugoslawischen Gäste durch seinen (beschlagnahmten) Luxus beeindruckte.<sup>1425</sup> Nach Darlegung der außenpolitischen Lage Jugoslawiens seit dem „Anschluss“ und der Betonung der guten Nachbarschaft und der guten bilateralen Wirtschaftsbeziehungen unterstrich Cvetković die Bedeutung der Neutralität Jugoslawiens, um den Frieden auf dem Balkan aufrechtzuerhalten. Hier hakte Ribbentrop ein: „Wenn Sie Frieden auf dem Balkan wollen, sichern Sie ihn gemeinsam mit uns.“ Deutschland wolle den Frieden auf dem Balkan, aber die Einmischung Großbritanniens in Griechenland zerstöre diesen Frieden. Es war nun offensichtlich: Ribbentrop wollte – mit Hilfe des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt, Paul Schmidt<sup>1426</sup> – die Haltung Jugoslawiens erkunden, wenn Deutschland Griechenland angreife. Cvetković antwortete, dass er keinen Grund für eine Änderung der Neutralität Jugoslawiens sehe. Da diese Versicherung Ribbentrop nicht genügte, fragte Cvetković, was Ribbentrop konkret wünsche, um die Zusicherung der Neutralität unter Beweis zu stellen. Und Ribbentrop antwortete auch direkt: „Sie mögen dasselbe tun wie Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Ihr Platz gehört unter die anderen Balkanländer, die schon dem Dreimächtepakt

<sup>1424</sup> CVETKOVIĆ, Ili rat ili pakt, 91-95.

<sup>1425</sup> Stojadinović hatte Cvetković einmal von seinem Empfang bei Göring in Karinhall erzählt, und Cvetković wunderte sich jetzt, dass Hitler diesen privaten Luxus seiner Satrapen toleriere.

<sup>1426</sup> Paul SCHMIDT, Statist auf diplomatischer Bühne 1923-45. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas (Wien 1949) 529, erinnerte sich nur mehr daran, dass er nach dem Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt „mit Zwetkowitz einen Slibowitsch“ getrunken habe.

beigetreten sind.“ – Cvetković war über die „brutale“ Äußerung überrascht und wollte die Gründe für die deutsche Haltungsänderung wissen. Ribbentrop war neuerlich sehr direkt: „England interveniert im griechisch-italienischen Konflikt und wir können dies nicht zulassen.“<sup>1427</sup>

Nach einem gemeinsamen Mittagessen in Salzburg mit Ribbentrop und seinem Stab entschlossen sich Cvetković und Cincar-Marković auf die deutsche Forderung mit dem Gegenvorschlag zu reagieren, mit der Türkei und Bulgarien ein Bündnis zu schließen, um den Frieden auf dem Balkan sichern zu helfen. Bereits um 15 Uhr brachen die beiden Delegationen zum Berghof auf, wo sie um 16 Uhr eintrafen.<sup>1428</sup> Hitler empfing sie im hellbraunen Sakko mit schwarzer Hose, mit ernstem Gesicht und dem Eisernen Kreuz I. Klasse aus dem Ersten Weltkrieg auf der linken Brust. An der Besprechung im Konferenzsaal nahmen auch GFM Keitel und der Gesandte von Heeren teil, Chefdolmetscher Schmidt übersetzte, obwohl Cvetković etwas Deutsch verstand. Cvetković musste zum zweiten Mal an diesem 14. Februar 1941 die Entwicklung der politischen Lage in Jugoslawien schildern und erwähnte nun, dass die 500.000 Personen umfassende deutsche Minderheit alle bürgerlichen und politischen Rechte besitze und dass sie zu den „fortschrittlichsten wirtschaftlichen Elementen“ zähle. Dann erläuterte Cvetković, weshalb die Neutralität für Jugoslawien so wichtig sei: Das jugoslawische Volk habe seine nationale Vereinigung erst nach dem letzten Krieg erreicht, und es wisse, was Krieg bedeute. Im Übrigen habe Jugoslawien seine Verpflichtungen gegenüber Deutschland loyal erfüllt. Hitler erwiderte, dass es auch sein Wunsch sei, den Krieg zu beenden, aber England sei dagegen und sende Soldaten nach Griechenland. Daher wolle er diesen Kampf bis zum Sieg führen – und das deutsche Volk stehe hinter ihm. Dann brach Hitlers Anglophobie hervor: „Ich werde die Bildung einer Saloniki-Front nicht zulassen!“ Er schätze das „heroische serbische Heer“, das sich in den letzten Kriegen mit Ruhm bekränzt und tapfer für die nationale Einigung gekämpft habe. Er betrachte Jugoslawien als „führenden Staat auf dem Balkan“; daher wolle er wissen, wie die Haltung Jugoslawiens in einem solchen Krieg sein werde. Er rechne mit der Freundschaft Jugoslawiens. Cvetković entgegnete, dass es nach Kenntnis des jugoslawischen Nachrichtendienstes keine englischen Truppen in Griechenland gebe und dass Großbritannien nichts gegen eine friedliche Lösung des griechisch-italienischen Konflikts habe. Ein Pakt zwischen Jugoslawien, der Türkei und Bulgarien könnte diesen Konflikt isolieren. Hitler widersprach: „Nein, das ist nicht möglich. Den Frieden auf dem Balkan kann man nur mit unserer Hilfe verteidigen. Die Engländer sind schon in Griechenland. Ich werde sie von dort entfernen, und das geht nur mit Gewalt.“ Damit brachte Hitler deutlich zum Ausdruck, dass er Griechenland angreifen wolle. Und er forderte Cvetković direkt

<sup>1427</sup> CVETKOVIĆ, Ili rat ili pakt, 101-104.

<sup>1428</sup> Erstaunlicherweise erwähnt Cvetković die Legende vom Kaiser Friedrich Barbarossa, der im Untersberg schlafe und auf die Vereinigung des deutschen Volkes warte. Auf seinem Kreuzzug habe dieser Kaiser 1189 den serbischen Großfürsten Stefan Nemanja bei Niš getroffen.

auf, dass Jugoslawien dem Dreimächtepakt beitreten solle. Doch der Ministerpräsident entgegnete: „Wir können dem Dreimächtepakt nicht beitreten. Unser Volk will es nicht.“ Hitler versuchte einzulenken: „Ich verlange keinen Durchmarsch meiner Truppen, ich verlange keine Benützung der [jugoslawischen, Erg. Suppan] Eisenbahnen, nicht eines Waggons und nicht einer Lokomotive. Ich verlange keine Errichtung oder Verwendung einer Militärbasis. Ich verlange keine militärische Zusammenarbeit.“ Aber Jugoslawien müsse sich entscheiden: „So und So“ und „So oder So“. Cvetković blieb auch nach zweistündiger Unterredung hart: „Nein, wir können dem Dreimächtepakt nicht beitreten.“ Als Hitler Cvetković ersuchte, dem Prinzregenten Paul eine Einladung nach Berchtesgaden zu überbringen, verwies dieser auf den protokollarischen Weg über den deutschen Gesandten. Der jugoslawische Ministerpräsident wurde von Hitler mit einem Händedruck und „Auf Wiedersehen“ verabschiedet und verließ den Berghof um 19.45 Uhr.<sup>1429</sup>

Bereits um 21 Uhr fuhr die jugoslawische Delegation mit dem Zug von Salzburg ab und wurde am nächsten Tag am Belgrader Bahnhof von einer Gardekompanie empfangen. Nach seiner Rückkehr nach Belgrad informierten Cvetković und Cincar-Marković zuerst den Prinzregenten Paul. Im gemeinsamen Pressecommuniqué hatte es lediglich geheißt, „dass die Gespräche in einer Atmosphäre der traditionellen Freundschaft beider Länder geführt wurden“. Der Prinzregent war von der konkreten Forderung Hitlers überrascht, meinte, dass Jugoslawien um keinen Preis dem Dreimächtepakt beitreten könne, und bat den Heeresminister, rasche Maßnahmen für eine eventuelle Mobilisierung zu veranlassen. Denn es sei besser in einen Krieg zu gehen als den Pakt zu unterzeichnen. Cvetković informierte auch die Obmänner der Parteien, im besonderen Maček und Kulovec, ebenso den britischen Gesandten Ronald Campbell. Die internationale Lage auf dem Balkan verschärfte sich, als ab 1. März 1941 deutsche Truppen aus Rumänien über die Donau in Bulgarien einrückten und Aufstellung gegen Griechenland bezogen. Dennoch wurde in einer Sitzung der Parteiobmänner in der Regierung, des Heeresministers und des Generalstabschefs beim Prinzregenten festgelegt, dass Jugoslawien um keinen Preis dem Dreimächtepakt beitreten wolle. Mit dieser einvernehmlichen Meinungsbildung reiste der Prinzregent am 4. März 1941 nach Salzburg ab und traf am Berghof Hitler. Sofort nach seiner Rückkehr informierte er Cvetković und berief den Kronrat ein. Belgrad hatte in der Zwischenzeit zwar ein Treffen mit dem britischen Außenminister Anthony Eden und dem britischen Generalstabschef John Dill ausgeschlagen, aber einen Vertreter des Generalstabs zu einer britisch-griechischen Militärkonferenz nach Athen gesandt; doch der Generalstabsmajor Milisav Perišić konnte nur melden, dass Großbritannien Jugoslawien derzeit keine effektive Hilfe leisten könne. Am 15. März diskutierte der Prinzregent im Kronrat seine Gespräche mit Hitler. Dieser verlange von Jugo-

<sup>1429</sup> CVETKOVIĆ, *Ili rat ili pakt*, 105-114. Als Hitler wie in Ekstase von der „göttlichen Vorsehung“ sprach, war sich Cvetković nicht sicher, ob er einem Schauspieler gegenüber saß, der seine Rolle ausgezeichnet spielte – oder einem Narren.

slawien keine Unterstützung im gegenwärtigen Konflikt, auch keine Aufgabe seiner Neutralität, aber den Beitritt zum Dreimächtepakt. Denn der Dreimächtepakt sei ein Instrument der Organisation des künftigen Europa, und Jugoslawien müsse sich an dieser großen und wichtigen Aufgabe beteiligen. Der Prinzregent habe zwar Hitler nichts zugesagt, aber welche andere Lösung bleibe Jugoslawien? Der Heeresminister und der Generalstabschef warnten, dass ein Eintritt Jugoslawiens in den Krieg den Zusammenbruch nach einigen Wochen bedeuten und für Griechenland die Lage keineswegs erleichtern würde. Nach langer Diskussion entschied sich der Kronrat, die Verhandlungen mit dem Reich fortzusetzen und eine Präzisierung der Garantien für die Aufrechterhaltung der Neutralität Jugoslawiens auch nach der Unterzeichnung des Dreimächtepaktes zu verlangen.<sup>1430</sup>

Und Deutschland gab Jugoslawien tatsächlich einige schriftliche Garantien:

- die Achtung der Souveränität und Integrität Jugoslawiens;
- keine Verpflichtung zu einem Transit über jugoslawisches Gebiet;
- keine Verpflichtung zu militärischer Hilfe.

Am 20. März tagte neuerlich der Kronrat im Weißen Hof. Cincar-Marković berichtete über den Stand der Verhandlungen mit den Deutschen, die weitere Verschärfung der internationalen Situation und drängte: Jugoslawien müsse seine Beziehungen zum Reich regeln, bevor die deutschen Truppen in Saloniki stünden. Der Heeresminister, General Petar Pešić, seit der Friedenskonferenz ein Freund der Alliierten, kritisierte Paris und London, dass sie nicht früher eine Abwehrfront gegen den nationalsozialistischen Ansturm aufgebaut hätten. Zwar sei ein Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion unvermeidlich, aber jetzt stehe keine Hilfe zur Verfügung, auch keine englische. Das schwach bewaffnete jugoslawische Heer allein aber könne gegen die unglaubliche Rüstung Deutschlands nur wenige Wochen bestehen. Daher empfehle er als Heeresminister eine friedliche Lösung und dass der Krieg um jeden Preis vermieden werde – auch um den Preis des Beitrittes zum Dreimächtepakt. Der stellvertretende Ministerpräsident Maček schloss sich dem Standpunkt Pešić' an und warnte noch vor den Folgen einer allfälligen Okkupation des Landes. Cvetković verlangte zwar ebenfalls die Rettung des Vaterlandes im Frieden, wollte aber zurücktreten und Cincar-Marković allein den Beitritt unterzeichnen lassen. Doch der Kronrat lehnte ab und fasste den Beschluss, „mit Schmerz in der Seele“ (*sa bolom u duši*) den Dreimächtepakt zu unterschreiben. Danach verlas Cincar-Marković eine Note der deutschen Regierung, die im Falle eines Beitritts zum Pakt Jugoslawien nach dem Krieg einen Zugang zum Ägäischen Meer zusagte, durch Abtretung eines Hafens in Saloniki.<sup>1431</sup> Nun versuchte die jugoslawische Regierung den Gesandten Großbritanniens und der

<sup>1430</sup> CVETKOVIĆ, Ili rat ili pakt, 115-136.

<sup>1431</sup> Die Idee einer serbischen Freihandelszone in Saloniki bestand seit 1914 und wurde 1926 effektiviert, allerdings lediglich für die jugoslawische Ein- und Ausfuhr genutzt. Erst in der Sitzung der Kronrates am 8. März 1941 erhielt Cincar-Marković den Auftrag, von Deutschland einen freien Zugang zur Ägäis zu verlangen, was aber weder Okkupation noch Annexion bedeuten sollte.

USA zu erklären, dass der Beitritt zum Dreimächtepakt kein Resultat eines freien Entschlusses sein werde. Der Prinzregent und der Ministerpräsident empfingen sogar einen Sondergesandten des Außenministers Eden. Viele prominente serbische Politiker und patriotische Organisationen nahmen eine ablehnende Haltung ein, zum Teil auch aus alten anti-deutschen Haltungen aus dem Ersten Weltkrieg. Auch der Patriarch der serbisch-orthodoxen Kirche, Gavriilo Dožić, verlangte vom Prinzregenten Paul, dem deutschen Druck nicht nachzugeben. Aber am 21. März fasste der jugoslawische Ministerrat mit klarer Mehrheit den formellen Beschluss, den Dreimächtepakt zu unterzeichnen.<sup>1432</sup>

Am Abend des 24. März 1941 bestiegen Ministerpräsident Cvetković und Außenminister Cincar-Marković in Begleitung des deutschen Gesandten von Heeren in der Station Topčider den Zug, um nach Wien zu fahren. Am nächsten Morgen wurden sie in Wien von Ribbentrop und dem jugoslawischen Gesandten Ivo Andrić empfangen und ins Hotel „Bristol“ geleitet. Ein letztes Mal studierten die beiden jugoslawischen Politiker und der Gesandte den Text des Dreimächtepaktes und drei diplomatische Noten Ribbentrops, in denen das Reich (und Italien) Jugoslawien besondere Konzessionen gemacht hatte:

- die Respektierung der Souveränität und der Integrität des jugoslawischen Territoriums;
- für die Zeit des gegenwärtigen Krieges keine Forderung nach Transit oder Transport von militärischen Kräften durch das Territorium Jugoslawiens zu stellen;
- von Jugoslawien keine militärische Hilfe zu verlangen.<sup>1433</sup>

Dann fuhren sie zur Unterzeichnung ins Schloss Belvedere<sup>1434</sup>, wo sie neuerlich von Ribbentrop in Empfang genommen und in den Saal geleitet wurden. Dort warteten bereits der italienische Außenminister Ciano, der Botschafter Japans sowie die Gesandten Ungarns, der Slowakei, Rumäniens und Bulgariens. Hitler kam 15 Minuten später und wurde von der Wiener Bevölkerung begeistert akklamiert. Ribbentrop eröffnete um 14 Uhr die Zeremonie und sprach vom „Wunsch“ Jugoslawiens, dem Dreimächtepakt beizutreten, was in den Ohren Cvetković’ befremdend klang. Immerhin konnte die jugoslawische Diplomatie stolz sein, vom Reich solche Konzessionen erhalten zu haben, die weder Ungarn noch Rumänien, noch

<sup>1432</sup> CVETKOVIĆ, Ili rat ili pakt, 139-148. 15 Minister (darunter der Kroatie Maček und der Slowene Kulovec) hatten dafür gestimmt, drei dagegen. Als im Jänner 1941 ein persönlicher Abgesandter des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, Oberst William Donovan, Jugoslawien besucht hatte, soll er vom Luftwaffengeneral Dušan Simović zu hören bekommen haben, dass Jugoslawien bereit sei, dem Diktat der „Achse“ zu widerstehen. – PETRANOVIĆ, Srbija, 63-75.

<sup>1433</sup> Nach dem Krieg wollte Andrić von seiner Zustimmung zum Dreimächtepakt nichts mehr wissen und qualifizierte den Beitritt Jugoslawiens als „Verrat“. Während der deutschen Okkupation lebte er allerdings unbehelligt in Belgrad und schloss sich erst im Herbst 1944 der Partisanenbewegung an.

<sup>1434</sup> Der Bauherr des Schlosses war Prinz Eugen von Savoyen gewesen, der 1717 ein osmanisches Heer bei Belgrad vernichtend geschlagen hatte.

Bulgarien gemacht worden waren. Aber mit dem Beitritt zum Dreimächtepakt war Jugoslawien ein Verbündeter der „Achse“ geworden. Nach der Unterzeichnung verlas Cvetković eine wenig überzeugend klingende Deklaration der jugoslawischen Regierung, aber Ciano gratulierte ihm zu den erhaltenen Konzessionen. Beim anschließenden Bankett, bei dem Cvetković rechts neben Hitler saß, war dieser ziemlich schweigsam, sagte aber später zu Ribbentrop, dass die Zeremonie den Eindruck eines Begräbnisses gemacht habe. Anschließend empfing Hitler Cvetković in Audienz und bat, dem Prinzregenten zu übermitteln, dass Deutschland in jedem Fall die heutige Verständigung einhalten und dass Deutschland gegenüber Jugoslawien loyal bleiben werde. Ein starkes und fortschrittliches Jugoslawien stehe auch im Interesse Deutschlands. Er werde bald Botschafter Clodius als Bevollmächtigten nach Belgrad senden, um alle Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu besprechen.<sup>1435</sup>

Nach dieser kurzen Unterredung verließ Cvetković mit Cincar-Marković das Belvedere. Auf der Fahrt zum Bahnhof wurde ihnen von vielen Menschen auf den Gehsteigen zugewunken, Ribbentrop verabschiedete sie auf dem Bahnsteig. Auf der Fahrt nach Budapest hielten die beiden jugoslawischen Politiker ihre Wiener Mission noch für erfolgreich, auch wenn sie sich nicht sicher waren, ob Hitler sein Wort halten werde. In Budapest wurden sie zwar noch am späten Abend vom Ministerpräsidenten Graf Teleki empfangen, aber in einer deprimierenden Atmosphäre, denn die Stadt war voll von deutschen Truppen und Ungarn wirkte wie ein okkupiertes Land. Daher sorgten sich die ungarischen Staatsmänner um die Zukunft ihres Landes. Ingeheim hoffte man, den Fall Hitlers irgendwie zu überleben.<sup>1436</sup>

Am 26. März, um 9 Uhr früh, kam die jugoslawische Delegation wieder in der Station Topčider an. Die ganze Regierung mit Maček an der Spitze erwartete sie. Der erste Weg Cvetković' führte in den Weißen Hof zum Prinzregenten. Dieser wollte alle Details wissen und war vom Bericht vorerst beruhigt. Dann ersuchte er Cvetković, mit Cincar-Marković zum Patriarchen zu gehen und ihm alle Dokumente zu zeigen. Hierauf verabschiedete sich Prinz Paul, um in seine Residenz nach Brdo in Slowenien zu reisen. Cvetković und Cincar-Marković berichteten im Ministerrat und hoben die besonderen Garantien Hitlers für Jugoslawien hervor. Nach den Berichten des Polizeichefs und des Militärkommandanten von Belgrad verhalte sich die Bevölkerung ruhig; lediglich unter der Schuljugend sei es unruhig, und die zwei Fliegergeneräle Dušan Simović und Borivoje Mirković konspirierten mit einigen Interventionisten, obwohl sie die Schwäche der jugoslawischen Luftwaffe gegenüber der deutschen kannten. Cvetković lud auch die Obmänner aller patriotischen Vereinigungen ein und erläuterte den Beitritt. Dennoch waren auch verschiedene politische Agitatoren aktiv und wilde Gerüchte schwirrten

<sup>1435</sup> CVETKOVIĆ, Ili rat ili pakt, 150-154 ; GLIŠOVIĆ, Andrić, 701-714.

<sup>1436</sup> György RÁNKI, Ervin PAMLÉNYI, Loránt TILKOVSKY, Gyula JUHÁSZ (Hgg.), A Wilhelmstrasse és Magyarország. Német diplomáciai iratok Magyarországról 1933-1944 (Budapest 1968).

durch Belgrad. Aber auch nach der Verabschiedung des Prinzregenten um 9 Uhr abends war die Stadt noch ruhig.<sup>1437</sup>

Bereits am Morgen des 27. März stürzte eine Offiziersgruppe um den Luftwaffengeneral Simović und den Kommandanten des Belgrader Flughafens, Brigadegeneral Mirković, die Regierung und den Prinzregenten, der in der Nacht zuvor nach Zagreb aufgebrochen war. Die Offiziersgruppe wurde von oppositionellen Politikern der Demokratischen Partei und dem britischen Generalstab unterstützt. Auch die orthodoxe Kirche begrüßte den Umsturz. Die Offiziersgruppe ließ – ohne auf Widerstand zu stoßen – mit Truppen der Luftwaffe, der Fliegerabwehr und der Panzerwagen, mit drei Eskadronen Kavallerie und einem Bataillon der königlichen Garde den Flughafen, die Save-Brücken, die Polizeikommanden der Städte Semlin und Belgrad, die Post-, Telephon- und Telegraphenzentrale, die Rundfunkstation, das Heeresministerium und den Generalstab, die Ministerpräsidentenschaft und das Innenministerium, die Militärakademie, den Königspalast und den Weißen Hof in Dedinje besetzen und sicherte die Belgrader Hauptstraßen. Ein Marineoffizier erhielt von General Simović den Auftrag, um 7.42 Uhr morgens unter Imitation der Stimme des jungen Königs eine von Professor Radoje Knežević abgefasste Proklamation auf Radio Beograd zu verlesen, die später von einem Radiosprecher mehrmals wiederholt wurde. Ministerpräsident Cvetković wurde von einer Luftwaffeneinheit festgenommen und zu Simović ins Heeresministerium gebracht. Dort erklärte der Luftwaffengeneral: „Das Heer vollzieht den Willen des Volkes. [...] Sie müssen nichts befürchten.“ Eine Reihe von Ministern wie Cincar-Marković, Kulenović und Šutej wurden im Generalstab festgehalten; der Heeresminister General Pešić meldete sich krank und wurde unter Hausarrest gestellt. Eine ganze Reihe von politischen Persönlichkeiten meldete sich bei Simović und erklärte ihre Unterstützung. Tatsächlich gehörten der neuen Regierung Simović schließlich Vladko Maček – trotz seiner Kritik am „Offiziersputsch“ – und Slobodan Jovanović als stellvertretende Ministerpräsidenten an, außerdem eine ganze Reihe prominenter Politiker als Minister: Momčilo Ninčić, Bogoljub Jevtić, Armeegeneral Bogoljub Ilić, Milan Grol, Juraj Šutej, Fran Kulovec, Miha Krek, Srđan Budisavljević, Milan Gavrilović, Džafer Kulenović, Jovan Banjanin u. a. Die beiden Mitregenten Stanković und Perović erschienen mit dem Hofminister beim völlig überraschten 17-jährigen Königssohn Petar und riefen ihn zum König Petar II. aus.<sup>1438</sup>

<sup>1437</sup> CVETKOVIĆ, Ili rat ili pakt, 155-158. Hingegen meldete der italienische Gesandte in Belgrad bereits am 26. März abends nach Rom, dass in einer Reihe jugoslawischer Städte wie Belgrad, Zagreb, Ljubljana und Skopje Demonstrationen gegen die „Achse“ stattgefunden hätten, die mittels Polizeieinsatz aufgelöst werden mussten. – Karlo RUZICIC-KESSLER, Die italienische Besatzungspolitik in Jugoslawien 1941-1943 (Phil. Diss. Wien 2011) 47.

<sup>1438</sup> Memoari Dušana Simovića, London-Barnet, 1 januara 1944, HIA, Simović papers, box 1; Klaus BUCHENAU, Orthodoxie und Katholizismus in Jugoslawien 1945-1991. Ein serbisch-kroatischer Vergleich (Wiesbaden 2004) 75. Jüngere Offiziere hatten von Simović die Erschießung von Cvetković, Pešić, Antić und Kosić verlangt, die sie als Schuldige für die „Schande“ des Beitritts zum Dreimächtepakt erachteten; aber Simović ließ dies nicht zu.

Die bald einsetzenden Massendemonstrationen wurden von verschiedenen politischen Gruppierungen unterstützt – von Monarchisten und Kommunisten, von Offizieren und dem orthodoxen Episkopat. Demonstrationen gab es nicht nur in Belgrad, sondern auch in Kragujevac, Kraljevo, Šabac, Ruma, Vršac, Čačak, Valjevo, Svetozarevo, Vranje, Skopje, Cetinje, Podgorica, Nikšić, Kotor, Sarajevo, Split und Ljubljana. Die Demonstranten – vor allem die Belgrader Studenten – skandierten: *Bolje rat nego pakt* [Besser Krieg als den Pakt], *Dole pakt s Nemačkom* [Nieder mit dem Pakt mit Deutschland], *Dole Hitler* [Nieder mit Hitler], *Živela sloboda* [Es lebe die Freiheit]! Polizei und Gendarmerie gelang es nicht, die Demonstranten zu zerstreuen, und sie mussten sich auf den Schutz der Gesandtschaften und Konsulate der „Achse“ beschränken. Prinzregent Paul, der um 5 Uhr morgens in Zagreb angekommen war, wurde vom kroatischen Banus Šubašić über die Ereignisse in Belgrad informiert und konferierte mit ihm und Maček am Sitz des Banus. Simović ließ jedoch eine telephonische Verbindung zum Hof in Belgrad unterbinden und befahl dem Kommandanten des 4. Armeebezirkes, General Petar Nedeljković, dem Prinzregenten zu melden, dass die neue Regierung seine Rückkehr nach Belgrad erwarte. Tatsächlich bestieg der Prinzregent in Begleitung von Maček und Šubašić wieder den Hofzug und kehrte um 7 Uhr abends nach Belgrad zurück. Simović ließ jedoch den Hofzug in Semlin halten, wo er den Prinzregenten auf dem Bahnhof empfing und über die Bildung der neuen Regierung sowie die Lage im Lande informierte. Prinz Paul und seine beiden Mitregenten dankten im Kabinett des Heeresministers zugunsten des jungen Königs Peter ab. Erst gegen 21.30 Uhr fuhr Simović zum Weißen Hof, wo Petar II. seine Proklamation und die Ernennung der neuen Regierung unterzeichnete. Noch am selben Abend verließ Prinz Paul auf eigenen Wunsch mit seiner Familie Jugoslawien und fuhr mit dem Hofzug nach Griechenland. Vom bereits gegebenen Angriffsbefehl Hitlers wusste weder die alte noch die neue Führung in Belgrad etwas.<sup>1439</sup>

Nach Berichten des italienischen Gesandten Mameli hielt Ministerpräsident Simović noch am 1. April Deutschland für nicht in der Lage, zu diesem Zeitpunkt einen Krieg gegen Jugoslawien zu führen. Und Außenminister Ninčić ließ Mameli wissen, dass eine deutsche Einnahme Salonikis zu einer jugoslawischen Einmischung in Albanien führen könnte. Hingegen meldete die Regionalverwaltung Friauls nach Rom, dass in Kärnten Reservisten eingezogen und Kontingente deutscher Truppen bei Arnoldstein versammelt würden.<sup>1440</sup>

Die KPJ, die 1939/40 gegen den Krieg agitiert hatte, nützte nun diese Kriegspychose aus und forderte einen Beistandspakt mit der Sowjetunion. In Moskau

<sup>1439</sup> PETRANOVIĆ, Srbija, 75-96; CVETKOVIĆ, Ili rat ili pakt, 163-171; GLIŠOVIĆ, Andrić, 733-741; izjava đenerala Dragutina Klaića, adjutanta Kralja, [Sofija, april 1941], HIA, Cvetković papers, box 1; Memoari Dušana Simovića, in: HIA, Simović papers, box 1; Memoari Dušana Simovića, HIA, Simović papers, box 1.

<sup>1440</sup> RUZICIC-KESSLER, Besatzungspolitik, 49f.

besprachen Molotov und Dimitrov die Lage, hielten es aber für „konterproduktiv, Straßendemonstrationen zu organisieren“. Auch im Gespräch mit dem aus Berlin angereisten japanischen Außenminister Yosuke Matsuoka wurde konstatiert, dass der Belgrader Putsch „ein Schlag in das Gesicht der Deutschen“ sei. Dimitrov wies die jugoslawischen Genossen an, den „Feind“, also die Deutschen, nicht zu provozieren und Auseinandersetzungen zwischen den jugoslawischen Autoritäten und den Massen zu verhindern. Daher sträubte sich die Sowjetunion gegen den Abschluss eines politischen und militärischen Bündnisses mit Jugoslawien. Und Molotov informierte den deutschen Botschafter Graf Schulenburg am 4. April, dass die Sowjetunion mit Jugoslawien einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt unterzeichnen werde. Allerdings enthielt der Pakt keine wechselseitige Unterstützungsklausel. Als daher der Pakt tatsächlich in den frühen Morgenstunden des 6. April im Kreml unterzeichnet wurde, konnte er den wenige Stunden später beginnenden deutschen Bomberangriff auf Belgrad nicht verhindern.<sup>1441</sup>

---

<sup>1441</sup> BANAC, Dimitrov, 152-154; GLIŠOVIĆ, Andrić, 787-800.

